Braucht Demokratie territoriale Grenzen?

Politisch-geographische Grundlagen einer Herrschaftsform zwischen Kongruenzanspruch und Identitätserfordernis

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
an der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften
Fachbereich Geowissenschaften
der Universität Hamburg

vorgelegt von Janne Andreas Kieselbach

Hamburg, 2018

Als Dissertation angenommen am Fachbereich Geowissenschaften.

Tag der Disputation:	10. Juli 2018
Vorsitzender der Prüfungskommission/ Erstgutachter:	Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge
Zweitgutachterin:	Prof. Dr. Anke Strüver
Weitere Mitglieder der Prüfungskommission:	Prof. Dr. Paul Reuber Prof. Dr. Gerhard Schmiedl PD Dr. Alexander Weiß

Inhalt

Einleitung 3

1 Demokratietheoretische Kongruenzbedingung und Territorialität 18

1.1 Kongruenzerfordernis 21

1.2 Historische und ideengeschichtliche Annäherung 23

1.2.1 Demokratische Selbstbestimmung und Territorialität in der antiken Polis 24
1.2.2 Demokratische Selbstbestimmung und Territorialität in der Aufklärung und im modernen Staat 33

1.3 Kollektive Selbstbestimmung durch territoriale Strategien 44

1.3.1 Annäherung an ein theoretisches Verständnis von Territorialität 47
1.3.2 Territorialität und die Erfüllung der Kongruenzbedingung 58

1.4 Braucht demokratische Selbstbestimmung Territorialität? 76

2 Demokratietheoretische Identitätsbedingung und Territorialität 84

2.1 Identitätserfordernisse an den Demos 86

2.1.1 Identifikation mit Demokratie und normativem Rahmen 86
2.1.2 Horizontales Vertrauen 88
2.1.3 Solidarität 90
2.1.4 Sprache und Partizipation 92

2.2 Historische Evidenzen: Antike Polis und Nationalstaat 93

2.2.1 Identität und Territorialität in der antiken Polis 94
2.2.2 Identität und Territorialität im Nationalstaat 101

2.3 Braucht demokratische Identität Territorialität? 115

2.3.1 Eine kommunitaristisch begründete Perspektive 118
2.3.2 Eine liberal-universalistisch begründete Perspektive 140

3 Zum Verhältnis von Kongruenz- und Identitätserfordernissen: Ein territoriales Dilemma 167

4 Problematisierung und Perspektiven 178

4.1 Terror, Flüchtlingskrise, Klimawandel: Verändern Versicherheitlichung und „riskification“ die Geographien der Demokratie? 180

4.2 Die Neuerfindung der Polis? Benjamin R. Barber und die Idee demokratischer Stadtnetzwerke 189

4.3 Kosmopolitische Demokratie: Wie weit kann demokratische Reterritorialisierung gehen? 208

Resümee und Ausblick 223

Kurzfassung der Ergebnisse 233

Summary 237

Literatur 240

Liste der aus der Dissertation hervorgegangenen Vorveröffentlichungen 251

Einleitung

Es ist nicht lange her, da war die sozialwissenschaftliche Mehrheitsmeinung deutlich: In einer globalisierten Welt werden politisch-räumliche Grenzen überwunden; neue Steuerungsebenen und Netzwerkstrukturen treten zunehmend an die Stelle nationalstaatlicher Ordnung. Um die Jahrtausendwende erlebte die Idee einer kosmopolitischen Zukunft großen Zuspruch und wurde als Antwort auf neue Interdependenzen formuliert. „Das Weiter-So des Nationalen (und Internationalen) ist ausgeschlossen (im strengsten Sinne des Wortes). Wer national denkt, handelt, forscht, wird überrollt, umgestürzt, sieht die Welt aus ihren Angeln treten“, schrieb Ulrich BECK (2002, S. 101) in einer Sprache, die an Dramatik kaum zu überbieten war. In Zeiten globalen Terrors, drohender Klimakatastrophe und zunehmender Migration reiche nationalstaatliche Autorität nicht mehr aus, um nationale Probleme zu bewältigen. Edgar GRANDE (2000, S. 1 ff.) kam zu dem Ergebnis, Regieren im Sinne effektiven gesellschaftlichen Problemlösens finde zunehmend jenseits und unterhalb des Nationalstaates statt – es bedürfe der Suche nach einem neuen, passenderen Handlungsrahmen. Umtrieben von der Sorge vor eklatanten Legitimationsdefiziten solch neuer Steuerungsebenen, einer daraus entstehenden „[…] nachpolitischen Welt […]“ (HABERMAS 1996a, S. 150) sowie einer „[…] Welt anonym vernetzter Beziehungen […]“ (ebd.) begann der Entwurf geradezu teleologischer Entwicklungsmodelle für demokratische Arrangements unter Globalisierungsbedingungen: Während das diagnostizierte Ende des Nationalstaates bei BECK (2002) als vielversprechende Ausgangssituation für eine kosmopolitische Öffnung des Staates im Rahmen einer Zweiten Moderne gedeutet wurde, entwarf David HELD (1995) sogar einen konkreten Maßnahmenkatalog hin zu einem globalen demokratischen Föderalismus mit Welt- und Regionalparlamenten – ganz im Sinne der von KANT (1983) einst vorgetragenen Idee einer „allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“.

Etwa zwei Jahrzehnte später reibt sich so mancher Beobachter verwundert die Augen. Nichts scheint derzeit weiter entfernt als das Ziel eines weltdemokratischen Zustands. Selbst im einst so integrationswilligen Europa weicht die grenzüberschreitende Aufbruchsstimmung zunehmender Abschottung und handfesten Konflikten über Separations- und Unabhängigkeitsbestrebungen. Vieles deutet darauf hin, dass die Idee einer Welt politischer Annäherung durch das Phänomen eines neuen Partikularismus verdrängt wird. So sagt ein US-amerikanischer Präsident unter dem Slogan „America first“ grenzüberschreitender Migration den Kampf an und läutet eine neue Politik des Protektionismus ein; die britische Regierung strauchelt nach einem überraschend ausgegangenen Referendum planlos aus der Europäischen

Union; der ehemalige Präsident der spanischen Region Katalonien, Carles Puigdemont, pocht aus dem Exil heraus auf die Unabhängigkeit seiner Heimat und wirbt international für ein neues Europa der Regionen; die schottische Unabhängigkeitspartei Scottish National Party (SNP) bemüht sich trotz einer verlorenen Volksabstimmung um die Loslösung von Großbritannien. Die Liste der Beispiele ließe sich noch weiter fortsetzen – und es darf vermutet werden, dass eine Trendwende nicht in Sicht ist. Nun könnte im Sinne von KANT (1983) angenommen werden, es handele sich bei alledem nur um eine vorübergehende Phase des Widerstands, die „[…] ungesellige Geselligkeit der Menschen […]“ (ebd., S. 37) führe zwangsläufig zu Differenzen, aus denen – früher oder später – ein erneuter Wille zur grenzüberschreitenden Vergemeinschaftung entstehe. Doch ein solches Denken findet nicht überall Unterstützung. Im Gegenteil: Autoren wie Paul HIRST (2005, S. 41) oder Harald MÜLLER (2009, S. 246 f.) sind ganz und gar von der Kontinuität nationaler Politik überzeugt; Bernhard FREVEL (2009, S. 167) zweifelt am Vorhandensein eines nötigen Bürgerwillens zur Entgrenzung demokratischer Politik; Chantal MOUFFE (2007, S. 13) erkennt in kosmopolitischen Zukunftskonzepten die Gefahr einer aufziehenden hegemonialen Hypermacht; und Michael Th. GREVEN (2010) wirft Ulrich Beck vor, seine kosmopolitische Vision gleiche bedrohlich stark einem „[…] ideological blueprint or master plan” (ebd., S. 189), der kontextblind auf Gesellschaften übertragen werden solle. Kurzum: Der einst als unausweichlich dargestellten globalen Erweiterung demokratischer Praxis werden mindestens erhebliche Zweifel, wenn nicht deutliche Ablehnung entgegengebracht. Schon Jürgen HABERMAS (1996a) bemerkte kritisch: „Dem lichten Gedanken an supranationale Handlungskapazitäten […] folgt der Schatten der beunruhigenden Frage, ob überhaupt eine demokratische Meinungs- und Willensbildung über die nationalstaatliche Integrationsstufe hinaus bindende Kraft erlangen kann“ (ebd., S. 153).

Schon diese kurze Gegenüberstellung politikwissenschaftlicher Beobachtungen und Positionierungen macht deutlich: Die Frage nach den Raumbezügen demokratischer Institutionen und Identitäten steht – wenn auch nicht immer explizit – im Zentrum einer leidenschaftlich geführten Debatte, die durch ihre Aktualität und Bedeutung besticht. Die globalisierungsbedingte Zunahme politischer Interdependenzen erfordert eine Auseinandersetzung über demokratisch gestaltbare und zukunftsfähige politisch-räumliche Arrangements – und zwar unabhängig davon, ob dieser Diskurs die These einer Kontinuität oder Veränderung demokratisch-territorialer Ordnung zum Ergebnis hat. Für diese wichtige theoretische Diskussion bedarf es jedoch, so muss hier argumentiert werden, eines vorgelagerten differenzierten Verständnisses davon, welche Bedeutung territoriale Grenzen und

territoriale Strategien eigentlich für demokratische Gemeinwesen einnehmen. Denn nur so kann eine Veränderung von Territorialitäten fundiert und umsichtig bewertet werden. Michael Th. GREVEN (2010) erkennt genau dieses Erfordernis, wenn er schon im Titel eines seiner letzten Beiträge feststellt: „Polities need borders – especially democratic ones". Was seiner bemerkenswerten These folgt, sind gleichwohl Ausführungen, die ihre raumbegriffliche Referenz – wie so häufig in politikwissenschaftlichen Arbeiten – vornehmlich bei Georg JELLINEK (1914, S. 394 ff.) finden, dessen Beschreibung einer homogenen Einheit aus Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt über fast einhundert Jahre jede differenziertere raumpolitische Theoriebildung in den Sozialwissenschaften unterbunden hat. Erst dem „Spatial turn", einem Paradigmenwechsel, der auf der Forderung nach neuem analytischen Denken unter Berücksichtigung räumlicher Kategorien beruht, ist zu verdanken, dass Raumbezüge des Politischen überhaupt gesteigerte Aufmerksamkeit in der sozialwissenschaftlichen Forschung erfahren (vgl. NÜNNING 2008, S. 665).

Während es also das deutliche Verdienst politikwissenschaftlicher Arbeiten ist, die Zukunftsfähigkeit demokratischer Herrschaft in einer Welt territorialen Wandels zum Forschungsobjekt ernannt zu haben, begegnen sie ebendiesem Wandel immer noch mit einem wenig differenzierten, bisweilen rein nationalstaatlich geprägten Territorialitätsbegriff. Solange aber Territorialität eng mit dem institutionellen Konzept des Nationalstaates gekoppelt wird, muss jede These einer Bedeutungsabnahme dieses Konzepts unweigerlich mit dem verhängnisvollen Postulat einer Deterritorialisierung einhergehen. So geschieht es zum Beispiel bei Benjamin R. BARBER (2013a, S. 20 f.), der territoriale Souveränität für irrelevant erklärt, obwohl er zugleich den Entwurf einer vernetzten Städtedemokratie vorlegt, die bei genauer Betrachtung auf urbanen Territorialbezügen und dem souveränen Gestaltungsrecht städtischer Gesellschaften beruht; so geschieht es aber auch bei Ulrich BECK (2001), der die Handlungsfähigkeit der Staaten „[…] de facto unabhängig von den bisherigen Souveränitäts- und Autonomievorstellungen begrifflich erfasst und politisch erschlossen […]" (ebd.) sehen möchte. Eine kausale Verquickung von nationalstaatlicher Bedeutungsabnahme und Deterritorialisierung ist nicht nur problematisch, weil sie die Möglichkeiten einer demokratischen Zukunft mit veränderten Territorialbezügen außer Acht lässt und es verpasst, umfassenderen Territorialitätstheorien gerecht zu werden; nein, sie ist sogar demokratiegefährdend, weil – wie in dieser Arbeit zu sehen sein wird – territorialen Strategien eine entscheidende Bedeutung für die Umsetzbarkeit demokratischer Herrschaft zugeschrieben werden kann.

Bemerkenswert ist, dass sich die für sozialwissenschaftliche Arbeiten skizzierte Diagnose einer Gleichzeitigkeit von demokratietheoretischer Analyseschärfe und ausbaufähiger raum-

wissenschaftlicher Fundierung im Fall der benachbarten Politischen Geographie genau umgekehrt ausnimmt. Spätestens seit den Achtzigerjahren hat sich die humangeographische Teildisziplin intensiv mit der Entwicklung eines vorinstitutionellen Verständnisses territorialer Strategien befasst – im Wesentlichen begründet durch die ausführliche und einflussreiche Arbeit von Robert David SACK (1986). In klarer Abgrenzung zu biologistischen oder essentialistischen Territorialitätsverständnissen der eigenen Disziplingeschichte wird Territorialität seither als Strategie beziehungsweise Instrumentarium vollständig in den Kontext kontingenter menschlicher Motivationen und Ziele gestellt (vgl. ebd., S. 21). SACK (1986, S. 19) nennt Territorialität den Versuch eines Individuums oder einer Gruppe, Menschen, Phänomene und Beziehungen zu kontrollieren, indem ein geographisches Gebiet abgegrenzt und kontrolliert wird. Territorialität beschränke sich dabei keineswegs auf ihre staatliche Form – sie sei von Landschaftsplanung über den Straßenverkehr bis hinein in menschliche Wohnungen allgegenwärtig und facettenreich (vgl. ebd., S. 25). Andere Definitionsvorschläge ergänzen diese grundlegende Beschreibung: Als mögliche Akteure, die Territorialität einsetzen, werden explizit auch Organisationen genannt; der Begriff der Strategie wird direkt in die Definitionen aufgenommen; die territoriale Kontrolle wird mit Machtausübung verbunden; ein Ordnungsstreben findet Eingang in die Begriffsklärungen (vgl. AGNEW 2000a, S. 823 f., 2009a, S. 744; STRÜVER 2002, S. 339; TUAN 1979, S. 6). Wie vielfältig die prinzipiell nutzbaren Effekte von Territorialität sind, stellt SACK (1986, S. 32 ff.) ausführlich dar. Er identifiziert ganze 24 Wirkungsweisen territorialer Konstruktionen, die von einer Kommunikation durch Grenzziehung über die räumliche Definition des Sozialen bis hin zu einem Reifikationseffekt reichen.

Angesichts dieses ausdifferenzierten Territorialitätsverständnisses verwundert es nicht, dass in der Politischen Geographie sehr aufmerksam beobachtet worden ist, wie sich Territorialitäten unter dem Einfluss globaler Herausforderungen verändern. In der entsprechenden Fachdebatte lassen sich recht unterschiedliche, jedoch gruppierbare Einschätzungen hinsichtlich der territorialen Auswirkungen von Globalisierungsprozessen erkennen. Jenseits der Annahme einer Kontinuität territorialer Arrangements hat sich ein Spannungsfeld zwischen zwei zentralen Begriffen aufgebaut: Thesen einer Deterritorialisierung im Sinne eines „[…] break-down of territoriality in thought and practice […]“ (AGNEW 2009, S. 745) finden ihre aktivsten Fürsprecher in der Neuen Kulturgeographie. Im wissenschaftstheoretischen Kontext eines Dekonstruktivismus wird hier das als modern identifizierte „[…] Denken in Dichotomien […]“ (GEBHARDT et al. 2003, S. 19) kritisch hinterfragt. Die Trennung von Eigenem und Fremdem sei eine Denkkonvention, die als ersetzbar gelten müsse. „Gerade die

Kulturgeographie kann von ihrem Forschungsprogramm her deutlich machen, dass an die Stelle einer dichotomen territorialen Organisation theoretisch auch ein relationales Denken, ein Denken in Beziehungen treten könnte“ (ebd.). Als Konkretisierung dieser Überlegungen wird auf die Herausbildung einer „Netzwerkgesellschaft“ (MESSNER 1995) beziehungsweise transnationaler Netzwerke (vgl. CASTELLS 2001) verwiesen. Die Zukunft gesellschaftlicher Raumbezüge lasse sich als „space of flows“ (ebd.) beschreiben. Von diesen Konzeptionen einer weitreichenden Deterritorialisierung sind all jene Positionierungen zu unterscheiden, die einen Wandel hin zu neuen Formen territorialer Bezüge erkennen und diesen Prozess als Reterritorialisierung fassen. So konstatiert SACK (2010, S. 232 f.), der Begriff Deterritorialisierung sei zwar im Sinne eines Bedeutungsverlustes nationalstaatlicher Effektivität angebracht, ein genereller Bedeutungsverlust politischer Territorialität lasse sich aber nicht erkennen. Territorien und „places“ (ebd., S 232) seien vielmehr wandelbar. Konkret erkennt OßENBRÜGGE (2007, S. 837 f.) zwei Trends der Reterritorialisierung: Erstens wandelten sich Nationalstaaten zu postfordistisch-neoliberalen Wettbewerbsstaaten, die relational zu Netzwerken bestehen könnten. Zweitens bildeten sich im Sinne der „politics of scale“ (ebd., S. 838) neue Territorialitäten auf neuen Maßstabsebenen aus. Beispielhaft sei die Entstehung von globalen Steuerungsebenen, Mehrebenensystemen oder transnationalen regionalen Kooperationen genannt.

Erstaunlich und folgenreich ist, dass sich die geographische Debatte trotz ihrer Nähe zum sozialwissenschaftlichen Diskurs auf exekutive Merkmale der Staatlichkeit zu beschränken scheint. Ob Vertreter schwindender, sich ändernder oder gleich bleibender Territorialität, ob Verteidiger von „strong versions of globalization” (ANDERSON; O’DOWD 1999, S. 8) oder von „weak versions“ (ebd.) – sie alle konzentrieren sich in ihrer Bewertung der Zukunftsfähigkeit des Territorialstaates auf gouvernementale Steuerungskompetenzen im Allgemeinen und wirtschaftspolitisch-regulative Funktionen im Speziellen. Die Konsequenzen sich verändernder Territorialitäten für Prozesse der politischen Legitimation, institutionell also der Legislative und letztendlich – zumindest im Fall westlicher Staaten – der gesamten Herrschaftsform einer liberal-repräsentativen Demokratie haben in der Geographie so gut wie keine Berücksichtigung gefunden. Eine der wenigen Ausnahmen liefert Peter J. TAYLOR (2002), der in einem knappen Problemabriss immerhin auf die Notwendigkeit einer solchen Analyse verweist, denn: „[…] territoriality in various forms is likely to be an important element of democracy for the foreseeable future” (ebd., S. 237). Die Dringlichkeit einer Zusammenführung der Demokratie- und Territorialitätsforschung erkennt auch die Soziologin Saskia SASSEN (2008, S. 72, 76), die eine durch neue Relationalitäten bedingte Aushöhlung der

Legislative beobachtet und daher eine stärkere Untersuchung der politischen wie normativen Implikationen des territorialen Wandels anmahnt.

Dass sich die Politische Geographie noch nicht viel ausführlicher und systematischer ebendiesem Bedeutungsverhältnis gewidmet hat, könnte jedenfalls in Teilen auch darauf zurückzuführen sein, dass ausgerechnet jene Unterdisziplin, die prädestiniert wäre, grundlegende Erkenntnisse zur demokratischen Territorialität zu gewinnen, hinter den Erwartungen ihrer eigenen Begründer zurückbleibt: Die Rede ist von der Wahlgeographie. Arbeiten in diesem Feld der Politischen Geographie finden sich überwiegend in der angloamerikanischen und französischsprachigen Literatur, während es sich von Beginn an um einen „[…] durch die deutschsprachige Geographie fast gänzlich übersehenen Problembereich […]“ (ROHLEDER 1978, S. 38) handelt. PAINTER und JEFFREY (2009) wie auch BÜRKLIN (1980) nennen als historische Grundlegung die Veröffentlichung der klassischen Pionierstudie „Tableau Politique de la France de l'Ouest“ von André Siegfried im Jahr 1918. Doch das geographische Forschungsinteresse am Themenbereich Wahlen bleibt bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts insgesamt gering. Ein Standardwerk veröffentlichen erst TAYLOR und JOHNSTON (1979) mit ihrer Monographie „Geographies of elections“. Sie schreiben der ganz überwiegend quantitativ-empirisch arbeitenden Wahlgeographie drei wesentliche Forschungsobjekte zu. Erstens befasse sie sich mit räumlichen Mustern von Wahlergebnissen; zweitens untersuche sie geographische Einflüsse auf das Wahlverhalten wie beispielsweise „neighbourhood effects“ (PAINTER; JEFFREY 2009, S. 94); drittens widme sie sich auch geographischen Einflüssen auf die Repräsentation, die unter anderem in Form einer Manipulation von Wahlbezirkseinteilungen (Gerrymandering) auftreten könne (vgl. TAYLOR; JOHNSTON 1979, S. 23 f.). Bis heute sind in der Wahlgeographie zahlreiche empirische Studien entstanden, die meist in kleinräumiger Perspektive Wahlergebnisse und ihre vielfältigen Ursachen erforschen. TAYLOR und FLINT (2000) kommen zu dem Ergebnis, an der Quantität der Publikationen gemessen sei die Wahlgeographie eine Erfolgsgeschichte der modernen Politischen Geographie. Über die Qualität jedoch sind sie gegenteiliger Ansicht und pflichten JOHNSTON et al. (1990) bei, die bereits eindrücklich bemängeln: „Electoral geography has been a victim of that most debilitating of all intellectual diseases – rampant empiricism” (ebd., S. 1). TAYLOR und FLINT (2000, S. 236) konkretisieren diese Kritik, wenn sie schreiben, die Wahlgeographie habe es nicht geschafft, komparative Studien und Generalisierungen hervorzubringen, außerdem sei sie auch nicht in der Lage, zu theoretischen Reflexionen zu gelangen. „By treating elections as an end in themselves, the actual purpose of elections – the producing of legislatures and governments – had been largely forgotten“ (ebd.,

S. 243). Tatsächlich könnte von einem geographischen Forschungszweig, der sich explizit mit Prozessen demokratischer Entscheidungsfindung befasst, erwartet werden, dass er demokratische Prinzipien theoretisch reflektiert und nach der grundsätzlichen Bedeutung von Territorialität für ebendiese demokratischen Prinzipien fragt. Stattdessen hat sich die Wahlgeographie einem „[…] data bonanza […]“ (TAYLOR 1978, S. 153) hingegeben und die demokratietheoretische Fundierung auf das Nötigste reduziert: Bei TAYLOR und JOHNSTON (1979), zweifelsohne einem der umfangreichsten und grundlegendsten Werke der Wahlgeographie, findet sich ein kurzer Abriss auf einer knappen Seite, der sich wie zur glaubhaften Demonstration eines theoretischen Desinteresses nur auf die Demokratiedefinition des Oxford English Dictionary bezieht: „‚Government by the people, direct or representative'“ (ebd., S. 34).

So lässt sich schließlich die Entstehung einer sonderbaren Situation bilanzieren: Während sich die sozialwissenschaftliche Forschung mit den Herausforderungen und Möglichkeiten demokratischer Herrschaft unter Globalisierungsbedingungen befasst, jedoch an einem Mangel raumwissenschaftlicher Fundierung leidet, setzt die Politische Geographie ihre territorialitätstheoretische Expertise nur einseitig ein – begrenzt auf exekutives Handeln, demokratische Legitimationsprozesse vernachlässigend. Bis heute sind kaum Versuche unternommen worden, das Potenzial dieses komplementären Verhältnisses der Disziplinen systematisch zu nutzen. Und das, obwohl die aufgezeigten Defizite mehr als deutlich nach einer sorgfältigen Synthese der jeweiligen fachlichen Stärken verlangen. Gerade angesichts zunehmender Konflikte über die territorialen Bezüge einer gefeierten und zugleich radikal herausgeforderten Herrschaftsform drängt sich die grundsätzliche und interdisziplinär zu beantwortende Frage auf: Braucht Demokratie territoriale Grenzen? Ist Territorialität eine *conditio sine qua non* oder womöglich entbehrlich? Bedarf es territorialer Arrangements für kollektive Selbstherrschaft, für die Herausbildung eines demokratischen Gemeinsinns, für horizontales Vertrauen und Solidarität? Welche Effekte territorialer Strategien könnten es sein, die sich auf die Umsetzbarkeit demokratischer Herrschaft zu- oder abträglich auswirken? Nur mit einem fundierten Wissen über das grundlegende, theoretisch-normative Bedeutungsverhältnis von Demokratie und Territorialität, so soll hier argumentiert werden, lässt sich umsichtig bewerten, in welchen politisch-räumlichen Arrangements demokratische Herrschaft in einer Welt territorialen Wandels überhaupt noch realisierbar erscheint. Stellen sich verändernde Territorialbezüge gesellschaftlichen Handelns ein weiteres, tiefgreifendes und diesmal raumbezogenes Potenzial der Demokratiegefährdung dar? Oder sind sie kollektiver Selbstbestimmung in einer globalisierten Welt vielleicht sogar zuträglich, weil sich die

geographischen Reichweiten neuer politischer Herausforderungen mit den Grenzen bisheriger institutioneller Arrangements inkongruent zeigen (vgl. BECK 2002, S. 375 f.; HELD 1995, S. 99; SACK 2010, S. 488)?

Diesem bedeutenden Themenkomplex soll sich die vorliegende Arbeit systematisch widmen. Sie kommt damit nicht nur lange existierenden Forderungen nach einer stärkeren Zusammenführung von Politischer Geographie und Politikwissenschaft nach (vgl. PAASI 2001, S. 142; ROKKAN 1974, S. 9 ff.), sie trägt im besten Fall auch zu einer forschungsdimensionalen Erweiterung der beteiligten Disziplinen bei – insbesondere der Politischen Geographie. Denn das übergeordnete Ziel dieser Arbeit besteht in der Entwicklung eines demokratietheoretisch informierten Ansatzes für die Analyse und Bewertung demokratischer Raumbezüge. Daraus könnten sich wertvolle Anknüpfungspunkte für verschiedene Forschungsfelder ergeben – zu nennen seien insbesondere die bereits angesprochene Debatte über die Zukunft (national-)staatlicher Territorialität beziehungsweise die Diskussion um eine Auflösung territorialer Dichotomien zugunsten neuer Netzwerkstrukturen; die Grenz- und Migrationsforschung (vgl. PAASI 2001, S. 141 f.); die Wahlgeographie, deren Forschung jahrzehntelang mehr von wildem Empirismus denn von Theoriebildung geprägt gewesen ist; sowie der interdisziplinär geführte Diskurs zu den Phänomenen der Versicherheitlichung (vgl. WÆVER 1995; BUZAN et al. 1998; KORF; OßENBRÜGGE 2010) und „riskification“ (CORRY 2012, S. 237).

Wie aber könnte die angestrebte systematische Annäherung an das Bedeutungsverhältnis von Demokratie und Territorialität gelingen? Angesichts der großen Vielfalt konzeptioneller Auslegungen und empirisch erfassbarer Erscheinungsformen demokratischer Politik bedarf es eines analytischen Zugangs, der auf einen politikwissenschaftlich ermittelten theoretischen Rationalitätskern demokratischer Herrschaft zurückgreift. Auch wenn der Begriff der Demokratie sehr heterogene Gestaltungsmuster erlaubt, beruht er doch „[…] auf recht eindeutigen Merkmalen […]“ (FREVEL 2009, S. 61), die als spezifische Grundprinzipien der normativen Idee demokratischer Politik freigelegt werden können. Besonders anschaulich und für weitere Analysen förderlich ist ein solches Unterfangen in jener politikwissenschaftlichen Debatte realisiert worden, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung der Europäischen Union befasst: Autoren wie Michael ZÜRN (1996), Claus OFFE (2000b) oder Fritz SCHARPF (1993) haben konkretisiert, welche grundlegenden Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Gemeinwesen überhaupt als demokratisch bezeichnet werden kann. Solche Voraussetzungen eignen sich in hervorragender Weise als demokratietheoretische Ausgangspunkte für eine Synthese mit territorialitätstheoretischen Überlegungen der Politischen Geographie: Indem in dieser Arbeit geprüft wird, ob Territorialität bei der Erfül-

lung zentraler Demokratieprämissen eine unterstützende oder sogar notwendige Rolle einnimmt, lassen sich wertvolle Erkenntnisse über die Bedeutung territorialer Strategien für die Herrschaftsform im Allgemeinen ableiten.

Zwei besonders konstitutive Voraussetzungen demokratischer Gemeinwesen sollen im ersten Teil der Arbeit ideengeschichtlich hergeleitet und sodann politisch-geographisch untersucht werden: Es handelt sich zum einen um die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39), das Erfordernis einer strikten Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten, zum anderen um die „Identitätsbedingung“ (ebd.), das Erfordernis eines belastbaren Gemeinsinns der Konstituenten (vgl. ebd.; OFFE 2000b, S. 67 f.). Die Wahl dieser Voraussetzungen als strukturierende Anknüpfungspunkte erscheint aus drei Gründen vielversprechend und weiterführend: Erstens ist ihnen in der politikwissenschaftlichen Literatur bereits eine besondere Bedeutung für die Determination der Größe und der Grenzen demokratischer Gemeinwesen zugeschrieben geworden (vgl. SCHARPF 1993; S. 167); zweitens kann – wie zu sehen sein wird – für beide Voraussetzungen ein entscheidender und näher zu bestimmender Raumbezug hergeleitet werden; drittens weisen diese beiden Bedingungen ein Spannungsverhältnis auf, das in der Politikwissenschaft als zentrales „Strukturdilemma“ (ZÜRN 1996, S. 40) identifiziert worden ist und das für die Bewertung territorialer Veränderungen elementar sein dürfte: Während das Kongruenzerfordernis eine möglichst umfassende Gültigkeitsreichweite demokratischer Herrschaftssysteme einfordert, weist das Identitätserfordernis tendenziell in die entgegengesetzte Richtung.

Das erste Kapitel dieser Arbeit widmet sich den Territorialbezügen des demokratischen Prinzips kollektiver Selbstbestimmung – und somit dem Kongruenzgedanken. Eine der bedeutendsten Voraussetzungen für demokratische Gemeinwesen stellt demnach die Herausbildung einer Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten dar. SCHARPF (1993) bezeichnet diese Deckungsgleichheit als „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (ebd., S. 167). Nur so seien „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39), also fremdbestimmte Entscheidungen, auszuschließen. Dass die Erfüllung dieser „Kongruenzbedingung“ (ebd.) durch territoriale Strategien möglich wird, vielleicht sogar sinnvoll ist, deuten demokratietheoretische Arbeiten bereits an, doch bleibt eine systematische, interdisziplinäre Untersuchung aus. Das trifft zum Beispiel auf jene Debatte zu, die sich mit der Definition des Demos nach dem Territorialprinzip (ius soli) oder dem Abstammungsprinzip (ius sanguinis) befasst (vgl. BLATTER 2008, S. 7 ff.; FAIST 2001, S. 251 ff.). Aber auch Theorien zur Zuschreibung politischer Verantwortlichkeiten und zum Subsidiaritätsprinzip

(vgl. RONGE 1998; ZÜRN 1996, S. 41) geben wichtige Hinweise auf eine hohe Bedeutung von Territorialität und territorialen Hierarchien für die demokratische Selbstbestimmung, ohne diese Bedeutung zu konkretisieren. Dass solche Erkenntnisse bislang nicht mit den detaillierten Effekten territorialer Strategien (vgl. SACK 2010, S. 229 ff.; 1986, S. 31 ff.) abgeglichen worden sind, und zwar auch nicht aus einer geographischen Initiative heraus, mag einzig mit der Dominanz nationalstaatlicher Erklärungsmuster begründet werden. Das Konstrukt nationalstaatlich-territorialer Souveränität erschien lange Zeit so selbstverständlich akzeptiert (vgl. JESSOP 2008, S. 3), dass die demokratietheoretische Bedeutung territorial definierter politischer Selbstbestimmung und ihre Veränderungspotenziale kaum thematisiert worden sind. Vor diesem Hintergrund erfolgt im ersten Kapitel eine systematische Analyse in drei Schritten: Erstens wird das Kongruenzerfordernis theoretisch dargelegt und ideengeschichtlich hergeleitet; zweitens gilt es zu untersuchen, wie demokratische Selbstbestimmung in Antike und Moderne mit territorialen Strategien konzeptionell wie praktisch verknüpft worden ist; drittens muss ein theoretisches Verständnis von Territorialität ausdifferenziert werden, das sodann für eine Prüfung der verallgemeinerbaren Bedeutung territorialer Effekte für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) dient. Die übergeordnete Forschungsfrage des ersten Kapitels lautet folglich: Welche Bedeutung nimmt Territorialität für die Erfüllung des Kongruenzerfordernisses und somit für die Grundlage demokratischer Selbstbestimmung ein?

Das zweite Kapitel dieser Arbeit befasst sich stärker als das erste mit der inneren Beschaffenheit des Demos, den notwendigen Eigenschaften der Konstituenten und den damit potenziell verbundenen Territorialbezügen. Die in diesem Kontext zu betrachtende „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) gibt Antworten auf eine zentrale Frage, die laut HABERMAS (1996b) wesentlich mit der Konstitution demokratischer Gemeinwesen einhergeht: „Wie kann die Grundgesamtheit derer definiert werden, auf die sich die Bürgerrechte legitim beziehen sollen?“ (ebd., S. 167). In der demokratietheoretischen Literatur finden sich immer wieder Hinweise darauf, dass sich „[…] nicht jedes Aggregat von Personen […] als ein demokratiefähiges ‚Gemeinwesen’ konstituieren“ (SCHARPF 1993, S. 167) lässt. Die Mitglieder eines Demos müssen vielmehr bestimmte Eigenschaften und Einstellungen aufweisen, damit das entsprechende Gemeinwesen aus normativer Perspektive heraus überhaupt als demokratisch bezeichnet und in praktischer Hinsicht als Demokratie funktionieren kann (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; OFFE 2000b, S. 67; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.; ZÜRN 1996, S. 39). Hierzu zählen – wie zu sehen sein wird – die grundsätzliche Akzeptanz der Herrschaftsform und des gemeinsamen normativen Handlungsrahmens, ein Mindestmaß an

horizontalem Vertrauen und Solidarität unter den Konstituenten sowie das Vorhandensein von Partizipationsmöglichkeiten durch gemeinsame Sprache(n). Erst diese Eigenschaften ermöglichen eine diskursive Herstellung von Entscheidungen, deren Gültigkeit bei den Konstituenten auf Akzeptanz stößt, auch wenn sie für den Einzelnen Nachteile bergen sollte (vgl. OFFE 2000b, S. 67 f.; ZÜRN 1996, S. 39). Insgesamt, so wird in der Literatur resümiert, bedarf es also einer belastbaren „[…] Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]“ (OFFE 2000a, S. 238) und somit des Vorhandenseins einer gemeinsamen Identität der Konstituenten (z.B. OFFE 2000b, S. 67), die mitunter auch als „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) bezeichnet wird.

Die geographische Forschung zum Einfluss von Territorien oder anderen Raumkonstrukten auf die Herausbildung kollektiver Identitäten gestaltet sich vielschichtig. Sie stellt insbesondere vor dem wissenschaftshistorischen Hintergrund der Politischen Geographie eine Herausforderung dar (vgl. REUBER; WOLKERSDORFER 2007, S. 752 ff.). Lange Zeit, so kritisiert AGNEW (2003, S. 219 ff.), wurde nationalstaatlicher Territorialität ohne tiefergehende Analyse eine äußerst hohe, beinahe natürliche Bedeutung für Prozesse der Identitätsbildung zugeschrieben. Erst mit der sozialwissenschaftlichen Beschreibung von Nationen als „imagined communities“ (ANDERSON 1983, S. 108) änderte sich diese Praxis. In der Geographie begann die Suche nach allgemeinen Funktionsweisen der raumbezogenen Identitätsbildung und somit auch nach neuen räumlichen Identitätsbezügen. Territoriale Abgrenzungen wurden dabei als konstitutives Merkmal einer „sozialen räumlichen Identifikation“ (BLOTEVOGEL et al. 1989, S. 74 f.) beschrieben. Die gegenwärtige Diskussion erfolgt vor allem im Rahmen der Neuen Kulturgeographie. Hier werden Identitäten dekonstruiert und als Ergebnisse machtvoller Diskurse enttarnt, die räumliche Bezüge aufweisen können (vgl. POTT 2007, S. 28 f.). Orte und Räume gelten als „[…] individuelle oder kollektive Identitätsanker […]“ (ebd., S. 30). Obgleich diese Feststellung explizit Territorialbezüge einschließt, meint POTT (2007, S. 31) zu erkennen, dass „[…] deterritorialisierte Identitäten […]“ (ebd.) im Sinne transnationaler und multilokaler Identitätskonstruktionen als besonders attraktiv für die Neue Kulturgeographie eingestuft würden, weil sie „[…] die tradierte Vorstellung einer Deckungsgleichheit von Kultur, Identität und Territorium am radikalsten in Frage stellen“ (ebd.). Insgesamt fällt auf, dass die Forschung zum Verhältnis von Identität und Territorialität einen Wandel durchlaufen hat, der – stark vereinfacht – von der Annahme einer nationalstaatlich bedingten Homogenität über kritische Dekonstruktionen bis hin zum poststrukturalistischen Postulat einer Heterogenität und Diffusion führt.

Dieser Wandel bedarf deutlicher Berücksichtigung, wenn im zweiten Kapitel die Beschaffenheit demokratischer Identitäten und ihrer territorialen Referenzen in einem mehrstufigen Verfahren untersucht wird: Erstens gilt es herauszuarbeiten, wie sich die demokratietheoretischen Identitätserfordernisse an den Demos konkret ausgestalten; zweitens werden antike und moderne Demokratieverständnisse und Institutionalisierungen daraufhin befragt, welche Bedeutung sie territorialen Bezügen für die Herausbildung eines demokratischen Gemeinsinns zuschreiben; drittens erfolgt eine ausführliche theoretische Analyse, welchen generalisierbaren und somit auch zukünftig gültigen Stellenwert Territorialität für die Erfüllung der „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) einnehmen könnte – oder ob die demokratische Identitätsbildung auch vollkommen deterritorialisiert möglich erscheint. Für das dritte Unterfangen werden zunächst zwei sehr unterschiedliche Perspektiven darauf vorgestellt, wie sich demokratische Identität moralphilosophisch begründen sollte. Es handelt sich um einen kommunitaristischen und einen liberal-universalistischen Zugang. Diese in der Sozialphilosophie aufgrund ihrer Relevanz für das Verhältnis von kultureller Differenz und Universalismus leidenschaftlich debattierten Standpunkte (vgl. HONNETH 1991, S. 1049) werden anschließend hinsichtlich ihrer möglichen Deutung demokratischer Territorialitätsbezüge diskutiert. Die übergeordnete Forschungsfrage des zweiten Kapitels lautet also: Kann Territorialität (in spezifischen Anwendungsformen) konstitutiv bei der Herausbildung einer kollektiven Identität des Demos wirken – und wenn ja, welche Bedeutung nimmt sie neben anderen identitätsbildenden Faktoren ein?

Nach dieser ausführlichen Synthese zentraler demokratie- und territorialitätstheoretischer Aspekte bedarf es im dritten Kapitel einer gesonderten Verknüpfung der gewonnenen Erkenntnisse. Denn es wird zu sehen sein, dass sich die große Schwierigkeit der Konstruktion und Bewertung demokratischer Territorialität insbesondere aus dem spannungsgeladenen Verhältnis der vorgestellten Demokratieprämissen *zueinander* ergibt. Gerade in einer Welt zunehmender Interdependenzen verlangt das Prinzip kollektiver Selbstbestimmung im Sinne der Kongruenzbedingung nach einer Erweiterung der demokratischen Integrations- und Herrschaftsreichweite: Wenn trotz grenzüberschreitender Herausforderungen und weitstreuender Politikeffekte Fremdbestimmung vermieden werden soll, müssen Mitbestimmungsprozesse breit zugänglich gemacht werden, muss das Recht der Partizipation an demokratischen Entscheidungen möglichst vielen Menschen zukommen. Gleichzeitig weist die Identitätsprämisse jedoch tendenziell in die entgegengesetzte Richtung: Das Erfordernis eines belastbaren Gemeinsinns der Konstituenten im Sinne geteilter Normvorstellungen, horizontalen Vertrauens, eines Mindestmaßes an Solidarität und gemeinsamer Kommunikati-

onsmöglichkeiten schränkt die Möglichkeiten einer Erweiterbarkeit demokratischer Gemeinwesen ein. Dass dieses „[…] Demokratiedilemma […]“ (ZÜRN 1996, S. 40) auch und gerade eine starke territoriale Dimension besitzt, ja, sogar den zentralen analytischen Anknüpfungspunkt für eine umsichtige Bewertung territorialen Wandels und seiner demokratischen Implikationen darstellen muss, wird im dritten Kapitel eruiert. Die entscheidende Herausforderung, so die Argumentation, besteht darin, die territorialen Erweiterungstendenzen des Kongruenzprinzips und die zumeist kleinteilige Beschaffenheit territorialer Identitätskonstrukte – die zwar prinzipiell kontingent, aber praktisch nicht beliebig veränderbar sind – in ihren Bedeutungen abzugleichen und nach Vereinbarkeiten zu suchen. Besonders signifikant wird die Notwendigkeit dieser Abwägung nicht nur hinsichtlich der Zunahme politischer Externalitäten, sondern auch im Umgang mit Separations- und Unabhängigkeitsbestrebungen sowie mit sich verstärkender Mobilität und Migration. Die politikwissenschaftlich beschriebene Normenkollision muss zwangsläufig zu einem höchstbedeutenden Objekt politisch-geographischer Analyse werden – eine zentrale Erkenntnis, die über diese Arbeit hinausweist und die Eigenständigkeit des dritten Kapitels rechtfertigt.

Die Frage, welche Rolle die nunmehr gewonnenen Erkenntnisse im Kontext gegenwärtiger Demokratieherausforderungen und territorialer Veränderung spielen, soll im vierten Kapitel vertieft werden. Im Sinne einer prozessualen Perspektive werden einflussreiche interdisziplinäre Fachdebatten zu aktuellen politisch-geographischen Entwicklungen aufgegriffen, skizziert, demokratiegeographisch eingeordnet und kritisch erweitert. Die Wahl fällt dabei bewusst auf drei Diskurse, die im Hinblick auf grenzüberschreitende Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus oder Migration sehr unterschiedliche Aspekte und Entwürfe politischer Raumbezüge beleuchten. Am Beispiel jüngerer Diskurse zu den geographisch relevanten und aus demokratietheoretischer Sicht problematischen Phänomenen der Versicherheitlichung (vgl. WÆVER 1995; BUZAN et al. 1998; KORF; OßENBRÜGGE 2010) und „riskification“ (CORRY 2012, S. 237) lässt sich zunächst aufzeigen, wie die fortschreitende Entkopplung von transterritorial agierenden Exekutiven auf der einen und territorial definierten Souveränen auf der anderen Seite das Erfüllen zentraler Demokratieprämissen erschwert und das territoriale Strukturdilemma verschärft. Dass es zum richtigen Umgang mit neuen politischen Herausforderungen und Risiken einer stärkeren „glokalen“ Vernetzung bedarf, meint sodann Benjamin R. BARBER (2013a) zu erkennen, dessen innovatives Konzept eines globalen demokratischen Städtenetzwerks daraufhin analysiert wird, ob es mit seiner sich abzeichnenden netzwerkartigen Territorialität das angesprochene Dilemma lindern könnte. Schließlich soll im vierten Kapitel auch die wohl radikalste und meistdiskutierte Idee

politisch-räumlicher Veränderung besprochen und aus demokratiegeographischer Sicht kritisch auf den Prüfstand gestellt werden: Es geht, natürlich, um die eingangs erwähnten kosmopolitischen Demokratieentwürfe eines David HELD (1995) oder Ulrich BECK (2002). In allen diesen Auseinandersetzungen wird zu sehen sein, dass die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse für ein Verständnis aktueller territorialer Veränderungen und ihrer Auswirkungen auf politische Legitimationsprozesse ausgesprochen hilfreich und bedeutend sein können. Deshalb sollen mögliche zukünftige Forschungsfragen mutig umrissen und potenzielle Entwicklungsperspektiven der Politischen Geographie angedeutet werden.

Die Ausdifferenzierung des Forschungsproblems legt bereits nahe, auf welcher grundlegenden methodischen Vorgehensweise diese Arbeit beruhen muss. Sie wird als theoretische Untersuchung mit hermeneutischem Anspruch und einer hypothesenbildenden Exploration konzipiert (vgl. BORTZ; DÖRING 2006, S. 354). Die Zusammenführung von Demokratie- und Territorialitätstheorien erfordert die Auswertung bedeutender Literaturstränge. Hierzu zählen im geographischen Kontext Arbeiten der allgemeinen Territorialitätstheorie ebenso wie die skizzierten Debatten zum Verhältnis von Identität und Raum, zur De- und Reterritorialisierung oder zu den räumlichen Implikationen des Phänomens der Versicherheitlichung. Im politikwissenschaftlichen Feld hingegen sollen Untersuchungen der Voraussetzungen demokratischer Gemeinwesen und demokratische Zukunftsszenarien Berücksichtigung finden; zudem erscheint eine themenbezogene Annäherung an ideengeschichtliche Werke der Demokratietheorie unabdingbar. Die Begründungszusammenhänge zwischen demokratischen Normen, Ordnungsmodellen und territorialen Strategien sollen mithilfe logischer Schlussfolgerungen freigelegt werden. Ziel ist die fundierte Herleitung von Hypothesen in den jeweiligen Forschungsabschnitten, deren Gesamtheit eine Beurteilung des Forschungsproblems erlaubt.

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer kontinuierlichen Auseinandersetzung des Autors mit grundsätzlichen Fragen politisch-räumlicher Strukturen und Veränderungen sowie mit den Potenzialen einer interdisziplinären Annäherung. Sie wäre nicht zustande gekommen ohne die große Unterstützung und fachliche Betreuung durch Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge, der die Entwicklung der Politischen Geographie unter anderem mit Beiträgen zur Konfliktforschung und zum globalisierungsbedingten Wandel geprägt hat. Daneben sind fruchtbare demokratietheoretische Anregungen einem Austausch mit dem Hamburger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Michael Th. Greven zu verdanken, dessen kritische Reflexionen zur Erweiterbarkeit und Begrenzung demokratischer Herrschaft eine mitunter entfesselte Debatte über kosmopolitische Zukunftsentwürfe wohltuend geordnet und auf grundsätzliche Fragen zurückgeführt

haben. Die vorliegende Arbeit greift diese Anregungen auf und knüpft hinsichtlich ihres Forschungsinteresses an die Ergebnisse der unveröffentlichten Diplomarbeit des Verfassers an (vgl. KIESELBACH 2010). Die übergeordnete Hoffnung besteht darin, dass die Erkenntnisse der folgenden Untersuchungen zukünftige Diskurse über die räumliche Entwicklung demokratischer Gemeinwesen hilfreich erweitern können. Denn eines scheint gewiss: Die Frage, wie, wo und mit wem Demokratie in einer Welt neuer politischer Herausforderungen und territorialer Veränderungen gelingen kann, ist aktueller denn je.

1 Demokratietheoretische Kongruenzbedingung und Territorialität

Wer die Geschichte der Demokratie studiert, kann mit einiger Plausibilität zu der Vermutung gelangen, dass diese Herrschaftsform eine starke territoriale Dimension besitzt. Ob die antike Polis, der moderne Nationalstaat oder neue supranationale Gebilde – sie alle weisen wesentliche Territorialitätsmerkmale auf (vgl. Kapitel 1.2 und 2.2). Hierzu zählen neben weiteren Strategien und Effekten vor allem Grenzziehungen, Raumzugriffe und räumliche Definitionen von Zugehörigkeit (vgl. AGNEW 2009a, S. 744; SACK 1986, S. 19 ff.; STRÜVER 2002, S. 339). Zwar sind die territorialen Grenzen von Demokratien im historischen Verlauf ganz unterschiedlich ausgehandelt, ausgestaltet und begründet worden. Außerdem haben ihre konkrete Form, ihr Zweck, ihre Durchlässigkeit häufig einschneidenden Veränderungen unterlegen – sei es durch Supranationalisierungen im Großen oder Gemeindegebietsreformen im Kleinen, sei es durch separatistische Bestrebungen von innen oder Annexionen von außen, sei es durch globale Migrationsströme oder lokale Proteste. Doch erstaunlicherweise hat die grundsätzliche Notwendigkeit einer territorialen Ordnung für das Funktionieren von Demokratie nur äußerst selten zur Debatte gestanden. David STOREY (2001) meint sogar zu erkennen: „There is a general acceptance of the idea of formalized and rigidly demarcated boundary lines […]" (ebd., S. 5).

Aber warum ist das so? Weshalb scheinen räumliche Grenzen für Demokratien so bedeutend zu sein? Welche Effekte territorialer Strategien tragen dazu bei, dass die normative Idee einer demokratischen Herrschaft tatsächlich realisiert werden kann, und welche Effekte sind hierbei eher hinderlich? Muss Territorialität als notwendige Demokratievoraussetzung gelten – oder ist sie vielleicht sogar entbehrlich? Diesen sehr grundlegenden Fragen sollen sich die ersten drei Kapitel dieser Arbeit widmen. Es geht um nicht weniger als um eine systematische Annäherung an das konzeptionelle Verhältnis von Demokratie und Territorialität. Hierfür müssen Forschungsergebnisse der Politischen Geographie und der Politikwissenschaft mutig zusammengeführt werden – ein Vorgehen, das häufigen Forderungen nach einer stärkeren Verquickung beider Disziplinen Rechnung trägt (vgl. ROKKAN 1974, S. 9 ff.; PAASI 2001, S. 142). Ziel dieser interdisziplinären Synthese ist es, grundlegende Erkenntnisse zu gewinnen, die dafür genutzt werden können, den Einfluss aktueller und potenzieller territorialer Veränderungen auf demokratische Verhältnisse zu untersuchen. Nur wer sich dem theoretisch-normativen Verhältnis von Demokratie und Territorialität differenziert nähert, so soll hier argumentiert werden, kann eine Vorstellung davon entwickeln, in welchen räum-

lichen Konfigurationen demokratische Herrschaft unter Globalisierungsbedingungen überhaupt noch gelingen kann (vgl. Kapitel 4).

Nun mag geschwind der Einwand vorgebracht werden, es handele sich schon beim skizzierten Erkenntnisinteresse dieser ersten Kapitel um ein ganz und gar vermessenes Unterfangen. Wie könnte auch nur annähernd *die* Bedeutung von Territorialität für *die* Demokratie ermittelt werden, wenn sich allein mit der Literatur zur Demokratieforschung ganze Bibliotheken füllen lassen? Bernard CRICK (2002) schrieb einst pointiert: „Many meanings attach to the word democracy. If there is one true meaning then it is, indeed, as Plato might have said, stored up in heaven; but unhappily has not yet been communicated to us“ (ebd., S. 1). Tatsächlich ist kaum ein Begriff so mannigfaltig ausgelegt und geprägt worden. Die Verständnisse und Umsetzungsformen demokratischer Herrschaft unterscheiden sich stark und sind unübersichtlich: antike und moderne, direkte und repräsentative, parlamentarische und präsidentielle, unitaristische und föderale Formen; Konkurrenz- und Konkordanz-, Mehrheits- und Konsensusdemokratien; konservative, pluralistische, soziale und sozialistische Vorstellungen seien hier nur beispielhaft genannt (vgl. FREVEL 2009, S. 82 ff.). Wie bereits angedeutet wurde, lässt sich darüber hinaus auch der Begriff der Territorialität auf eine Vielzahl sozialer Phänomene und physischer Manifestationen beziehen, er ist keinesfalls auf das Konstrukt nationalstaatlicher Territorialität beschränkt (vgl. SACK 2010, S. 232) und zeigt sich zudem verwoben mit anderen Raumkonzepten wie der Unterscheidung von „space“ und „place“ (vgl. TUAN 1977, S. 54; SACK 1986, S. 19; AGNEW 2000b, S. 824). Zweifelsohne steht fest: Eine Arbeit, die zu abstrakten, möglichst verallgemeinerbaren Aussagen über das Verhältnis von Demokratie und Territorialität gelangen möchte, bedarf zwingend der deutlichen analytischen Eingrenzung, des Entwurfs und der Begründung eines pragmatischen theoretischen Forschungsrahmens, ohne den sich jedes hermeneutische Suchen nach Erkenntnis in konzeptionellen Differenzierungen und ideengeschichtlichen Auseinandersetzungen verlieren würde.

Wie also könnte und sollte hier vorgegangen werden? Einen wichtigen Ausgangspunkt stellt die Feststellung dar, dass der Begriff der Demokratie zwar „[…] sehr heterogene Gestaltungsmuster ermöglicht […]“, aber dennoch „[…] auf recht eindeutigen Merkmalen aufbaut […]“ (FREVEL 2009, S. 61). Die normative Idee demokratischer Herrschaft ist also mit spezifischen Grundprinzipien verbunden, die unabhängig von ihrer vielfältigen Auslegung und Umsetzung einen sehr beständigen Rationalitätskern dieses Konzepts bilden. Solche Grundprinzipien lassen sich hervorragend herausarbeiten und können zudem als zentrale Kriterien für die Bewertung spezifischer demokratischer Institutionalisierungsformen dienen.

Angewandt worden ist dieses Verfahren zum Beispiel in jener politikwissenschaftlichen Debatte, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung der Europäischen Union (EU) befasst: Autoren wie Michael ZÜRN (1996), Claus OFFE (2000b) oder Fritz SCHARPF (1993) haben zunächst danach gefragt, welche grundlegenden Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Gemeinwesen überhaupt als demokratisch bezeichnet werden kann. Anschließend wurde untersucht, ob und wie eine europaweite Demokratie diesen Prämissen gerecht wird.

Diese politikwissenschaftlichen Analysen bieten sehr sinnvolle Anknüpfungspunkte für das hier geplante Forschungsvorhaben, weil sie sich am spezifischen Beispiel der EU bereits mit Demokratiemerkmalen befasst haben, die in einem bedeutenden Zusammenhang mit dem geographischen Maßstab demokratischer Herrschaft stehen. Zwei dieser Merkmale sollen hier aufgegriffen sowie ideengeschichtlich und sozialhistorisch vertieft werden, um sie sodann mithilfe geographischer Theorien systematisch auf ihren Territorialitätsbezug hin zu prüfen – ein interdisziplinäres Vorgehen, das bislang nicht realisiert wurde. Es handelt sich um zwei Demokratievoraussetzungen, die im Hinblick auf ihre Erfüllung – wie zu sehen sein wird – einen besonders starken Raumbezug aufweisen können, ja, sogar müssen, und deren Zusammenspiel bei aktuellen politisch-territorialen Veränderungen zentrale Bedeutung erlangt. Den Anfang macht in diesem Kapitel ein normatives Erfordernis, das die kollektive politische Selbstbestimmung betrifft und von Michael ZÜRN (1996) als „Kongruenzbedingung“ (ebd., S. 39) bezeichnet wird; im zweiten Kapitel folgt dann ein Bündel an Prämissen, das sich auf die Notwendigkeit eines demokratischen Gemeinsinns bezieht und als „Identitätsbedingung“ (ebd.) zusammengefasst worden ist. Für beide Bedingungen muss untersucht werden: Welche normativen Prinzipien umfassen sie genau? Können diese Prämissen mithilfe territorialer Strategien erfüllt werden und wie werden diese territorialen Strategien definiert? Ist Territorialität für die Erfüllung sogar notwendig – oder erscheint sie entbehrlich? Indem bewertet wird, ob zentrale Demokratieprinzipien eine territoriale Dimension besitzen, lassen sich auch Rückschlüsse auf die allgemeine Bedeutung von Territorialität für die Herrschaftsform der Demokratie ziehen. Im dritten Kapitel soll schließlich das *Verhältnis* von Kongruenz- und Identitätserfordernissen sowie ihrer jeweiligen Territorialitätsbezüge problematisiert werden. Wie zu sehen sein wird, stellt gerade das Zusammenwirken der verschiedenen Prämissen eine Herausforderung dar, die starke Auswirkungen auf gegenwärtige und zukünftige Diskussionen über den Raumbezug von Demokratien hat.

1.1 Kongruenzerfordernis

Es wurde eingangs bereits skizziert, dass außerordentlich vielfältige Vorstellungen davon existieren, was Demokratie genau ist, sein kann oder sein soll. Manfred SCHMIDT (2006, S. 19) stellt fest, Demokratie müsse mittlerweile als Oberbegriff einer unübersichtlichen Vielzahl politischer Ordnungen gelten. Gleichwohl darf aber nicht dem Trugschluss verfallen werden, dieser Oberbegriff stelle ein ganz und gar beliebiges Konzept dar. Er enthält vielmehr zentrale Komponenten, die trotz seiner diffusen Auslegung von beachtlicher normativer Kontinuität sind. Es lassen sich Kriterien identifizieren, die Demokratieverständnissen seit der Antike innewohnen und diese entscheidend prägen (vgl. ZÜRN 1996, S. 38 ff.; OFFE 2000b, S. 64 ff.; SCHARPF 1993, S. 167).

Eines dieser Kriterien, so soll hier argumentiert werden, ist so grundlegend, dass es sich schon im Alltagsverständnis der Herrschaftsform widerspiegelt. Wer in die Verlegenheit gerät, den normativen Gehalt von Demokratie aus dem Stehgreif beschreiben zu müssen, bedient sich aller Wahrscheinlichkeit nach – und möglicherweise unbewusst – eines etymologischen Zugangs: Der im 5. Jahrhundert v. Chr. geprägte griechische Begriff *demokratía* kann als „Herrschaft des Volkes“ übersetzt werden; er setzt sich zusammen aus den Worten *demos* (Volk, Volksmasse oder Vollbürgerschaft) und *kratein* (herrschen, Macht ausüben) (vgl. FUCHS 2007, S. 39). Demokratie also als eine Herrschaft zu beschreiben, die ein Volk über sich selbst ausübt, ist nicht nur etymologisch naheliegend, sondern impliziert bereits ein zentrales Demokratiekriterium: Diejenigen, über die geherrscht wird, sollen offenbar mit jenen identisch sein, die herrschen.

Genau dieser normative Grundgedanke wird in der demokratietheoretischen Literatur vielfältig in Worte gefasst. Michael ZÜRN (1996) formuliert prägnant: „Es muß eine Identität von Herrschaftsobjekten und Herrschaftssubjekten gegeben sein […]“ (ebd., S. 39). Diese „Kongruenzbedingung“ (ebd.) verkörpere „[…] die *zentrale Voraussetzung der politischen Selbstbestimmung* eines demokratischen Kollektivs […] [eig. Hervorhebung]“ (ebd.). Fritz SCHARPF (1993) argumentiert übereinstimmend, wenn er schreibt, notwendig sei eine „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (ebd., S. 167). Nur so ließe sich die Selbstbestimmung der Mitglieder eines Gemeinwesens über das eigene kollektive Schicksal verwirklichen (vgl. ebd.). Und Ingeborg MAUS (1994) erkennt in eben jener „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]“ (ebd., S. 604) das zentrale Moment legitimer demokratischer Herrschaft. Denn: „Positives Recht ist nicht deshalb legitim, weil es inhalt-

lichen Gerechtigkeitsprinzipien entspricht, sondern, weil es in Verfahren gesetzt wurde, die ihrer Struktur nach gerecht, d.h. demokratisch sind. Daß im Gesetzgebungsprozeß alle über alle das gleiche beschließen, ist eine normativ anspruchsvolle Voraussetzung […]“ (ebd.).

Im Umkehrschluss muss die Kongruenzbedingung immer dann als *nicht* erfüllt gelten, wenn sich Herrschaftssubjekte und Herrschaftsobjekte unterscheiden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Individuen oder Gruppen innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden, obwohl sie von den resultierenden Vereinbarungen betroffen sind. Seyla BENHABIB (1998, S. 235) weist darauf hin, dass es hierfür eine bedrückende Vielfalt historischer Beispiele gebe: Frauen, Sklaven, Fremde, Farbige oder Schwule seien regelmäßig von politischen Partizipationsrechten ausgeschlossen worden, ohne sich jedoch der Gültigkeit kollektiv getroffener Entscheidungen entziehen zu können. Darüber hinaus muss die Kongruenzbedingung aber auch in solchen Fällen als nicht erfüllt gelten, in denen „[…] politische Gemeinschaften angestrebte Zustände nicht erreichen können, weil Rahmenbedingungen außerhalb ihres Einflussgebietes dies unmöglich machen […]“ (ZÜRN 1996, S. 39). Solche externen Effekte sind zuletzt im Rahmen von Globalisierungs- und Supranationalisierungstendenzen diskutiert worden: „[…] da kann entweder das demokratisch verfaßte Gemeinwesen seine Wohlfahrt durch Fremdherrschaft über mitbetroffene Außenseiter steigern, oder seine Wohlfahrt wird durch die Entscheidungen von Außenseitern fremdbestimmt. In beiden Fällen wird sowohl der inhaltliche als auch der prozedurale Anspruch demokratischer Selbstbestimmung verfehlt“ (SCHARPF 1993, S. 167). Entscheidungen, die in diesem Sinne fremdbestimmt erfolgen, werden in der Literatur als „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39) bezeichnet, sie bedingen ein Demokratiedefizit im weitesten Sinne (vgl. ebd.) und nehmen der demokratischen Herrschaft – ganz im Sinne der Analyse von MAUS (1994) – jede Legitimität.

Diese ersten Darstellungen lassen bereits erahnen, dass der zentrale Anspruch einer Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten bis heute eine besondere Herausforderung bei der Institutionalisierung von Demokratie darstellt. Zudem bedarf es keiner Fachexpertise, um vermuten zu können, dass die Anwendung territorialer Strategien eine sehr wesentliche Rolle bei dem Versuch spielen dürfte, diese Demokratievoraussetzung zu erfüllen. Dafür, dass räumliche Grenzen sowohl für die Definition von Herrschaftssubjekten wie auch für die Definition von Herrschaftsobjekten funktional eingesetzt werden, lassen sich rasch empirische Hinweise anführen – beispielhaft genannt seien das Territorialitätsprinzip bei der Staatsbürgerschaftsvergabe oder die territoriale Gültigkeit von Rechtsnormen (vgl. GREVEN 2010, S. 189; BENHABIB 1998, S. 238; FREVEL 2009, S. 100). Wie aber ließe sich das

Bedeutungsverhältnis des normativen Kongruenzerfordernisses und eines abstrakten, vorinstitutionellen Territorialitätsbegriffs systematisch ausdifferenzieren? Warum könnte es theoretisch möglich, sinnvoll oder sogar geboten sein, die demokratische Herrschaftskongruenz mit den Mitteln einer räumlichen Strategie herzustellen? Diesen grundsätzlichen Fragen sollen sich die folgenden Ausführungen widmen. In Kapitel 1.2 erfolgt zunächst eine historische Annäherung an das Kongruenzerfordernis und an seinen Territorialitätsbezug über ausgewählte Leitgedanken antiker und moderner Demokratie; es geht hierbei darum, erste Evidenzen für die Bedeutung des Verhältnisses von Herrschaftskongruenz und räumlicher Strategie zu sammeln. Darauf folgt in den Kapiteln 1.3 und 1.4 eine systematische Synthese demokratietheoretischer Überlegungen und geographischer Territorialitätstheorien: Welche detaillierten Effekte territorialer Strategien könnten genutzt werden, um die Kongruenzbedingung zu erfüllen? Wie bedeutend sind diese Effekte? Ließe sich gar argumentieren, dass Territorialität notwendig ist, um eine Kongruenz von Herrschaftssubjekten und -objekten zu ermöglichen?

1.2 Historische und ideengeschichtliche Annäherung

Das Eintreten für eine „Herrschaft des Volkes“, die Begründung und Fortentwicklung demokratischer Politik ist historisch zumeist und wiederholt aus Unzufriedenheit und Konflikten, einem nicht selten gewaltsamen Bruch mit Bisherigem hervorgegangen. Ob der Sieg der Nichtadligen über die ehemaligen Führungsschichten der antiken Geschlechterstadt zu Beginn des 5. Jahrhunderts v. Chr. (vgl. FUCHS 2007, S. 39), ob die Religions- und Bürgerkriege im England des 17. Jahrhunderts oder die Französische Revolution von 1789 bis 1799: Antike wie auch moderne Demokratien sind erkämpft worden; ihre Entstehungs- und Etablierungsprozesse tragen die jeweiligen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Spannungen ihrer Zeit in sich. Vorstellungen davon, wie diese Herrschaftsform definiert und ausgestaltet werden sollte, beruhen daher in ganz besonderem Maße und seit jeher auf kritischen Gegenwartsdiagnosen und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Realitäten. Die Frage „wie soll es sein?“ ist untrennbar verknüpft mit der Frage „wie war es bisher?“. Selbst jene demokratischen Grundsätze, die über spezifische historische Institutionalisierungsformen hinauszuweisen scheinen, sind ihrerseits in historischen und ideengeschichtlichen Kontexten entwickelt, reflektiert und erprobt worden. Sie haben sich als beständige Kernmerkmale eines Herrschaftskonzepts etabliert – und sind doch nicht nachzuvollziehen ohne ein Verständnis ihrer Ursprünge.

Zu diesen Grundsätzen gehört zweifelsohne auch die hier näher zu beleuchtende „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39), also der Anspruch einer Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten. Es erscheint daher notwendig und geboten, in diesem Kapitel zunächst einen Blick auf die historischen und ideengeschichtlichen Kontexte des Kongruenzerfordernisses und seines Raumbezuges zu werfen, bevor später eine abstrakte Synthese dieser theoretisch-normativen Demokratievoraussetzung mit zentralen Prinzipien des Territorialitätsbegriffes gelingen kann. Dabei soll es hier mitnichten um die systematische, chronologische Aufarbeitung der historischen Genese einer Herrschaftsform gehen – ein solcher Anspruch wäre vermessen und dem Erkenntnisinteresse dieser politisch-geographischen Arbeit zudem nur minder dienlich. Vielmehr gilt es, prägnante und wirkungsstarke Leitgedanken vorzustellen sowie historische Umsetzungsideen der Kongruenzbedingung zu skizzieren, die bereits einen entscheidenden Territorialitätsbezug nahelegen – in Kapitel 1.2.1 zunächst mit dem Kontext der antiken Demokratie beginnend, in Kapitel 1.2.2 dann im Hinblick auf die Entstehung moderner Entwürfe dieser Herrschaftsform fortfahrend. Die konzeptionellen Ursprünge kollektiver Selbstbestimmung zu verstehen, bietet wertvolle Anhaltspunkte für die Theoriebildung zum Verhältnis von demokratischer Herrschaftskongruenz und Territorialität.

1.2.1 Demokratische Selbstbestimmung und Territorialität in der antiken Polis

Angesichts der heutigen Vielfalt demokratischer Konzepte und des Selbstverständnisses, mit dem diese Herrschaftsform zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der westlichen Welt postuliert und praktiziert wird (vgl. FUKUYAMA 1992, S. 200; HELD 1995, S. 97), gerät bisweilen in Vergessenheit, welch historisch brüchige und weltgeschichtlich kurze Entwicklung die Demokratie genommen hat. Historisch verwirklicht wurde sie bislang einzig in der antiken Polis sowie im Nationalstaat und in supranationalen Gebilden der Neueren und Neuesten Geschichte. Während die moderne Demokratie also recht jung ist – erdacht und erkämpft im Zuge der Aufklärung und ihre heute verbreitete liberal-repräsentative Form streng genommen erst im späten 20. Jahrhundert erlangt –, erfolgten die Anfänge demokratischer Politik bereits vor 2500 Jahren (vgl. FUCHS 2007, S. 39 ff.).

Diese Anfänge zu untersuchen und sich mit dem Denken und Handeln der vielbemühten „alten Griechen“ zu beschäftigen, mag zunächst nicht sonderlich attraktiv erscheinen. Zu Recht könnte eingewandt werden, heutige Demokratieformen und ihre antiken Vorgänger seien doch in wesentlichen Merkmalen grundverschieden. So haben sich insbesondere die

Größe der politischen Gemeinwesen und die hierdurch bedingten Partizipationsmöglichkeiten gewandelt: Während das Volk in der Polis noch unmittelbar an allen Entscheidungen von allgemeiner Verbindlichkeit beteiligt war, basiert die moderne Demokratie auf dem Prinzip der Repräsentation (vgl. FUCHS 2007, S. 39). Und dennoch: Beeindruckend ist, dass unabhängig vom spezifischen Modus der Partizipation das dahinterliegende Kernkonzept auch 2500 Jahre nach seiner ersten Entwicklung (wieder) Anwendung findet. Es ist heute wie damals die *Herrschaft des Volkes*, die als legitim und prinzipiell anerkennungswürdig gilt. Nach Manfred SCHMIDT (2006, S. 20) impliziert dies drei wesentliche Komponenten, die auch in modernen Demokratien Bestand haben: Erstens werde die Herrschaft im Staat auf die Norm politischer Gleichheit der Vollbürger verpflichtet; zweitens sei die Herrschaft im Staat auf den Willen der Stimmbürgerschaft oder zumindest eines maßgebenden Teils der Stimmbürgerschaft gegründet; drittens würden die Regierenden auf Rechenschaftspflichtigkeit gegenüber den Regierten festgelegt. Es sind diese normativen Gemeinsamkeiten, die jeder weiteren Spezifizierung, institutionellen Ausgestaltung und Problematisierung demokratischer Herrschaft in allen ihren historischen Phasen zugrunde gelegen haben – ein Umstand, der als bemerkenswert bezeichnet werden darf. Und so kann denn auch das Studium antiker Demokratieverständnisse gerade aufgrund der historischen Ferne und völlig anderer gesellschaftlicher und zivilisatorischer Rahmenbedingungen als besonders interessant gelten, weil es Erkenntnisse darüber ermöglicht, welche normativen Überzeugungen tatsächlich zum Rationalitätskern des demokratischen Herrschaftskonzepts gehören, welche Facetten also vorinstitutionell erscheinen, und wie mit konzeptionellen Grundproblemen alternativ umzugehen sein könnte.

Folglich lohnt sich auch im Sinne des hier vorliegenden Erkenntnisinteresses ein Blick auf die Anfänge demokratischer Politik: Wie waren jene Demoi vor 2500 Jahren beschaffen, die erstmals kollektive Selbstherrschaft praktizierten und sich mit allen ihren Mitgliedern selbst politisch anerkannten? Welche Bedeutung wurde dieser Selbstherrschaft beigemessen? Und vor allem: Welche Rolle spielten räumliche Kategorien dabei? Es wird im Folgenden zu sehen sein, dass die Idee einer „[…] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) bereits für antike Theoretiker von hervorstechender Bedeutung war. Und es kann aufgezeigt werden, dass die Erfüllung dieser demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) schon in den antiken Poleis einen starken Territorialbezug aufwies.

Die Geburtsstunde der Demokratie wird gemeinhin auf den Beginn des 5. Jahrhunderts v. Chr. datiert, als die Nichtadligen einen Sieg über die ehemaligen Führungsschichten der athenischen Geschlechterstadt errungen. Vor allem kleine und mittlere Bauern waren es, die kämpferisch für einen Teilhabeanspruch an der Regierung ihres Gemeinwesens, der Polis, eintraten (vgl. FUCHS 2007, S. 39). Diese als *isonomía* bezeichnete Forderung nach politischer Gleichberechtigung konnte sich durchsetzen und wurde, initiiert durch den Staatsmann Solon, in der dritten Verfassung Athens festgeschrieben. Allerdings hatte der Erfolg nicht lange Bestand, denn auf den ersten Versuch einer demokratischen Ordnung folgte eine fünfzigjährige Tyrannenherrschaft des Peisistratos und seiner Söhne, die sämtliche Errungenschaften Solons wieder zunichtemachte (vgl. ARISTOTELES 1990, S. 45). Es waren erst die Reformen des Kleisthenes in der fünften athenischen Verfassung, die eine beständige Demokratie etablieren konnten und auf die in heutigen demokratietheoretischen Überlegungen vielfach Bezug genommen wird. ARISTOTELES (1990, S. 30) berichtet in seinem Werk „Staat der Athener“: „Nachdem diese Reformen durchgeführt waren, wurde die Verfassung viel demokratischer, als die solonische (gewesen war); denn es kam ja hinzu, daß die Tyrannis die Gesetze Solons beseitigt hatte, da sie diese nicht anwandte und daß Kleisthenes andere neue (Gesetze) erließ, wobei er auf die Gunst der Menge zielte […]“ (ebd.).

Diese von Kleisthenes entworfene Demokratie fand ihren institutionellen Kern in der *ekklesía* (Volksversammlung), die mit dem Demos gleichgesetzt wurde. Laut FUCHS (2007, S. 39 f.) tagte sie etwa vierzig Mal im Jahr und fällte nach entsprechender Diskussion sämtliche verbindliche Entscheidungen für die Polis. Indem jedes Mitglied der *ekklesía*, sprich: jedes Mitglied des Demos, die Freiheit der Rede (*isegoría*) genoss, sollte sich in diesen Zusammenkünften ein authentischer Volkswille herausbilden. Die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen hingegen oblag den athenischen Amtsträgern, die aus der Mitte des Demos per Losverfahren rekrutiert und jährlich ausgetauscht wurden (vgl. ebd.). Sie bildeten die erste demokratische Exekutive der Geschichte. Durch das auf Zufall basierende Rotationsverfahren war es nicht nur jedem Bürger möglich, mehrmals in seinem Leben am Regieren beteiligt zu sein, es konnte zudem eine Verselbstständigung der Amtsträger gegenüber dem Volk ausgeschlossen werden (vgl. ebd.).

Bereits diese kurze Skizze der Reformen des Kleisthenes legt nahe, dass sich zentrale Ausgestaltungsfragen demokratischer Herrschaft seit der Antike nicht verändert haben: Wie ist die Mitbestimmung aller anerkannten Mitglieder des Demos organisierbar? Wer sind diese anerkannten Mitglieder? Wie kann gewährleistet werden, dass alle Meinungen eingebracht werden können? Auf welche Weise wird sichergestellt, dass einmal getroffene Entschei-

dungen tatsächlich ihre Umsetzung finden und Amtsträger an den gemeinsamen Willen gebunden sind? Anhand jener institutionellen Antworten, die Kleisthenes auf diese Fragen findet, wird schnell deutlich, dass bereits bei ihm die Kongruenz zwischen Herrschenden und Beherrschten zur bewussten und obersten Maßgabe wird: Alle Vollbürger sollen an allen Entscheidungen beteiligt sein und prinzipiell auch für deren Umsetzung in Frage kommen. Über die gesamte Ausgestaltung dieser ersten Demokratie schreibt ARISTOTELES (1990): „[…] das Volk hat sich selbst zum Herren über alles gemacht und verwaltet alles durch Volksbeschlüsse und Gerichte, in denen das Volk die Macht hat. Sogar die Entscheidung der Rechtsfälle, die früher der Rat zu treffen hatte, ist auf das Volk übergegangen“ (ebd., S. 46). Und Max WEBER (2006) stellt eindrücklich fest, dass sich der normative Grundsatz kollektiver Selbstbestimmung auch in den folgenden Verfassungen bis hin zur der nachklassischen Demokratie (3. Jahrhundert v. Chr.) fortsetzte – jeder Beschluss (psephisma) des Demos sei ein Gesetz (nomos) mit Gültigkeit für die gesamte Polis geworden: „In Athen wurde schließlich alljährlich die Frage an das Volk gerichtet: ob die bestehenden Gesetze erhalten oder geändert werden sollten. So sehr verstand es sich jetzt von selbst, daß das geltende Recht etwas künstlich zu schaffendes sei und sein müsse und *auf der Zustimmung derjenigen beruhe, für die es gelten solle* [eig. Hervorhebung]“ (ebd., S. 923).

Interessante Hinweise auf die antike Bedeutung der Kongruenzbedingung lassen sich jedoch nicht nur aus den historischen Darstellungen konstitutioneller Entwicklungen ableiten, sondern finden sich auch in den frühen Theoriebildungen zu Vorzügen und Prinzipien verschiedener Herrschaftsformen. Diese konzeptionellen Auseinandersetzungen sind insbesondere dank der gut erhaltenen philosophischen Schriften von Aristoteles und Platon belegt. So unterscheidet Aristoteles zunächst zwischen Alleinherrschaft (Monarchie und Tyrannis), dem Regiment mehrerer (Aristokratie und Oligarchie) und einer Selbstherrschaft des Volkes, die sich auf Gesetz und Ordnung gründet (Demokratie) (vgl. JÜRß; EHLERS 1989, S. 39). Während Platon die ersteren Varianten favorisiert, erkennt Aristoteles den Wert der kollektiven Selbstherrschaft (vgl. SCHÜTRUMPF 1980, S. 26 f.): „Platon will die Tätigkeit des *einen* königlichen Mannes – oder höchstens einer ganz geringen Zahl wahrer Politiker – abgrenzen und dessen Art von Erkenntnis bestimmen, während bei Aristoteles die *gesamte Bürgerschaf*t mit politischen Rechten ausgestattet ist. Politische Befähigung kommt nicht nur einem oder wenigen Spezialisten zu“ (ebd.). Seine Präferenz für die Demokratie begründet ARISTOTELES (1990, S. 46) mit den seiner Ansicht nach großen moralischen Mängeln des Individuums, das trotz guter Absichten stets zum Missbrauch von Macht und zur Korruption verführbar sei. Er erklärt, das Volk zum Herren über alles zu machen, sei richtig, „[…] denn

die Wenigen sind leichter durch materielle Vorteile und Gefälligkeiten zu bestechen als die Vielen“ (ebd.). Wenn also all jene an Entscheidungen beteiligt werden, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, dann könne „[…] dadurch, daß jeder seinen kleinen Teil an Tugend und Klugheit einbringt, im ganzen noch am ehesten etwas Gutes herauskommen“ (JÜRß; EHLERS 1989, S. 39).

Nun könnte jedoch vorschnell der Eindruck entstehen, der Anspruch einer Übereinstimmung von Herrschenden und Beherrschten sei in den antiken Demokratien nicht nur formuliert, sondern auch in Idealform realisiert worden. Hierbei ist Vorsicht geboten: Trotz des Selbstherrschaftsgedankens, der seit den Reformen des Kleisthenes starke Berücksichtigung fand, kannte die antike Polis zu jedem Zeitpunkt ihrer Geschichte Individuen, die kein oder nur ein eingeschränktes Recht zur Teilhabe an demokratischer Selbstbestimmung hatten, obwohl sie ebenso wie alle Einwohner der Polis dem gemeinsamen Recht unterstanden. Max WEBER (2006) stellt klar, dass der Stimmbürgerschaft keineswegs alle persönlich freien und siedlungsberechtigten Familien angehörten: „Die Gleichstellung der Bürger aber war durch Abstufung des Stimmrechts und der Amtsfähigkeit, anfänglich nach Grundrenten und Wehrfähigkeit, später nach Vermögen, durchbrochen“ (ebd., S. 921). So gehörte laut SCHMIDT (2006, S. 23) nicht einmal Aristoteles zu jenen Einwohnern, die das Stimmrecht besaßen. Und bestimmte Gruppen wurden sogar kategorisch ausgeschlossen: Sklaven, Frauen und Nicht-Griechen (vgl. BENHABIB 1998, S. 235).

Was aus heutiger Sicht als drastische Form von Fremdbestimmung gelten müsste, wurde in der Antike als äußerst selbstverständlich und als im Sinne einer Volksherrschaft keineswegs widersprüchlich betrachtet. Es wurde schlicht nicht allen Menschen die gleiche geistig-körperliche Fähigkeit zugesprochen, die notwendig sei, um dem über sich selbst herrschenden Demos anzugehören. JÜRß und EHLERS (1989, S. 37 f.) fassen die hierzu von Aristoteles vorgetragenen Positionen eindrücklich zusammen. Frauen spricht Aristoteles eine von Natur aus gegebene Unterwürfigkeit zu, denn „[…] bei Mann und Frau, Form und Stoff, Seele und Körper, Substanz und Akzidenz, Wirklichkeit und Möglichkeit, Himmel und Erde etc. sieht er im jeweils ersten Begriff das herrschende, aktive und wertvollere Prinzip“ (ebd.). Sklaven wiederum seien aufgrund ihrer kognitiven Fähigkeiten zu exkludieren: „Denn der Sklave ist gar nicht fähig zur menschlichen Selbstentfaltung. Er kann durch seinen defekten geistigen Habitus die Gedanken anderer ausführen, ohne selbst welche zu haben“ (ebd.). Und nicht-griechische Männer schließlich müssten von der Herrschaft ausgeschlossen werden, weil auch sie biologisch ungleichwertig seien: „Tatsache ist für Aristoteles, daß nicht alle Menschen in gleichem Sinne Menschen sind und daß der eigentliche Mensch der von Natur aus zum

Herrschen bestimmte Grieche und der uneigentliche der gleichfalls von Natur aus zum Sklaven prädestinierte Barbar ist, wie ihm die zur Selbstregierung offenbar unfähigen und deshalb despotisch beherrschten Barbaren der orientalischen Nachbarreiche zu beweisen schienen“ (ebd.).

Was lässt sich also bislang festhalten? Einerseits weisen die historischen Überlieferungen deutlich darauf hin, dass die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) im Sinne einer „[…] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) bereits in der Antike als wesentliches Merkmal der Demokratie theoretisch entwickelt und institutionell umgesetzt wurde. Alle Vollbürger sollten an den Entscheidungen für ihr Gemeinwesen beteiligt sein – oder wie ARISTOTELES (1990, S. 46) es ausdrückt: „[…] das Volk hat sich selbst zum Herren über alles gemacht […]“ (ebd.). Versuchte ein Fremder, also ein Metöke, dieses Souveränitätsrecht des Demos zu usurpieren, indem er sich unter die Volksversammlung Athens mischte, wurde er sogar mit dem Tod bestraft (vgl. MONTESQUIEU 1965, S. 105). Doch andererseits muss festgestellt werden, dass die kollektive Selbstbestimmung innerhalb der antiken Polis stets auf einen bestimmten Kreis an Menschen begrenzt blieb, nämlich auf die Vollbürger. Faktisch entstand so eine Situation der Fremdbestimmung: Arme, Frauen, Sklaven und Nicht-Griechen mussten sich zwar den Entscheidungen der *ekklesía* beugen, waren an ihrer Entstehung jedoch nicht beteiligt. Dies ist freilich eine Einschätzung aus dem heutigen Verständnis heraus; zeitgenössische Beobachter wie Aristoteles zogen erst gar nicht in Erwägung, dass diese Gruppen als gleichwertige Bürger – oder auch nur als gleichwertige Menschen – in Frage kämen. Insofern stellte die Exklusion der genannten Gruppen für Aristoteles auch keine problematische Fremdbestimmung im Sinne eines Bruchs mit dem Kongruenzprinzip dar (vgl. JÜRß; EHLERS 1989, S. 37 f.).

Um nun in einem nächsten Schritt zu eruieren, ob und inwiefern bereits in der Antike Ansätze von *räumlicher* Abgrenzung und Kontrolle für die – nach damaligen Kriterien – angestrebte Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) bedeutend waren, bedarf es zunächst der Beantwortung einer vorgelagerten Frage: Existierte in den griechischen Poleis überhaupt schon etwas, das als Territorialitätsgedanke bezeichnet werden könnte – und wenn ja, wie wurde dieser umgesetzt? Auch wenn spontan die Vermutung naheliegen dürfte, dass Städte immer schon einer irgendwie gearteten räumlichen Definition bedurft haben, so ist diese Frage im Zusammenhang mit den Poleis doch erstaunlich lange umstritten gewesen: Unter Althistorikern hat es große Auseinandersetzungen über den territorialen Charakter der Polis gegeben (vgl. FUNKE 2009, S. 124 f.). So vertrat zum Beispiel

Franz HAMPL (1939) die besonders weitreichende These von den „Poleis ohne Territorium“ (ebd.). Er argumentierte, ein Staatsterritorium habe es in den antiken Staaten nie gegeben, und begründete diese Einschätzung damit, dass in den bedeutenden staatsphilosophischen Darstellungen von Aristoteles und Platon der Charakter der Polis stets und vorrangig als verfassungsgemäße Gemeinschaft der politischen Bürger (*koinonía politon politeías*) und eben nicht als räumliches Gebilde beschrieben worden sei. Siebzig Jahre nach HAMPL (1939) stellt jedoch Peter FUNKE (2009) fest, dass „[…] man die Radikalität, mit der man das Territorium als einen konstitutiven Bestandteil einer *polis* in Frage gestellt hatte, als überwunden und […] als obsolet betrachten […]“ (ebd., S. 125) müsse. So findet sich bereits in den historischen Beschreibungen von ARISTOTELES (1990) der Hinweis, dass die Polis als durch Mauern begrenzte Einheit konzipiert wurde (ebd., S. 31); es wird zudem ausgeführt, dass die Reformen des Kleisthenes vorsahen, Gemeindemitglieder in einer neuen Landordnung (Demen) nach ihrem Wohnort politisch zu strukturieren (ebd., S. 29); und die territoriale Konstruktion des Politischen wird auch im Bezug auf den Umgang mit den benachbarten Bewohnern des attischen Sonderstaates Eleusis deutlich: „„[…] Wer in Eleusis wohnt, darf kein Amt in der Stadt (Athen) innehaben, bis er sich wieder als Einwohner in der Stadt registrieren lässt […]’“ (ebd., S. 44). Klaus FREITAG (2007, S. 52), der sich ausführlich mit dem territorialen Aspekt der Poleis befasst, kommt zu der allgemeinen Einschätzung: „Selbstverständlich waren Grenzverläufe im antiken Griechenland dynamischen Prozessen ausgesetzt. Dies bedeutet aber nicht, daß nur unzureichend der Versuch unternommen wurde, Grenzen zu fixieren“ (ebd.). Diese bewusste Etablierung eines territorialen Systems wurde denn auch philosophisch reflektiert und bewertet: So unterstützte Platon die Schaffung territorialer Einheiten, um Autarkie und Sicherheit zu ermöglichen. Für ihn war räumliche Abgrenzung sogar ein Mittel, um moralische Tugenden herbeizuführen und zu bewahren (vgl. STOREY 2001, S. 14). Aristoteles wiederum sah es als wichtig an, daneben aktive Handelsbeziehungen zwischen den Territorien zu pflegen, um sowohl von der Sicherheit durch Abgrenzung als auch von gemeinsamen Fortschritten durch Vernetzung zu profitieren (vgl. ebd.).

Es zeichnet sich also ab, dass antike Konzepte und Institutionalisierungen von Territorialität durchaus existierten. Und einige der vorgenannten Aspekte dürften bereits in einen Zusammenhang mit der Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) gestellt werden können: so zum Beispiel die Strukturierung der Gemeindemitglieder nach ihrem Wohnort oder auch die Definition der Amtsfähigkeit nach territorialen Kriterien. Dieser Zusammenhang soll und muss nun weiter konkretisiert werden:

Lässt sich argumentieren, dass in antiken Demokratien territoriale Strategien genutzt wurden, um kollektive Selbstbestimmung zu ermöglichen, um also eine „[…] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) zu etablieren?

Zur Beantwortung dieser Frage sei zunächst ein genauerer Blick auf die historischen Entwicklungen im antiken Athen geworfen, also in jener Polis, über die dank Aristoteles besonders detaillierte Informationen vorliegen (vgl. FREVEL 2009, S. 26). In der fünften Verfassung Athens realisierte Kleisthenes jene Reformen, die bis heute als Begründung der Herrschaftsform der Demokratie gelten – und diese Reformen hatten eine entscheidende territoriale Dimension. ARISTOTELES (1990, S. 29) berichtet über Kleisthenes, wenn er schreibt: „Er fasste […] diejenigen, die jeweils in einer Gemeinde wohnten, zu Gemeindemitgliedern (Demoten) zusammen, damit man (Leute) nicht mit Vatersnamen anredete und dadurch die neuen Bürger entlarvte, sondern mit Gemeindenamen; und deshalb nennen sich die Athener selbst nach ihren Gemeinden“ (ebd.). Die Schaffung der Demen, also die „[…] planvolle Neugestaltung der regionalen Binnenstrukturen der Polis Athen […]“ (FUNKE 2009, S. 126), stellte einen bewussten Bruch mit der bis dahin geltenden Geschlechterordnung dar, die zwar ebenfalls territoriale Binnengrenzen gekannt, diese aber stets von Familien- und Stammesansprüchen abhängig gemacht hatte (vgl. ebd.). Von nun an sollten die Demen die Herrschaft in der Polis strukturieren; neben dem Status des Vollbürgers wurde der Wohnort zu einer wesentlichen Basis für die persönliche Mitgliedschaft in einem spezifischen Verband politischer Selbstbestimmung – und zwar einerseits im Sinne des Mitbestimmungsrechts und anderseits im Sinne der Wahrnehmung gesetzlicher Pflichten. FUNKE (2009, S. 127) weist darauf hin, dass in der Folge auch die Bule, also der oberste mit exekutiven Befugnissen ausgestattete Rat der Polis, die Demenstruktur widerspiegeln sollte. So sah Kleisthenes vor, dass die Ratssitze demenweise besetzt und proportional vergeben werden sollten: „Die Boule, die in ihrer Zusammensetzung die Gesamtheit der Polis repräsentierte, hatte eben immer zugleich auch ein *reales Abbild des Raumes dieser Polis* zu sein [eigene Hervorhebung]“ (ebd.). Diese räumliche Ausgewogenheit wurde im Übrigen noch lange nach Kleisthenes weiterverfolgt. Machten es demographische oder siedlungsgeographische Veränderungen notwendig, so veränderten die Athener den Zuschnitt der Demen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen (vgl. ebd.).

Alle diese Entwicklungen fasst Max WEBER (2006, S. 923) zusammen und bewertet sie, wenn er argumentiert, dass zwar schon die antike Geschlechterstadt mit einem Ortsgemeindeprinzip ausgestattet gewesen sei, doch erst die Begründung der Demokratie habe darüber hinaus zu

einem neuen, räumlich definierten Anstaltscharakter des politischen Verbandes geführt: „Im Bereich der eigentlichen Demokratie aber war der Sieg der Demokratie identisch mit dem Übergang zum ‚Demos', dem örtlichen Bezirk, als Unterabteilung des ganzen Gebietes und Grundlage aller Rechte und Pflichten in der Polis" (ebd.). Die Folge dieses Wandels „[…] war die Behandlung der Polis nicht mehr als Verbrüderung von Wehr- und Geschlechterverbänden, sondern als einer anstaltsmäßigen Gebietskörperschaft" (ebd.). Dies implizierte vor allem eine neue Auffassung von der Natur des Rechts: „Das Recht wurde Anstaltsrecht für die Bürger und Insassen des Stadtgebiets als solcher […]" (ebd.). Auch Ivaylo DITCHEV (2016) legt dar, das Territorium der Polis habe erstmals staatsbürgerschaftliche Merkmale wie politische Partizipation, kulturelle Kompetenz, Rechte und Pflichten universalisiert; der Wohnort wurde zum Kriterium der Teilhabe an demokratischer Selbstbestimmung. Welch zeitgenössisches Denken hinter dieser Ordnung steckte, wird bei ARISTOTELES (1989, S. 107) deutlich, wenn er über die Bürger schreibt: „Dass sie an nichts gemeinsamen Anteil hätten, ist aber offenkundig unmöglich. Der Staat ist nämlich eine Gemeinschaft, und zuerst muss man am Orte Anteil haben. Denn der Ort ist einer für einen Staat, die Bürger aber haben gemeinsamen Anteil an einem Staat" (ebd.).

Folglich muss diese kurze Analyse mit dem beachtlichen Ergebnis schließen, dass die ersten Demokratien der Weltgeschichte die Prinzipien der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) nicht nur entwickelten und kannten, sondern bereits mit territorialen Mitteln zu erfüllen suchten. In der demokratischen Polis erfolgten räumliche Abgrenzungen nicht mehr ausschließlich zum Zwecke der Sicherheit, Verteidigung oder der Wahrung von Besitzansprüchen, wie es noch in der antiken Geschlechterstadt der Fall gewesen war. Vielmehr wurden territoriale Konstrukte geschaffen, um einerseits die Gruppe der Herrschenden und andererseits die Herrschaftsreichweite und somit die Gruppe der Beherrschten zeitgleich zu definieren. Kollektive Selbstbestimmung sollte also erstens durch eine räumliche Übereinstimmung von Herrschafts*subjekten* und *-objekten* erzielt werden; sie wurde zweitens an die Kontrolle über ein Gebiet und seine Ressourcen geknüpft, um Entscheidungen überhaupt autark treffen zu können (zum Begriff der Autarkie: SCHÜTRUMPF 1980, S. 73); und sie wurde drittens bereits in der Antike mithilfe territorialer Hierarchien strukturiert. War also für die militärische Sicherheitsfrage noch die physische Intensität der Abgrenzung von höchster Bedeutung, ging es bei der demokratischen Nutzbarmachung von Territorialität offenkundig und zunehmend um die diskursive Konstruktion räumlich verankerter sozialer Grenzen. Diese bemerkenswerte Neukonzeption und der damit einhergehende Wandel territorialer Strategien könnten in gewissem Maße den Umstand erklären, dass manche Althistoriker den territorialen

Charakter der Polis nicht richtig erkannt oder unterschätzt haben (vgl. FREITAG 2007; FUNKE 2009; HAMPL 1939). In jedem Fall aber lässt der Blick auf die antike Demokratie und ihre räumlichen Bezüge bereits deutlich erkennen, dass der Begriff der Territorialität eine Vielfalt sozialer Phänomene zu umfassen scheint und somit insbesondere in demokratischer Hinsicht einer differenzierten Auslegung bedarf. Wie genau er bestimmt werden könnte, wird daher ebenso zentrales Erkenntnisinteresse der weiteren Ausführungen sein wie die Frage, welche Effekte territorialen Handelns für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) als bedeutend oder sogar als notwendig eingestuft werden müssen. Erste grundlegende Erkenntnisse hat die hier erfolgte historische und ideengeschichtliche Betrachtung antiker Demokratien geliefert. In einem nächsten Schritt gilt es nun, die Entwicklung und den Raumbezug moderner Demokratievorstellungen zu beleuchten, bevor in den Kapiteln 1.3 und 1.4 eine abstrakte und systematische Synthese des demokratietheoretischen Kongruenzgedankens mit zentralen Prinzipien des Territorialitätsbegriffes erfolgt. Erst dann, so soll hier argumentiert werden, ist eine verallgemeinerbare Aussage über das entsprechende Bedeutungsverhältnis möglich.

1.2.2 Demokratische Selbstbestimmung und Territorialität in der Aufklärung und im modernen Staat

Etwa 2500 Jahre ist es her, dass die Reformen des athenischen Staatsmannes Kleisthenes eine neue Herrschaftsform begründeten: Erstmals wurde das Volk zum Souverän ernannt. Die Betrachtung und Analyse dieser weltgeschichtlichen Anfänge der Demokratie erfolgte im vorigen Kapitel und sie war insofern lohnend, als dass viele der damaligen Grundgedanken wie auch Umsetzungsprobleme bis heute von erstaunlich hoher Bedeutung sind (vgl. FREVEL 2009, S. 26). So konnte unter anderem aufgezeigt werden, dass bereits der von Kleisthenes entworfenen Verfassung jenes Prinzip kollektiver Selbstbestimmung innewohnte, das in der heutigen politikwissenschaftlichen Literatur als grundlegende und unverrückbare Demokratieprämisse beschrieben wird (vgl. MAUS 1994, S. 604; SCHARPF 1993, S. 167; ZÜRN 1996, S. 39). Die Idee, dass ein Volk über sich selbst herrscht, von Ingeborg MAUS (1994) trefflich als die „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]" (ebd., S. 604) zusammengefasst, ist schon anhand der gut erhaltenen Schriften des Philosophen Aristoteles belegt. Und es kann argumentiert werden, dass die für eine kollektive Selbstbestimmung notwendige Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten (vgl. SCHARPF 1993, S. 167) bereits in der Antike territorial hergestellt werden sollte und auch hergestellt wurde. Diese im vorigen Kapitel zusammengetragenen historischen und ideengeschichtlichen

Erkenntnisse sind, so muss festgestellt werden, für das vorliegende Forschungsinteresse bemerkenswert und geben vielversprechende, wenngleich nur initiale Hinweise auf das Bedeutungsverhältnis von demokratietheoretischer „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) und territorialen Strategien.

Nun könnten der Umstand, dass die Demokratie ihren Anfang bereits lange vor Christi Geburt nahm, sowie das Wissen darum, dass die „Kongruenzbedingung“ (ebd.) schon in der Antike philosophisch reflektiert und mithilfe territorialer Mittel erfüllt wurde, zu der trügerischen Schlussfolgerung verleiten, diese Herrschaftform blicke auf eine kontinuierliche Entwicklung mehrerer Jahrtausende zurück. Das ist, so muss klargestellt werden, nicht der Fall. Auch wenn demokratische Politik vor beachtlichen zweieinhalb Jahrtausenden erstmals praktiziert wurde und schon damals zentrale konzeptionelle Elemente entstanden, ist die heute verbreitete moderne, nationalstaatlich organisierte Demokratie erstaunlich jung: erdacht und erkämpft im Zuge der Aufklärung und ihre heute verbreitete liberal-repräsentative Form streng genommen erst im späten 20. Jahrhundert erlangt (vgl. FUCHS 2007, S. 39 ff.). Diese Feststellung erhält besondere Bedeutung angesichts der bemerkenswerten Selbstverständlichkeit, mit der demokratische Prinzipien in Politik und Wissenschaft der westlichen Welt insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder als unabdingbare Elemente (einzig) zukunftsfähiger und freiheitlicher Gesellschaftsordnungen gefeiert worden sind. David HELD (1995, S. 97) weist darauf hin, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts beinahe jeder für sich beanspruche, ein Demokrat zu sein. Und Francis FUKUYAMA (1992, S. 200) kommt in den Neunzigerjahren zu dem Ergebnis, die Demokratie dürfe mit Recht einen triumphierenden Siegeszug gegen alle anderen Staatsformen führen, denn sie stelle die bestmögliche Herrschaftsform am Ende einer langen Geschichte menschlicher Auseinandersetzungen dar. Kurzum: Es kann eine gewisse Diskrepanz benannt werden zwischen der immer wieder artikulierten Perzeption einer universal zu präferierenden, historisch tief verwurzelten Herrschaftsform auf der einen Seite und der faktisch diskontinuierlichen, fragilen Geschichte der Demokratie im Allgemeinen bzw. der ausgesprochen kurzen Entwicklungszeit moderner Demokratie auf der anderen Seite.

Um in diesem Kapitel weitere historische und ideengeschichtliche Anhaltspunkte für das Bedeutungsverhältnis von demokratietheoretischem Kongruenzerfordernis und territorialen Strategien sammeln zu können, soll nach der antiken Polis (Kapitel 1.2.1) nun die Begründung der modernen Demokratie sowie der modernen Demokratietheorie Beachtung finden. Es wird zu sehen sein, dass die elementare Bedeutung des Selbstbestimmungsprinzips und der hierfür notwendigen Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschafts-

objekten in den Schlüsselwerken der Aufklärungsphilosophie aufgegriffen und konkretisiert wurde (vgl. z.B. MONTESQUIEU 1965; ROUSSEAU 1977; KANT 2004). Zugleich erfolgte im 18. Jahrhundert eine Kopplung dieses Kongruenzgedankens an das neu entworfene Konzept des territorialen Nationalstaates (vgl. AGNEW 2009b, S. 746; HABERMAS 1996a, S. 130 f.; HIRST 2005, S. 27; SASSEN 2008, S. 68). Diese bis heute wirkmächtigen Zusammenhänge gilt es im Folgenden genauer zu beleuchten und auf wichtige Fragen zu prüfen: Wie wurde der Grundsatz demokratischer Selbstbestimmung in der Aufklärung expliziert und welche Bedeutung wurde ihm beigemessen? Welche Unterschiede zur antiken Demokratie lassen sich ausmachen? Und schließlich, für das vorliegende Forschungsinteresse von besonderer Bedeutung: Welche Rolle sollten und konnten *räumliche* Kategorien bei der Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) spielen?

Das ab dem Westfälischen Frieden von 1648 entwickelte System von sowohl nach außen als auch nach innen souveränen Staaten bildete die historische Vorbedingung für das Entstehen moderner Demokratie, es war jedoch noch lange nicht mit der Idee einer Volkssouveränität ausgestattet. Erst die revolutionären Umwälzungen und Neukonzeptionen des 18. Jahrhunderts änderten das Verständnis von Bürgerschaft radikal. Jürgen HABERMAS (1996a) stellt fest: „Natürlich hatte der moderne Staat seine sozialen Grenzen immer schon über Staatsangehörigkeitsrechte reguliert. Aber Staatsangehörigkeit hieß zunächst nicht mehr als die Unterstellung unter eine Staatsgewalt" (ebd., S. 135). Erst der demokratische Verfassungsstaat machte aus der Staatsangehörigkeit (ihrem Wesen nach ein Status der *Fremdbestimmung*) die Staatsbürgerschaft (ein auf *Mitbestimmung* beruhendes Konzept). Die Staatsbürger sollten und wollten(!) an der Ausübung der politischen Herrschaft beteiligt sein. Übergeordnete Absicht war es, dass sich „[…] die Adressaten des Rechts zugleich als dessen Autoren begreifen können" (ebd., S. 136). Diese doppelte Rolle des Demos fand denn auch vielfältige Beschreibung in den Originalquellen der Aufklärungsphilosophie. Da sei zunächst Charles-Louis de Secondat, Baron de La Brède et de MONTESQUIEU (1965) genannt, der in seinem Schlüsselwerk „Vom Geist der Gesetze" darlegte: „Sobald in der Republik das Volk als Körperschaft die souveräne Macht besitzt, haben wir eine *Demokratie* vor uns. […] In einer Demokratie ist das Volk in einer Hinsicht der Monarch, in anderer Hinsicht der Untertan" (ebd., S. 104 f.). Mit anderen Worten: Herrschende und Beherrschte sollten identisch sein. Eine Forderung, die erst recht von Jean-Jacques ROUSSEAU (1977) erhoben wurde. In seinem bedeutenden Werk „Vom Gesellschaftsvertrag" schrieb er über die Selbstbestimmung demokratischer Gemeinschaften: „Was die Mitglieder betrifft, so tragen sie als Gesamtheit den Namen *Volk*, als Einzelne nennen sie sich *Bürger*, sofern sie Teilhaber an der Souveräni-

tät, und *Untertanen*, sofern sie den Gesetzen des Staates unterworfen sind“ (ebd., S. 18 f.). In ganz ähnliche Richtung argumentierte Immanuel KANT (2004, S. 127 ff.) innerhalb der deutschsprachigen Aufklärungsphilosophie, als er forderte, die Staatsbürger sollten zugleich Gesetzgeber und Untertanen sein; die Gesetze wiederum müssten für alle Untertanen gleichermaßen gelten. Angesichts dieser grundlegenden Überschneidungen bedarf es freilich schon jetzt des Hinweises, dass sich die Theorien der genannten Autoren insbesondere hinsichtlich der Ausgestaltung demokratischer Herrschaft durchaus unterschieden – hierauf wird in Kürze einzugehen sein.

Zunächst muss festgestellt werden, dass die moderne Demokratie den antiken Gedanken einer kollektiven Selbstherrschaft deutlich aufgriff. Allerdings – und das ist ein erster bedeutender Unterschied der historischen Demokratiekonzepte – erweiterte sie diesen um den Grundsatz „[…] eines mit unveräußerlichen Rechten ausgestatteten Individuums […]“ (GREVEN 2000, S. 192). Die Verfassungen der griechischen Poleis waren noch vom normativen Vorrang der Gemeinschaft geprägt und dieser wurde strikt ausgelegt: „Rechte hatte man der Idee nach und erst recht in der historischen Wirklichkeit antiker politischer Gemeinschaften nur als Folge und nur für die Dauer der Zugehörigkeit zu einer von ihnen. *Extra muros non est ius*“ (ebd.). Wer sich der Gemeinschaft nicht unterordnete, hatte mit drastischen Strafen bis hin zur Ausweisung zu rechnen (vgl. ebd.). Anders die ersten Konzeptionen moderner Demokratie: Sie erkanntem dem Individuum Rechte zu, die unabhängig von der Zustimmung oder Zugehörigkeit zur Gemeinschaft existierten. Demokratische Selbstbestimmung sollte nicht kollektivistisch und ausgrenzend sein, sondern auf dem Willen und der Integration frei entscheidender Bürger beruhen (vgl. HABERMAS 1996a, S. 136). Somit erhielt sie nicht zuletzt den „[…] inklusiven Sinn einer alle Bürger gleichmäßig einbeziehenden Selbstgesetzgebung. Inklusion heißt, daß sich eine solche politische Ordnung offenhält für die Gleichstellung der Diskriminierten und die *Einbeziehung* der Marginalisierten, ohne diese in die Uniformität einer gleichgearteten Volksgemeinschaft einzuschließen“ (HABERMAS 1996b, S. 166).

Selbstverständlich variierten schon in der aufklärungsphilosophischen Literatur die Ansichten darüber, wie das demokratische Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft detailliert konzipiert werden sollte. MONTESQUIEU (1965) vertrat den Standpunkt einer gemäßigten Demokratie und räumte dem Bürgerrecht der Freiheit höchste Priorität ein. Gemeinschaftliche Regelungen sollten die individuelle Freiheit nicht über ein notwendiges Maß hinaus einschränken: „Ein Staat kann so aufgebaut werden, dass niemand gezwungen ist, etwas zu tun, wozu er nach dem Gesetz nicht verpflichtet ist, und niemand gezwungen ist, etwas zu unterlassen, was das Gesetz gestattet“ (ebd., S. 215). Bei ROUSSEAU (1977) hingegen erfolgte

die Kopplung des Einzelnen mit dem Kollektiv weitreichend und radikal (vgl. hierzu auch DRUWE 1995, S. 259). Sein „Gesellschaftsvertrag“ sah die Konstitution einer Gesamtkörperschaft aus Einzelpersonen vor, die er als „[…] öffentliche Person […]“ (ebd., S. 18) beschrieb und die der staatlichen Körperschaft beziehungsweise der Republik entsprechen sollte: „Wenn man also beim Gesellschaftsvertrag von allem absieht, was nicht zu seinem Wesen gehört, wird man finden, daß er sich auf folgendes beschränkt: *Gemeinsam stellen wir alle, jeder von uns seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Richtschnur des Gemeinwillens* […]“ (ebd.). Dieser Gemeinwillen wiederum („volonté genérale“) sollte seinen Ausdruck in den Gesetzen des Staates finden. Bernhard FREVEL (2009) bezeichnet Rousseaus Demokratiekonzept aus diesem Grund als monistisch und antipluralistisch. Allerdings ist zu bedenken, dass auch ROUSSEAU (1977) nicht an unverrückbaren Individualrechten zweifelte. Und: Er blieb nicht allein mit seinen Überlegungen. So sollten Gesetz und Recht auch nach der Vorstellung von Immanuel KANT (2004) derart beschaffen sein, dass „[…] sie dem *vereinigten Willen eines ganzen Volkes* [eig. Hervorhebung] haben entspringen können“ (ebd., S. 145). Rousseau und Kant prägen bis heute prominent die moderne Idee demokratischer Selbstbestimmung (vgl. HABERMAS 1996b, S. 166) und ihre Ausführungen zeigen eindrücklich auf, dass auch in der Aufklärungsphilosophie stets eine Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten als Kernprinzip der Demokratie gefordert wurde.

Zugleich lassen die skizzierten Standpunkte jedoch erahnen, dass die Formel, nach der „alle über alle das gleiche beschließen“ (HABERMAS 1996b, S. 164), eine normative Voraussetzung darstellt, die sich in ihrer Umsetzung und Ausgestaltung als äußerst anspruchsvoll erweist. Das ist eine Erkenntnis, die nicht zuletzt von besonderer Bedeutung sein wird, wenn in Kürze die Funktion territorialer Strategien bei der Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) in das Untersuchungsinteresse rückt. Schon früh wurde klar, dass die modernen Gemeinwesen aufgrund ihres im Vergleich zur antiken Polis stark vergrößerten sozialen Maßstabs ganz neue Verfahren notwendig machten, um kollektive Selbstbestimmung zu ermöglichen. Denn: „Positives Recht ist nicht deshalb legitim, weil es inhaltlichen Gerechtigkeitsprinzipien entspricht, sondern, weil es in *Verfahren* gesetzt wurde, die *ihrer Struktur nach gerecht, d.h. demokratisch* sind [eig. Hervorhebungen]“ (MAUS 1994, S. 604). Viele jener Verfahrensmerkmale, die im 18. Jahrhundert für die moderne Demokratie entworfen wurden, stellen bis heute Kernelemente demokratischer Staaten dar. Dazu zählen Regelungen der Staatsbürgerschaftsvergabe ebenso sowie die grundlegenden Ideen der Repräsentation und der Gewaltenteilung. Entscheidenden Einfluss auf diese Konzepte hatten die zeitgenössischen

Überlegungen von MONTESQUIEU (1965), deren überblicksartige Betrachtung für das Verständnis moderner Demokratiestrukturen unentbehrlich erscheint.

Zuerst und maßgebend verwies MONTESQUIEU (1965) auf die hohe Bedeutung einer klaren Definition des Demos. Über die Demokratie schrieb er: „Mithin sind die Gesetze, die das Wahlrecht festlegen, bei dieser Regierungsform grundlegend. In der Tat ist hier die Regelung, *von wem, für wen und über was* Abstimmungen stattfinden müssen, ebenso wichtig wie etwa in der Monarchie die Kenntnis, wer Monarch ist und auf welche Weise er zu regieren hat [eig. Hervorhebung]“ (ebd., S. 105). Mit anderen Worten: Wenn Herrschaftssubjekte und Herrschaftsobjekte tatsächlich deckungsgleich sein sollen, die demokratietheoretische „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) also Anwendung findet, dann muss zunächst einmal deutlich geregelt werden, wer an dieser kollektiven Selbstbestimmung überhaupt teilnimmt und welche Reichweite das gemeinsame Entscheiden haben soll. Das mag trivial klingen, ist in seiner Bedeutung jedoch kaum zu überschätzen. Bis heute stellt die Frage nach der Definition des Demos den Ausgangspunkt zahlreicher Dispute dar und muss – wie hier und in den Kapiteln 1.3 sowie 1.4 zu sehen sein wird – auch für die Bewertung des Bedeutungsverhältnisses von demokratietheoretischem Kongruenzerfordernis und der Anwendung territorialer Strategien von elementarer Bedeutung sein.

MONTESQUIEU (1965) erkannte darüber hinaus sehr früh, dass die im Vergleich zu ihrer antiken Vorgängerin mit einer viel größeren Konstituentenzahl ausgestattete moderne Demokratie nicht mehr auf einer direkten Mitgestaltung aller Bürger beruhen konnte. War noch im antiken Athen jedes Mitglied des Demos zugleich Mitglied der gesetzgebenden *ekklesía* (Volksversammlung), musste der Wille des Volkes nun über gewählte Vertreter zusammengetragen werden – es entstand die Idee der Repräsentation: „In einem freien Staat soll jeder Mensch, dem man eine freie Seele zugesteht, durch sich selbst regiert werden: daher müßte das Volk als Gesamtkörper die legislative Befugnis innehaben. Da dies in große Staaten unmöglich ist und in den kleinen Staaten vielen Nachteilen unterliegt, ist das Volk genötigt, all das, was es nicht selbst machen kann, durch seine Repräsentanten machen zu lassen“ (ebd., S. 215 f.). MONTESQUIEU (1965) sah für die direkte Mitgestaltung aller Konstituenten insbesondere zwei Probleme: Zum einen sei eine horizontale Erörterung der politischen Anliegen in großen modernen Gemeinschaften schlicht nicht mehr möglich; zum anderen müsse den drohenden Launen des Volkes gerade in Fällen, die schnelles Handeln erfordern, Einhalt geboten werden (vgl. ebd., S. 216). Die kollektive Selbstbestimmung sollte von nun an also über Mittelsmänner erfolgen, ohne dass dadurch die Idee einer „[…] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von

diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) im Grundsatz vernachlässigt worden wäre.

Mindestens ebenso wichtig wie das Prinzip der Repräsentation war die Entwicklung der Gewaltenteilung, die bis heute untrennbar mit dem Werk von MONTESQUIEU (1965) in Verbindung gebracht wird. Er erkannte, dass die Konstituenten der modernen Demokratie nicht nur Vertreter für die diskursive Abwägung und Herstellung von konkreten Entscheidungen benötigten, sondern auch für die Umsetzung und Ausführung ihres Willens: „Das Volk ist zur Wahl derer, denen es einen gewissen Teil seiner Autorität anvertrauen muß, erstaunlich geeignet. […] Vermag indessen das Volk ein Staatsgeschäft zu erledigen, Ort, Gelegenheit und rechten Augenblick zu erkennen und auszunutzen? Nein, das vermag es nicht“ (ebd., S. 106). Und an anderer Stelle führt er über das Volk aus: „Was es nicht hinlänglich machen kann, soll es seine Minister machen lassen. Seine Minister stehen nur zu ihm, wenn es sie selbst ernennt. Es ist demnach ein wesentlicher Grundsatz dieser Regierung, daß das Volk seine Minister, das heißt seine Beamten, ernennt“ (ebd., S. 105). Diese Worte beinhalten nicht weniger als die historische Begründung der Gewaltenteilung: Die Idee einer Trennung von Legislative und Exekutive wurde erstmals entworfen. Das Hauptziel dieses aufklärerischen Konzepts war es laut Immanuel KANT (2004, S. 127 ff.), jeder Form von Despotismus vorzubeugen. Dem demokratischen Grundprinzip der kollektiven Selbstbestimmung sollten letztlich und zusammenfassend also zwei wesentliche neue Verfahrenseigenschaften zugeordnet werden: zum einen die Konkretisierung des Volkswillens durch legislative Repräsentanten und zum anderen die Umsetzung desselbigen durch exekutive Regierungsmitglieder.

Historisch und ideengeschichtlich bleibt nunmehr festzuhalten, dass die Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts den demokratietheoretischen Kongruenzgedanken, wie er schon in der antiken Polis entwickelt worden war, aufgriff und für moderne Gemeinwesen neu auslegte. Das Volk sollte Gesetzgeber und Untertan (vgl. KANT 2004, S. 127 ff.; ROUSSEAU 1977, S. 18 f.) bzw. Monarch und Untertan (vgl. MONTESQUIEU 1965, S. 104 f.) in einem sein. Die Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten, also die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39), wurde auch für moderne demokratische Gemeinwesen als elementare Voraussetzung erkannt. Nur sie vermochte Fremdbestimmtheit auszuschließen und fortan politische Selbstbestimmung – einen zentralen Definitionsbestandteil demokratischer Herrschaft – zu ermöglichen. Wesentliches Merkmal dieser kollektiven Selbstherrschaft sollte die Herausbildung eines richtungweisenden Gemeinwillens sein (vgl. ROUSSEAU 1977, S. 18; KANT 2004, S. 145), ohne jedoch die unveräußerlichen Rechte des Individuums zu missachten (vgl. GREVEN 2000, S. 192) oder die

Bürger „[…] in die Uniformität einer gleichgearteten Volksgemeinschaft einzuschließen“ (HABERMAS 1996b, S. 166). Als elementare Verfahrenskomponenten der demokratischen Selbstbestimmung wurden in der Aufklärungsphilosophie wiederum eine klare Definition der Konstituentengruppe (vgl. MONTESQUIEU 1965, S. 105), das Prinzip der Repräsentation (vgl. ebd., S. 215 f.) und die Etablierung der Gewaltenteilung (vgl. ebd., S. 105 f.; KANT 2004, S. 127 ff.) gesehen. Nur so erschien es möglich, die neu entstandenen modernen Gemeinwesen, die in ihrer Größe antike Poleis bei weitem übertrafen, demokratisch zu organisieren.

In einem nächsten Schritt soll nun danach gefragt werden, welche Rolle *räumlichen* Kategorien bei der Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) im Rahmen der Begründung moderner Demokratie zugeschrieben werden kann. Um diese Frage zu beantworten, bedarf es zunächst der Berücksichtigung eines vorgelagerten historischen Ereignisses und seiner bedeutungsreichen Folgen: Das nach dem Westfälischen Frieden von 1648 herausgebildete System unabhängiger, territorialer Staaten ermöglichte überhaupt erst die spätere Entwicklung einer institutionalisierten Selbstbestimmung nationaler Demoi. Was aus gegenwärtiger Sicht als erstaunlich selbstverständlich aufgefasste politisch-geographische Weltordnung gelten kann, stellte vor wenigen Hundert Jahren eine radikale und bahnbrechende Neuerung dar. Denn noch im Mittelalter unterlagen die meisten Territorien multiplen Herrschaftssystemen. Erst das westfälische Staatenmodell und seine Verbindung mit der im späten 18. Jahrhundert entstandenen Vorstellung nationaler Identität (siehe hierzu Kapitel 2.2.2) formten jenen modernen Staat, der sich zur Grundlage kollektiver Selbstbestimmung entwickeln konnte. In ihm wurden erstmals *Territorium*, *Autorität* und *Recht* zentripetal zur nationalen Domäne (vgl. SASSEN 2008, S. 68). Zwei wesentliche Verfahrensschritte charakterisierten diesen Prozess laut AGNEW (2009b, S. 746): Erstens wurde *Exklusivität* hergestellt; alle politischen Einheiten, die nicht ein gewisses Maß an Souveränität über ein zusammenhängendes Gebiet generieren konnten, wurden als größere politische Akteure delegitimiert, hierzu zählten beispielsweise die römisch-katholische Kirche wie auch Stadtstaaten. Zweitens wurde die Exklusivität durch *gegenseitige Anerkennung* der Staaten und ein Interventionsverbot in innere Angelegenheiten des anderen garantiert. So wurde ein Zustand hergestellt, für den galt: „Politics takes place within the institutions and the spatial envelope of the state as the exclusive governor of a definite territory“ (HIRST 2005, S. 27).

Wie neuartig und revolutionär diese Kopplung von demokratischer Souveränität und Territorialität in Theorie und Praxis tatsächlich war, darauf weist Michael Th. GREVEN (2010) eindrücklich hin: „Never before the modern development of a system of nation-states could the idea *and* after all reality of a globe appear on which *every* territory is part of *just one*

sovereign system of rule (‘Herrschaftssystem’); a situation in which all exclusive single systems thus have common borders with neighbouring others which are in turn exclusive in their territorial claim and thus require mutual recognition […]” (ebd., S. 179). Bis heute hat dieses zur Zeit der Aufklärung erdachte Konzept seine dominanten und prägenden Auswirkungen entwickelt: Die Welt ist mittlerweile formal-politisch in ein Mosaik von Territorialstaaten unterteilt (vgl. TAYLOR; FLINT 2000, S. 193 f.); fast jedes Jahr bestätigen die Vereinten Nationen einen Territorialstaat als neues Mitglied (vgl. ANDERSON 1983, S. 12). Zwar wird im dritten und vierten Kapitel dieser Arbeit zu sehen sein, dass die Umsetzbarkeit des modernen Anspruchs exklusiver territorialer Souveränität unter Globalisierungsbedingungen zunehmend und plausibel hinterfragt werden muss, doch die diesem Anspruch in Wissenschaft und Praxis zugeschriebene normative Selbstverständlichkeit kann weiterhin nur als bemerkenswert gelten. Sie wird nicht zuletzt deutlich, wenn ein Autor wie Jürgen HABERMAS (1996a) in seiner Staatsdefinition die territoriale Souveränität gleich mehrfach hervorhebt: „[…] ‚Staat‘ [ist] ein juristisch definierter Begriff, der sich sachlich auf eine nach innen wie außen souveräne Staatsgewalt, räumlich auf ein *eindeutig abgegrenztes Territorium, das Staatsgebiet*, und sozial auf die Gesamtheit der Angehörigen, das Staatsvolk, bezieht. Die staatliche Herrschaft konstituiert sich in den Formen des positiven Rechts, und das Staatsvolk ist Träger der *auf den Geltungsbereich des Staatsgebiets beschränkten Rechtsordnung* [eig. Hervorhebungen]“ (ebd., S. 130 f.). So gelangt denn auch Jens SIEGELBERG (2000, S. 18) zu der Feststellung, Souveränität *und* Territorialität seien von Anfang an von gleich hoher Bedeutung gewesen für die Begründung moderner demokratischer Staaten.

Es wird also grundlegend erkennbar: Die ab dem späten 18. Jahrhundert entwickelten Umsetzungsformen demokratischer Herrschaft weisen ebenso wie ihre antiken Vorgängermodelle – oder sogar noch stärker – einen untrennbaren Territorialbezug auf. Im Hinblick auf die Erfüllung des hier näher zu untersuchenden Kongruenzgedankens lassen sich dreierlei Beobachtungen konkretisieren: Erstens wurde mit dem territorialen Nationalstaat offenkundig ein Konstrukt geschaffen, das zeitgleich die Gruppe der Herrschenden sowie die Gruppe der Beherrschten (und somit die Herrschaftsreichweite) zu definieren im Stande war. Zur kollektiven Selbstbestimmung sollte also – wie schon in der Antike – durch eine räumliche Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und -objekten beigetragen werden. Dadurch diente Territorialität – in Kombination mit der Zugehörigkeit zu einer erdachten Nation, siehe hierzu Kapitel 2.2.2 – als ein wesentliches Instrument, um das durch MONTESQUIEU (1965, S. 105) überlieferte Kriterium einer klaren Definition des Demos zu erfüllen. Zweitens wurde demokratische Souveränität an die Kontrolle über ein Staatsgebiet und seine Ressourcen

geknüpft, um Entscheidungen überhaupt autark treffen zu können – auch hier besteht eine Parallele zur antiken Demokratie. Nur wenn eine politische Gemeinschaft auch über die „Rahmenbedingungen“ (ZÜRN 1996, S. 39) ihres Zusammenlebens entscheiden kann, erscheint demokratische Selbstbestimmung in ihrem theoretisch-normativen Sinne überhaupt möglich. Drittens darf konstatiert werden, dass sich auch für die moderne Demokratie territoriale Hierarchien als ein wesentliches Prinzip der Strukturierung kollektiver Selbstbestimmung und der Organisation des Repräsentationsprinzips (vgl. MONTESQUIEU 1965, S. 215 f.) entwickelten. So argumentiert John AGNEW (2009b, S. 746 f.), die territoriale Untergliederung sei zur Voraussetzung repräsentativer Demokratie geworden, weil letztere elementar auf der Begrenzung politischer Mitgliedschaft durch ein Heimatland bzw. einen lokalisierbaren Wohnsitz beruhe. Und bis heute wird im Sinne der Subsidiarität demokratische Selbstherrschaft territorial-hierarchisch institutionalisiert, um die angestrebte „[…] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) auch bei schwankenden Entscheidungsreichweiten nach Möglichkeit zu gewährleisten. Beispielhaft sei das in Deutschland konstitutionell verankerte Prinzip kommunaler Selbstverwaltung genannt, so heißt es in Artikel 28 des Grundgesetzes: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2010, S. 32).

Bemerkenswerterweise beschäftige der räumliche Maßstab demokratischer Selbstbestimmung auch schon die aufklärungsphilosophische Literatur. Hier wurde der grundsätzlichen Frage nachgegangen, welche Größe des Staatsterritoriums überhaupt angemessen sei für die Umsetzbarkeit demokratischer Herrschaft. Zwar mögen die Ergebnisse dieser frühen Arbeiten bei heutigen Betrachtern mitunter Skepsis hervorrufen, doch allein die Durchführung einer solchen Untersuchung muss als beachtlich gelten, zeigt sie doch, welche Bedeutung das Territorium für die Vordenker der modernen Demokratie einnahm. „Wie die Natur dem Wuchs eines wohlgestalteten Menschen Grenzen gesetzt hat, jenseits derer sie nur Riesen oder Zwerge hervorbringt, […]“ so muss laut ROUSSEAU (1977, S. 50) auch für das politische Territorium eine ideale Größe eingehalten werden. Insbesondere sei eine Obergrenze des Wachstums zu beachten: „Für jede politische Körperschaft gibt es ein *Höchstmaß* der Kraft, das nicht überschritten werden darf und das sie oft um so weniger erreicht, je mehr sie anwächst. Je weiter sich das gesellschaftliche Band dehnt, um so mehr erlahmt es, und im allgemeinen ist ein kleiner Staat verhältnismäßig stärker als ein großer“ (ebd.). Auch MONTESQUIEU (1965, S. 193) argumentiert in eine ähnliche Richtung, wenn er dafür plädiert,

demokratisch organisierte Territorialstaaten klein zu halten und Repräsentanten stets in überschaubaren territorialen Einheiten zu wählen. Räumliche Nähe führe zu pragmatischerer Entscheidungsfindung und zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Gemeinwille überhaupt eruieren und somit umsetzen lasse: „In einer großen Republik wird das allgemein Beste das Opfer von tausenderlei Erwägungen. Es wird Ausnahmen zuliebe hintenangestellt und von Umständen abhängig gemacht. In einer kleinen Republik ist das Staatswohl spürbarer, besser erkennbar und jedem Bürger näher“ (ebd.). Und an anderer Stelle: „Die Nöte seiner eigenen Stadt kennt man besser als die anderer Städte. Über die Leistungskraft seiner Nachbarn urteilt man sicherer als über die von fernstehenden Mitbürgern“ (ebd. S. 216).

Alle diese ideengeschichtlichen und historischen Erkenntnisse legen letztlich nahe, dass die Erfüllung des demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisses nicht nur in der Antike, sondern auch in modernen Demokratieformen unauflöslich an territoriale Strategien gekoppelt worden ist. Territorialität hat offenkundig nicht weniger als eine konstitutive Rolle bei der Begründung antiker und moderner demokratischer Selbstherrschaft eingenommen. Die entsprechenden Evidenzen wurden im vorigen sowie in diesem Kapitel überblicksartig angeführt und bereits grundlegend systematisiert. Jedoch: Verallgemeinerbare, möglicherweise vorinstitutionelle Begründungen für die Kopplung von demokratischer Kongruenz und Territorialität sind bislang nur in äußerst beschränkter Form aufgespürt worden. Für die Bewertung aktueller und den Entwurf zukünftiger Institutionalisierungen von Demokratie müssen aber gerade sie als entscheidend gelten. Wichtige Fragen drängen sich auf: Wie genau könnte der Begriff der Territorialität differenzierter gefasst werden, scheint er doch allein in demokratiehistorischer Hinsicht eine Vielfalt sozialer Phänomene zu umfassen? – Territorialität im begrenzten Sprachgebrauch nur an das Konstrukt des Nationalstaats zu binden, wäre in jedem Fall irreführend und würde der Theorie von Territorialität keinesfalls gerecht (vgl. SACK 2010, S. 232). Außerdem: Welche abstrakt ermittelbaren Effekte territorialen Handelns erscheinen für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) als bedeutend und wie wirken sie? Müssen territoriale Strategien vielleicht sogar als notwendig erachtet werden für die Herstellung einer Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten – oder gibt es Alternativen? Die folgenden Ausführungen sollen sich genau diesen Fragen widmen (vgl. Kapitel 1.3 und 1.4). Ziel ist es, eine abstrakte und systematische Synthese des demokratietheoretischen Kongruenzgedankens mit zentralen Prinzipien des Territorialitätsbegriffes zu vollziehen. Nur so kann eine verallgemeinerbare Aussage über das entsprechende Bedeutungsverhältnis getroffen werden.

1.3 Kollektive Selbstbestimmung durch territoriale Strategien

Der Begriff der Demokratie enthält zentrale Prämissen, die trotz seiner historisch vielfältigen und mitunter diffusen Auslegung von beachtlicher normativer Kontinuität sind. Es lassen sich grundlegende Voraussetzungen demokratischer Herrschaft identifizieren, deren Beachtung und Erfüllung seit der Antike bis in die Gegenwart als notwendige und definitorische Merkmale dieser Herrschaftsform angesehen werden. Als solche weisen sie über spezifische Institutionalisierungen hinaus und werden zu beständigen Elementen normativer Demokratietheorien (vgl. ZÜRN 1996, S. 38 ff.; OFFE 2000b, S. 64 ff.; SCHARPF 1993, S. 167). Zwei dieser allgemeinen Voraussetzungen sollen in der vorliegenden Arbeit hergeleitet und auf einen wichtigen oder sogar notwendigen Territorialbezug hin überprüft werden, um belastbare Rückschlüsse auf das übergeordnete Bedeutungsverhältnis von Demokratie und Territorialität ziehen zu können. Die erste dieser sehr grundlegenden, potenziell raumwirksamen und – wie im dritten und vierten Kapitel zu sehen sein wird – für aktuelle politisch-territoriale Veränderungsprozesse relevanten Voraussetzungen wohnt bereits dem etymologisch begründeten Alltagsverständnis von Demokratie inne. Sie dürfte sich daher besonders zügig erschließen: Wenn ein Volk über sich selbst herrschen soll, so wurde in Kapitel 1.1 argumentiert, dann erfordert dies eine Deckungsgleichheit jener, die herrschen, und jener, die beherrscht werden. Ist diese Deckungsgleichheit nicht gegeben, so kommt es zu einem Zustand der Fremdbestimmung. In der Politikwissenschaft ist diese Prämisse häufig und vielfältig formuliert worden, nicht zuletzt im Kontext globalisierungsbedingter Interdependenzen. Michael ZÜRN (1996) hat sie einst trefflich als „Kongruenzbedingung" (ebd., S. 39) bezeichnet im Sinne einer „[…] Identität von Herrschaftsobjekten und Herrschaftssubjekten […]" (ebd.). Diese „Kongruenzbedingung" (ebd.) verkörpere „[…] die *zentrale Voraussetzung der politischen Selbstbestimmung* eines demokratischen Kollektivs […] [eig. Hervorhebung]" (ebd.). Ingeborg MAUS (1994) wiederum hat die Prämisse – im Ergebnis übereinstimmend – als „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]" (ebd., S. 604) gefasst. Und Fritz SCHARPF (1993) beschreibt sie als erforderliche „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]" (ebd., S. 167).

In Kapitel 1.2 konnte bereits herausgearbeitet werden, welch hohe Bedeutung der normativen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) in den wichtigen historischen Begründungs- und Entwicklungsphasen demokratischer Herrschaft zugeschrieben worden ist. Ob theoretische Vordenker wie ARISTOTELES (1990), ROUSSEAU (1977), MONTESQUIEU (1965) oder KANT

(2004): sie alle haben die demokratische Grundidee einer selbstreflexiven Herrschaft des Demos und die damit verbundene Notwendigkeit einer Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten betont und mitgeprägt. Und mehr noch: Die im vorigen Unterkapitel zusammengetragenen ideengeschichtlichen und geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisse konnten darüber hinaus verdeutlichen, dass die Erfüllung des Kongruenzerfordernisses nicht nur in der Antike (vgl. Kapitel 1.2.1), sondern auch in modernen Demokratieformen (vgl. Kapitel 1.2.2) unauflöslich an *territoriale* Strategien gekoppelt worden ist. Die kollektive Selbstbestimmung des Demos sollte in Antike wie Moderne durch eine räumliche Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und -objekten erzielt werden; sie wurde an die Kontrolle über ein Gebiet und seine Ressourcen geknüpft, um Entscheidungen überhaupt unabhängig treffen zu können; zudem erhielt sie stets eine territorial-hierarchische Strukturierung. Territorialität hat – so darf und muss konstatiert werden – nicht weniger als eine konstitutive Rolle bei der Begründung antiker und moderner demokratischer Selbstherrschaft gespielt.

Dass nun diese ideengeschichtlich und historisch ermittelte Bedeutung von Territorialität bis heute Anerkennung findet, dass Territorialität noch immer als elementar für die Erfüllung der „[…] zentrale[n] Voraussetzung der politischen Selbstbestimmung eines demokratischen Kollektivs […]“ (ZÜRN 1996, S. 39) angesehen wird, das vermag schon ein kurzer Blick in die jüngere politikwissenschaftliche Literatur zu verdeutlichen. Immer wieder und in scheinbar zunehmenden Maße finden sich hier klare, wenn auch raumtheoretisch unzureichend fundierte Verweise auf eine notwendige Kopplung von demokratischer Selbstherrschaft und territorialer Ordnung – und zwar auch und gerade jenseits essentialistischer Begründungsmuster oder auch nur nationaler Narrative. So kommt Michael Th. GREVEN (2010) zu der eindeutigen Einschätzung: „[…] democracy needs a distinct and definite territory to which its sovereignty and constitution is applicable” (ebd., S. 185 f.). Selbst wenn demokratische Gesellschaften im Prinzip alle Überreste vormoderner essentialistischer Perioden hinter sich lassen könnten, hieße dies nicht, dass sie keine konstruierten Grenzen bräuchten (vgl. ebd., S. 189). Manfred SCHMIDT (2006, S. 451) benennt denn auch „[…] unstrittige Grenzen […]“ (ebd.) als eine von acht Prämissen im Standarderklärungsmodell der Demokratievoraussetzungen. Und GREVEN (2010) definiert sie als „[…] ‚real’ territorial limitations for the jurisdiction and power of one political system – usually immediately neighbouring the jurisdiction and power of another political system” (ebd., S. 177). Auf die Notwendigkeit dieser räumlichen Ordnung für demokratische Souveränität weist auch Jürgen HABERMAS (1996a) explizit hin, wenn er betont: „Souverän ist nur der Staat, der im Inneren Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und nach außen seine Grenzen de facto schützen kann“ (ebd.,

S. 131). Im Allgemeinen sei der Staat im demokratischen Sinne ein „[…] Begriff, der sich […] räumlich auf ein *eindeutig abgegrenztes Territorium*, das Staatsgebiet, und sozial auf die Gesamtheit der Angehörigen, das Staatsvolk, bezieht [eig. Hervorhebung]“ (ebd., S. 130). Denn, wie schon Hannah ARENDT (1993) feststellt: „The decisive aspect of political freedom is that it is *spatially* bounded [eig. Hervorhebung]” (ebd., S. 40).

Doch so eindeutig diese prominenten Stellungnahmen demokratische Territorialbezüge auch postulieren mögen, so unzureichend und unbefriedigend sind sie im Hinblick auf eine territorialitätstheoretisch fundierte, verallgemeinerbare Begründung des Zusammenhanges zwischen demokratischer Herrschaftsform und Raumkonstrukt. Es ist zwar richtig: Historisch und ideengeschichtlich lassen sich zahlreiche, belastbare Evidenzen dafür finden, dass zentrale demokratietheoretische Prämissen mithilfe territorialer Strategien erfüllt worden sind und erfüllt werden können – die in diesem Kapitel zu besprechende „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) gehört offenkundig dazu. Und daraus mag sich sodann die Annahme ableiten lassen, dass Territorialbezüge auch zukünftig von hoher Bedeutung sein werden. Doch wie generalisierbar ist dieser Zusammenhang? Welche in der Geographie ermittelten territorialitätstheoretischen Effekte sind es genau, die dazu führen, dass Territorialität für die Herstellung demokratischer Selbstbestimmung nützlich sein kann? Gibt es womöglich auch Merkmale territorialen Handelns, die einer demokratischen Ordnung tendenziell abträglich sind? Und lässt sich aus alledem vielleicht sogar eine Notwendigkeit territorialer Bezüge für die Herrschaftsform der Demokratie folgern? Um diese wichtigen Fragen soll es im Folgenden gehen. Es gilt strukturiert zu ergründen, welche abstrakten theoretischen Aussagen sich über das Verhältnis von Territorialität und demokratischer Selbstbestimmung treffen lassen – wobei letztere an die Erfüllung der Kongruenzbedingung gebunden ist. Hierfür bedarf es zunächst einer politisch-geographisch informierten Annäherung an den Begriff der menschlichen Territorialität und die mit ihm verbundene Theoriebildung (vgl. Kapitel 1.3.1). Gerade weil dieser Begriff auch in der Wissenschaft vielfach und allzu selbstverständlich allein an das spezifische Konstrukt nationalstaatlicher Raumgrenzen gekoppelt worden ist (vgl. SACK 2010, S. 232), erscheint eine gründliche Betrachtung des vielfältigen und vorinstitutionellen Potenzials territorialer Konzepte von Nöten. In einem nächsten Schritt soll dann systematisch eruiert werden, welche detaillierten Aspekte territorialen Handelns in einen bedeutungsvollen Zusammenhang mit der Erfüllung des demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisses gebracht werden können (vgl. Kapitel 1.3.2). Welche verallgemeinerbaren Effekte von Territorialität sind es also, die bei der Erfüllung helfen, und welche sind eher hinderlich? Dabei wird auch die Rolle territorialer Hierarchien Berücksichtigung finden müssen. Alle

diese Analysen sollen schließlich in Kapitel 1.4 dazu genutzt werden, die Notwendigkeit eines Territorialbezugs für die Ermöglichung demokratischer Selbstherrschaft – und damit letztlich für die Demokratie im Ganzen – interdisziplinär zu beurteilen.

1.3.1 Annäherung an ein theoretisches Verständnis von Territorialität

„Der Natur gegenüber ist jede Grenzsetzung Willkür, selbst im Falle einer insularen Lage, da doch prinzipiell auch das Meer ‚in Besitz genommen' werden kann. Gerade an dieser Unpräjudiziertheit durch den natürlichen Raum macht die trotzdem bestehende unbedingte Schärfe der einmal gesetzten physischen Grenze die formende Macht des gesellschaftlichen Zusammenhanges und ihre von innen kommende Notwendigkeit ganz besonders anschaulich" (SIMMEL 1908, S. 465). Diese Worte formuliert Georg SIMMEL (1908) bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts – eine bemerkenswerte Feststellung, da viele der heutigen Verständnisse von Territorialität auf ähnliche Kernannahmen zurückzugreifen scheinen und diese nutzen, um sich von essentialistischen Raumtheorien der jüngeren Geschichte zu distanzieren. So kurz, betagt und unvollkommen es auch sein mag, das Zitat von SIMMEL (1908, S. 465) legt bereits folgende grundsätzliche Vermutungen nahe: Territoriale Ordnungen sind offenkundig nicht naturgegeben, sie stellen vielmehr kontingente menschliche Konstrukte dar. Folglich dürften sich Ursachen, Ziele, Effekte und Folgen territorialen Verhaltens sozialwissenschaftlich untersuchen und dekonstruieren lassen. Ein Trugschluss scheint hingegen die Annahme zu sein, physische Manifestationen von Territorialität unterlägen deshalb einer beliebigen Veränderlichkeit. Derlei Gedanken werden in diesem Kapitel ausführlich Berücksichtigung finden und Konkretisierung erfahren. Denn bevor die Bedeutung von Territorialität für die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) in einer interdisziplinären Synthese abstrakt und systematisch ermittelt werden kann (vgl. Kapitel 1.3.2), bedarf es zunächst einer gründlichen Klärung dessen, was denn überhaupt unter Territorialität verstanden werden darf und soll. Mutiges Ziel ist es, nicht weniger als einen vorinstitutionellen Rationalitätskern von Territorialität freizulegen, der sich von sozio-historischen sowie ideologischen Konnotationen löst. Wie zu sehen sein wird, umfasst ebendieser eine theoretische Strategie, die erst durch unterschiedliche Akteure auf unterschiedlichen Skalen in unterschiedlicher Art und Weise institutionalisierend Anwendung findet.

Nun könnte spontan davon ausgegangen werden, ein solcher Rationalitätskern von Territorialität sei in der Geographie und ihren Nachbarwissenschaften bereits vielfältig

herausgearbeitet worden. Angesichts der Verbreitung und Bedeutung territorialer Verhaltensweisen und Ordnungen müsste doch – so ließe sich vermuten – eine Fülle an theoretischen Arbeiten existieren. Leider ist das Gegenteil der Fall: Die Literatur zur menschlichen Territorialität zeigt sich – um es pointiert zu formulieren – ebenso stark begrenzt wie ihr eigenes Forschungsobjekt. Trotz oder gerade wegen der so vielfältigen historisch-institutionellen Ausprägungen von Territorialität ist eine allgemeine Theoriebildung selten vorangetrieben, vielfach ignoriert und teilweise sogar bewusst abgelehnt worden (vgl. SACK 1986, S. 23 ff.). Die wohl ausführlichste, systematischste und damit für weitere Theoriebildungen nützlichste Untersuchung einer immanenten Logik von Territorialität hat der bereits zitierte Robert David SACK (1986) vorgelegt. Er ist zudem einer der wenigen, die sich – wenn auch nur in knapper Form – explizit dem bedeutenden Verhältnis von Demokratie und territorialen Effekten widmen (vgl. z.B. SACK 2010, S. 488). Nicht umsonst sind seine Ausführungen zur vielleicht wichtigsten Referenz für die Territorialitätsforschung der letzten Jahrzehnte geworden (vgl. AGNEW 2009a; 2009b). Für SACK (1986) steht die mangelnde Theoriebildung im eklatanten Missverhältnis zur hohen Bedeutung territorialer Strategien. Territorialität sei allgegenwärtig, ob in der Landschaftsplanung, im Straßenverkehr oder in menschlichen Wohnungen: „For the most part, people and their activities cannot find room in space without forms of control over area – without territoriality" (ebd., S. 25).

Als möglichen Grund für die mangelnde Theoriebildung nennt SACK (1986) vor allem einen Umstand: Die Logik der Territorialität sei aufgrund ihrer sozialen Konstruktion deutlich schwieriger zu erfassen als die Logik der in der Geographie lange Zeit präferiert untersuchten Kategorien der Distanz. „[…] spatial analysts have not seriously considered the possibility that geographical logic can be extended by the even more complex logic involved in territorial uses of space. The logic of territorial action is more complex than the logic of distance because territoriality is imbedded in social relations" (ebd., S. 26). Die Konzentration auf Kategorien der räumlichen Distanz habe folglich ein metrisches Denken in der Geographie verursacht, beklagt SACK (1986, S. 25 f.) in den Achtzigerjahren. Und aus heutiger Perspektive ergänzt er (vgl. SACK 2010, S. 232): Wenn Territorialität einmal doch Berücksichtigung gefunden habe – wie beispielsweise in den Konzepten der Territorialisierung, Deterritorialisierung oder Reterritorialisierung –, so sei sie zumeist eindimensional und unzureichend mit den Grenzen des Nationalstaates verbunden worden. Dieser begrenzte Sprachgebrauch habe jedoch nichts mit einer allgemeinen Theorie der Territorialität zu tun. Auch wenn die von SACK (1986, S. 25 f.; 2010, S. 232) vorgetragene Kritik in ihrer Schärfe zur Pauschalisierung neigt, so können in den von ihm vorgetragenen disziplinhistorischen Umständen doch erste

bedeutende Gründe dafür erkannt werden, warum territoriale räumliche Organisationen nicht ebenso systematisch auf eine immanente Logik hin untersucht worden sind wie nicht-territoriale Organisationsformen.

Und so dürfte es auch nicht verwundern, dass die Territorialitätsforschung lange Zeit, nämlich bis in die 1980er Jahre, von einer ganz anderen Fachrichtung deutlich größere Aufmerksamkeit erhielt als von der Geographie: Es waren die Ethologen, die das Feld prägten und erste Definitionen entwickelten. In der Zoologie wird Territorialverhalten bis heute beschrieben als „[…] Inbesitznahme eines bestimmten Raumausschnittes durch ein Individuum oder eine Gruppe von Individuen und die Verteidigung dieses Raumes gegen Artgenossen […]“ (EVERT 2001, S. 630). Ein Territorium bezeichnet äquivalent also “[…] the area of the habitat occupied by an individual animal or group of animals which will be defended by them, attacks being made especially against a trespasser or trespassers belonging to the same species as the occupant(s)” (CLARK 2003, S. 420). Soziobiologisch wird diese Einteilung von Räumen in Territorien als evolutionäres Prinzip bzw. natürliche Auslese gesehen, denn sie stellt eine Förderung der Konkurrenz dar; der territorial Erfolgreiche kann sein eigenes Überleben und das Überleben seiner Nachkommen langfristig sichern (vgl. AGNEW 2000a, S. 823; STRÜVER 2002, S. 339). Für eine Definition menschlicher Territorialität sind diese Erkenntnisse allerdings nur bedingt hilfreich: „The literature on animal behaviour or ethology offers little more than analogical reasoning for understanding human territoriality […]“ (AGNEW 2000a, S. 823). Als solche Analogien lassen sich beispielsweise die Abgrenzung von Räumen sowie die Ausübung von Kontrolle über diese Räume identifizieren. Damit ist freilich noch keine Aussage darüber getroffen, warum Menschen ein solches Verhalten praktizieren.

Klar ist, dass sich die jüngere Territorialitätsforschung deutlich von essentialistischen und biologistischen Erklärungen für Grenzziehungen und Raumkontrollen distanziert. Während die Zoologie natürliche Phänomene zu beschreiben versucht, stellen sozialwissenschaftliche Arbeiten Territorialität als Strategie beziehungsweise Instrumentarium vollständig in den Kontext kontingenter menschlicher Motivationen und Ziele (vgl. SACK 1986, S. 21). Dass eine solche Distanzierung überhaupt notwendig erscheint, muss mit den Ansätzen der frühen Politischen Geographie begründet werden. So legitimierte zum Beispiel Friedrich RATZEL (1897) Imperialismus und Expansionismus, also die Ausweitung von Territorien, sozialdarwinistisch und gab der Kolonien- und Flottenpolitik des Deutschen Kaiserreichs eine Rechtfertigungsgrundlage (vgl. REUBER; WOLKERSDORFER 2007, S. 753 ff.): „So wird uns denn der Staat zu einem Organismus, in den ein bestimmter Teil der Erdoberfläche so mit eingeht, daß sich die Eigenschaften des Staates aus denen des Volkes und des Bodens

zusammensetzen“ (RATZEL 1897, S. 5). Und an anderer Stelle: „Das Volk wächst, indem es seine Zahl vermehrt, das Land, indem es seinen Boden vergrößert. Da das wachsende Volk für seine Zunahme neuen Boden nötig hat, so wächst das Volk über das Land“ (ebd., S. 115). Historisch aufgegriffen wurden solche Thesen nur wenig später in der Lebensraumideologie des Dritten Reiches; wieder wurde territoriales Verhalten als von der völkischen Natur determiniert verklärt (vgl. REUBER; WOLKERSDORFER 2007, S. 755). Hierin mag ein weiterer bedeutender Grund dafür liegen, warum sich die geographische Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg so schwergetan hat mit der Entwicklung abstrakter Territorialitätstheorien.

Ein Geograph, der bereits in den 1970er Jahren neue Ansätze für die Erklärung territorialen Denkens und Handelns entwickelte, ist Yi-Fu TUAN (1979). Seine Arbeiten, die er selbst einer humanistischen Geographie zuordnet, beinhalten existenzielle Deutungen menschlicher Grenzziehung und Raumkontrolle. Demnach sind Ängste, Sicherheitsbedürfnisse und Ordnungswünsche die wesentlichen Motive für dieses Verhalten. TUAN (1979) erkennt allgegenwärtige „[…] landscapes of fear […]“ (ebd., S. 6), in denen der Mensch gegen natürliches und soziales Chaos bestehen müsse: „Forces for chaos being omnipresent, human attempts to control them are also omnipresent“ (ebd.). Einen dieser Versuche, das Chaos zu kontrollieren, sieht TUAN (1979, S. 6) im Ziehen von Grenzen: „Generally speaking, every human-made boundary on the earth’s surface – garden hedge, city wall, or radar ‘fence’ – is an attempt to keep inimical forces at bay. Boundaries are everywhere because threats are ubiquitous: the neighbour’s dog, children with muddy shoes, strangers, the insane, alien armies, disease, wolves, wind and rain” (ebd.). Kurzum: Neben den oben genannten Eigenschaften von Territorialität, nämlich der Abgrenzung von Räumen sowie der Ausübung von Kontrolle, lassen sich aus den sehr grundlegenden, wenn auch recht unsystematischen Überlegungen von TUAN (1979) zwei weitere bedeutende konzeptionelle Merkmale herausarbeiten. Offenbar sind ein Streben nach Sicherheit sowie die Etablierung einer näher zu spezifizierenden Form von Ordnung wiederkehrende Motive für die Nutzung territorialer Strategien.

Diese bislang zusammengetragenen Aspekte kommen den wenigen systematischen Definitionen von Territorialität bereits sehr nahe. Die große Herausforderung einer adäquaten theoretischen Beschreibung dieses Begriffes sieht Robert D. SACK (1986, S. 28) darin, dass sie einerseits die Vielfalt möglicher Ausgestaltungsformen territorialen Verhaltens umfassen, gleichzeitig jedoch ein verständliches und brauchbares Verallgemeinerungsniveau aufweisen müsse. Noch in den 1980er Jahren gelangt SACK (1986) denn auch zu der Einschätzung: „A suitably broad yet clear definition which points to the general implications of territoriality for

humans is what has been missing in previous work on territoriality“ (ebd., S. 23). Darüber hinaus müsse als zentrale Anforderung an eine solche Definition auch die Abgrenzung von benachbarten Konzepten gelten. Viele Autoren würden gar nicht erkennen, dass sie im Falle von politischer Souveränität, Grundeigentumsrechten oder Gebietsaufteilungen letztlich territoriale Kategorien untersuchten (vgl. ebd., S. 23 ff.). Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch habe es viel zu häufig eine unzulässige Gleichsetzung von Begriffen wie „Space“, „Place“ und „Territorium“ gegeben (vgl. ebd.) – wobei darauf hinzuweisen ist, dass sich auch in der deutschsprachigen Geographie die genannten englischsprachigen Begrifflichkeiten etabliert haben.

Wie sich zunächst die Raumvokabeln „Space“ und „Place“ unterscheiden, skizziert Yi-Fu TUAN (1977) eindrücklich und beinahe poetisch: „Space is a common symbol of freedom in the Western world. Space lies open; it suggests the future and invites action. On the negative side, space and freedom are a threat. […] To be open and free is to be exposed and vulnerable. Open space has no trodden paths and signposts. […] Enclosed and humanized space is place. Compared to space, place is a calm center of established values. Human beings require both space and place. Human lives are a dialectical movement between shelter and venture, attachment and freedom” (ebd., S. 54). Mit anderen Worten: Zu einem “Place” wird Raum (“Space”) erst dann, wenn Menschen ihn schließen, abgrenzen, humanisieren, mit Sinn füllen. Insofern kann „Place“ laut SACK (1986, S. 19) als eine Oberkategorie gelten, in die auch Territorien fallen – andersherum sei jedoch nicht jeder „Place“ zugleich ein Territorium: Die territoriale Abgrenzung und Sinngebung bedürfe im Gegensatz zu anderen „Places“ einer stetigen Anstrengung, sie zu etablieren und zu behaupten. Auch John A. AGNEW (2009b, S. 746) erkennt, dass sich die Begriffe „Place“ und Territorium trotz ihrer ähnlichen Bedeutungen unterscheiden: Der Begriff des Territoriums habe nie eine solch ursprüngliche und generische Bedeutung gehabt wie „Place“.

Wie aber könnte nun eine theoretische Beschreibung des logischen Kerns von Territorialität aussehen, die alle vorgenannten Kriterien erfüllt? Es sei zunächst der Definitionsvorschlag von Robert D. SACK (1986) angeführt. Er nennt Territorialität „[…] the attempt by an individual or group to affect, influence, or control people, phenomena, and relationships, by delimiting and asserting control over a geographic area. This area will be called the territory” (ebd., S. 19). Diese Definition enthält offenkundig drei wesentliche Komponenten: Erstens existieren ein oder mehrere Akteure, die Territorialität einsetzen („[…] an individual or group […]“); zweitens umfasst Territorialität ein spezifisches Instrumentarium, nämlich die räumliche Abgrenzung und Kontrolle über ein Gebiet („[…] delimiting and asserting control over a

geographic area“); drittens wird dieses Instrumentarium stets zu einem bestimmten Zweck eingesetzt, nämlich zur Beeinflussung und Kontrolle von Menschen, Phänomenen und Verhältnissen („[…] to affect, influence, or control people, phenomena, and relationships […]“). Es wird deutlich, dass diese in den 1980er Jahren erfolgte Beschreibung territorialer Logik bereits viel präziser und vollständiger ist als traditionelle oder alltägliche Definitionen, die nur von einer Gebietskontrolle ausgehen (vgl. ebd.).

Aktuellere Definitionsvorschläge greifen die Überlegungen von SACK (1986) auf, ergänzen sie jedoch behutsam: Erstens werden explizit auch Organisationen als mögliche Akteure angeführt, die Territorialität einsetzen; zweitens wird der Begriff der Strategie direkt in die Definition aufgenommen; drittens wird territoriale Kontrolle mit Machtausübung verbunden; und viertens findet das von TUAN (1979, S. 6) identifizierte Ordnungsstreben Eingang in die Ausführungen. So bezeichnet Anke STRÜVER (2002) Territorialität als „Raumbindung von Individuen oder Gruppen. Durch Verweisung an bestimmte, durch Grenzziehungen markierte Raumausschnitte, gilt Territorialität als allgemeines Ordnungsprinzip des sozialen und politischen Lebens. […] Im Allgemeinen wird menschliche Territorialität als Strategie von Individuen, Gruppen oder Organisationen verstanden, Macht über einen Raum und die sich in ihm befindenden Ressourcen und Menschen sowie deren Aktivitäten auszuüben“ (ebd., S. 339). Auffällig und für diese Arbeit relevant ist der Umstand, dass sowohl bei Anke STRÜVER (2002) wie auch in der folgenden Territorialitätsdefinition von John A. AGNEW (2009a) ein expliziter Bezug zur politischen Ordnung hergestellt wird: „Either the organization and exercise of power, legitimate or otherwise, over blocs of space or the organization of people and things into discrete areas through the use of boundaries. […] spatial division is […] thought of as a strategy used by organizations and groups to organize social, economic and political activities“ (ebd., S. 744).

Darüber hinaus gibt es weitere zentrale Merkmale von Territorialität, die sich zwar aus den genannten Definitionen erschließen lassen, aber bislang nicht explizit benannt worden sind: Zunächst ist der scheinbar selbsterklärende, aber elementare Umstand anzuführen, dass territoriales Handeln als Geltendmachung von Kontrolle per definitionem *bewusstes* Handeln darstellt (SACK 1986, S. 31). Zwar mögen räumliche Abgrenzungen manchmal unbewusst oder ziellos erfolgen, doch jener intendierte Zugriff bzw. Zugang – inklusiv und/oder exklusiv –, jene gezielte Verhaltensbeeinflussung, jene unmissverständliche Kommunikation der gesetzten Grenzen, die aus räumlichen Abgrenzungen überhaupt erst Territorialität, also eine Strategie, werden lassen, setzen eine bewusste Absicht des Handelnden zwingend voraus (vgl. ebd., S. 19, 31). SACK (1986, S. 22) meint daher ein wesentliches Element der immanenten

Logik von Territorialität in dem Prinzip zu erkennen, dass diese Strategie bzw. spezifische Teile dieser Strategie dem Handelnden Vorteile bieten und ihr Einsatz dadurch begründet wird. Vielfältige Beispiele lassen sich nennen: Eltern verbieten ihren Kindern den Zugang zum Arbeitszimmer, um Unordnung und Schäden zu vermeiden; Baufirmen errichten Zäune, damit Handwerker in Ruhe arbeiten können und Passanten nicht gefährdet werden; Staaten reformieren Gemeindegebiete, weil sie sich Einsparungen in der Verwaltung erhoffen.

Neben der bewussten Absicht territorial handelnder Akteure, einen Vorteil zu realisieren, machen die vorgenannten Beispiele aber auch eine weitere Eigenschaft von Territorialität offenkundig: Sie ist höchst variabel und tritt in den unterschiedlichsten Formen auf. Da Individuen Territorialität ebenso praktizieren können wie Gruppen oder Organisationen, kann die Größe des Territoriums vom individuellen Privatraum über Räume, die mit der Mitgliedschaft in einer bestimmten Gruppe verbunden sind, bis hin zum Staatsterritorium reichen (vgl. AGNEW 2000a, S. 823 f.; STRÜVER 2002, S. 339). Diese kontrollierten Raumausschnitte müssen dabei nicht zwangsläufig fixiert sein – auch eine Beweglichkeit ist denkbar. SACK (1986, S. 20) weist beispielsweise darauf hin, dass sich der Privatraum einer Person immer dann verändert, wenn sie auf Reisen geht oder an einem neuen Ort residiert. Dies regt dazu an, einen weiteren Aspekt der Vielfalt territorialer Formen zu bedenken: Während ein Hotelzimmer auf Reisen jederzeit verlassen werden kann, gilt dies im äußerst unwahrscheinlichen Fall für eine Gefängniszelle. Offenbar variieren also auch die Intensitäten territorialer Arrangements – eine Gefängniszelle unterliegt zumeist rigiderer Kontrolle, stärkerer Machtausübung und deutlicherer Kommunikation von Grenzen als ein Hotelzimmer (vgl. ebd.). Darüber hinaus scheint eine Vielfalt an Instrumenten zu existieren, mit denen Territorialität geltend gemacht werden kann: AGNEW (2000a, S. 824; 2009a, S. 745) und STRÜVER (2002, S. 339) nennen hier zum Beispiel die Aushandlung mit anderen, die teils gewaltsame Durchsetzung von räumlicher Kontrolle oder auch den Rückgriff auf eine schlichte Akzeptanz bestehender Klassifikationen und Hierarchisierungen von Räumen. Zudem besteht die Möglichkeit der Kommunikation eines sogenannten „Sense of Place“, den FRANK (2005, S. 402 f.) als ein multidimensionales, komplexes Konstrukt beschreibt, das entsteht, wenn Menschen abgegrenzten Räumen Erfahrungen, Erinnerungen oder sogar Gefühle zuschreiben. Kurzum: Ob Größe, Beweglichkeit oder Intensität des kontrollierten Raumausschnitts, ob Instrumente oder Mechanismen der Durchsetzung – das Konzept der Territorialität bildet eine Vielfalt menschlicher Strategien ab. STRÜVER (2002, S. 339) sieht denn auch die Annahme einer grundsätzlichen Variabilität von Territorialität durch kulturelle und historische Dimensionen empirisch gestützt. Und AGNEW (2000a, S. 824) argumentiert: „Even as one type of

territoriality […] might fade in importance, therefore, another […] emerges to replace it. Though varying in form and complexity, territoriality is always with us" (ebd.). Es sei an dieser Stelle bereits hervorgehoben, dass die Existenz einer solchen Variabilität und Wandlungsfähigkeit immer und dringend bedacht werden sollte, wenn über die Zukunft territorialer Ordnungen verhandelt wird. Wer politische Territorialität *in toto* abschreibt, weil er deren spezifische nationalstaatliche Form für verfehlt hält, der zieht vermutlich einen Trugschluss und wird der Theorie und den Möglichkeiten von Territorialität nicht gerecht. Auf diese Überlegungen sei in dieser Arbeit immer wieder zurückgekommen.

Hier soll jetzt noch ein genauerer Blick auf jene konkreten Verhaltensweisen und Wirkungspotenziale geworfen werden, die es für Akteure überhaupt erst lohnend erscheinen lassen, Territorialität – verstanden als bewusste, variable Strategie – anzuwenden. Viele solcher Aspekte sind bereits aus den untersuchten Definitionsvorschlägen und Überlegungen herausgefiltert worden; hierzu zählen die Herstellung einer Ordnung bei TUAN (1979, S. 6), die räumliche Machtausübung bei STRÜVER (2002, S. 399) oder auch die räumliche Sozialdefinition bei AGNEW (2009a, S. 744). Ein noch systematischeres Verständnis der Eigenschaften und Effekte von Territorialität, so wurde bereits argumentiert, vermitteln einzig die umfangreichen Ausführungen von Robert D. SACK (1986). Die dort freigelegten Funktionsweisen erscheinen nicht nur plausibel und nachvollziehbar, sondern eignen sich zudem – wie zu sehen sein wird – in hervorragender Weise für einen detaillierten, kritischen und erkenntnisreichen interdisziplinären Abgleich mit den Grundsätzen der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39). SACK (1986, S. 32 ff.) unterscheidet ganze zehn „Tendenzen" der Effekte von Territorialität, die sich wiederum auf mindestens 14 Weisen miteinander kombinieren lassen, so dass sich eine Gesamtsumme von 24 möglichen Effekten ergibt. Alle diese Wirkungsprinzipien erschöpfend zu erläutern, wäre angesichts des spezifischen Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit unangemessen. Im Folgenden soll daher nur ein kurzer Überblick realisiert werden, um die Vielfalt möglicher Facetten territorialen Handelns zu verdeutlichen. Im nächsten Unterkapitel (1.3.2) erfolgt dann eine genauere Betrachtung jener ausgewählten „Tendenzen" und Tendenzkombinationen, die in einen zu- oder abträglichen Zusammenhang mit der Erfüllung des demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisses gestellt werden können.

Die ersten drei der von SACK (1986) zusammengestellten „Tendenzen" hält er selber für so elementar, dass er sie allen anderen Effekten voranstellt und sie als die „[…] essential facets of territoriality […]" (ebd., S. 22) bezeichnet: „Even if the first three are not important as reasons in some instances, they must nevertheless still be present because they are part of the

definition" (ebd., S. 32). Es handelt sich erstens um die Klassifikation nach Gebiet („classification by area"), zweitens um eine Kommunikation durch Grenzziehung („communicating by using a boundary") und drittens um eine in diesem Kapitel bereits mehrfach thematisierte Durchsetzung von Zugang beziehungsweise Zugriff („enforcement of access"). Ist eines dieser drei Merkmale nicht gegeben, so kann laut SACK (1986, S. 22) nicht von Territorialität die Rede sein. Anders steht es um die nun folgenden, weiteren Effekte territorialen Verhaltens – sie sind keineswegs obligatorisch, sondern kommen je nach Akteurskonstellation, Umstand und Zweck der Handlung zum Tragen: „Whether or not particular advantages are used in a particular case depends on who is controlling whom and for what purposes" (ebd., S. 27). So könne Territorialität Macht reifizieren, diese also vergegenständlichen beziehungsweise sichtbar machen (Tendenz Nr. 4); mit Territorialität sei es möglich, die Aufmerksamkeit des Kontrollierten vom persönlichen Kontrollverhältnis auf das Territorium zu verlagern, letztlich also das Territorium als kontrollierenden Akteur erscheinen zu lassen (Tendenz Nr. 5); durch Territorialität könnten unpersönliche Beziehungen etabliert werden, Kontrolleur und Kontrollierter müssten sich also weder begegnen noch kennen (Tendenz Nr. 6); im Falle von komplexem Wettbewerb um Ressourcen schaffe Territorialität Ordnung im Sinne eines neutralen „Place-clearings", typisches Beispiel sei das Grundeigentum (Tendenz Nr. 7); Territorialität gebe den räumlichen Eigenschaften bestimmter Maßnahmen beziehungsweise Aktivitäten eine Form, das Territorium werde somit zu einem Objekt, dem andere Attribute zugeschrieben würden (Tendenz Nr. 8); Territorialität trage zur Idee eines „entleerbaren" Ortes bei, und zwar immer dann, wenn Territorien nicht jene sozial oder ökonomisch nützlichen Objekte enthielten, die sie laut funktionaler Zuschreibung eigentlich enthalten sollten (Tendenz Nr. 9); schließlich neige territoriales Handeln dazu, stets neue Territorialitäten zu generieren: „Territoriality tends to be space-filling" (ebd., S. 34) (Tendenz Nr. 10).

Darüber hinaus argumentiert SACK (1986, S. 36 ff.), diese zehn Tendenzen würden häufig untereinander kombiniert, so dass weitere Effekte, aber auch Risikopotenziale von Territorialität entstünden. Die entsprechenden Tendenzkombinationen seien insbesondere im Kontext territorialer Hierarchien relevant. In solchen Hierarchien werde Territorialität zumeist als Instrument zur Abgrenzung von Wissen und Verantwortung genutzt (vgl. ebd., S. 34). AGNEW (2000a) wiederum benennt explizit die Staffelung von Machtstrukturen als wesentliche Eigenschaft territorial-hierarchischer Ordnungen: „In this way power is both diffused and controlled at one and the same time to increase administrative efficiency yet maintain centralized control" (ebd., S. 824). In seiner systematischen Analyse führt SACK (1986,

S. 36 ff.) insgesamt 14 relevante Tendenzkombinationen an, die hier ebenfalls kurz skizziert werden sollen: So stelle zunächst die Möglichkeit einer territorialen Hierarchisierung an sich eine Kombination aus potenziell allen zehn „Tendenzen“ dar, die oftmals mit der Herausbildung von Bürokratien einhergehe (Tendenzkombination „a“); in solchen Hierarchien könnten dann mithilfe der Kontrolldurchsetzung und Formgebung lang- und kurzfristige Planungskapazitäten auf über- und untergeordnete Territorialebenen aufgeteilt werden (Tendenzkombination „b“); Territorialität sei des Weiteren ein Instrument, um soziale Beziehungen zu definieren, also Gruppen abzugrenzen, ihnen räumliche Grenzen zu geben und sie auf diese Weise ohne persönlichen Kontakt zu kontrollieren (Tendenzkombination „c“); territoriale Hierarchien und die mit ihnen einhergehende Ausdifferenzierung von Wissen und Verantwortung dürften zudem als relativ simples Verfahren der Überwachung gelten (Tendenzkombination „d“); die Territorialzuschreibung von sozialen Gruppen oder physischen Objekten mache – abstrakt gedacht – auch die Idee eines „entleerbaren Raumes“ plausibel (Tendenzkombination „e“); die Kombination aus Reifikationseffekt und Aufmerksamkeitsverlagerung ermögliche eine machtvolle Mystifizierung von Territorien, womit die Wahrnehmung vieler Menschen gemeint sei, Machtquelle seien nicht die territorial handelnden Akteure, sondern die Territorien an sich (zum Beispiel Nationalstaaten, „heiliges Land“, Kirchengebäude) (Tendenzkombination „f“); die räumliche Abgrenzung zum Zwecke der Klassifikation und die Einrichtung territorialer Hierarchien könnten aber auch falsch oder ineffektiv vorgenommen werden, was sich folglich in territorialen Diskrepanzen oder Prozessüberschüssen zeige (Tendenzkombination „g“); ebenfalls sei denkbar, dass Territorialität als Zweck an sich statt als Mittel zum Zweck missinterpretiert werde (Tendenzkombination „h“); Territorialität könne zudem Ungleichheit verursachen und eine diesbezügliche Eigendynamik entwickeln (Tendenzkombination „i“); im Sinne des Prinzips „Teile und herrsche“ bestehe die Möglichkeit beziehungsweise die Gefahr, dass ein spezifisches territorial-hierarchisches Setting unverzichtbar und irreversibel werde (Tendenzkombination „j“); eine fehlerhafte territoriale Zuordnung lasse sich in territorialen Hierarchien verschleiern (Tendenzkombination „k“); Territorialität könne dazu genutzt werden, die Aufmerksamkeit von den Ursachen sozialer Konflikte auf eine rein territoriale Auseinandersetzung zu verlagern (Tendenzkombination „l“); auch eigneten sich territoriale Ordnungen, um die geographische Tragweite von Entscheidungen und Maßnahmen zu verschleiern (Tendenzkombination „m“); und schließlich wohne all diesen Effekten von Territorialität, die als eher problematisch zu bewerten sind, ein Potenzial zur Verursachung von Sezessionen inne: „Overall there is the suggestion that territoriality can help increase the efficiency of an

organization (whether it be a state, a business, or a church) up to a point, and that it can help shift an organization's goals from benign to malevolent" (ebd., S. 41) (Tendenzkombination „n"). An dieser knappen Zusammenfassung der theoretischen Überlegungen von SACK (1986, S. 36 ff.) wird erkennbar, wie umfangreich sich das Instrumentarium und Wirkungsspektrum territorialer Strategien gestalten kann. Zudem dürfte sich bereits andeuten, dass viele der genannten „Tendenzen" und Tendenzkombinationen in einen Zusammenhang mit den Prinzipien der kollektiven Selbstbestimmung des Demos gebracht werden können – sowohl im zu- als auch im abträglichen Sinne. Im Folgenden sollen diese Verbindungen und Effekte daher im Rahmen einer interdisziplinären Synthese konkretisiert und näher beleuchtet werden, um letztlich ein systematisches Verständnis für das Verhältnis von Territorialität und demokratietheoretischer „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) zu entwickeln (vgl. Kapitel 1.3.2).

Bevor es jedoch dazu kommt, sei hier noch einmal resümiert, was in diesem Kapitel zum Begriff der Territorialität zusammengetragen werden konnte: Nachdem die Territorialitätsforschung bis in die 1980er Jahre hinein von Ethologen dominiert wurde, ist in den vergangenen Jahrzehnten endlich auch menschliche Territorialität systematisch untersucht worden – und zwar maßgeblich im Feld der Humangeographie. In den wenigen vorhandenen Definitionsvorschlägen wird sie gemeinhin als eine räumliche Strategie beschrieben, mit der Akteure (Individuen, Gruppen, Organisationen) Einfluss, Kontrolle und Macht über Menschen, Phänomene und/oder Verhältnisse ausüben, um letztlich eine Form von Ordnung zu etablieren (vgl. AGNEW 2009a, S. 744; SACK 1986, S. 19; STRÜVER 2002, S. 339). Territorialität stellt somit ein bewusstes Handeln dar, das dem Urheber der Handlung bestimmte Vorteile verspricht und spezifischen Zielsetzungen folgt (vgl. SACK 1986, S. 19 ff.). Ein solches Verständnis distanziert sich explizit von biologistischen Erklärungsansätzen für territoriales Verhalten (z.B. RATZEL 1897, S. 129) und begreift Territorialität als soziales Konstrukt, das konsequenterweise als kontingent konzipiert werden muss. Territoriale Strategien finden denn auch in vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen Anwendung, folglich variieren Territorien stark in Größe, Intensität und Beweglichkeit (vgl. AGNEW 2000a, S. 823 f., 2009a, S. 745; FRANK 2005, S. 402 f.; SACK 1986, S. 20; STRÜVER 2002, S. 339). Eine Ausdifferenzierung der detaillierten Funktionsweisen von Territorialität ergibt, dass sowohl effizienz- und effektivitätssteigernde Effekte zum Tragen kommen können wie auch problematische Wirkungspotenziale, die Betrug, Entfremdung, Feindlichkeit oder Sezession nach sich ziehen (vgl. SACK 1986, S. 32 ff.). Territorialität lediglich auf ihre

politische oder gar nur nationalstaatliche Form zu reduzieren, wäre in jedem Fall verkürzt und unzulässig (vgl. ebd., S. 232).

1.3.2 Territorialität und die Erfüllung der Kongruenzbedingung

Die vielleicht grundlegendste theoretische Prämisse demokratischer Gemeinwesen besteht darin, dass der Souverän, das Volk, über sich selbst herrscht. Hierfür bedarf es, so wurde in Kapitel 1.1 ausführlich argumentiert, einer Deckungsgleichheit zwischen all jenen, die herrschen, und jenen, die beherrscht werden. Überall dort, wo diese Deckungsgleichheit nicht gegeben ist, kommt es zu einem Zustand (undemokratischer) Fremdbestimmung. Michael ZÜRN (1996) hat diese „[…] zentrale Voraussetzung der politischen Selbstbestimmung eines demokratischen Kollektivs […]“ (ebd., S. 39) trefflich als „Kongruenzbedingung“ (ebd.) bezeichnet; Ingeborg MAUS (1994) spricht von der „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]“ (ebd., S. 604); und Fritz SCHARPF (1993) beschreibt sie übereinstimmend als erforderliche „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (ebd., S. 167). Dass dieser theoretische Grundsatz schon seit den historischen Anfängen demokratischer Herrschaft entwickelt, bedacht und umgesetzt worden ist, konnte in Kapitel 1.2 aufgezeigt werden. Der Grundidee einer selbstreflexiven Herrschaft des Demos und dem damit verbundenen Kongruenzerfordernis wird bereits in den Werken demokratietheoretischer Vordenker wie ARISTOTELES (1990), ROUSSEAU (1977), MONTESQUIEU (1965) oder KANT (2004) eine zentrale normative Bedeutung beigemessen.

Wie aber steht es nun um die Bedeutung von *Territorialität* für die Erfüllung dieser „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39)? Sind räumliche Abgrenzungs- und Kontrollstrategien sinnvoll, wichtig, vielleicht sogar notwendig für die Herstellung einer (annähernden) Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten? Tatsächlich bedarf es keiner tiefergehender Kenntnisse der politischen Geschichte, um grundsätzlich zu erahnen, dass hier ein mindestens empirisch ermittelbarer Zusammenhang besteht. Der moderne Territorialstaat ist das wohl prominenteste, naheliegendste und in der Wissenschaft dominanteste Beispiel für den Versuch, die Kongruenz zwischen Herrschenden und Beherrschten durch eine territoriale Definition des Demos zu gewährleisten. Wer noch genauer hinsieht und bis zu den Anfängen der Demokratiegeschichte zurückgeht, erkennt zudem sehr schnell, dass die bislang realisierten Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft stets – wenn auch in sehr unterschiedlich starkem Maße – auf vielfältige Formen

von Territorialität zurückgegriffen haben. In Kapitel 1.2 wurden historische wie ideengeschichtliche Evidenzen sowohl aus der Antike als auch aus der Begründungsphase moderner Demokratie zusammengetragen – und die Ergebnisse waren deutlich: Die kollektive Selbstbestimmung des Demos sollte in beiden historischen Phasen durch eine räumliche Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und -objekten erzielt werden; sie wurde an die Kontrolle über ein Gebiet und seine Ressourcen geknüpft mit dem Ziel, Entscheidungen unabhängig treffen zu können; und schließlich erhielt sie stets eine territorial-hierarchische Strukturierung.

Was diese politikhistorischen Betrachtungen jedoch noch nicht zu beantworten im Stande sind, ist die Frage nach einer territorialitätstheoretisch fundierten, normativ begründeten, vorinstitutionellen und somit *verallgemeinerbaren* Erklärung für die Kopplung von territorialen Strategien und demokratietheoretischen Kongruenzprinzipien. Warum genau kann – oder muss? – Territorialität bemüht werden bei dem Versuch, die „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) zu erfüllen? Welche in der Geographie ermittelten Effekte von Territorialität sind es, die im Sinne einer Herstellung demokratischer Selbstbestimmung zu- oder möglicherweise eher abträglich wirken? Wie generalisierbar ist letztlich die Bedeutung territorialer Strategien für die „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]" (MAUS 1994, S. 604)? Dass für die Beantwortung all dieser Fragen zunächst ein gründliches theoretisches Verständnis territorialer Handlungsweisen notwendig ist, liegt auf der Hand. Deshalb wurde in Kapitel 1.3.1 das Ziel verfolgt, mithilfe vorhandener Definitionsvorschläge und Theoriebildungen einen Rationalitätskern von Territorialität freizulegen, der sich für eine erkenntnisreiche Synthese mit demokratietheoretischen Überlegungen eignet. Neben verschiedenen lexikalischen Begriffsklärungen erwiesen sich hierbei insbesondere die detaillierten Ausführungen von Robert David SACK (1986) als gewinnbringend. Es konnten zentrale Definitionsmerkmale hergeleitet sowie verallgemeinerbare Instrumentarien und Wirkungspotenziale territorialer Strategien benannt werden, von denen viele bereits einen möglichen Bezug zur Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) nahelegen. Diese Eigenschaften und Effekte sollen im Folgenden aufgegriffen, konkretisiert und zugleich demokratietheoretisch bewertet werden, um die angestrebte interdisziplinäre Synthese zu realisieren und das abstrakte Bedeutungsverhältnis von Territorialität und demokratietheoretischem Kongruenzprinzip zu eruieren.

Die wenigen vorhandenen Definitionsvorschläge beschreiben Territorialität zusammenfassend als eine facettenreiche räumliche Strategie, mit der Akteure (Individuen, Gruppen, Organisationen) Einfluss, Kontrolle und Macht über Menschen, Phänomene und/oder

Verhältnisse ausüben, um letztlich eine Form von Ordnung zu etablieren (vgl. AGNEW 2009a, S. 744; SACK 1986, S. 19; STRÜVER 2002, S. 339). Diese Strategie wird bewusst angewandt, um spezifische Vorteile zu erzielen (vgl. SACK 1986, S. 19 ff.); sie ist nicht biologistisch begründbar, sondern beruht auf sozialen Konstruktionsprozessen; und sie kann neben effizienz- und effektivitätssteigernden Auswirkungen auch problematische Wirkungspotenziale aufweisen, die letztlich zu Betrug, Entfremdung, Feindlichkeit oder Sezession führen (vgl. ebd., S. 32 ff.). Werden diese Erkenntnisse aus Kapitel 1.3.1 nun spontan auf den demokratietheoretischen Kontext der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) übertragen, ließe sich bereits ein grundlegender Definitionsvorschlag für demokratisch genutzte Territorialität formulieren: *Eine facettenreiche räumliche Strategie, mit der ein Demos (also eine Gruppe) sich selbst und die ihn unmittelbar betreffenden Phänomene und Verhältnisse definiert, beeinflusst und kontrolliert, um die politische Ordnung einer Volkssouveränität herzustellen. Zumeist wird der Kontrollanspruch über das vom Demos bewohnte geographische Gebiet konstitutionell gefasst. Das Gebiet wird folglich als souveränes demokratisches Territorium oder demokratisches Staatsterritorium bezeichnet.* Ein solcher Definitionsvorschlag enthält verschiedene immanente Grundannahmen, die im Hinblick auf das demokratietheoretische Kongruenzerfordernis von entscheidender Bedeutung sind und hier explizit benannt werden müssen: Erstens stellt Territorialität offenkundig eine Strategie dar, die genutzt werden kann, um die Herrschaftssubjekte und Herrschaftsobjekte eines politischen Gemeinwesens einheitlich zu definieren. Hierbei spielt insbesondere die von SACK (1986, S. 36) beschriebene Tendenzkombination „c" (territoriale Definition sozialer Beziehungen) eine elementare Rolle – auf sie wird in Kürze genauer einzugehen sein. Zweitens wird angenommen, dass territoriale Strategien nicht nur zur sozialen Definition demokratischer Herrschaft beitragen können, sondern auch dafür einsetzbar sind, die physische Geltungsreichweite souveräner Entscheidungen effektiv zu bestimmen und zu sichern. Nur wenn der Demos auch jene lebensweltlichen „Rahmenbedingungen" (ZÜRN 1996, S. 39) kontrolliert, die seine umfassende Selbstbestimmung direkt beeinflussen oder diese überhaupt erst ermöglichen, kann undemokratische Fremdbestimmung ausgeschlossen werden (vgl. ebd., S. 39) – auch dieser Aspekt wird im Folgenden zu konkretisieren sein. Außerdem muss geprüft werden, ob und, wenn ja, welche Alternativen zu territorialem Verhalten im Kontext der genannten Punkte existieren, denn nur so wird sich in Kapitel 1.4 die *Notwendigkeit* der Kopplung von Territorialität und Kongruenzprinzip beurteilen lassen. Drittens und abschließend sei angeführt, dass der oben genannte Definitionsvorschlag einen demokratisch legitimen Territorialanspruch stets auf jenes Gebiet beschränkt, auf dem der

entsprechende Demos ansässig ist. Expansives Verhalten, wie einst von Friedrich RATZEL (1897, S. 115) gerechtfertigt, verbietet sich, weil es mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung brechen und Dritte unter Fremdherrschaft stellen würde.

Die nun folgende Ausdifferenzierung jener Instrumentarien und Wirkungspotenziale von Territorialität, die im Hinblick auf die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, wird an verschiedenen Stellen auf eine simple, aber wichtige analytische Trennung in Input- und Output-Territorialität zurückgreifen. Diese Trennung bezieht sich auf die ursprünglich von MONTESQUIEU (1965, S. 105) eingeführte Teilung in eine gesetzgebende und eine ausführende Gewalt (vgl. Kapitel 1.2.2), sie korrespondiert in gewissem Maße aber auch mit der unter anderen von Fritz SCHARPF (1993, S. 167) und Manfred SCHMIDT (2006, S. 27) vollzogenen Unterscheidung demokratischer Selbstbestimmung in eine Input- und eine Output-Seite: Einerseits werden territoriale Strategien eingesetzt, um die demokratische Entscheidungsfindung an sich und die Definition der an diesen Entscheidungen Beteiligten zu beeinflussen (Legislative); andererseits berührt Territorialität aber auch die Um- und Durchsetzung einmal getroffener Vereinbarungen (Exekutive). Überall dort, wo es zum Zwecke eines besseren Detailverständnisses Sinn macht, sollen diese territorialen Funktionsbereiche getrennt dargestellt werden. Gleichwohl versteht es sich von selbst, dass diese Unterscheidung lediglich einen analytischen Charakter im Rahmen einer ganzheitlichen Untersuchung haben kann. Denn eine demokratietheoretische Prämisse, die sich auf den Grundsatz der kollektiven Selbstbestimmung bezieht und somit Entscheidungsfindung und -umsetzung zeitgleich betrifft, kann auch im Hinblick auf ihre räumliche Dimension nicht nur einseitig beurteilt werden. Mit anderen Worten: Die genutzten Effekte von Territorialität sind zwar auf der Input- und der Output-Seite mitunter verschieden und sollten daher differenziert Berücksichtigung finden – letztlich aber dürfte gerade die Vereinigung dieser vielfältigen Effekte unter dem einheitlichen Dach der Territorialität entscheidend sein für die Möglichkeit, die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) mit dieser Strategie zu erfüllen.

Was das konkret bedeutet, lässt sich an jener Tendenzkombination erkennen, der – wie hier argumentiert werden soll – eine übergeordnete Bedeutung bei der Herstellung demokratischer Kongruenz zukommt: Es handelt sich um die territoriale Definition sozialer Beziehungen (Tendenzkombination „c“ nach SACK 1986, S. 36). In diesem Kombinationseffekt sind verschiedene Instrumentarien und Wirkungspotenziale territorialer Strategien verwoben, die auf der legislativen und exekutiven Seite demokratischer Gemeinwesen unterschiedlich stark und in unterschiedlicher Form genutzt werden, um schlussendlich aber in ihrem Zusammen-

spiel kollektive Selbstbestimmung und damit die Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten zu ermöglichen. Vereinfacht ließe sich die Funktionsweise dieser Tendenzkombination im demokratischen Sinne folgendermaßen differenzieren: Einerseits kann Territorialität als grundlegendes Kriterium bei der Bestimmung der Herrschaftssubjekte und ihrer Beziehungen eingesetzt werden – wobei hier, wie zu sehen sein wird, unterschiedliche Verfahren denkbar sind und eine Abgrenzung von alternativen Definitionskriterien zwingend notwendig erscheint. Andererseits können aber auch die Herrschaftsreichweite und damit verbunden die Herrschaftsobjekte eine territoriale Ordnung erhalten, deren Geltendmachung für das Kongruenzprinzip bedeutsam ist – auch diesbezüglich sind diverse Effekte potenziell wirksam und verlangen nach einer näheren Betrachtung. In seinen theoretischen Ausführungen legt SACK (1986, S. 36) dar, die Tendenzkombination „c" konstituiere sich aus mindestens vier von ihm beschriebenen und in dieser Arbeit in Kapitel 1.3.1 aufgeführten „Tendenzen": Territorialität könne demnach genutzt werden, um Gruppen zu definieren (Tendenz Nr. 1), ihnen räumliche Grenzen zu geben (Tendenz Nr. 8) und sie auf diese Weise zu kontrollieren (Tendenz Nr. 3); die Beschäftigung mit den Mitgliedern einer solchen Gruppe sei wiederum ohne persönlichen Kontakt oder persönliche Beziehungen möglich (Tendenz Nr. 6). Darüber hinaus soll hier hinzugefügt werden, dass eine solche territoriale Definition sozialer Beziehungen meist mit einer Kommunikation der Grenzziehungen nach innen sowie nach außen einhergeht (Tendenz Nr. 2) und dass die am Territorium verdinglichte soziale Kontrolle zu einem Reifikationseffekt führen kann (Tendenz Nr. 4). Warum und wie genau diese „Tendenzen" nun im Hinblick auf die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) Relevanz erlangen, sei im Folgenden eruiert. Dabei sollen auch solche Effekte thematisiert werden, die aus demokratietheoretischer Sicht problematische Potenziale territorialer Strategien darstellen.

Klassifikation nach Gebiet

Eine recht naheliegende Assoziation zum Begriff der demokratischen Territorialität und ein zentrales Argument der bisherigen Ausführungen bestehen darin, dass Territorialität genutzt werden kann, um die Gruppen der Herrschaftssubjekte und -objekte, aber auch die physische Herrschaftsreichweite nach einem einheitlichen, nämlich räumlichen Kriterium zu definieren. Diese Möglichkeit geht auf einen Effekt zurück, den SACK (1986, S. 32) als territoriale „*classification*" (Tendenz Nr. 1) bezeichnet. Nach PIAGET und INHELDER (1971, S. 534 ff.) existieren zwei übergeordnete Formen der Klassifikation: eine, die Objekte nach ihren Eigenschaften unterscheidet („by type"), sowie eine zweite, die nach Gebiet gruppiert („by

area“). Die Strategie der Territorialität kann laut SACK (1986, S. 32) beide dieser Klassifikationsformen umfassen, doch jene nach Gebiet beinhaltet sie *per definitionem* immer. „When we say that anything in this area or room is ours, or is off limits to you, we are classifying or assigning things to a category such as ‘ours‘ or ‘not yours’ according to its location in space. We need not stipulate the kinds of things in place that are ours or not yours” (ebd.). Die Klassifikation nach Gebiet stellt also ein vergleichsweise simples Verfahren dar, weil die Herrschaftssubjekte und -objekte – ob menschlich oder dinglich – nicht einzeln benannt oder nach Eigenschaften sortiert werden müssen. Gesetzt den Fall, dass die zu kontrollierenden beziehungsweise zu beeinflussenden Objekte oder Beziehungen überhaupt nicht enumeriert oder genau spezifiziert werden können, ist die Klassifikation nach Gebiet sogar das einzig probate Instrument der Unterscheidung. Dass dieses Wirkungspotenzial von Territorialität gerade in politischer Hinsicht nützlich sein kann, stellt SACK (1986) bereits selber fest: „This effect is especially useful in the political arena, where a part of the political is its concern with novel conditions and relationships” (ebd., S. 32).

Schon auf der Input-Seite demokratischer Selbstbestimmung erweisen sich Klassifikationsverfahren als unentbehrlich. Eine der zentralen Fragen jedes politischen Gemeinwesens besteht darin, *wer* denn überhaupt an der Entscheidungsfindung beteiligt werden soll; zudem gilt es zu klären, *wie* diese Entscheidungsfindung organisiert und strukturiert werden kann. Michael GREVEN (2010) verweist auf die Notwendigkeit dieser Fragen, wenn er schreibt: „Democracy, for functional reasons, always needs […] a clear distinction between members and non-members, for instance those who have the right to vote and those who do not; […]” (ebd., S. 185 f.). Die demokratische Idee an sich böte allerdings kein Kriterium zur Unterscheidung von Bürgern und Nicht-Bürgern, denn sie sei als Konzept einer freiheitlich-gleichen Herrschaftsform – jedenfalls im Prinzip – universell; aus diesem Grund müsse die funktional notwendige Definition des Demos nach anderen Prinzipien erfolgen (vgl. ebd., S. 186). Zwei solcher Prinzipien für die Vergabe der Staatsbürgerschaft werden in der Politikwissenschaft gemeinhin erkannt: zum einen das Abstammungsprinzip („ius sanguinis“) und zum anderen das Territorialprinzip („ius soli“ oder „ius territorialis“) (vgl. BENHABIB 1998, S. 238; FAIST 2001, S. 253; FREVEL 2009, S. 99 f.). Diese Vergabekriterien lassen sich den von PIAGET und INHELDER (1971, S. 534 ff.) identifizierten grundlegenden Klassifikationverfahren „by type“ und „by area“ idealtypisch zuordnen: Das Abstammungsprinzip betont zunächst die Bedeutung einer spezifischen kulturellen Zugehörigkeit für die demokratische Teilhabe und koppelt den Staatsbürgerschaftserwerb daher individuell an die Staatsbürgerschaft der direkten Vorfahren (Klassifikation „by type“). Bernhard FREVEL

(2009) erinnert daran, dass die Bundesrepublik Deutschland lange Zeit als gängiges Beispiel für dieses „ius sanguinis“ gegolten hat. Bis zum Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 2000 war vorgesehen, „[…] dass das Kind deutscher Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erhält – auch wenn es außerhalb Deutschlands geboren wurde, während dies für in Deutschland geborene Nachkommen ausländischer Eltern nicht bzw. nur sehr eingeschränkt gilt“ (ebd., S. 99 f.). Im Gegensatz dazu sieht das Territorialprinzip vor, dass der Staatsbürgerschaftserwerb von der Geburt oder der Sozialisation auf einem spezifischen Staatsterritorium abhängen soll (Klassifikation „by area“): „According to the democratic understanding of the *jus soli*, each child who is born on the territory of a democratic sovereign, is potentially a member of this sovereign and therefore has claims to citizenship” (BENHABIB 1998, S. 238). Dieses Prinzip geht bereits auf die Französische Revolution zurück, in deren Zeit äußerst großzügige Einbürgerungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Rogers BRUBAKER (1992) zitiert den französischen Revolutionär Jean Lambert Tallien mit den Worten: „„The only foreigners in France are bad citizens‘“ (ebd., S. 47). Heute wird das Territorialprinzip beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem sogenannten „birthright citizenship“ praktiziert.

Den großen Vorteil der territorialen Klassifikation im Kontext der Staatsbürgerschaftsvergabe sieht SACK (1986, S. 23) darin, dass auch Zugezogene Mitglied einer politischen Gemeinschaft werden können, sofern sie auf dem Territorium dieser Gemeinschaft leben. Dies entspricht laut Michael WALZER (1983) am ehesten dem demokratietheoretischen Kongruenzprinzip: „[…] the processes of self-determination through which a democratic state shapes its internal life, must be open, and equally open, to all those men and women who live within its territory, work in the local economy, and are subject to law” (ebd., S. 60). Wird die Staatsbürgerschaftsvergabe hingegen rein nach dem Abstammungsprinzip organisiert, besteht stets die Gefahr einer Fremdbestimmung: Individuen, die kein Mitglied des Demos werden dürfen, weil ihre Eltern noch kein Mitglied sind oder waren, bleiben von der kollektiven Selbstbestimmung ausgeschlossen. Allerdings macht Thomas FAIST (2001, S. 253) zu Recht darauf aufmerksam, dass üblicherweise weder Abstammungs- noch Territorialprinzip in Reinform auftreten. Zumeist bestünden in demokratischen Gemeinschaften, die dem „ius territorialis“ folgten, ergänzende Regeln, die dem „ius sanguinis“ entsprächen – und umgekehrt. Diese Feststellung geht mit dem Hinweis von SACK (1986, S. 32) konform, dass Territorialität stets eine Klassifikation „by area“ umfassen müsse, aber zusätzlich auch eine Klassifikation „by type“ umfassen könne. Bedeutend für das vorliegende Forschungsinteresse ist hier nun die Feststellung, dass auf der Input-Seite demokratischer Selbstbestimmung

immer dann auf territoriale Strategien zurückgegriffen wird, wenn das „ius territorialis“ zum Tragen kommt – ob als Haupt- oder als Ergänzungsprinzip. Das ist, so darf mutig behauptet werden, oft der Fall. Darüber hinaus ist bereits zu erahnen, dass das Territorialprinzip besonders gut zur Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) beitragen dürfte, weil es ein geringeres Risiko für Fremdbestimmtheit aufweist als das Abstammungsprinzip – jedenfalls gilt dies für all jene politischen Gemeinwesen, die zugleich eine territoriale Gültigkeit des Rechts kennen.

Mit letzterem Aspekt wird bereits die Output-Seite demokratischer Selbstbestimmung angesprochen: Auch hier besteht prinzipiell eine Wahl zwischen den Klassifikationstypen „by area“ und „by type“ (vgl. PIAGET; INHELDER 1971, S. 534 ff.), nämlich immer dann und in sehr bedeutender Form, wenn die besagte Gültigkeitsreichweite gemeinsamer Entscheidungen festgelegt und die Um- beziehungsweise Durchsetzung dieser Bestimmungen ausgestaltet werden muss. Verkürzt geht es also um die zentralen Fragen: Für *wen* sollen die getroffenen Entscheidungen gelten und über *was* kann demokratische Entscheidungsmacht ausgeübt werden? Wie in Kapitel 1.2 aufgezeigt wurde, kommt dem Territorialprinzip bei der Beantwortung dieser Fragen eine aus historisch-empirischer Sicht außerordentlich hohe – und im Vergleich zur oben thematisierten Input-Seite vielleicht sogar unstrittigere – Bedeutung zu. Seit der Antike ist die Gültigkeit des demokratisch geschaffenen formalen Rechts stets und in erster Linie räumlich definiert worden. Über diese Erfindung in der Polis Athen schreibt Max WEBER (2006, S. 923): „Das Recht wurde Anstaltsrecht für die Bürger und Insassen des Stadtgebiets als solcher […]“ (ebd., S. 923). Auch das für heutige westliche Rechtssysteme prägende römische Recht kannte dieses Prinzip. Schon in den „institutiones“, einem Lehrbuch des römischen Juristen Gaius aus dem 2. Jahrhundert, wurde das Recht in seiner Bedeutung analytisch untergliedert in die untrennbaren Aspekte Territorium, Person und Form (vgl. MANTHE 2015). Und so kommen denn auch jüngere politikwissenschaftliche Arbeiten zu dem Schluss, dass diese Kopplung von Rechtsgültigkeit und Territorium sogar unerlässlich sei: „Polities need borders […]: they must have a territory to which their jurisdiction and the power of their legitimate authorities applies […]. If this applies to all polities it is for normative reasons especially true for those who claim to be ‚democratic‘“ (GREVEN 2010, S. 189).

Diese historischen Erkenntnisse wie auch die Selbstverständlichkeit, mit der die räumliche Gültigkeit des formalen Rechts bis heute wissenschaftlich ausgestattet wird, verweisen auf die besondere Praktikabilität und Effizienz der territorialen Klassifikation im Sinne der demokratischen Entscheidungsumsetzung: Gerade bei der Definition menschlicher und dinglicher

Herrschaftsobjekte ist es von Vorteil, keine individuelle, detaillierte Ausdifferenzierung vornehmen zu müssen. Eine Rechtsnorm wie jene, nicht stehlen oder Gewalt anwenden zu dürfen, macht überhaupt nur dann Sinn und trägt zur Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses (vgl. TUAN 1979, S. 6) bei, wenn sie Gültigkeit für alle Individuen in der physischen Lebenswelt des Demos hat – dieser Zustand wiederum ist besonders einfach erreichbar, wenn die Rechtsnorm territoriale Anwendung findet. Hinzu kommt, dass durch Territorialität auch eine demokratische Kontrolle der direkten physischen „Rahmenbedingungen" (ZÜRN 1996, S. 39) ermöglicht wird, die zur Umsetzung von Entscheidungen notwendig sind. Trifft der Demos einen Beschluss über Erlaubtes oder Unerlaubtes im Straßenverkehr, hat jedoch gleichzeitig keinen Zugriff auf Straßen, ist der Beschluss zwecklos. Jürgen HABERMAS (1996a) stellt fest: „Innere Souveränität setzt die Fähigkeit zur Durchsetzung der staatlichen Rechtsordnung voraus […]" (ebd., S. 131). Begünstigend wirkt sowohl bei der Bestimmung menschlicher als auch dinglicher Herrschaftsobjekte ein Effekt von Territorialität, den Georg SIMMEL (1908, S. 472) als Fixierung von Inhalten bezeichnet: Auch unvorhersehbare Veränderungen sozialer Strukturen oder physischer Gegebenheiten ändern nichts an der Gültigkeit demokratisch ermittelter Normen, wenn diese territorial fixiert sind und auf dem Territorium durchgesetzt werden können.

Diese theoretischen Überlegungen sind historisch zumeist dergestalt ausgelegt worden, dass eine räumlich definierte Herrschaftsreichweite eine homogene Kopplung von Demos und Territorium erfordere – prominentestes Beispiel ist hier einmal mehr der moderne Nationalstaat. SIMMEL (1908) stützt diese Deutung, wenn er schreibt: „Gewisse Verbindungstypen können ihrer ganzen soziologischen Form nach sich nur so verwirklichen, dass innerhalb des Raumgebietes, das von einem ihrer Exemplare erfüllt wird, für kein zweites Platz ist. […] [Hierfür] ist das einzige völlig deckende Beispiel der Staat. Von ihm hat man gesagt, er wäre nicht ein Verband unter vielen, sondern der alles beherrschende Verband, also einzig in seiner Art […]" (ebd., S. 462 f.). Seyla BENHABIB (1998) merkt an, dieses Denken habe zu einer Welt geführt, in der ein Herrschaftsraum – ob demokratisch oder nicht – an den Nächsten grenze und es keine Möglichkeit mehr gebe, sich einer Rechtsordnung zu entziehen: „In a world where the surface of the earth is already divided into […] political units which exercise sovereignty over their territory, the right to exit effectively means that one lands up on someone else's territory. There is literally nowhere to go in today's world; at every stretch of the passage one would be crossing into the sovereign territory of some or other political entity" (ebd., S. 245). Diese Situation eines rechtsräumlichen Flickenteppichs bringt insbesondere in einer globalisierungsbedingt immer interdependenteren Welt Probleme mit

sich, auf die in den Kapiteln 3 und 4 näher eingegangen werden muss. Hier sei zunächst festgehalten, dass die erfolgte demokratiegeographische Synthese zwar die klaren Vorteile einer territorialen Gültigkeit demokratischer Entscheidungen aufgezeigt, aber noch keine Aussage über die diesbezügliche *Notwendigkeit* von Territorialität oder gar über ein Erfordernis der von SIMMEL (1908, S. 462 f.) postulierten staatlichen Homogenität getroffen hat. Angesichts dessen, dass Territorialität laut SACK (1986, S. 32) auch eine Kombination der Klassifizierungstypen „by area" und „by type" umfassen kann, ließe sich möglicherweise sogar eine heterogene räumliche Rechtsgültigkeit konzipieren (vgl. Kapitel 1.4 und 4).

Werden nun abschließend die Erkenntnisse über Klassifikationsverfahren auf der Input- und Output-Seite demokratischer Selbstbestimmung kombiniert, so zeichnet sich ein entscheidender Vorteil der Anwendung territorialer Strategien im Hinblick auf die Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) ab: Werden sowohl Herrschaftssubjekte als auch Herrschaftsobjekte räumlich definiert, ist die erforderliche „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]" (SCHARPF 1993, S. 167) besonders effizient herstellbar. Erstens müssen weder Herrschende noch Beherrschte individuell be- beziehungsweise ernannt werden; zweitens lassen sich durch die territoriale Gültigkeit getroffener Entscheidungen auch die physischen „Rahmenbedingungen" (ZÜRN 1996, S. 39) demokratischer Herrschaft kontrollieren; drittens und als Folge aus den ersten beiden Aspekten besteht bei konsequenter Anwendung territorialer Klassifikation ein geringes Risiko für dauerhafte Fremdbestimmung. Wären beispielsweise all jene, die sich langfristig in Hamburg aufhalten – egal welcher Herkunft –, an allen Entscheidungen beteiligt, die in Hamburg territoriale Gültigkeit erlangen, könnte das Kongruenzerfordernis tatsächlich als nahezu erfüllt gelten. Dieses Beispiel ist freilich hypothetisch, unter anderem deshalb, weil auf Länderebene weiterhin das „ius sanguinis" (Teil-)Anwendung findet (vgl. §6 BüWG, Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft vom 22.07.1986, letzte Änderung am 19.02.2013). Die Klassifikation „by type" jedoch, zu der das „ius sanguinis" gezählt werden muss, kann immer nur dann eine Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten gewährleisten, wenn sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite exakt dieselbe Personengruppe benannt wird. Das bedeutet am Beispiel von Hamburg: Wenn nur Hamburger mit deutscher Abstammung an Entscheidungen beteiligt werden, so dürften die getroffenen Entscheidungen konsequenterweise auch nur für Hamburger mit deutscher Abstammung gelten – alle anderen hätten die Freiheit zu tun und zu lassen, was sie für richtig halten, weil sie ansonsten fremdbestimmt wären. Diese Schlussfolgerung mag zunächst skurril klingen, sie

verdeutlicht aber präzise, warum die Klassifikation nach Typ, also die einzige Alternative zur territorialen Klassifikation, denkbar problematisch erscheint für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) – und zwar sowohl in Reinform als auch in Kombination mit Territorialelementen.

Kommunikation durch Grenzziehung

Bislang wurde untersucht, wie Territorialität als Klassifikationsinstrument genutzt werden kann, um demokratische Herrschaftssubjekte und -objekte einheitlich und somit deckungsgleich zu definieren. Eine solche Konstruktion demokratischer Territorien würde allerdings – wie jede Territorialstrategie – ihren Zweck verfehlen, wenn niemand etwas von ihrer Existenz wüsste. Daher stellt SACK (1986) so simpel wie grundlegend fest: „[…] by definition, territoriality must contain a form of communication” (ebd., S. 21) (Tendenz Nr. 2). Von einer einfachen Handbewegung, die eine räumliche Aufteilung signalisiert, über Radwegmarkierungen bis hin zum gerodeten zwischenstaatlichen Niemandsland: Die territoriale Grenze macht im Allgemeinen deutlich, wo Kontroll- und Besitzansprüche enden, wo Inklusion durch Exklusion abgelöst wird; sie variiert zudem wie das von ihr umschlossene Territorium in Größe, Intensität und Beweglichkeit (vgl. AGNEW 2000a, S. 823 f., 2009a, S. 745; FRANK 2005, S. 402 f.; SACK 1986, S. 20; STRÜVER 2002, S. 339). Als Kommunikationsinstrument hat die Grenze ein Alleinstellungsmerkmal: „The territorial boundary may be the only symbolic form that combines a statement about direction in space and a statement about possession or exclusion” (SACK 1986, S. 32). Besitz und Exklusion können auf diese Weise viel einfacher und effizienter vermittelt werden als durch die einzelne Benennung der Besitzgüter und inkludierten Personen oder Objekte (vgl. ebd., S. 24). So ist es für ein Chemieunternehmen praktischer, sein Produktionsgelände einzuzäunen, als jedem Besucher mündlich oder schriftlich mitzuteilen, welche Fässer er besser nicht berühren sollte. Häuser wiederum werden mit verschließbaren Türen und Fenstern ausgestattet, um zwielichtigen Zeitgenossen zu verdeutlichen, dass die enthaltenen Wertgegenstände zum Verbleib beim Besitzer vorgesehen sind.

Der hier beschriebene Kommunikationseffekt von Territorialität ist wie schon die vorab dargestellte „Klassifikation nach Gebiet“ Teil der territorialen Definition sozialer Beziehungen (Tendenzkombination „c“ nach SACK 1986, S. 36). Er gehört des Weiteren zu jenen drei „Tendenzen“, die untrennbar – nämlich *per definitionem* – mit dem Territorialitätsbegriff verbunden sind (vgl. ebd., S. 22). Aus diesem Grund muss er zwangsläufig auch in jeder demokratischen Ordnung mit territorialer Komponente Berücksichtigung finden: So

erkennt Claus OFFE (2000, S. 65), dass räumliche Grenzen als Kommunikationsinstrumente dabei helfen könnten, Auseinandersetzungen über die Gültigkeitsreichweite von Entscheidungen (Output) oder über die sozialen Grenzen des Wahlvolkes (Input) zu reduzieren. Das ist, so soll hier argumentiert werden, eine im Sinne der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) höchst bedeutsame Funktion von Territorialität: „[…] borders help integrate the people into the state's constitutional political order by minimizing conflicts over the area in which the order of law is valid as it pertains to individuals; that is, they guard against the emergence of a legal grey zone on the periphery, or a political claim to represent external ethnic minorities" (OFFE 2000, S. 65). Letztlich kann die Kommunikation durch Grenzziehung also effektiv dazu beitragen, Fremdbestimmung zu verhindern und eine Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten zu gewährleisten.

Durchsetzung von Kontrolle beziehungsweise Zugriff

Wie bereits in Kapitel 1.3.1 dargelegt wurde, sehen die wenigen vorhandenen Definitionen von Territorialität einen entscheidenden Unterschied zu sonstigen Abgrenzungspraktiken darin, dass Territorialität stets eine Form von Kontrolle (vgl. TUAN 1979, S. 6; SACK 1986, S. 19) und Machtausübung (vgl. AGNEW 2009a, S. 744; STRÜVER 2002, S. 339) umfasst. Auch dieser Effekt ist also untrennbarer Teil des Territorialitätsbegriffes; zudem spielt auch er eine bedeutende Rolle bei der territorialen Definition sozialer Beziehungen (Tendenzkombination „c" nach SACK 1986, S. 36). Territorialität wird demnach eingesetzt, um den Zugang zu oder Austritt aus einem bestimmten Gebiet zu kontrollieren, den Zugriff auf die im Territorium enthaltenen Gegenstände und/oder Personen zu gewährleisten, Besitzansprüche durchzusetzen, sowie – ganz allgemein – Interaktionen zu beeinflussen. Auch hierbei weist Territorialität einen entscheidenden Vorteil gegenüber Kontrollstrategien auf, die das zu Kontrollierende nicht räumlich, sondern „by type" definieren: „Territoriality can be the most efficient strategy for enforcing control, if the distribution in space and time of the resources or things to be controlled fall well between ubiquity and unpredictability" (ebd., S. 32).

Bezogen auf die kollektive Selbstbestimmung demokratischer Gemeinwesen erhält dieser „Kontrolleffekt" von Territorialität auf der Output-Seite größte Relevanz: Die gemeinsam getroffenen Entscheidungen werden zu institutionalisiertem Recht, das zumeist territorial Anwendung findet. Jürgen HABERMAS (1996a) formuliert es so: „Die staatliche Herrschaft konstituiert sich in den Formen des positiven Rechts, und das Staatsvolk ist Träger der auf den Geltungsbereich des Staatsgebiets beschränkten Rechtsordnung" (ebd., S. 130 f.). Territoriale Kontrolle, Besitzansprüche und Zugriffsmöglichkeiten sollen in Demokratien

folglich nicht in den Händen einer willkürlichen Exekutive liegen, sondern über das Medium des Rechts beim Demos selber. Die räumliche Gültigkeit demokratischer Entscheidungen ist ein Prinzip, das bereits in der antiken Polis ihren Anfang nahm (vgl. WEBER 2006, S. 923), im modernen Nationalstaat seine Fortführung fand und heute vielfach als selbstverständlich erachtet wird: „[…] democracy needs a distinct and definite territory to which its sovereignty and constitution is applicable" (GREVEN 2010, S. 185 f.). Territoriale Souveränität darf aus demokratietheoretisch-normativer Perspektive also nicht als Selbstzweck entkoppelter staatlicher Akteure verstanden werden, sondern ist einzig und allein der Ermöglichung kollektiver Selbstbestimmung verschrieben. Sodann gilt: „Souverän ist nur der Staat, der im Inneren Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und nach außer seine Grenzen de facto schützen kann" (HABERMAS 1996a, S. 131).

Wie jedoch begründet sich diese Selbstverständlichkeit, mit der politikwissenschaftliche Autoren die territoriale Gültigkeit kollektiver Entscheidungen versehen? Im Prinzip existiert – wenn auch auf bestimmte Bereiche beschränkt – eine Alternative: Werden die Herrschaftsobjekte, ob menschlich oder dinglich, „by type" spezifiziert, also einzeln benannt oder nach Attributen gruppiert, ist eine territoriale Form von Kontrolle und Machtausübung jedenfalls theoretisch entbehrlich. Als Beispiel können Vereinsregeln dienen, wenn ihre Gültigkeit für Mitglieder tatsächlich nicht räumlich, sondern nur über die Mitgliedschaft an sich begründet wird. Zur Veranschaulichung nennt Saskia SASSEN (2008, S. 68) das „lex constructionis" der weltweiten Ingenieurverbände – ein Privatrecht für Vertragsstandards, dessen Gültigkeit nicht mehr territorial beschränkt ist. Allerdings – und das ist hier interessant – wird das „lex constructionis" in der Rechtswissenschaft zugleich als ineffektiv beschrieben, weil seine Verbindlichkeit nicht durchgesetzt und seine Einhaltung nicht kontrolliert werden können (vgl. KLEE 2015, S. 102). Eine Rechtsgültigkeit, die gänzlich auf eine territoriale Komponente verzichtet, weist denn auch diverse Probleme auf: Die Spezifizierung aller in Frage kommenden Herrschaftsobjekte ist aufwendig; Regelungen gelten zumeist nicht exklusiv, sondern konkurrieren mit anderen Normvorstellungen und Rechtsordnungen; auch die Durchsetzung und Kontrolle der Rechtsgültigkeit gestaltet sich aus diesen Gründen schwierig. Hinzu kommt, wie oben bereits beschrieben: Eine „by type"- Durchsetzung der Gültigkeitsreichweite wird sogar unmöglich, wenn die menschlichen oder dinglichen Herrschaftsobjekte nicht genau spezifizierbar sind, sei es aufgrund ihrer Ubiquität oder Unvorhersehbarkeit. Folglich kann insbesondere eine Kontrolle über die physische Umwelt des Kontrollierenden nur territorial gelingen.

So dürfte es kein Zufall sein, dass demokratische Herrschaftssysteme in ihrer Geschichte bislang noch nie ohne eine wesentliche territoriale Komponente der Rechtsgültigkeit ausgekommen sind. Der Demos muss die Einhaltung seiner Entscheidungen durchsetzen und auch die physischen „Rahmenbedingungen" (ZÜRN 1996, S. 39) seiner Entscheidungsfindung kontrollieren können, um kollektive Selbstbestimmung zu realisieren und Fremdbestimmung auszuschließen. Wenn der Demos Entscheidungen trifft, die nicht umgesetzt werden können, weil Dritte regulatorisch interferieren oder Verfügungsmacht über notwendige Ressourcen beanspruchen, werden diese Entscheidungen zu „non-decisions" (ebd.) – die Folge ist Fremdbestimmtheit. Umgekehrt tritt dieser Zustand aber auch dann ein, wenn sich demokratische Machtausübung – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – in ihrer Reichweite über den Demos erstreckt. Im Vergleich zu einer Herrschaftsdurchsetzung, die auf einer Klassifikation „by type" beruht, bietet ein konsequent umgesetztes und eingehaltenes Territorialprinzip den großen Vorteil, eine Deckungsgleichheit von Kontrollierenden und Kontrollierten wenigstens annähernd herstellen zu können und gleichzeitig jenen Einfluss auf die physische Lebenswelt nehmen zu können, der souveräne Entscheidungen überhaupt erst ermöglicht. Dass dieses normative Ideal gerade in Zeiten zunehmender globaler Interdependenzen und grenzüberschreitender politischer Herausforderungen immer schwieriger zu erfüllen ist, soll gleichwohl nicht unerwähnt bleiben und findet im dritten und vierten Kapitel weitere Berücksichtigung.

Reifikation von Macht

Ein Effekt, der ebenfalls im Kontext der territorialen Definition sozialer Beziehungen zum Tragen kommen kann, aber nicht zwingend von territorial handelnden Akteuren genutzt werden muss, ist jener der Reifikation von Macht (vgl. SACK 1986, S. 32 f.). Territorialität stellt zwar eine sozial konstruierte Strategie dar, wird jedoch physisch und somit „sichtbar" manifestiert; diese Manifestationen wiederum vergegenständlichen den Kontroll- beziehungsweise Machtanspruch: „Power and influence are not always as tangible as are streams and mountains, roads, and houses. Moreover, power and the like are often potentialities. Territoriality makes potentials explicit and real by making them ‚visible'" (ebd.). Auf die demokratische Selbstbestimmung übertragen, bedeutet dies: Das Konstrukt der Volkssouveränität wird durch die sinnlich wahrnehmbaren Merkmale demokratischer Territorialität vergegenständlicht. Dieser Effekt kann seine Wirkung in zweierlei Richtung entfalten: Nach innen verdeutlicht er den Herrschaftssubjekten ihr Einflusspotenzial und macht die durch eine gemeinsame politische Ordnung errungene Sicherheit erfahrbar (vgl. TUAN 1979, S. 6), er verweist jedoch zugleich darauf, dass die Konstituenten als Herrschafts-

objekte an kollektive Entscheidungen gebunden sind und sich ihrer Verantwortung nicht entziehen sollen. Nach außen wiederum signalisiert das Territorium als Vergegenständlichung den Herrschaftsanspruch des Demos und macht Fremdbestimmungsversuche schneller als solche erkennbar. Daraus lässt sich ableiten, dass der Effekt der Reifikation letztlich immer dann besonders stark genutzt werden kann, wenn eine Exklusivität territorialer Kontrolle vorliegt. Beanspruchen hingegen verschiedene Akteursgruppen dasselbe Territorium, kann es schwerlich Ausdruck einer Volkssouveränität sein. Georg SIMMEL (1908) meinte deshalb einst zu erkennen: „Die Verbindungsart zwischen den Individuen, die der Staat schafft oder die ihn schafft, ist mit dem Territorium derartig verbunden, dass ein zweiter gleichzeitiger Staat auf eben demselben kein vollziehbarer Gedanke ist“ (ebd., S. 463). Ob allerdings eine solche von SIMMEL (1908) beschriebene Homogenität jenseits des Reifikationseffekts wirklich alternativlos ist, kann angesichts heutiger Mehrebenen-Rechtsgültigkeiten, wie sie beispielsweise in der Europäischen Union geschaffen worden sind, zumindest in Frage gestellt werden.

Unpersönliche Beziehungen

Einer der entscheidenden Unterschiede zwischen den im 18. Jahrhundert begründeten Formen moderner Demokratie und ihren antiken Vorgängern besteht in der vielfach vergrößerten sozialen Reichweite politischer Gemeinwesen. War es in der griechischen Polis noch möglich, sämtliche Herrschaftssubjekte persönlich in der *ekklesía* (Volksversammlung) zusammenzurufen (vgl. FUCHS 2007, S. 39 f.), konnte dies im modernen Nationalstaat nicht mehr gelingen. Die demokratische Entscheidungsfindung musste neu organisiert werden; das Prinzip der Repräsentation wurde eingeführt (vgl. MONTESQUIEU 1965, S. 215 f.) (vgl. Kapitel 1.2). Hierdurch trat jedoch ein weiteres Problem zutage, das in gewissem Maße auch schon in der Antike bestanden hatte: Auch wenn Herrschende und Beherrschte als Großgruppe konzeptionell weiterhin deckungsgleich waren, konnten weder die legislativ tätigen Abgeordneten noch die exekutiven Amtsträger alle Herrschaftsobjekte – ob menschlich oder dinglich – im Einzelnen kennen. Territorialität, so argumentiert SACK (1986, S. 33), begegnet diesen Problemen mit einem Wirkungspotenzial, das erneut als großer Vorteil gegenüber nicht-territorialen Organisationsformen gelten kann: „By classifying at least in part by area rather than by kind or type, territoriality helps make relationships *impersonal*“ (ebd.). Territoriale Strategien tragen also dazu bei, dass soziale Beziehungen etabliert werden können, die keinen direkten Kontakt einfordern – Kontrollierende und Kontrollierte müssen sich weder bekannt noch nahe sein. SACK (1986) selber nennt als Beispiel die moderne Stadt:

„The modern city, by and large, is an impersonal community. The primary criterion for belonging is domicile within the territory" (ebd., S. 33). Für demokratische Gemeinwesen kann Territorialität also einerseits nützlich sein, um selbstbestimmte Konstituentengruppen zu schaffen, die aus einander fremden Personen bestehen („ius territorialis"); andererseits ermöglicht sie aber auch die Herrschaft über unbekannte oder unvorhersehbare physische Objekte. Auf ersteres Wirkungspotenzial wird in Kürze zurückzukommen sein, wenn im zweiten Kapitel dieser Arbeit die Bedeutung von Territorialität für demokratietheoretische Identitätserfordernisse in das Untersuchungsinteresse rückt.

Formgebung

Die territoriale Definition sozialer Beziehungen (Tendenzkombination „c" nach SACK 1986, S. 36) kann schließlich auch den Effekt umfassen, dass Aktivitäten und Maßnahmen – ob politischer oder unpolitischer Art – durch Territorialität eine spezifische, erkennbare Form erhalten. Das Territorium wird zum Objekt, dem bestimmte Funktionen und Attribute zugeschrieben werden (vgl. ebd., S. 33), um letztlich, wie es Yi-Fu TUAN (1979, S. 6) ausdrücken würde, Chaos zu vermeiden und Ordnung zu schaffen. Dieses Wirkungspotenzial von Territorialität dürfte sich in den bisherigen Ausführungen bereits mehrfach angedeutet haben. Die Synthese mit demokratietheoretischen Kongruenzüberlegungen (vgl. MAUS 1994, S. 604; SCHARPF 1993, S. 167; ZÜRN 1996, S. 39) liegt auf der Hand: Der demokratischen Selbstbestimmung kann eine territoriale Form gegeben werden; die Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten soll dann mithilfe des Territoriums organisiert werden; exekutives Handeln bezieht sich auf bestimmte Raumeinheiten. Konkrete Beispiele für diese Funktionszuschreibungen und Formgebungen sind vielfältig. So versieht das deutsche Grundgesetz in Artikel 28, Absatz 1 und 2, die territorialen Einheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände explizit mit der Funktion der demokratischen Selbstbestimmung: „In den […] Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. […] Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln" (DEUTSCHER BUNDESTAG 2010, S. 32); Abgeordnete und Regierungsmitglieder wiederum werden zur Rechenschaft gegenüber den Einwohner bestimmter Territorien verpflichtet (vgl. GREVEN 1998, S. 24; SCHMIDT 2006, S. 20); und demokratische Maßnahmen wie die Verteilung von Steuergeldern erhalten territoriale Strukturen: „The territory becomes the object to which other attributes are

assigned, as in the case of the political territory being the unit receiving federal support“ (SACK 1986, S. 33).

Alle hier thematisierten Effekte, von der Klassifikation nach Gebiet bis hin zur Formgebung, haben sich in unterschiedlicher Stärke als geeignet erwiesen, zur Umsetzung der demokratischen Grundidee einer kollektiven Selbstbestimmung des Demos beizutragen. Doch klar geworden sein dürfte auch, dass diese Zuträglichkeit keine Selbstverständlichkeit ist: Zwar lässt sich das normative Ideal einer territorialen Ordnung entwerfen, die eine demokratietheoretisch als notwendig erachtete „[…] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) effektiv herstellt – und das ist ein sehr bedeutendes Ergebnis, wie in Kürze festzustellen sein wird (vgl. Kapitel 1.4). Doch es hängt letztlich von den territorial handelnden Akteuren, von der konkreten institutionellen Ausgestaltung und von den politischen Kontextbedingungen ab, ob dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann. Robert David SACK (1986, S. 38 ff.) weist denn auch selber darauf hin, dass sich bestimmte eigentlich vorteilhafte Effekte von Territorialität insbesondere bei einer Fehlanwendung in komplexen territorial-hierarchischen Organisationen in ihr Gegenteil verkehren können. Statt effizienz- und effektivitätssteigernd zu wirken, sind sie der ursprünglich intendierten Zielsetzung dann sogar abträglich. Dieses problematische Potenzial ist außerordentlich ernst zu nehmen und daher im Folgenden hinsichtlich seiner möglichen Auswirkungen auf die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) unbedingt auszudifferenzieren. Gleichwohl darf und muss bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass es sich um Risiken handelt, die in spezifischen institutionellen Konstellationen auftreten *können*, den abstrakt ermittelten Nutzwert von Territorialität für demokratische Gemeinwesen jedoch keineswegs grundsätzlich negieren.

Die erste problematische Kombination der „Tendenzen“ von Territorialität bezeichnet SACK (1986) als „mismatch and spillover“ (ebd., S. 35). So nützlich die Klassifikation nach Gebiet auch sein kann: Wird sie falsch angewandt, indem Abgrenzungen unzutreffend erfolgen, können territoriale Diskrepanzen und Prozessüberschüsse entstehen. Diese Situation verfestigt sich sogar noch, wenn das einmal konstruierte Territorium als dauerhaft formgebend etabliert wird (vgl. ebd., S. 38). Im Hinblick auf das demokratietheoretische Kongruenzerfordernis stellt diese Tendenzkombination ein elementares und stetes Risiko dar: Wenn die Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten eigentlich territorial hergestellt werden soll, zugleich aber eine Diskrepanz zwischen jenem Territorium besteht, das die

Konstituenten nach dem „ius territorialis“ definieren soll, und jenem Territorium, auf das die demokratische Herrschaft Anwendung findet oder das dem tatsächlichen Ausmaß der politischen Herausforderung entspricht, so ergibt sich unweigerlich eine Situation tatsächlicher Inkongruenz und Fremdbestimmung. In einer seiner jüngeren Arbeiten nennt SACK (2010) beispielhaft folgende Situation: „If the members of a place democratically decide to do something within their territory and the effects of the activities spill over the boundaries to others outside the area, these others then should have a say” (ebd., S. 488). Dass solche Problematiken insbesondere im Angesicht von Globalisierungsprozessen und damit einhergehenden neuen Interdependenzen von herausragender Bedeutung sind, lässt sich zweifelsohne erahnen und soll im dritten und vierten Kapitel aufgegriffen werden, wenn die analytische Anwendbarkeit der hier gewonnenen theoretischen Erkenntnisse auf aktuelle politische Entwicklungen eruiert wird.

Nun können territoriale Diskrepanzen und Prozessüberschüsse, wie sie soeben beschrieben wurden, selbstverständlich unintendiert entstehen: Ein politisches Territorium mag zum Zeitpunkt seiner Konstruktion – wenigstens annähernd – kongruenzwahrend wirken, aber im Laufe der Geschichte treten möglicherweise neue externe Einflüsse auf, die zu einem „mismatch“ (SACK 1986, S. 35) von demokratischen Input- und Output-Territorialitäten führen. Eine notwendige Anpassung beziehungsweise Neukonstruktion des Territoriums erweist sich dann zumeist als schwierig, sei es aufgrund konstitutioneller Festschreibungen, konservativer Einstellungen oder schlicht, weil die territorialen Nachbarn etwas dagegen haben. Territoriale Diskrepanzen und Prozessüberschüsse können jedoch auch die Folge höchst absichtlichen Handelns sein – zwei Negativpotenziale von Territorialität müssen hier benannt werden: Erstens lassen sich die Effekte der Klassifikation nach Gebiet und der Formgebung insbesondere in territorialen Hierarchien dahingehend einsetzen, dass ein „mismatch“ (ebd.) zunächst herbeigeführt, aber dann verschleiert wird. SACK (1986) nennt diese Tendenzkombination „obscuring by assigning wrong scale territory“ (ebd., S. 35). Sie liegt beispielsweise dann vor, wenn eine demokratische Entscheidungsfindung bewusst kommunal angesetzt wird, obwohl die resultierende Entscheidung eigentlich nur auf einer höheren territorialen Ebene umgesetzt werden kann. Die Folge dieses Vorgehens sind einmal mehr „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39). Zweitens ist es auch denkbar, dass im Sinne eines „obscuring by stages” (SACK 1986, S. 35) die geographischen Auswirkungen einer politischen Maßnahme durch territorial-hierarchische Aufteilung des Entscheidungsfindungsprozesses verborgen werden (vgl. ebd., S. 38). Sind die Konsequenzen der Entscheidung nur auf einer Ebene bekannt, auf allen anderen betroffenen Ebenen jedoch nicht, kann eine informierte

demokratische Selbstbestimmung nicht gelingen. Die Folgen all dieser problematischen Tendenzkombinationen können sich schlimmstenfalls in Entfremdung, Feindlichkeit oder Sezession äußern (vgl. ebd., S. 32 ff.).

1.4 Braucht demokratische Selbstbestimmung Territorialität?

Schon das etymologisch begründete Alltagsverständnis von Demokratie enthält eine der grundlegendsten Prämissen dieser Herrschaftsform: Immer dann, wenn Demokratie als Volksherrschaft beschrieben wird, geht damit die Grundannahme einher, dass ein Kollektiv *über sich selbst* bestimmt. All diejenigen, die an der Herrschaft teilhaben, sollen folglich mit denjenigen deckungsgleich sein, die der Herrschaft unterliegen – nur so lässt sich (undemokratische) Fremdbestimmung ausschließen. In der politikwissenschaftlichen Literatur ist diese Voraussetzung demokratischer Gemeinwesen unter anderem als „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) und als „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]" (MAUS 1994, S. 604) begrifflich gefasst worden; notwendig sei also eine „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]" (SCHARPF 1993, S. 167). Dieses Erfordernis kann – wie auch die im zweiten Kapitel zu untersuchende Identitätsprämisse – als demokratietheoretischer Leitgedanke verstanden werden, der über spezifische Institutionalisierungen hinausweist und zu einem beständigen Element normativer Demokratieüberlegungen geworden ist (vgl. ZÜRN 1996, S. 38 ff.; OFFE 2000b, S. 64 ff.; SCHARPF 1993, S. 167).
Für die vorliegende Arbeit ist die „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) insofern von größter Relevanz, weil sich ihre Erfüllung historisch, ideengeschichtlich und logisch-konzeptionell mit der Anwendung territorialer Strategien in einen bedeutenden Zusammenhang bringen lässt. Eine Analyse, die das abstrakte Verhältnis von Demokratie und Territorialität zu klären versucht, muss denn auch zwingend darauf bedacht sein, diesen Raumbezug kollektiver Selbstbestimmung zu eruieren. Das heißt konkret: Wenn sich Formen territorialen Handelns als zuträglich für die Herstellung der oben beschriebenen Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten erweisen, so sind sie zugleich von großer Bedeutung für die Demokratie im Ganzen. Wenn territoriale Strategien darüber hinaus sogar als *notwendig* für die Erfüllung des Kongruenzerfordernisses bewertet werden können, so dürfen sie auch als unentbehrlich für die gesamte Herrschaftsform gelten. Während sich die erstgenannte grundsätzliche Bedeutung von Territorialität bereits im vorigen Unterkapitel hat systematisch aufzeigen lassen, bedarf die letztere Frage nach der

Notwendigkeit noch einer expliziten Beantwortung. Es soll daher im Folgenden geprüft werden: Ist Territorialität womöglich eine *Conditio sine qua non* für die Herausbildung einer demokratischen „ […] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167)? Oder gibt es alternative Strategien, mit denen sich die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) erfüllen lässt?

Bislang konnte aufgezeigt werden, dass die Strategie der Territorialität neben mancher Unzulänglichkeit die Möglichkeit und den großen Vorteil bietet, einerseits Herrschafts-subjekte (Input-Seite des demokratischen Prozesses) und andererseits Herrschaftsobjekte (Output-Seite) so zu definieren, dass sowohl eine personelle Kongruenz der beiden Gruppen entsteht als auch eine sehr praktikable Bestimmung der dinglichen Herrschaftsreichweite, die wiederum zur Wahrung der personellen Kongruenz beiträgt. Was bedeutet das konkret? In allen historischen Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft, von der antiken Polis über den modernen Nationalstaat bis hin zu supranationalen Gebilden der Neuesten Geschichte, hat Territorialität bei der Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) in unterschiedlich starker Ausprägung Anwendung gefunden (vgl. Kapitel 1.2). In einer systematischen Synthese demokratie- und territorialitätstheoretischer Prinzipien lässt sich erkennen, welche Effekte von Territorialität zum demokratischen Nutzwert dieser Strategie beitragen können – und welche eher hinderlich sind (vgl. Kapitel 1.3): Demokratisch hochbedeutend ist die jedem territorialen Handeln innewohnende räumliche Klassifikation. Nach PIAGET und INHELDER (1971, S. 534 ff.) existieren genau zwei übergeordnete Klassifikationsformen: eine, die Objekte nach ihren Eigenschaften unterscheidet („by type“), sowie eine zweite, die nach Gebiet gruppiert („by area“). Die Strategie der Territorialität kann laut SACK (1986, S. 32) beide dieser Klassifikationsformen umfassen, doch jene nach Gebiet beinhaltet sie *per definitionem* immer. Auf der Input-Seite des demokratischen Prozesses kann die „Klassifikation nach Gebiet“ genutzt werden, um die Konstituenten festzulegen – in der Politikwissenschaft ist dann die Rede vom Territorialprinzip bei der Staatsbürgerschafts-vergabe („ius soli“ oder „ius territorialis“) (vgl. BENHABIB 1998, S. 238; FAIST 2001, S. 253; FREVEL 2009, S. 99 f.). Auf der Output-Seite wiederum findet sie immer dann Anwendung, wenn die Gültigkeitsreichweite demokratisch getroffener Entscheidungen räumlich bestimmt wird – all jene und all das, über die und das verfügt werden soll, werden in diesem Fall also territorial definiert. Die Erfüllung der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) kann sodann gelingen, wenn die auf der Input- und Output-Seite definierten Gruppen personell übereinstimmen – bei einer strikt räumlichen Definition ist dieser Fall gegeben, wenn die für

Input- und Output-Klassifikation konstruierten Territorien identisch sind. Zugleich bedarf es einer exklusiven Verfügungsmacht über die dinglichen Herrschaftsobjekte – auch dies ist mit der Strategie der Territorialität realisierbar. Denn nur wenn ein Gemeinwesen *über sich selbst* entscheiden und diese Entscheidungen auch umsetzten kann – so die Grundprämisse –, ist der „[…] prozedurale Anspruch […]" (SCHARPF 1993, S. 167) von Demokratie erfüllbar und kann Fremdbestimmung im Sinne von „non-decisions" (ZÜRN 1996, S. 39) ausgeschlossen werden. Wird nun Territorialität tatsächlich eingesetzt, um die „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) zu erfüllen, so kommen weitere Effekte zum Tragen: Zunächst wird die in sämtlichen Territorialitätsdefinitionen genannte Durchsetzung von Kontrolle (vgl. TUAN 1979, S. 6; SACK 1986, S. 19) beziehungsweise deutliche Machtausübung (vgl. AGNEW 2009a, S. 744; STRÜVER 2002, S. 339) überwiegend und im Idealfall reflexiv konzipiert: Ein Kollektiv herrscht räumlich über sich selbst. Die Mitglieder des demokratischen Gemeinwesens müssen sich untereinander nicht kennen, die territoriale Definition sozialer Beziehungen ermöglicht unpersönliche Bindungen (vgl. SACK 1986, S. 33). Zudem können die Klassifikationen auf der Input- und Output-Seite des demokratischen Prozesses mit dem Symbol der Grenze vergleichsweise eindeutig und beständig kommuniziert werden – auch unvorhersehbare Veränderungen sozialer Strukturen oder physischer Gegebenheiten ändern nichts an der Gültigkeit demokratisch ermittelter Normen, wenn diese territorial fixiert sind und ihre territoriale Durchsetzung gelingt (vgl. SIMMEL 1908, S. 472). In Anlehnung an allgemeine Territorialitätsdefinitionen von AGNEW (2009a, S. 744), SACK (1986 S. 19) oder auch STRÜVER (2002, S. 339) wurde in Kapitel 1.3.2 folgender Vorschlag für die zusammenfassende Beschreibung demokratischer Territorialität im Hinblick auf die Erfüllung des demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisses unterbreitet: *Eine facettenreiche räumliche Strategie, mit der ein Demos (also eine Gruppe) sich selbst und die ihn unmittelbar betreffenden Phänomene und Verhältnisse definiert, beeinflusst und kontrolliert, um die politische Ordnung einer Volkssouveränität herzustellen. Zumeist wird der Kontrollanspruch über das vom Demos bewohnte geographische Gebiet konstitutionell gefasst. Das Gebiet wird folglich als souveränes demokratisches Territorium oder demokratisches Staatsterritorium bezeichnet.*

Zweifelsohne ist die Nutzung von Territorialität für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) zugleich mit Risiken behaftet: Territoriale Strategien sind zwar prinzipiell geeignet, sogar eine völlige Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und -objekten herzustellen. In der Praxis jedoch zeigen sich auch Effekte, die der „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]" (MAUS 1994, S. 604) zuwiderlaufen können. In Anlehnung an die

territorialitätstheoretischen Analysen von Robert D. SACK (1986 S. 35 ff.) lassen sich hier insbesondere Diskrepanzen zwischen Input- und Output-Territorium nennen, aber auch der mitunter allzu statische Charakter territorialer Definitionen sozialer Beziehungen: Erstens ist es dem demokratietheoretischen Kongruenzgedanken also höchst abträglich, wenn die räumliche Reichweite kollektiver Entscheidungen größer oder kleiner ist als jenes Territorium, das im Sinne des „ius territorialis" als Referenz für die Bestimmung des Wahlvolkes dient; zweitens ist solch ein „mismatch" (ebd., S. 35) nahezu unausweichlich, wenn politische Herausforderungen mit zunehmender raum-zeitlicher Variabilität einer eher unflexiblen territorialen Demos-Definition gegenüberstehen. Derlei Überlegungen müssen im dritten und vierten Kapitel aufgegriffen werden, wenn unter anderem die zukünftige Entwicklung demokratischer Territorialität diskutiert wird. Wie schon in Kapitel 1.3.2 festgestellt, handelt es sich bei den genannten Effekten um ernstzunehmende Risiken, die in spezifischen institutionellen Konstellationen auftreten können und deren Auswirkungen ausführlicher Berücksichtigung bedürfen – hierzu zählt insbesondere die Verursachung von Situationen partieller oder völliger Fremdbestimmung. Den abstrakt ermittelten, prinzipiellen Nutzwert von Territorialität für demokratische Gemeinwesen vermögen sie jedoch nicht in Frage zu stellen. Vielmehr verweisen sie auf die Notwendigkeit, territoriale Strategien mit Bedacht anzuwenden, regelmäßig zu hinterfragen und neuen Herausforderungen anzupassen.

Territorialität, das kann folglich festgehalten werden, ist im Grundsatz dafür geeignet, politische Gemeinwesen so zu organisieren, dass sie dem Kongruenzerfordernis demokratischer Selbstbestimmung entsprechen. Aber wie exklusiv ist diese prinzipielle Lösungskompetenz von Territorialität? Um eine begründete Aussage darüber treffen zu können, ob sich territoriale Strategien sogar als unentbehrlich für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) erweisen, bedarf es eines Blickes auf mögliche Alternativen. Sprich: Wie plausibel ist es, dass demokratische Selbstbestimmung *nicht-territorial* organisiert werden kann? Jede Alternative, die ohne eine territoriale Klassifikation „nach Gebiet" auszukommen beansprucht, so soll hier argumentiert werden, muss in ihrer Definition des Demos auf eine Klassifikation „nach Typ" zurückgreifen. Dies ist eine logische Konsequenz aus der in Kapitel 1.3.2 nachgezeichneten Freilegung zweier übergeordneter Formen der Klassifikation (vgl. PIAGET; INHELDER 1971, S. 534 ff.; SACK 1986, S. 32). Ließe sich also falsifizieren, dass die Herstellung einer Kongruenz von Herrschaftssubjekten und -objekten und somit die Etablierung kollektiver Selbstbestimmung auch durch eine reine Klassifikation „nach Typ" möglich ist, wäre die Notwendigkeit der gebietlichen Definition gestützt.

Es sei hierfür zunächst auf die *Input-Seite* des demokratischen Prozesses geschaut: Bei der Vergabe staatsbürgerlicher Rechte ist neben dem Territorialprinzip („ius soli“ oder „ius territorialis“) das Abstammungsprinzip („ius sanguinis“) gebräuchlich. Es betont die Bedeutung einer spezifischen kulturellen Zugehörigkeit für die demokratische Teilhabe und koppelt den Staatsbürgerschaftserwerb daher nicht an eine Klassifikation „nach Gebiet“, sondern individuell an die Staatsbürgerschaft der direkten Vorfahren (vgl. BENHABIB 1998, S. 238; FAIST 2001, S. 253; FREVEL 2009, S. 99 f.). Als gängiges Beispiel für dieses Abstammungsprinzip hat bis zum Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 2000 die Bundesrepublik Deutschland gegolten (vgl. FREVEL 2009, S. 99 f.). Das „ius sanguinis“ beruht eindeutig auf dem Prinzip einer Klassifikation „nach Typ“. Ebenso verhält es sich mit einer weiteren Alternative zum Territorialprinzip: Seyla BENHABIB (1998, S. 239) nennt als drittes Verfahren der Staatsbürgerschaftsvergabe das bei Einbürgerungen übliche Einwilligungsprinzip („the principle […] of consent”). Hierbei unterstellen sich Personen im vollen Wissen der Autorität allgemeiner Gesetze und tragen die daraus resultierenden Rechte und Pflichten freiwillig, aber bindend (vgl. ebd.). Ohne über die Vorzüge der einen oder anderen Variante urteilen zu wollen, wird schnell deutlich: Beide Verfahren, sowohl das Abstammungs- als auch das Einwilligungsprinzip, stellen auf der Input-Seite demokratischer Entscheidungsfindung praktikable Alternativen zur gebietlichen Definition des Wahlvolkes dar. Eine demokratische Notwendigkeit territorialer Klassifikation kann an dieser Stelle also noch nicht hergeleitet werden.

Entscheidend wird daher der Blick auf die *Output-Seite* des demokratischen Prozesses sein, also auf jene Regelungen, die für die Umsetzung kollektiv getroffener Entscheidungen zum Tragen kommen: Die Alternative zum Territorialprinzip, also zur gebietlichen Definition der Gültigkeitsreichweite allgemeinen Rechts, besteht auch hier in einer Klassifikation „nach Typ“. Theoretisch ist es denkbar, dass die Herrschaftsobjekte – ob menschlich oder dinglich – nach ihren individuellen Eigenschaften festgelegt werden. Hierfür müssen sie allerdings spezifiziert und genau benannt werden. Tatsächlich wird dieses Verfahren in Vereinen oder Organisationen praktiziert, in denen gemeinsame Regeln nur für die Mitglieder gelten – und zwar völlig unabhängig von deren Aufenthalts- oder Herkunftsort (vgl. Kapitel 1.3.2). Saskia SASSEN (2008, S. 68) nennt als Beispiel das „lex constructionis“ der weltweiten Ingenieur-verbände – ein Privatrecht, dessen Gültigkeit nicht territorial beschränkt ist. Allerdings – und das ist bezeichnend – steht das „lex constructionis“ in der Rechtswissenschaft als ineffektiv in der Kritik, weil seine Verbindlichkeit nicht durchgesetzt und seine Einhaltung nicht kontrolliert werden können (vgl. KLEE 2015, S. 102). Genau hier liegt denn auch das

entscheidende Hindernis für eine Übertragbarkeit auf demokratische Gemeinwesen: Eine Rechtsgültigkeit, die gänzlich auf eine territoriale Komponente verzichtet, ist nicht nur aufwendig definierbar, weil alle in Frage kommenden Herrschaftsobjekte spezifiziert werden müssen – ein Unterfangen, das im Falle von Herrschaftsobjekten, die aufgrund ihrer Ubiquität oder Unvorhersehbarkeit gar nicht enummerierbar sind, sogar ausgeschlossen erscheint. Nein, eine solche Rechtsgültigkeit muss auch als ganz und gar ungeeignet für die Etablierung kollektiver Selbstbestimmung gelten, weil es ihr an Exklusivität mangelt und sie daher Fremdbestimmung zulässt. Wenn also demokratisch getroffene Entscheidungen nicht umgesetzt werden können, weil sie mit anderen Normvorstellungen und Rechtsordnungen konkurrieren, ist die demokratietheoretische „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) nicht erfüllt. Das sei anhand zweier Beispiele konkretisiert: Wenn die Rechtsnorm, keine körperliche Gewalt gegen andere ausüben zu dürfen, nur für bestimmte Menschen gilt oder mit gegenläufigen Normvorstellungen kollidiert, ist ihre Durchsetzung hinfällig. Wenn ein Demos über seine Nahrungsmittelversorgung entscheiden möchte, aber alle existenten Ackerflächen im Besitz Dritter sind und diese Dritten eine Entscheidungsgültigkeit ablehnen, wird der Demos fremdbestimmt. Kurzum: Das der Demokratie innewohnende Prinzip der politischen Selbstbestimmung impliziert, dass die Herrschaft des Demos nicht nur darin besteht, das unmittelbare Handeln seiner eigenen Glieder, also der einzelnen Konstituenten, zu kontrollieren, sondern auch jene Phänomene, die dieses Handeln direkt beeinflussen beziehungsweise überhaupt erst ermöglichen. ZÜRN (1996, S. 39) spricht in diesem Zusammenhang von „Rahmenbedingungen". Eine Kontrolle aller Konstituenten *und* der sie direkt beeinflussenden Phänomene ist jedoch, so soll hier argumentiert werden, mit einer Klassifikation „nach Typ" nicht realisierbar. Denn eine Enumerierung beziehungsweise Spezifizierung aller für die Umsetzung von Entscheidungen potenziell relevanten Phänomene, wie sie im Rahmen einer Klassifikation „nach Typ" notwendig wäre, ist schlicht unmöglich.

So zeichnet sich auf der Output-Seite des demokratischen Prozesses tatsächlich eine Notwendigkeit des Territorialprinzips ab. Nur durch die Kopplung des Souveräns an einen abgrenzten Raum, durch eine räumliche Klassifizierung der gegenständlichen Herrschaftsobjekte, sprich: durch territoriale Strategien, erscheint Fremdbestimmung völlig oder annähernd ausschließbar. Selbstverständlich kann das Territorialprinzip an geeigneten Stellen durch eine Klassifikation „nach Typ" ergänzt werden – dies wird durch die Ausführungen von SACK (1986, S. 32) explizit gestützt und ist immer dann der Fall, wenn Entscheidungen nur für bestimmte Herrschaftsobjekte auf einem bestimmten Gebiet gelten. Aber ein völliger Verzicht auf die territoriale Komponente würde bedeuten, dass die souveräne Gestaltung des

gesellschaftlichen Zusammenlebens mit allen – auch raumwirksamen – Mitteln nicht möglich wäre. Und so erklärt sich denn auch, warum das Territorialprinzip in politikwissenschaftlichen Arbeiten immer wieder als unverzichtbar für die Definition der Gültigkeitsreichweite demokratischer Entscheidungen dargestellt wird: „Polities need borders […]: they must have a territory to which their jurisdiction and the power of their legitimate authorities applies […]. If this applies to all polities it is for normative reasons especially true for those who claim to be ‚democratic'" (GREVEN 2010, S. 189). Auch SASSEN (2008, S. 68) erkennt im exklusiven territorialen Anspruch die Grundlage für die Herrschaft des Souveräns: „This […] gives the sovereign the possibility of functioning as the exclusive grantor of rights" (ebd.). Hervorgehoben sei hierbei, dass diese Feststellungen selbstverständlich noch keine Aussage über die Priorität bestimmter territorialer Arrangements (beispielsweise des territorialen Nationalstaats oder kosmopolitischer Territorialentwürfe) enthalten – solche institutionellen Konzepte sollen erst im vierten Kapitel aufgegriffen und geprüft werden.

Wenn nun aber auf der *Output-Seite* des demokratischen Prozesses eine Notwendigkeit des Territorialprinzips für die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) erkannt wird, so leitet sich aus dieser Erkenntnis logisch konsequent eine ebensolche Notwendigkeit auch für die *Input-Seite* ab. Zwar existieren, wie oben festgestellt, alternative Verfahren der Staatsbürgerschaftsvergabe, die auf einer Klassifikation „nach Typ" beruhen. Doch wenn – wie hier argumentiert wurde – souveräne Entscheidungen des Demos nur innerhalb eines für diesen Zweck abgegrenzten, kontrollierten Raumes, also innerhalb eines Territoriums, ohne Fremdbestimmung umgesetzt werden können, dann *muss* der Kreis der Herrschaftssubjekte im Sinne der Kongruenzbedingung ebenfalls durch dieses Territorium definiert sein. Soll heißen: Wenn die Herrschaftsobjekte territorial definiert werden und zugleich das normative Ziel einer personenbezogenen Deckungsgleichheit von Herrschaftsobjekten und -subjekten verfolgt wird, dann bedarf es auch einer konsequenten, obgleich flexiblen territorialen Bestimmung der Herrschaftssubjekte.

Dass nun also territorialen Strategien eine *notwendige* Bedeutung für die Erfüllung der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) zugesprochen werden kann, ist ein ausgesprochen bemerkenswertes und wichtiges Zwischenergebnis für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit. Gleichwohl lässt sich aus dieser theoretisch-logisch hergeleiteten Überlegung nicht schließen, dass jede Anwendung von Territorialität selbstverständlich zum Ziel führt. Bereits erwähnt wurden Effekte territorialer Strategien, die eine Selbstgesetzgebung des Demos gefährden können (s.o.). Im schlimmsten Fall gehen sie mit Betrug, Entfremdung, Feindlichkeit oder Sezession einher (vgl. SACK 1986, S. 32 ff.). Insbesondere aber wird im folgenden Kapitel zu

sehen sein, dass dem Kongruenzerfordernis eine weitere hochbedeutende Demokratieprämisse zur Seite gestellt werden muss, die ebenfalls erhebliche Raumrelevanz entfaltet, wenngleich in ganz anderer Form (vgl. Kapitel 2). Und es soll argumentiert werden, dass sich aus dem Zusammenspiel dieser beiden Demokratieprämissen ein zentrales territoriales Dilemma für demokratische Gemeinwesen ergibt, dessen Berücksichtigung für die Entwicklung und Bewertung zukünftiger institutioneller Arrangements unentbehrlich erscheint (vgl. Kapitel 3). Nur wer sich diesen theoretisch-normativen Grundlagen demokratischer Herrschaft und ihrer Raumbezüge widmet, vermag mit Bedacht und Umsicht darüber zu urteilen, welche Bedeutung demokratischer Territorialität unter Globalisierungsbedingungen zukommen kann und zukommen sollte.

2 Demokratietheoretische Identitätsbedingung und Territorialität

Würde man Bürger auf der Straße dazu befragen, was sie unter Demokratie verstehen, bekäme man vermutlich neben anderen Antworten besonders häufig die folgende Erklärung: Ein Volk herrscht über sich selbst. Die im vorigen Kapitel erörterte Kongruenzbedingung bezieht sich auf eben diese zentrale Idee demokratischer Herrschaft: die kollektive Selbstbestimmung der Konstituenten. Diejenigen, die an Entscheidungen beteiligt sind, sollen zugleich auch diejenigen sein, über die bestimmt wird (vgl. SCHARPF 1993, S. 167). Oder um es noch ein wenig griffiger zu formulieren: Es muss eine „Identität von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten“ (ZÜRN 1996, S. 39) gegeben sein. Besteht eine solche Identität nicht, kommt es zu Fremdbestimmtheit.

Die Kongruenzbedingung liefert ein grundlegendes, bedeutendes und überzeugendes Kriterium für die Ausgestaltung demokratischer Herrschaft – und gegenwärtig vielleicht sogar das populärste (vgl. Kapitel 1). Doch die Forderung nach der konsequenten Selbstherrschaft des Volkes führt unweigerlich zu einem Aufmerken: Wer ist dieses Volk, das über sich selbst herrschen soll und kann? Ist formal eingerichtete Selbstbestimmung ein ausreichendes Kriterium, um ein politisches Kollektiv zu bestimmen, das demokratischen Ansprüchen genügt? Welche anderen Bedingungen müssen erfüllt sein? Prägnant zusammengefasst hat es Robert DAHL (1989, S. 193): „To say that all people […] are entitled to the democratic process begs a prior question. When does a collection of persons constitute an entity – ‚a people’ – entitled to govern itself democratically?” (ebd.)

Die Kongruenzbedingung antwortet auf diese Fragen nur bedingt. Dass all jene an Entscheidungen beteiligt sein sollen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, ist zwar ein wichtiger Hinweis auf die zu definierende Gültigkeitsreichweite eines demokratischen Gemeinwesens, überlässt die Konstitution des Demos jedoch überdies einer Beliebigkeit, die wenig plausibel erscheint. Es ist vielmehr notwendig und geboten, auch die Frage nach den minimal notwendigen Anforderungen an die Konstituenten zu stellen: Gibt es Eigenschaften und Einstellungen, die den Mitgliedern eines Gemeinwesen zuzuschreiben sein müssen, damit dieses Gemeinwesen aus normativer Perspektive überhaupt als demokratisch bezeichnet und in praktischer Hinsicht als Demokratie funktionieren kann?

Um diese Frage grundsätzlich zu bejahen, bedarf es keiner aufwendigen Recherche in zeitgenössischen demokratietheoretischen Arbeiten. Um solche Eigenschaften und Einstellungen jedoch konkret zu benennen, um „kleinste gemeinsame Nenner“ aufzuspüren und herauszuarbeiten, ist eine genauere Literaturanalyse notwendig, denn die Vielzahl und Vielfalt

vorhandener normativer Standpunkte muss als groß bezeichnet werden. Als normativer Ausgangspunkt und zugleich als Überschrift dieser inhaltlichen Auseinandersetzungen kann die Annahme gelten, notwendig sei das Vorhandensein einer *gemeinsamen Identität* der Konstituenten (z.B. OFFE 2000b, S. 67), mitunter bezeichnet als „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39). Die Frage, welche Merkmale bzw. Bestandteile eine solche Identität zu umfassen habe, ist Gegenstand leidenschaftlicher Plädoyers und reicht von Forderungen nach ethnonational verwurzelten Demoi (z.B. BÖCKENFÖRDE 1995; SCHMITT 1983) bis hin zum liberalen Postulat eines Verfassungspatriotismus (z.B. PREUß 2010).

Bei aller Unterschiedlichkeit der Argumente und Standpunkte soll hier jedoch argumentiert werden, dass sich aus der demokratietheoretischen Debatte zur Identitätsbedingung vier bedeutende Komplexe notwendiger Motive und Eigenschaften der Konstituenten herausarbeiten lassen, die immer wieder Berücksichtigung finden und die wichtige Hinweise auf wesentliche Voraussetzungen demokratischer Gemeinwesen liefern. Diese übergeordneten Aspekte eines demokratischen Gemeinsinns sollen in Kapitel 2.1 zunächst benannt und inhaltlich umrissen werden. Sie stellen – so die These – neben dem bereits untersuchten Kongruenzerfordernis (vgl. Kapitel 1) einen zweiten zentralen und geeigneten demokratietheoretischen Ausgangspukt für die Prüfung der Bedeutung oder gar Notwendigkeit von Territorialität für demokratische Gemeinwesen dar. Die entsprechende übergeordnete Frage lautet also: Braucht es abgegrenzter, kontrollierter Räumlichkeit, um demokratietheoretisch als notwendig erachtete Identitätsmerkmale eines Demos zu erfüllen? Eine solche, angesichts ihres sozial- und wissenschaftshistorischen Kontextes durchaus herausfordernde Analyse soll in zwei Schritten erfolgen: In Kapitel 2.2 wird zunächst danach gefragt, auf welche Weise historische Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft, namentlich die antike Polis und der moderne Nationalstaat, in der Lage gewesen sind, die Herausbildung integrativer Identitätsmerkmale zu befördern und zu bewahren, und welche Rolle Territorialität hierbei zugeschrieben werden kann. In Kapitel 2.3 soll dann eine *verallgemeinerbare* theoretische Aussage über die Bedeutung von Territorialität für die Erfüllung der Identitätsbedingung angestrebt werden; zu diesem Zweck erfolgt eine Ausdifferenzierung zweier grundlegender, entgegengesetzter sozialwissenschaftlicher Positionen zur Herausbildung und Wahrung notwendiger Identitätsmerkmale des Demos – die eine kommunitaristisch, die andere liberal-universalistisch begründet – sowie ihre jeweilige Synthese mit geographischen Theorien der Territorialität. Das Ziel dieses Vorgehens ist wie schon im ersten Kapitel, zu belastbaren theoretischen Analyseergebnissen über das grundsätzliche Verhältnis von Demokratie und Territorialität zu gelangen. Die dadurch gewonnenen

Erkenntnisse sollen später im dritten und vierten Kapitel dafür genutzt werden, den Einfluss gegenwärtigen und zukünftigen territorialen Wandels auf die Perspektiven demokratischer Verhältnisse einordnen, abschätzen und beurteilen zu können.

2.1 Identitätserfordernisse an den Demos

Was macht einen Demos zum Demos? Die Erfüllung der Kongruenzbedingung allein (vgl. Kapitel 1), also die formale Herstellung einer Deckungsgleichheit zwischen all jenen, die herrschen, und all jenen, die beherrscht werden, reicht offenkundig nicht aus. Demokratische Gemeinwesen, so wird in der demokratietheoretischen Literatur immer wieder argumentiert, bedürfen spezifischer Motive und Eigenschaften ihrer Mitglieder, um überhaupt funktionieren und den theoretisch-normativen Grundideen dieser Herrschaftsform entsprechen zu können (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.). Vier Komplexe solcher Motive und Eigenschaften, die als grundlegende Bestandteile einer kollektiven Identität des Demos gelten können (vgl. OFFE 2000b, S. 67; ZÜRN 1996, S. 39), sollen im Folgenden ausdifferenziert und dargelegt werden. Es handelt sich um vergleichsweise unstrittige Mindestanforderungen an einen intersubjektiv geteilten Gemeinsinn, dessen darüber hinausgehende Ausgestaltung, Intensität und Wirkungskraft gleichwohl Objekt leidenschaftlicher Auseinandersetzungen zwischen Vertretern divergenter sozialphilosophischer Positionierungen ist (vgl. FORNDRAN 2002, S. 130 ff.).

2.1.1 Identifikation mit Demokratie und normativem Rahmen

Die erste und zweifelsohne bedeutendste Eigenschaft, die den Konstituenten demokratischer Gemeinwesen abverlangt werden soll – ja, abverlangt werden muss –, mag so manchem Mitglied gegenwärtig konsolidierter Demokratien wahlweise wie eine romantisch-antiquierte Idee oder wie eine Banalität anmuten: Es ist eine grundlegende Identifikation mit der demokratischen Herrschaftsform an sich notwendig. Oder anders ausgedrückt: Dass die Mitglieder eines Gemeinwesens unter freien und gleichen Bedingungen verbindliche Entscheidungen für ihr Gemeinwesen treffen, setzt ein Mindestmaß an Akzeptanz dieses Vorgehens und der damit verbundenen Normvorstellungen unter den Mitgliedern voraus. Bernhard FREVEL (2009) beschreibt diese Notwendigkeit wie folgt: „Demokratie kann nur leben, wenn das Volk die Ziele und Wege des Systems anerkennt“ (ebd., S. 127). Denn Demokratie sei „[…] weder Selbstverständlichkeit noch ein Selbstläufer, sondern ein System, das sich gegenüber anderen Konzepten der Staats- und Lebensform immer wieder behaupten

und bewähren muss. […] Demokratie muss immer wieder neu erfunden und stetig verteidigt werden […]“ (ebd., S. 167). Ausdrücklich betont Michael Th. GREVEN (1998, S. 24), die zentralen Akteure dieses Prozesses der Erfindung, Anerkennung und Verteidigung seien die Konstituenten selber. Über die Demokratie führt er aus: „Es ist weder von ihrem normativen Anspruch her noch unter dem Gesichtspunkt ihres historischen Überlebens ausreichend, sie einfach als ein einmal historisch erfundenes Ensemble von Institutionen und Regeln zu betrachten. Ihr politischer Kerngehalt besagt, es sind die Bürger und Bürgerinnen einer Gesellschaft, die sich, darin ihre Freiheit zugleich konstituierend wie nutzend, eine selbstgeschaffene Ordnung gegeben haben, die sie anerkennen, verteidigen und den sich wandelnden Aufgaben und Bedingungen entsprechend weiterentwickeln. Tun sie das nicht oder nicht ausreichend, dann steht es schlecht um ihre Freiheit und der Demokratie Zukunft“ (ebd.).

Bei FREVEL (2009, S. 127 ff.) und insbesondere bei GREVEN (1998, S. 24) deutet sich bereits an, dass diese als notwendig erachtete Identifikation der Mitglieder eines Demos mit ihrer Herrschaftsform einer zumindest minimalen normativen und politisch-kulturellen Verankerung bedarf, die nicht durch die alleinige Konstruktion eines über sich selbst bestimmenden Kollektivs – sprich: auf rein prozeduralistischer Grundlage – hergestellt werden kann. Daraus resultiert freilich nicht die Forderung nach einem Demos gedacht als „[…] Moral- und Kollektivkörper, der aus diesem Akt seine Einheit und sein Ich, sein Leben und seinen Willen empfange […]“ (PREUß 2010, S. 8), wie sie mitunter der Rousseauschen Demokratielehre entnommen wird. Sehr wohl muss jedoch ein grundlegender gemeinsamer normativer Rahmen als konstituierendes Element einer demokratischen Identität verstanden werden (vgl. OFFE 2000b, S. 67) – zentrale Bestandteile sollten zweifelsohne ein Bekenntnis zu den Menschenrechten und zur Norm der politischen Gleichheit aller Vollbürger sein (vgl. SCHMIDT 2006, S. 20) ebenso wie die „[…] tief verankerte Wertschätzung individueller Autonomie und Freiheit […]“ (ebd., S. 451). Hervorzuheben ist, dass eine so beschaffene und als notwendig erachtete demokratische Identität – wenn auch der Formulierung einer Identitäts*bedingung* bereits immanent – nicht selbstverständlich mit der formal geschaffenen Zugehörigkeit zu einem Demos einhergeht: „Dabei ist zu beachten, daß die Grenzen einer Identität keinesfalls automatisch mit den Grenzen der realen sozialen Handlungsverdichtungen zusammenfallen“ (ZÜRN 1996, S. 39). Mit anderen Worten: Die bloße Einrichtung institutioneller Arrangements – beispielsweise entsprechend dem Selbstbestimmungskriterium der Kongruenzbedingung (vgl. Kapitel 1) – ist noch kein Garant für die Existenz einer kollektiven demokratischen Identität im dargelegten Sinne. So kann ein

Demos zwar in jedem Fall als „[…] subjektive bzw. strategische Verflechtung […]“ (ebd., S. 40) und somit als soziale Handlungsverdichtung angesehen werden. Doch: „Die eine Gemeinschaft konstituierende *Identitätskomponente* ist […] erst dann gegeben, wenn sich soziale Interessen ausbilden, die sich auf den sozialen Handlungszusammenhang als Ganzes beziehen […]. Erst dann hat sich ein Gemeinwesen herausgebildet“ (ebd., S. 40).

2.1.2 Horizontales Vertrauen

Die demokratische Herstellung von allgemeingültigen Entscheidungen ist nur dann möglich und effektiv, wenn die Bürger ein Mindestmaß an Vertrauen in die Integrität ihrer Mitbürger aufbringen können (vgl. OFFE 2000b, S. 67). Hierfür lassen sich zwei zentrale Argumente anführen. Erstens verlangt der Prozess der Entscheidungsfindung nach Partizipation und *gemeinschaftlichem* Engagement der Konstituenten – und zwar für gesamtgesellschaftliche Belange: „People have to feel free and motivated to initiate cooperative interactions with others. The *conditio sine qua non* for that is trust in others with whom they enter associations and cooperative networks: the horizontal, personal trust” (SZTOMPKA 2010, S. 285). Zweitens – und dies ist eine noch bedeutendere Begründung für die Notwendigkeit horizontalen Vertrauens – machen Entscheidungen überhaupt nur dann Sinn, wenn sich das Gros der Mitglieder eines Gemeinwesens an diese Entscheidungen hält. Claus OFFE (2000a, S. 234) beschreibt diese Problematik anschaulich: „Wie kann ‚ich’ sicher sein, daß ‚alle anderen’ sich auch morgen noch an die demokratischen Regeln und Rechte halten werden? Wenn ‚ich’ dessen nämlich nicht sicher sein kann – weshalb sollte ich selbst mich daran halten?“ (ebd.) Es bedürfe folglich einer „[…] assumption that all others will fulfil the same duties“ (OFFE 2000b, S. 67) sowie Vertrauens in Form einer „[…] generalisierten und einigermaßen robusten Unterstellung von Wohlwollen und Urteilskompetenz […]“ (OFFE 2000a, S. 236) gegenüber den Mitbürgern.

Die hohe Bedeutung von horizontalem Vertrauen als Voraussetzung demokratischer Gemeinwesen wird insbesondere dann deutlich, wenn die Konsequenzen fehlenden Vertrauens bedacht werden. Wenn sich eine Kultur des Misstrauens und des Zynismus ausbreitet, wenn moralische Standards fehlen, dann treten laut Piotr SZTOMPKA (2010, S. 289) funktionale Ersatzformen für verlorenes Vertrauen auf. Vier Typen solcher Ersatzformen benennt er, von denen alle vier als den Ideen demokratischer Herrschaft diametral entgegengesetzt gelten müssen: 1. Die Privatisierung des Vertrauens als Entstehung exklusiver Loyalitäten, Verbindungen selbstzentrierter Interessen und geschlossener Beziehungskreise;

2. die Gettoisierung; 3. die Externalisierung von Vertrauen im Sinne einer Verlagerung von Hoffnungen auf Instanzen außerhalb des Gemeinwesens oder sogar im Sinne eines Austritts aus dem Gemeinwesen; 4. die Korruption oder Protektion. Die Konsequenz, so SZTOMPKA (2010, S. 289), sei hier wie dort ein wechselseitiger und sich gegenseitig verstärkender Niedergang von Demokratie und Vertrauen: „The erosion of trust and the emergence of a culture of distrust (cynicism) constrains participation, activism, and initiative. People lose interest in politics, do not take part in elections, do not debate in public, do not intervene against pathologies. […] Without trust democracy falters, with faltering democracy trust decays even more" (ebd.).

Die Frage, wie sich horizontales Vertrauen in einem Gemeinwesen ausbildet, welche Mechanismen der Binnenintegration folglich bestehen und ob diese gezielt beeinflusst werden können, ist bislang eher Gegenstand ideologischer Auseinandersetzungen als wissenschaftlicher Erkenntnis. Erst seit den 1990er Jahren wird horizontales Vertrauen und sein Verhältnis zur Demokratie in den internationalen Sozialwissenschaften verstärkt untersucht – ein im Maßstab der Demokratiegeschichte ausgesprochen kurzer Zeitraum (vgl. OFFE 2000a, S. 235). Es kristallisiert sich jedoch heraus, dass auch die Frage der Herausbildung horizontalen Vertrauens im Spannungsfeld zwischen jenen Demokratieverständnissen, die stärker historisch-kulturelle Abhängigkeiten betonen (vgl. Kapitel 2.3.1), sowie jenen Erklärungsansätzen verortet werden muss, die auf die Integrationskraft demokratischer Institutionen zählen (vgl. Kapitel 2.3.2). Claus OFFE (2000a, S. 238), der sich explizit mit der Bedeutung von Vertrauen für Demokratie befasst, betont in diesem Kontext, nur eine erfolgreiche Kombination aus personalisierter Integration, die an eine Bildungskultur anknüpft (z.B. durch die kollektive Bewältigung einer anstößigen Vergangenheit), und institutioneller Integration, die Rechte und Regeln als unpersönliche Garanten des Zusammenlebens etabliere, könne zur politischen Integration eines Gemeinwesens führen. Schützende Institutionen allein seien kein Ersatz für horizontales Vertrauen, aber sie trügen entscheidend zur Aufrechterhaltung dieses Vertrauens bei: „Wenn die Institutionen des öffentlichen Lebens glaubwürdig dafür sorgen, daß Lügen aufgedeckt und Verträge gehalten werden, ungerechtfertigte Begünstigungen verwehrt und Notlagen behoben werden, dann entfällt für die Bürger der Anlaß, Kategorien von Mitbürgern mit generalisiertem Argwohn und Misstrauen zu belegen" (ebd., S. 238). Für wenig erfolgversprechend hält OFFE (2000a) hingegen pädagogische Ansätze der politischen Integration im Sinne von „Strategien ‚vertrauensbildender Maßnahmen'" (ebd., S. 236 f.), denn dabei stoße man „[…] bald auf das Problem, daß Mentalitäten sich nicht zielgerichtet umbilden lassen – weder von der Pädagogik noch gar von den politischen Parteien. Im Gegen-

teil: Wer Teile der Bevölkerung zum Objekt ‚vertrauensbildender Maßnahmen' erwählt, provoziert damit womöglich gerade den Argwohn und das Misstrauen der Adressaten" (ebd., S. 237).

2.1.3 Solidarität

Der demokratische Entscheidungsfindungsprozess ist ambivalent: Einerseits soll er dem Individuum ermöglichen, sich für seine Meinung einzusetzen, andere zu überzeugen und am Ende den Erfolg einer allgemeingültigen Entscheidung in seinem Sinne zu feiern. Andererseits und im Umkehrschluss führt dieser Prozess auch dazu, dass sich Individuen nicht durchsetzen, keine Befürworter für ihre Ideen finden und mit Entscheidungen leben müssen, die sie so nicht wollten. Damit diese Entscheidungen trotzdem als legitim und verbindlich akzeptiert werden, brauchen die Bürger zwei bindende Motive gegenüber ihren Mitbürgern: zum einen das bereits erläuterte Vertrauen in die Integrität ihrer Mitbürger (siehe Kapitel 2.1.2), zum anderen aber auch Solidarität – hier verstanden als Überzeugung, dass individuelle Folgsamkeit wichtig ist, auch wenn sie dem Individuum keinen direkten Gewinn verschafft, sondern zum Wohlergehen anderer beiträgt (vgl. OFFE 2000b, S. 67).

In der eingangs skizzierten Gewinner-Verlierer-Problematik wird Solidarität von der Minderheit abverlangt, die im normativ frei und gleich zu gestaltenden Entscheidungsfindungsprozess mit ihren Argumenten unterliegt. Mit anderen Worten: Die Verlierer sollen den Erfolg der Gewinner anerkennen, auch wenn sie dadurch persönliche Nachteile in Kauf nehmen müssen – ein nicht selten schmerzhafter Prozess. Die demokratisch erforderliche Solidarität allerdings nur auf diesen Kontext zu beschränken, wäre falsch und unzureichend. Solidarität muss gleichwohl auch von der Mehrheit eingefordert werden, der es obliegt, das Wohlergehen und die Rechte der Minderheiten zu wahren. Als einen unverzichtbaren Grundsatz der Demokratie bezeichnet GREVEN (1998, S. 27) die „[…] aus der Anerkennung der Menschenwürde jedes Individuums resultierende Solidaritätsverpflichtung der politischen Gemeinschaft gegenüber denjenigen, die zur Selbsthilfe zeitweilig oder dauerhaft nicht in der Lage sind" (ebd.). Diese Solidaritätsverpflichtung trägt nicht nur der Fundamentalnorm einer „Anerkennung von Bedürftigkeit" (DRÖGE; NECKEL 2002) Rechnung, sondern kann auch als stabilisierendes Element demokratischer Gesellschaften verstanden werden, das die Akzeptanz und Praktikabilität der Herrschaftsform sichert. In modernen Demokratien findet dieser Gedanke deshalb seine Entsprechung im Prinzip der Sozialstaatlichkeit mit dem Ziel, „[…] soziale Gegensätze und Spannungen in der Gesellschaft bis zu einem gewissen Maße

auszugleichen, damit die Bürger zu integrieren und ihnen Partizipationschancen zu eröffnen“ (FREVEL 2009, S. 72). Thomas H. MARSHALL (1964) bezeichnet die dadurch entstehenden wohlfahrtstaatlichen Ansprüche bereits Ende der 1940er Jahre als „dritte Dimension“ (ebd.) der Staatsbürgerschaft.

Es wird also in mehrerer Hinsicht deutlich, dass Demokratie von den Konstituenten eine Bereitschaft zur Solidarität einfordert, und zwar unabhängig davon, ob sie sich in einzelnen Entscheidungsfindungsprozessen zur Mehrheit oder zur Minderheit zählen, ob sie der gemeinschaftlichen Hilfe bedürftig sind oder nicht. Es bleibt darüber hinaus festzuhalten, dass Solidarität ihrerseits die grundsätzliche Bereitschaft zum Verzicht auf eigene Vorteile, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für andere und somit nicht zuletzt ein Mindestmaß an Hilfsbereitschaft umfasst. Als wie bedeutend diese Motive angesehen werden und wie weit ihre Begründung zurückreicht, zeigt ein Blick in die Geschichte demokratietheoretischer Argumentation: Eine sprachlich besonders eindrucksvolle Erläuterung der Merkmale demokratischer Solidarität findet sich bereits in den Schlüsselwerken der Aufklärungsphilosophie – zu einer Zeit formuliert, in der sich moderne Demokratieformen gerade erst konstituierten. So schreibt MONTESQUIEU (1965, S. 139) in seinem Werk „Vom Geist der Gesetze“: „Liebe zur Demokratie bedeutet auch Liebe zur Genügsamkeit. Da in ihr jedermann das gleiche Wohlergehen und die gleichen Vorteile finden soll, soll er auch die gleichen Annehmlichkeiten genießen und die gleichen Erwartungen hegen. So etwas kann man nur von allgemeiner Genügsamkeit erwarten“ (ebd., S. 139). Noch deutlicher wird ROUSSEAU (1977, S. 55) in dem von ihm entworfenen „Gesellschaftsvertrag“: Der Bürger einer Demokratie müsse „[…] Liebe […] zu seinen Mitbürgern […]“ (ebd., S. 51) aufweisen. Und weiter: „Welches Volk ist also für die Gesetzgebung geeignet? Dasjenige, […] in dem man nicht gezwungen ist, einem Menschen eine größere Bürde aufzuladen, als er tragen kann; […]“ (ebd., S. 55).

So nachvollziehbar die theoretische Herleitung demokratischer Solidarität sein mag (ohne die Rousseausche Mitbürgerliebe hier allzu sehr bemühen zu wollen), so sehr stellt sich gerade im Bezug auf Solidaritätsmotive die Frage, wie selbstverständlich ihr Vorhandensein ist und in welchen Kontexten diese überhaupt ausgeprägt werden können. Eine genauere Auseinandersetzung mit entsprechenden Erklärungsansätzen soll in Kapitel 2.3 erfolgen, doch schon jetzt sei darauf hingewiesen, dass gerade die Herausbildung und Wahrung von Solidaritätsmotiven besonders fragil erscheint: „[…] abstract but nevertheless accepted ‚solidarity’ among the citizens […] is historical and contingent both in its intensity as well as inclusiveness” (GREVEN, 2010, S. 191). Und HABERMAS (1996a) stellt fest, dass die Erfüllung der

Voraussetzungen von Solidarität bislang stets und entscheidend von einer kollektiven Identität des Demos abhängig gewesen ist: „[…] erst das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu ‚demselben' Volk macht die Untertanen zu Bürgern eines einzigen politischen Gemeinwesens – zu Mitgliedern, die sich *füreinander* verantwortlich fühlen können" (ebd., S. 136 f.).

2.1.4 Sprache und Partizipation

Die Idee, dass ein Demos über seine eigenen Belange entscheidet, verlangt grundsätzlich danach, dass sich die Mitglieder des Demos direkt oder indirekt austauschen können: „Demokratische Politik macht durch ihre spezifische Institutionalisierung […] Entscheidungen öffentlich, zugänglich für Partizipation und responsiv – jedenfalls *im Prinzip*" (GREVEN 1998, S. 24). Jürgen HABERMAS (1996b, S. 165) bezeichnet den Prozess der Volkssouveränität daher als „[…] Beratung von Kommunikationsteilnehmern, die zu vernünftig motivierten Entscheidungen gelangen möchten" (ebd.). Und weiter: „Die politische Meinungs- und Willensbildung vollzieht sich nicht nur in der Form von Kompromissen, sondern auch nach dem Modell von öffentlichen Diskursen, die auf die rationale Akzeptabilität von Regelungen im Lichte verallgemeinerter Interessen, geteilter Wertorientierungen und begründeter Prinzipien abzielen" (ebd., S. 165 f.).

Dass es für diese demokratisch so bedeutsamen öffentlichen, partizipativ konzipierten Diskurse einer oder mehrerer gemeinsamer Sprachen bedarf, wird in der demokratietheoretischen Debatte immer wieder betont und argumentativ dargelegt – und zwar sehr unabhängig von ideologischen Standpunkten. So bezeichnet Peter Graf von KIELMANNSEGG (1996, S. 55), die demokratische Kommunikationsgemeinschaft als „[…] eine Gemeinschaft, die in der Lage ist, in einer Sprache (oder in mehreren gemeinsamen Sprachen) […] die gemeinsamen öffentlichen Belange zu erörtern, zu entscheidungsfähigen Alternativen zu bündeln und hierüber direkt oder indirekt zu befinden" (ebd.). Joseph RAZ (1994, S. 77), Vertreter eines liberalen demokratischen Multikulturalismus, erkennt: „Members of all cultural groups […] will have to acquire a common political language and conventions of conduct to be able to participate effectively in the competition for resources and the protection of groups as well as individual interests in a shared political arena" (ebd.). Und Seyla BENHABIB (1998, S. 242), die sich mit Staatsbürgerschaftskriterien in einer globalisierten Welt befasst, nennt als eine von fünf Mindestanforderungen an Staatsbürgerschaftsbewerber minimale Kenntnisse der Sprache des Gastlandes. Denn, wie es ADAMS (2009, S. 91)

zusammenfasst: „Language is political […], insofar as it is the basis of democratic participation" (ebd.).

Ist diese Partizipationsmöglichkeit nicht gegeben – sei es in neugebildeten Gemeinwesen oder in Demoi mit großen Minderheiten aufgrund von Migration oder ethnischen Spaltungen –, so droht eine Situation der Fremdbestimmung, die aus der Perspektive der Fremdbestimmten nur als unbefriedigend wahrgenommen werden kann: „‚Ich' bin nicht nur von ‚allen anderen' abhängig und ihren Voten ggf. ausgeliefert – ich bin nicht einmal in der Lage, mit ihnen zu kommunizieren" (OFFE 2000a, S. 235). Es handelt sich, so soll hier argumentiert werden, um ein Problem, das gegenwärtig gerade von Englisch sprechenden, jedenfalls im Selbstbild weltoffenen gesellschaftlichen Eliten bisweilen unterschätzt und nicht mit der angemessen Sensibilität bedacht wird.

2.2 Historische Evidenzen: Antike Polis und Nationalstaat

Bislang wurde herausgearbeitet, dass die Konstituenten eines Gemeinwesens bestimmter Grundmotive und Eigenschaften bedürfen, damit dieses Gemeinwesen demokratische Herrschaft praktizieren und sich im theoretisch-normativen Sinne als demokratisch bezeichnen kann. Konkret wurden vier Felder bedeutender Motive und Eigenschaften definiert: Es sei erstens eine grundsätzliche Identifikation mit den Ideen demokratischer Politik und den damit einhergehenden Normvorstellungen notwendig; zweitens müsse horizontales Vertrauen zwischen den Konstituenten ausgebildet sein; drittens bedürfe es eines Mindestmaßes an Solidarität unter den Mitbürgern; viertens beruhe Demokratie wesentlich auf der diskursiven Herstellung von Entscheidungen, somit seien Partizipation der Bürger und Verständigung durch eine oder mehrere gemeinsame Sprachen unabdingbar. Alle diese Motive und Eigenschaften müssen sich auf das Gemeinwesen als Ganzes beziehen, sie sind folglich Merkmale und Ergebnisse der Herausbildung eines kollektiven politischen Bewusstseins bzw. einer kollektiven Identität des Demos im Sinne einer „[…] belastbaren Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]" (OFFE 2000a, S. 238).

Sehr bewusst wird an dieser Stelle noch offen gelassen, welchen Ursprung und welche Intensität eine solche Identität des Demos im normativen Verständnis haben könnte, ja, haben müsste. Mit anderen Worten: Bislang wurde lediglich ermittelt, welche einenden Einstellungen und Fähigkeiten die Bürger eines demokratischen Gemeinwesens im Ideal aufweisen sollten; worauf jedoch die Ausbildung solcher Einstellungen und Fähigkeiten beruhen könnte, bleibt hiervon getrennt zu klären und soll im Folgenden zum Untersuchungsgegenstand

werden. Bedarf es einer gemeinsamen Geschichte und Kultur? Könnte gar ethnische Zusammengehörigkeit ein Kriterium sein? Oder reichen doch starke demokratische Institutionen aus, um einen Demos der Vielfalt zu konstruieren? Daran anschließend oder vielmehr damit einhergehend wird dem übergeordneten Erkenntnisinteresse dieses Kapitels nachgegangen: Welche Rolle spielen bei der einen wie der anderen Antwortalternative gesellschaftliche Raumbezüge? Kann Territorialität identitätsstiftend wirken – und wenn ja, in welcher Form tut sie dies? Welche Bedeutung hat Territorialität im Vergleich zu anderen identitätsstiftenden Faktoren?

In Kapitel 2.3 sollen zwei grundlegende demokratietheoretisch-normative Strömungen daraufhin geprüft werden, welche Antworten sie auf diese Fragen nach Entstehung und Intensität demokratischer Identität finden; daraus gewonnene Erkenntnisse gilt es in der Folge mit Konzepten und Theorien aus der Politischen Geographie zusammenzuführen, um letztlich die Bedeutung von Territorialität bei der Konstruktion demokratischer Identität zu ergründen. Bevor jedoch eine solche theoretische Auseinandersetzung gelingen kann, bedarf es in diesem Kapitel eines Zwischenschrittes. Es wird nämlich zu sehen sein, dass sich ideengeschichtliche und aktuelle theoretisch-normative Standpunkte nur vor dem Hintergrund bisheriger Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft nachvollziehen lassen. Oder um es einfacher auszudrücken: Die Frage „wie soll es sein?“ beruht auf der Reflexion der Frage „wie war es bislang?“. Es muss daher zunächst eine Überblicksbetrachtung jener grundlegender historischer Strukturkonstellationen erfolgen, in denen Demokratie ihre bisherige Umsetzung gefunden hat: Das ist zum einen die Polis als gesellschaftlich-räumlicher Rahmen der antiken Demokratie, zum anderen der Nationalstaat als Basis für die Entwicklung moderner demokratischer Gemeinwesen. Beide grundlegenden Institutionalisierungskonzepte demokratischer Ideen haben ihrerseits auf die Entwicklung normativ-ideeller Konzepte der Demokratie zurückgewirkt. Ihre Identitätsbezüge zu verstehen, ihre Mechanismen der Herausbildung bindender Motive nachzuzeichnen, bietet wertvolle Anhaltspunkte für die Theoriebildung zum Verhältnis von Demokratie, kollektiver Identität und Territorialität.

2.2.1 Identität und Territorialität in der antiken Polis

Die institutionalisierte Demokratie hat eine Geschichte, die ob ihrer Diskontinuität beinahe absurd anmutet: Während die nationalstaatlich organisierte Demokratie recht jung ist – erdacht und erkämpft im Zuge der Aufklärung und ihre heute verbreitete liberal-repräsentative Form streng genommen erst im späten 20. Jahrhundert erlangt –, reichen die Anfänge demo-

kratischer Politik sage und schreibe 2500 Jahre zurück (vgl. FUCHS 2007, S. 39 ff.). Das ist lange her – eine Feststellung, die keineswegs trivial, sondern für die Demokratieforschung von großer Bedeutung ist. Das Studium der antiken Demokratie zeigt schnell, dass trotz historischer Ferne einerseits wesentliche normative Prinzipien, die gegenwärtig demokratietheoretische Berücksichtigung finden, schon zur Entstehung dieser Herrschaftsform Geltung fanden und dass anderseits die Umsetzungsprobleme in der Antike heutigen Schwierigkeiten vielfach ähneln. So schreibt denn auch Bernhard FREVEL (2009) über Aristoteles, dem unter anderem die besonders gute Quellenlage zur athenischen Demokratie zu verdanken ist: „Wesentliche Fragen, die die Demokratietheoretiker auch in der Neuzeit diskutieren, wurden schon von ihm angedacht und seine Positionen wirken in die Überlegungen zur Demokratie nach“ (ebd., S. 26). Einen starken Hinweis auf die Aktualität antiker Demokratiekonzeptionen gibt darüber hinaus der Umstand, dass die Polis mitunter sogar als Referenzpunkt für demokratische Zukunftsvisionen im Sinne einer „Kosmopolis“ aufgegriffen wird (vgl. BARBER 2013a, S. 14, 23 u.a.). Wie also waren jene Demoi vor 2500 Jahren beschaffen, die erstmals kollektive Selbstherrschaft praktizierten und sich mit allen ihren Mitgliedern selbst politisch anerkannten? Wie bildeten sich Motive wie Vertrauen und Solidarität in der Antike aus, wie wurden sie bewahrt, wie wurde über sie gedacht? Und welche Rolle spielten dabei räumliche Kategorien?

Es finden sich Hinweise, dass schon die Entstehung der frühen Polis und ihrer politischen Organisation – zunächst noch als eine Geschlechterstadt – entscheidend geprägt war durch einen Prozess der Vergemeinschaftung und der kollektiven Identitätsbildung: „Das Wesentliche […] an der Konstituierung der Polis war nach der Anschauung die Verbrüderung der Geschlechter zu einer *kultischen* Gemeinschaft: der Ersatz der Prytaneen der einzelnen Geschlechter durch das gemeinsame Prytaneion der Stadt, in welchem die Prytanen ihre gemeinsamen Mahle abhielten. Sie bedeutete in der Antike […] die Entstehung einer neuen lokalen Speise- und Kultgemeinschaft“ (WEBER 2006, S. 901). Diese Herausbildung einer gemeinsamen Identität fand ihre Entsprechung in einem begrifflichen Konzept: Die Polis wurde für ihre Bürger zur „patrís“, dem Vaterland, verstanden als ein geschlossener Raum gleicher Gesinnung (vgl. FUNKE 2009, S. 123). Es ist anzunehmen, dass diese Vergemeinschaftung entscheidend dazu beitrug, dass im 5. Jahrhundert v. Chr. auch die nichtadligen Bürger einen starken Drang entwickelten, an der Ausgestaltung und Regierung ihres Gemeinwesens mitwirken zu wollen. So waren es zu dieser Zeit vor allem die kleinen und mittleren Bauern, die gegen die ehemaligen Führungsschichten der antiken Stadt vorgingen,

einen Sieg errungen und mit ihrer Forderung nach Teilhabe den Weg für die historisch erste Form der Demokratie ebneten (vgl. FUCHS 2007, S. 39).

Um die Entwicklung und Institutionalisierung antiker Demokratie genauer nachzuzeichnen und auf ihre (räumlichen) Identitätskomponenten hin zu prüfen, erscheint eine Betrachtung der athenischen Demokratie lohnend, die – wie eingangs erwähnt – in den historischen Quellen am besten belegt ist. Der Anspruch der Nichtadligen auf politische Gleichberechtigung wurde in Athen als *isonomía* bezeichnet und fand seine institutionelle Umsetzung in der dritten Verfassung, die der Staatsmann Solon initiierte. Allerdings hatte diese erste demokratische Ordnung nicht lange bestand. Eine fünfzigjährige Tyrannenherrschaft des Peisistratos und seiner Söhne machte Solons Errungenschaften schon bald wieder zunichte (vgl. ARISTOTELES 1990, S. 45). Erst die Reformen des Kleisthenes in der fünften athenischen Verfassung konnten eine beständige Demokratie etablieren: „Nachdem diese Reformen durchgeführt waren, wurde die Verfassung viel demokratischer, als die solonische (gewesen war); denn es kam ja hinzu, daß die Tyrannis die Gesetze Solons beseitigt hatte, da sie diese nicht anwandte und daß Kleisthenes andere neue (Gesetze) erließ, wobei er auf die Gunst der Menge zielte […]“ (ARISTOTELES 1990, S. 30).

In den Verfassungen Athens, die den demokratischen Reformen des Kleisthenes folgten, lassen sich sehr konkrete Hinweise darauf finden, welche Bedeutung die politische Identität für die Athener einnahm und wie sich diese definierte. So soll zunächst angeführt werden, dass die Abstammung zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Verleihung des Bürgerrechts wurde. ARISTOTELES (1990) schreibt über die Regelungen der elften Verfassung: „Die gegenwärtige Ordnung der Verfassung ist folgende. Das Bürgerrecht haben diejenigen, deren Eltern beide Bürger sind; sie werden mit Vollendung des 18. Lebensjahres in die (Liste der) Gemeindemitglieder eingeschrieben. Wenn sie eingeschrieben werden, prüfen die Gemeindemitglieder sie unter Eid und auf dem Wege der Abstimmung in folgenden Punkten. […], ob er (der Kandidat) frei ist und seine Abstammung den Gesetzen entspricht“ (ebd., S. 46). Diese Regelung galt allerdings nicht für Frauen, Sklaven und Nicht-Griechen (Metöken), denn die Mitglieder all dieser Gruppen wurden grundsätzlich nicht als Vollbürger anerkannt (vgl. BENHABIB 1998, S. 235).

Dass die Bedeutung der Abstammung über eine formale Zugehörigkeit zur Polis hinausging und dass die Loyalität gegenüber der lokalen Gemeinschaft mit ihren kultischen Traditionen für die antike Demokratie als wichtig eingestuft wurde, kann insbesondere den Regelungen zur Ämtervergabe entnommen werden. Laut der elften Verfassung wurden alle Beamten, sowohl die durch das Los als auch die durch Handzeichen gewählten, vor ihrem Amtsantritt

überprüft – erst im Rat, dann im Gericht: „Sie fragen, wenn sie (jemanden) überprüfen, zunächst: ‚Wer ist dein Vater und aus welchem Demos stammt er, und wer ist deines Vaters Vater, und wer ist deine Mutter, und wer ist deiner Mutter Vater und aus welchem Demos stammt er?' Dann (fragen sie), ob er einen Altar des Apollon Patroos und einen des Zeus Herkeios habe und wo diese Altäre seien, und dann, ob er Familiengräber habe und wo sie seien, und danach, ob er seine Eltern gut behandle, seine Steuern zahle und seiner militärischen Dienstpflicht genügt habe" (ARISTOTELES 1990, S. 57). Interessant ist, dass in dieser Verfassungsregelung eine Verknüpfung von Abstammungskriterien, Merkmalen der Kultgemeinschaft und der Einhaltung bürgerlicher Pflichten erfolgt. Der Schluss liegt nahe, dass hier insbesondere jene zentralen Eigenschaften und Motive, wie sie in Kapitel 2.1 als Demokratievoraussetzungen definiert wurden, geprüft werden sollten: Teilt der Kandidat die Normvorstellungen des Kollektivs? Besteht Vertrauenswürdigkeit? Ist er solidarisch (Steuerzahlungen, militärische Dienstpflicht)? Die Erfüllung dieser Kriterien scheint wiederum eng an die persönliche und familiäre Kontinuität bürgerlicher und kultischer Loyalität geknüpft zu sein. Sie beruht aber nicht – jedenfalls dem Verfassungsanspruch nach – auf naturalistischen Eigenschaften des Kandidaten, so widersinnig diese Feststellung aus der Perspektive heutiger Verständnisse angesichts der völligen Exklusion von Sklaven, Frauen und Metöken auch erscheinen mag (vgl. BENHABIB 1998, S. 235).

Es kann also durchaus festgehalten werden, dass die Sicherung der Demokratie, die Entstehung und Wahrung von kollektiven Normvorstellungen, von Vertrauen, Solidarität und Partizipation, im antiken Athen prinzipiell auf einer Konstitution beruhte, die – teils explizit, teils implizit – politische Institutionen mit vorpolitischen bzw. extrapolitischen Kategorien verband. Hierzu zählten insbesondere historische, kulturelle und religiöse Komponenten einer als kollektiv wahrgenommenen Identität. Interessant, da in der althistorischen Forschungsgeschichte weitaus weniger, dafür aber kontroverser diskutiert (vgl. FUNKE 2009, S. 124 f.), und für die vorliegende Arbeit von übergeordneter Bedeutung ist nun die sich anschließende Frage, ob auch territoriale Bezüge für die institutionelle Ausgestaltung einerseits und für die Herausbildung der beschriebenen kollektiven Identität andererseits konstitutiv wirkten – und wenn ja, wie und mit welcher Intensität sie dies taten.

Dass Raumbezüge in der Polisforschung mitunter überhaupt in Frage gestellt wurden, mag intuitiv verwundern, erscheint der Begriff der Polis doch schon im Alltagsverständnis unweigerlich mit städtischen Siedlungsstrukturen verbunden zu sein. Erklärbar ist diese Haltung wohl nur durch den Umstand, dass die bedeutenden staatsphilosophischen Darstellungen von Aristoteles oder Platon den Charakter der Polis stets und vorrangig als

verfassungsgemäße Gemeinschaft der politischen Bürger (*koinonía politon politeías*) beschrieben (vgl. FUNKE 2009, S. 125). Unter diesem Eindruck „[…] erschien es Manchen gerechtfertigt, bei der Frage nach dem Wesen der *pólis* den Aspekt der Territorialität vollständig auszuklammern“ (ebd.). Ein Extrem dieser skeptischen Position vertrat zweifelsohne Franz HAMPL (1939), der sogar die These von den „Poleis ohne Territorium“ (ebd.) formulierte und davon ausging, ein Staatsterritorium habe es in den antiken Staaten nie gegeben. Diese These muss jedoch, so möchte man einwenden, selbst auf Basis eben jener Darstellungen, auf die sich die These bezieht, angezweifelt, wenn nicht gleich widerlegt werden. Schon bei ARISTOTELES (1990) finden sich nämlich Hinweise auf die Bedeutung von Territorialität: Da ist die Rede von der Polis als durch Mauern begrenzte Einheit (ebd., S. 31); da wird ausgeführt, dass die Reformen des Kleisthenes vorsahen, Gemeindemitglieder in einer neuen Landordnung (Demen) nach ihrem Wohnort politisch zu strukturieren (ebd., S. 29); da wird die territoriale Konstruktion des Politischen im Bezug auf den Umgang mit den benachbarten Bewohnern des attischen Sonderstaates Eleusis deutlich: „„[…] Wer in Eleusis wohnt, darf kein Amt in der Stadt (Athen) innehaben, bis er sich wieder als Einwohner in der Stadt registrieren lässt […]’“ (ebd., S. 44).

Ein Autor, der sich ausführlich mit der Territorialität als Aspekt der Polis und darüber hinaus explizit mit der Bedeutung eben jener für die politische Identität im antiken Griechenland auseinandergesetzt hat, ist der bereits zitierte Althistoriker Peter FUNKE (2009). Er urteilt, der territoriale Charakter der Polis sei mittlerweile aus geschichtswissenschaftlicher Sicht „unstrittig“ (ebd., S. 124) und stellt fest: „Das Konzept von *patrís* und *pólis* schloss die Territorialität stets mit ein und diese Territorialität stellte ein bestimmendes Element für die Identität eines jeden Polisbürgers dar […]“ (ebd., S. 125). Er spricht von „[…] räumlichen Dimensionen bei der Ausgestaltung und Festigung eines als *patrís* empfundenen *espace civique*“ (ebd.). Laut FUNKE (2009, S. 126) sind zwei zentrale Nachweise für die Existenz räumlicher Identität und ihrer konstitutiven Bedeutung anzuführen: Zum einen sei schon die früheste überlieferte Form einer politischen Ordnung der Polis, nämlich die spartanische Rhetra, mit einer starken räumlichen Komponente ausgestattet gewesen; die Apella, der Versammlungsplatz Spartas, sei räumlich fixiert worden und die Einrichtung von Phylen und Oben habe eine territoriale Struktur bekommen. Zum anderen – und im Zusammenhang mit der Entwicklung der Demokratie bedeutsamer – müssten die Reformen des Kleisthenes in Athen als zielgerichtete Reorganisation eines politischen Raumes verstanden werden: „Die planvolle Neugestaltung der regionalen Binnenstrukturen der Polis Athen war weit mehr als eine bloß administrative Maßnahme; sie zielte vielmehr auf ein Aufbrechen territorialer

Binnengrenzen und auf eine Durchmischung des Bürgerverbandes zur Stärkung des inneren Zusammenhalts und zur Verfestigung einer Polisidentität“ (ebd., S. 126). Es könne zudem nachgewiesen werden, dass umgekehrt überall dort, wo sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl über bisherige Raumstrukturen hinweg entwickelte, Siedlungen konsequent zusammengelegt und neue, urban geprägte Siedlungsagglomerationen gefördert wurden (Synoikismos) (ebd., S. 127). Dadurch habe sich eine in den unterschiedlichen Verfassungen Athens berücksichtigte Mehrebenenstruktur territorial definierter Bürgerverbände mit regionalen Identitäten ergeben: Zwischen dem Oikos und der Polis seien dies unter anderem Demen, Phratrien und Gene gewesen. Die Herausbildung neuer Identitäten ging mitunter soweit, dass sie – von Kleisthenes als demokratischer empfunden und daher durchaus intendiert – die individuelle Abstammung als Mitgliedschaftskriterium verdrängte. ARISTOTELES (1990) schreibt über Kleisthenes: „Er fasste auch diejenigen, die jeweils in einer Gemeinde wohnten zu Gemeindemitgliedern (Demoten) zusammen, damit man (Leute) nicht mit Vatersnamen anredete und dadurch die neuen Bürger entlarvte, sondern mit Gemeindenamen; und deshalb nennen sich die Athener selbst nach ihren Gemeinden“ (ebd., S. 29).

Politische Identitätsebenen von Oikos bis Polis sind folglich, jedenfalls in Athen, nicht nur nachweisbar, sondern nehmen für die institutionelle Ausgestaltung antiker Demokratien eine konstitutive Rolle ein und werden von derselbigen umgekehrt beeinflusst. Es bleibt die Frage zu klären, ob ein solcher Nachweis auch für die Ebene über der Polis erbracht werden kann: Gab es womöglich eine gesamtgriechische, polisübergreifende Identität? Auf diese Frage ist mit Skepsis und tendenzieller Verneinung zu antworten. Da die Entstehung kollektiver Identität wesentlich mit einer Differenzierung von anderen einhergeht (vgl. BENHABIB 1998, S. 226), überrascht es nicht, dass sich die wenigen überhaupt in Frage kommenden Hinweise auf die Ausbildung eines gesamtgriechischen Identitätszusammenhangs im Kontext der persischen Bedrohung finden. So ist in Abgrenzung zu den Persern zum Beispiel bei Herodot die Rede von einer gemeinsamen griechischen Sache, die als „to Hellenikon“ (Herodot, hier nach: FUNKE 2009, S. 124) bezeichnet wird: „*to Hellenikon* wird dann von den Athenern näher bestimmt. Neben dem gleichen Blut und der gemeinsamen Sprache *(„hómaimón te kaí homóglōsson")* werden die gemeinsamen Heiligtümer und Opfer *(„theōn hidrýmatá te koiná kaí thysíai")* als gesamtgriechisches Merkmal hervorgehoben“ (FUNKE 2009, S. 124). Allerdings enthielt diese Beschreibung einender Charakteristika keinen klaren Raumbezug und blieb, wie bereits erwähnt, ohne nennenswerte Entsprechung in anderen Quellen. Folglich gelangt FUNKE (2009) zu der abschließenden Einschätzung: „Die Idee von einer die einzelnen

griechischen Staaten übergreifenden *patrís* ist dem politischen Denken der antiken Griechen immer fremd geblieben“ (ebd., S. 123).

Welche Erkenntnisse lassen sich nun abschließend und zusammenfassend aus dieser kurzen Betrachtung antiker Demokratie und ihrer Institutionalisierungsformen ziehen? Es ist zunächst (ideen-)geschichtlich hergeleitet worden, dass die in Kapitel 2.1 vorgestellten einenden Motiven und Eigenschaften der Konstituenten schon in der Polis als zentrale Prämissen demokratischer Herrschaft Berücksichtigung fanden. Insbesondere die Schriften zu den Konstitutionen der attischen Demokratie enthalten wichtige Hinweise auf die Bedeutung von kollektiver Akzeptanz der Herrschaftsform und damit einhergehender geteilter Normvorstellungen, von horizontalem Vertrauen, von Solidarität und von Partizipation durch gemeinsame Sprache/n. Die Erfüllung dieser zentralen Demokratievoraussetzungen kann wiederum historisch wie ideell an die Prämisse eines Vergemeinschaftungsprozesses, also an die entstehende Selbstwahrnehmung des Kollektivs, gekoppelt werden. So wurde antike Demokratie konstitutionell dahingehend ausgestaltet, dass sie als bedeutsam definierte Kriterien des Zusammengehörigkeitsgefühls berücksichtigte und zu bewahren vermochte. Zu diesen Kriterien zählten einerseits die bürgerliche Abstammung, eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Kulte. Andererseits wurden aber auch und gerade *räumliche Nähe* und die *Definition von Territorien* als wesentliche konstitutive Kollektivmerkmale verstanden; dies kann insbesondere den Beschreibungen der Reformen des Kleisthenes und ihrer Auswirkungen entnommen werden. Überliefert sind in diesem Kontext sowohl die territoriale Konstruktion einer „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57) als auch umgekehrt die identitätsabhängige Konstruktion von politischen Territorien. Aus der Literatur lässt sich zudem herausarbeiten, dass diese Rolle von Territorialität im Zuge der demokratischen Reformen sogar an Bedeutung gewann – eine außerordentlich wichtige Beobachtung für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit: Die territoriale Konstruktion einer kollektiven Zusammengehörigkeit trat im historischen Verlauf immer stärker an die Stelle von Abstammungskriterien, weil sie für die Gleichheit der Konstituenten als förderlicher und hierdurch als demokratischer wahrgenommen wurde. Es erscheint angesichts dieser Erkenntnisse notwendig und geboten, die Möglichkeiten und Dimensionen einer solchen territorialen Identitätsbildung in den folgenden Kapiteln weiter zu untersuchen und ihre Bedeutung für demokratische Gemeinwesen theoretisch zu beurteilen.

2.2.2 Identität und Territorialität im Nationalstaat

Die Betrachtung antiker Demokratie hat bereits wichtige Hinweise auf das Verhältnis von politischer Identitätsbildung, Demokratie und Territorialität geliefert (vgl. Kapitel 2.2.1). Dass diese Erkenntnisse auch für die Gegenwart oder sogar für die Zukunft von großer Bedeutung sein können, zeigen aktuelle Ideen zur Entwicklung von Demokratie, die das Konzept der Polis explizit aufgreifen und erweitern (vgl. BARBER 2013a, S. 14, 23 u.a.). Um jedoch die Identitätsbezüge *moderner* Demokratie sowie ihre Raumbezüge nachvollziehen und damit nicht zuletzt heutige Demokratiekonzeptionen und -probleme fassen zu können, bedarf es der Betrachtung eines weiteren, deutlich aktuelleren und gemeinhin als beeindruckend selbstverständlich aufgefassten historischen Modells. Die moderne Demokratie, deren Entstehungsgeschichte mit der Aufklärung und der Festigung des nationalstaatlichen Systems im 18. Jahrhundert begann, erhielt einen völlig neuen Identitätsbezug: das Nationalbewusstsein. Seither nimmt diese Form mentaler Repräsentation einer veränderten politisch-territorialen Organisation laut BLOTEVOGEL et al. (1989, S. 71) eine Sonderstellung in der Praxis ein. Die Welt ist bis heute formal-politisch in ein Mosaik von Nationalstaaten unterteilt (vgl. TAYLOR; FLINT 2000, S. 193 f.); fast jedes Jahr bestätigen die Vereinten Nationen ein neues Mitglied (vgl. ANDERSON 1983, S. 12); nationales Denken hat zu den größten Menschheitskatastrophen der letzten Jahrhunderte geführt; Revolutionen – ob demokratisch oder nicht – haben sich fast ausnahmslos national definiert und vollzogen; Separatismen werden mit Subnationalismen begründet (vgl. TAYLOR; FLINT 2000, S. 232 ff.); nationale Identitätsbezüge sind auch in gesellschaftlichen Teilbereichen wie Sport oder Kultur wesentliche Unterscheidungskriterien. Dieser offenkundigen politischen Bedeutung des Nationenkonzepts steht jedoch – auf dieses erstaunliche Paradox weist Benedict ANDERSON (1983, S. 12) hin – eine philosophische Dürftigkeit oder sogar theoretische Inkohärenz des Konzepts gegenüber. Es gibt keine großen Denker des Nationalismus: „Nation, nationality, nationalism – all have proved notoriously difficult to define, let alone to analyse. In contrast to the immense influence that nationalism has exerted on the modern world, plausible theory about it is conspicuously meagre" (ebd., S. 12 f.).

Diesem Paradox muss sich die vorliegende Arbeit stellen. Denn klar ist: Die historisch erwachsene und mitunter als untrennbar proklamierte Verbindung von moderner Demokratie und den Identitätskomponenten des Nationenkonzepts macht eine theoretische Annäherung an letztere unabdingbar. In diesem Kapitel werden überwiegend deskriptive Theorien im Mittelpunkt stehen, erst in Kapitel 2.3 treten normative Aspekte in den Vordergrund. Das bedeutet

konkret: Es soll hier noch nicht auf die Frage eingegangen werden, welchen Stellenwert nationale oder nationalstaatliche Identitätsbezüge für die Erfüllung einer demokratietheoretischen Identitätsbedingung einnehmen *sollten* oder *nicht sollten*. Und es ist auch nicht beabsichtigt, die Bedeutung nationaler beziehungsweise nationalstaatlicher Identitätsbezüge für die Möglichkeiten demokratischer Herrschaft im Kontext gegenwärtiger oder zukünftiger Globalisierungsprozesse zu beurteilen. Diese Fragen sind zweifelsohne Auslöser wichtiger, leidenschaftlicher Auseinandersetzungen und verdienen im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit besondere Berücksichtigung (vgl. Kapitel 2.3, 3 und 4). Um sich diesen bedeutsamen Fragen zu nähern, bedarf es zunächst jedoch eines grundsätzlichen, möglichst ideologiearmen Verständnisses der historischen und konzeptuellen Möglichkeiten des nationalstaatlichen Modells, als Basis für Demokratie zu dienen. Das zentrale Erkenntnisinteresse muss hier folglich lauten: Was zeichnet Nationalstaaten aus? Warum war ausgerechnet dieses politisch-territoriale Modell so erfolgreich bei der Wiederbelebung der Demokratie ab dem 18. Jahrhundert? Wie haben sich hier Motive wie Vertrauen und Solidarität ausgebildet, wie sind sie bewahrt worden, und vor allem: welche räumlichen Bezüge weisen sie auf? Denn schließlich, daran sei erinnert, soll in kleinen Schritten zur Klärung der übergeordneten Frage beigetragen werden, ob und wie Territorialität auch für die Erfüllung der demokratietheoretischen Identitätsbedingung als zuträglich oder sogar notwendig gelten kann.

Ein erster Grund dafür, warum die theoretische Annäherung an das Konzept des Nationalstaates weithin Schwierigkeiten bereitet, mag in seiner Verbindung zweier Begriffe liegen, die im Alltagsgebrauch mitunter synonym verwendet werden, obwohl sie politikwissenschaftlich eigentlich einer deutlichen Differenzierung bedürfen: Nation und Staat. Grundsätzlich und einleitend – im Folgenden also näher zu bestimmen – könnte der wesentliche Begriffsunterschied mit der konzeptuellen Trennung von kultureller Gemeinschaft und politisch-rechtlicher Organisationsform umschrieben werden. Erhard FORNDRAN (2002, S. 128) verdeutlicht die Notwendigkeit einer solchen Trennung: „Das Individuum ist als soziales Wesen immer schon ein Teil einer Gemeinschaft, nicht aber unbedingt eines Staates, wie er sich in der Neuzeit entwickelt und über Europa hinausgegriffen hat“ (ebd.). So seien Clans und Stämme zwar als Gemeinschaften, aber nicht als Staaten zu charakterisieren (ebd.). Und Jürgen HABERMAS (1996a, S. 133) führt an, schon die antiken Römer hätten unterschieden zwischen Begriffen für die (Abstammungs-)gemeinschaft wie „natio“ oder „gens“ auf der einen und der politischen „civitas“ auf der anderen Seite. Die grundlegende Besonderheit des Nationalstaates sei folglich gerade die konzeptuelle Vereinigung dieser kulturellen und politischen Kategorien, wodurch sich eine „doppelte Codierung der Staatbürgerschaft“ (ebd.,

S. 137) ergebe, „[…] so daß der durch Bürgerrechte definierte Status zugleich die Zugehörigkeit zu einem kulturell definierten Volk bedeutet“ (ebd.). Michael GREVEN (2010, S. 185) stellt hierzu fest, dass in dieser Verbindung – jedenfalls für demokratisch organisierte Nationalstaaten – ein systemischer, quasi vorprogrammierter Widerspruch liege: Während der Staat auf *universellen* Ansprüchen beruhe (demokratische Überzeugungen; Menschenrechte), beziehe sich die Nation auf *exklusive* Gefühle der Zugehörigkeit oder Zusammengehörigkeit.
Nun könnte man aus heutigem Erfahrungsschatz heraus dazu geneigt sein, diese Verbindung unmittelbar als folgenreich zu problematisieren. Historisch jedoch, darin scheint in der Literatur Konsens zu bestehen, war die Entstehung des Nationalstaates während der Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts gerade aufgrund seiner Verknüpfung von Nation und Staat ein Erfolg. Während Staaten schon lange zuvor bestanden hatten, machte erst die Herausbildung eines modernen nationalen Selbstverständnisses eine Demokratisierung derselben möglich (vgl. HABERMAS 1996a, S. 131, 133): „Einer solchen rechtlich-politischen Umgestaltung hätte aber die Antriebskraft gefehlt, und der formal eingerichteten Republik die Lebenskraft, wenn nicht aus dem obrigkeitlich definierten Volk, seinem Selbstverständnis nach, eine Nation selbstbewußter Staatsbürger geworden wäre. Zu dieser politischen Mobilisierung bedurfte es einer Idee von gesinnungsbildender Kraft, die stärker als Volkssouveränität und Menschenrechte an Herz und Gemüt appelliert. Diese Lücke füllt die Idee der Nation“ (ebd., S. 136). Zum besseren Verständnis der großen Bedeutung dieses Integrationsprozesses muss an die historische Ausgangslage in Europa erinnert werden: Die zersplitterten frühmodernen sozialen Bindungen waren in Auflösung begriffen; gesellschaftliche Prozesse erhielten neue Maßstabsebenen (vgl. BARBER 2013a, S. 3); es bedurfte neuer politischer Kommunikationszusammenhänge und der lebensweltlichen Einbettung einer desorientierten Bevölkerung (vgl. HABERMAS 1996a, S. 140). In dieser Situation waren die neu entstehenden Nationalstaaten „[…] recht erfolgreich darin, vormoderne, multiple Loyalitäten und Identitäten durch Ersatzformen von nationalen Gemeinschaften zu binden“ (MAHNKOPF 1998, S. 57) und dadurch letztlich eine neue Form der Herrschaft zu etablieren: „Das nationale Selbstverständnis hat den kulturellen Kontext gebildet, in dem aus Untertanen politisch aktive Bürger werden konnten. Erst die Zugehörigkeit zur ‚Nation‘ hat zwischen Personen, die bis dahin Fremde füreinander gewesen waren, einen solidarischen Zusammenhang gestiftet. Die Leistung des Nationalstaates bestand also darin, daß er zwei Probleme in einem gelöst hat: er machte auf der Grundlage eines neuen *Legitimationsmodus* eine neue, abstraktere Form der *sozialen Integration* möglich“ (HABERMAS 1996a, S. 135).

Es lässt sich an dieser Stelle bereits bilanzieren, dass die Entstehung des Nationenkonzepts offenkundig in der Lage war, zentrale Kriterien der demokratietheoretischen Identitätsbedingung auf einer ganz neuen sozialen und räumlichen Maßstabsebene zu erfüllen: Die Nation wurde erstens zur kulturellen Referenz für die Herausbildung eines politischen Kollektivs, das *sich selbst anerkannte* und bereit war, sich zu einer Herrschaftsform wie der Demokratie zu *bekennen* (vgl. Kapitel 2.1.1); zweitens ermöglichte das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl die Herausbildung von *horizontalem Vertrauen* und *Solidarität*, es machte Bürger zu „[…] Mitgliedern, die sich *füreinander* verantwortlich fühlen können" (HABERMAS 1996a, S. 136 f.) (vgl. Kapitel 2.1.2 und 2.1.3); und drittens baute das nationale Selbstverständnis Vorbehalte ab und schuf *Partizipations- und Kommunikationsmöglichkeiten* über bisherige, vormoderne soziale Differenzen hinweg (vgl. Kapitel 2.1.4).

All diese Auswirkungen des entstehenden Nationenkonzepts waren also insofern bedeutend und gar revolutionär, als dass sie entscheidend zur Begründung moderner demokratischer Herrschaftssysteme beitrugen. Beinahe überfällig erscheint folglich die Frage, was denn den Nationenbegriff überhaupt charakterisieren könnte. Worauf bezieht sich das Konzept der Nation, seines Zeichens stark genug, seit dem späten 18. Jahrhundert eine umwälzende sozialintegrative Wirkung zu entfalten? Ist es eine gemeinsame Abstammung, gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsame Geschichte, vielleicht ein *gemeinsamer Territorialitätsbezug*? Ist Nation konstruiert, kontingent, historisch gewachsen, womöglich ein ethnisch-essentialistischer Fakt? Genau hier mag der zweite Grund dafür zu finden sein, warum sich die theoretische Auseinandersetzung mit dem Nationalstaat so schwierig gestaltet. Wie eingangs mit ANDERSON (1983, S. 12) festgestellt: Die Theorien zur Nation sind von philosophischer Dürftigkeit geprägt, eine genaue Beschreibung gestaltet sich schwierig. Einen eindrucksvollen Vorgeschmack auf diese definitorischen Herausforderungen, auf konsequentes Sowohl-als-auch liefert die Literatur keines Geringeren als Max WEBER (2006). Er schreibt: „Nicht nur die Gründe, auf welche der Glaube, eine eigene ‚Nation' darzustellen, gestützt wird, sondern auch dasjenige empirische Verhalten, welches aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur ‚Nation' in der Realität folgt, ist qualitativ höchst verschieden" (ebd., S. 1015). Einerseits stellt er fest, dass mit der Idee der Nation zwar häufig die Vorstellung einer Abstammungsgemeinschaft verbunden werde und sie diese Eigenschaft mit einem „[…] ‚ethnischen' Gemeinsamkeitsgefühl […]" (ebd., S. 1014) teile, andererseits mache ein solches ethnisches Gemeinsamkeitsgefühl allein jedoch noch keine Nation aus. Zweitens betont WEBER (2006, S. 1013), die Nation sei im üblichen Sprachgebrauch auch nicht gleichzusetzen mit dem Staatsvolk beziehungsweise der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemein-

schaft, gleichzeitig beschreibt er aber politische Gemeinschaften als Erinnerungsgemeinschaften, die „[…] dem ‚Nationalitätsbewußtsein' erst die letzte entscheidende Note geben" (ebd., S. 992). Drittens erkennt er, dass Nationen nicht zwingend Sprachgemeinschaften darstellen müssten, bewertet Sprachgemeinschaften jedoch ebenfalls als identitätsstiftend (ebd., S. 992, 1013). Lediglich eine Eigenschaft des Nationenbegriffs sieht WEBER (2006, S. 1013) als notwendigerweise stets gegeben an: „[Der Begriff der Nation] besagt, im Sinne derer, die ihn jeweilig brauchen, zunächst unzweifelhaft: daß gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber *zuzumuten* sei, gehört also der Wertsphäre an" (ebd., S. 1013).

Tatsächlich zeigt auch der Blick in die jüngere Literatur, dass mit dem Konzept der Nation ein ganzes Bündel möglicher Eigenschaften in Zusammenhang gebracht wird. Die Beschreibungen kreisen stets um die zentralen Aspekte einer als gemeinsam wahrgenommenen nationalen Abstammung, Geschichte, Kultur, Sprache, teilweise auch Religion und eines exklusiven nationalen Territoriums. So schreibt beispielsweise Anthony SMITH (2006) in expliziter Anlehnung an die Ausführungen von Max Weber: „[…] we may define the pure type of a *nation* as a named and self-defined human community sharing common myths, memories and symbols, residing in and attached to a historic territory, and united by common codes of communication, and a distinctive public culture […]" (ebd., S. 174 f.). In einem besonders „ethnischen Verständnis von Nation" gelte sogar: „In this view, nations are formed on the basis of prior ethnic ties and networks […]" (ebd., S. 169). Auch Jürgen HABERMAS (1996a) betont die Bindung des Nationenbegriffs an eine historische Genese: „Nationen sind zunächst Abstammungsgemeinschaften, die geographisch durch Siedlung und Nachbarschaft, kulturell durch gemeinsame Sprache, Sitte und Überlieferung […] integriert sind" (ebd., S. 133). Ruth WODAK (2006) meint mit Bezug auf Pierre Bourdieu zu erkennen, dass das Nationenkonzept aus kollektiven Wahrnehmungen bestehe, die sich analytisch unterteilen ließen in „[…] the idea of a *'homo nationalis'*, a common culture, a common history, present and future […]" (ebd., S. 106) auf der einen Seite und „[…] a type of *'national corpus'* or a national territory" (ebd.) auf der anderen Seite. Dass dem Nationenbegriff im Wesentlichen eine soziotemporale und eine räumliche Dimension zugeschrieben werden müsse, arbeitet auch Claus OFFE (2000b, S. 65) heraus. Die darauf beruhende soziale Integration sei im demokratisch verfassten Nationalstaat wiederum untrennbar mit der Konstitution des politischen Kollektivs verknüpft: „In other words, the self-recognition of a people as a demos has an empirical frame of reference, which encompasses a (usually undivided) territory settled together and a history understood as 'concerning all of us'. It is a fund of positive and

negative traditions and historical protagonists, whose appropriation makes up the factual 'particularity' of those who reciprocally recognize each other in normative terms as belonging to the same *demos*" (ebd.). Auf den Aspekt der Territorialität wird in Kürze näher einzugehen sein.

Nun mögen die hier referierten Analysen des Konzepts nationaler Identität kein völlig einheitliches Verständnis vermitteln, obgleich sie immer wieder ähnliche und ergänzende Komponenten des Nationenbegriffs beschreiben. Aber in mindestens einem wichtigen Aspekt, leicht zu überlesen und daher gesonderter Hervorhebung würdig, scheinen sie sich einig zu sein: Es ist demnach die *Perzeption* einer gemeinsamen Abstammung, einer gemeinsamen Geschichte und Kultur, die als definitorisch gewertet wird. Die Konkretisierung dieses Gedankens, die Herausarbeitung des konstruierten und „suggestiven" (HABERMAS 1996a, S. 142) Charakters nationaler Identität ist insbesondere einem Autor zu verdanken: dem bereits zitierten Benedict ANDERSON (1983). Sein Verständnis der Nation als „imagined community" (ebd.) grenzt seit den 1980er Jahren die wissenschaftliche Meinungsführerschaft von essentialistischen Theorien des Nationalismus ab (vgl. SMITH 2006, S. 170). Die Nation ist laut ANDERSON (1983, S. 13 f.) zu betrachten als imaginierte, als begrenzt und souverän konstruierte politische Gemeinschaft: „My point of departure is that nationality, or, as one might prefer to put in view of that word's multiple significations, nation-ness, as well as nationalism, are cultural artefacts of a particular kind" (ebd., S. 13). Und weiter: „In an anthropological spirit, then, I propose the following definition of the nation: it is an imagined political community – and imagined as both inherently limited and sovereign" (ebd., S. 15). Aber wie begründet ANDERSON (1983) diese Definition? *Imaginiert* sei die Nation, so argumentiert er, weil ihre Mitglieder sich trotz einer wahrgenommenen Verbundenheit nie persönlich sehen, sprechen, kennenlernen könnten (ebd., S. 15); als *begrenzt* werde die Nation imaginiert, weil sie auf einer Differenzierung von anderen Nationen beruhe: „No nation imagines itself coterminous with mankind" (ebd., S. 16); die Vorstellung von der *souveränen* Nation gehe zurück auf die Entstehung des Konzepts zu Zeiten der Aufklärung und einer Abkehr von der Legitimität gottgewollter Adelsdynastien; und als *Gemeinschaft* werde die Nation schließlich verstanden, weil sie mit einer als stark wahrgenommenen Verbundenheit ihrer Mitglieder einhergehe: „[…] regardless of the actual inequality and exploitation that may prevail in each, the nation is always conceived as a deep, horizontal comradeship" (ebd., S. 16).

Diese „imagined communities" (ANDERSON 1983) werden historisch zu „Kristallisationskernen einer neuen kollektiven Selbstidentifikation" (HABERMAS 1996a, S. 134). Ruth

WODAK (2006, S. 106) weist darauf hin, dass solche nationalen Identitäten gerade ob ihres von ANDERSON (1983) erkannten imaginativen Charakters diskursiv produziert und reproduziert werden: „It should be emphasized that national identities constructed in this way are dynamic, vulnerable and ambivalent" (ebd.). Gleichwohl erscheint hier die Feststellung bedeutend, dass die wertvolle Herausarbeitung des konstruierten, imaginierten und kontingenten Charakters der Nation nicht zu der Annahme einer *beliebigen* Veränderbarkeit führen sollte. So entdeckt zum Beispiel Michael GREVEN (2010, S. 180) in der postmodernen dekonstruktivistischen Literatur die häufig auftretende problematische Schlussfolgerung, nationale Identitätskonstruktionen seien nicht ‚real', sie hätten deshalb in Zukunft keine praktische Relevanz mehr und könnten von jetzt auf gleich ersetzt werden. Er argumentiert, es handele sich hierbei um einen gefährlichen Trugschluss: „But history and even the history of long-lasting beliefs, prejudices and resulting loyalities, for generations intertwined to subjects – and collecitivities – perceptions of ‚identity' *are* realities; […]. That they can be critically reconstructed as fabrications of history does not imply that they could easily be replaced by new narratives created by benevolent philosophers or social scientists" (ebd.). Und auch David STOREY (2001) stellt fest, nationale Identität habe als gedankliches Konstrukt reale Auswirkungen, die von starker Kontinuität geprägt seien: „While national identity can be seen, in some sense, as defying 'rational' categorization, the construction of national categories creates and reinforces a very real sense of identity" (ebd., S. 649). Es lässt sich also festhalten, dass einerseits die Imagination einer nationalen Gemeinschaft analytisch dekonstruiert werden kann und eine prinzipielle Kontingenz impliziert, dass jedoch andererseits die Veränderbarkeit und Ersetzbarkeit nationaler Identitätsbezüge gerade durch die starken historischen Referenzen dieser Konstrukte sowie durch die Faktizität ihrer institutionellen Umsetzungen und handlungspraktischen Auswirkungen deutlicher Einschränkungen bedürfen.

Bereits dargestellt wurde, dass die Erfindung der Nation, die Imagination einer Gemeinschaft von einander Unbekannten für die Transformation vormoderner Gesellschaften in demokratische Gemeinwesen größte Bedeutung einnahm. Ihr historischer Erfolg war die Versorgung des politischen Kollektivs mit einer konstruierten Identitätskomponente, die wiederum durch ihre integrative Wirkung demokratietheoretische Prämissen wie die Existenz von horizontalem Vertrauen und Solidarität zu erfüllen vermochte. Aber eine deskriptive Perspektive auf die Entwicklung des Konzepts der Nation wäre unerträglich defektiv, wenn sie nicht auch die Gefahren und Probleme dieser imaginierten Gemeinschaften benennen würde. Seyla BENHABIB (1998, S. 226) setzt in diesem Kontext bei der Exklusivität jeder Identitätsbildung

an; eine Definition des ‚wir' impliziere notwendigerweise eine Differenzierung von anderen: „Since every search for identity includes differentiating oneself from what one is not, identity politics is always and necessarily a politics for the creation of difference" (ebd.). Allerdings sei nicht diese unvermeidliche Dialektik von Identität und Differenz an sich störend, sondern vielmehr der daraus entstehende Glaube, Identitäten ließen sich aufrechterhalten und sichern, indem das Andere eliminiert werde. Tritt dieser Fall ein, so obsiegt laut Jürgen HABERMAS (1996a, S. 139) das Verständnis einer historischen Schicksalsgemeinschaft über das Verständnis einer egalitären Rechtsgemeinschaft; der riskante nationalstaatliche Balanceakt zwischen universellen demokratischen Werten und partikularer kultureller Identität gerät aus dem Gleichgewicht; es besteht die Gefahr des kriegerischen Nationalismus: „Aus der strategischen Selbstbehauptung des modernen Staates gegen äußere Feinde wird die existentielle Selbstbehauptung der Nation" (ebd., S. 137). Für ein solches – meist folgenreiches – Streben nach nationaler Emanzipation erkennt Hannah ARENDT (1979, S. 291) neben der bereits angeführten Identitätsbildung und -wahrung ein weiteres Motiv: Sie argumentiert, die Erklärung der Menschenrechte habe sich paradoxerweise von Anfang an auf ein viel zu abstraktes Menschenbild bezogen, das tatsächlich nirgendwo existierte. Nur im Kontext der „eigenen" Nation sei die Umsetzung und Sicherung der Menschenrechte praktikabel erschienen: „The whole question of human rights, therefore, was quickly and inextricably blended with the question of national emancipation; […]" (ebd.). Dass dieser Prozess insbesondere auch zu räumlichen, explizit territorialen Konflikten geführt hat (Sezessionen, Grenzkonflikte), liegt auf der Hand und soll im Folgenden Berücksichtigung finden, wenn die Bedeutung von Territorialität für das Konzept des Nationalstaates genauer untersucht wird.

Bevor aber die territoriale Komponente in den Fokus des Interesses rückt, erscheint eine kurze Zwischenbilanz sinnvoll: Es wurde bislang festgestellt, dass die Entstehung des Nationalstaates im Kern auf einer Verbindung der kulturellen Nation mit dem rechtlichen Kollektiv der Staatsbürger beruhte. Die Erfindung der Nation wiederum bestand in der erfolgreichen Imagination einer begrenzten, souveränen Gemeinschaft (vgl. ANDERSON 1983, S. 13 ff.). Diese Gemeinschaft wird in der politikwissenschaftlichen Literatur genauer definiert durch die Perzeption einer gemeinsamen Abstammung, Geschichte, Kultur, Sprache, teilweise auch Religion sowie durch ein exklusives nationales Territorium (vgl. HABERMAS 1996a, S. 133; OFFE 2000b, S. 65; WEBER 2006, S. 992 ff.; WODAK 2006, S. 106; SMITH 2006, S. 174 f.). Es wurde ferner argumentiert, dass der konstruierte und kontingente Charakter der Nation gleichwohl nicht zu der Annahme einer beliebigen Veränderbarkeit führen sollte: Gerade die

historischen Referenzen des nationalen Konstrukts, die Faktizität der Auswirkungen dieser Imagination lassen ein starkes, als real empfundenes Identitätsverständnis entstehen, das nicht willkürlich ersetzbar erscheint (vgl. GREVEN 2010, S. 180; STOREY 2001, S. 649). Historisch kann die Herausbildung nationaler Identität als wesentliche Grundlage für die Entwicklung moderner Demokratie gelten; durch sie gelang die Erfüllung zentraler Kriterien der demokratietheoretischen Identitätsbedingung auf einer neuen sozialen und räumlichen Maßstabsebene: die Etablierung eines sich selbst und seine Herrschaftsform anerkennenden Demos; die Entwicklung von horizontalem Vertrauen und Solidarität; die Schaffung von Partizipations- und Kommunikationsmöglichkeiten (vgl. BARBER 2013a, S. 3; HABERMAS 1996a, S. 131 ff.; MAHNKOPF 1998, S. 57). Zugleich bedarf es der Feststellung, dass die nationale Identitätsbildung ein äußerst problematisches Gefahrenpotenzial birgt: Es kann die Auffassung entstehen, nur nationale Selbstbehauptung sichere die Menschenrechte, das Fremde sei zu eliminieren (vgl. ARENDT 1979, S. 291; BENHABIB 1998, S. 226; HABERMAS 1996a, S. 139).

Seit der Entstehung des Nationenkonzepts waren territoriale Grenzen ein wesentliches konstitutives Element dieser imaginierten Gemeinschaften. Mehr noch: Die Idee von der Nation, deren erste Entwicklung auf das späte 18. Jahrhundert datiert werden kann, bezog sich auf und entstand historisch überhaupt erst in den schon seit 1648 existierenden Territorialstaaten Europas. Dieses als „from state to nation“ (HABERMAS 1996a, S. 128) bezeichnete Prinzip galt für alle klassischen Staatsnationen im Norden und Osten des Kontinents; erst im Falle der „verspäteten” Nationen (Deutschland, Italien, Mittel- und Osteuropa) verlief die Entwicklung andersherum, also „from nation to state“ (ebd.), jedoch auf einem propagandistisch verbreiteten Nationalbewusstsein beruhend, dem Vorbild der bereits existierenden Nationalstaaten nacheifernd und bestehende Grenzverläufe berücksichtigend (vgl. ebd.). Die aufkommenden Nationalstaaten bedienten sich also nicht nur von Beginn an des exklusiven territorialen Anspruchs als grundlegende Umsetzungsstrategie politischer Souveränität (vgl. Kapitel 1 sowie z.B. SIEGELBERG 2000, S. 18), sondern Territorialität wurde offenkundig auch – und sogar schon vorgelagert – zu einer Hauptreferenz für möglichst integrative soziale Identifikationsprozesse, das heißt konkret: für die Konstruktion des Nationalbewusstseins.

Georg JELLINEK (1914, S. 394 ff.) fasste einst in seiner als Drei-Elemente-Lehre berühmt gewordenen Analyse zusammen, das Konzept des Nationalstaates habe seine drei Bestandteile Staatsgebiet (Territorium), Staatsvolk und Staatsgewalt (Souveränität) untrennbar vereint. Die daraus entstandene Exklusivität war etwas historisch völlig Neues: „Never before the modern development of a system of nation-states could the idea *and* after all reality of a globe appear

on which *every* territory is part of *just one* sovereign system of rule ('Herrschaftssystem') […]" (GREVEN 2010, S. 179). Schon Georg SIMMEL (1908, S. 463) nannte den Staat aus soziologischer Sicht einen Verband, dessen Wesen es sei, einen begrenzten Raum exklusiv zu beherrschen: „Die Verbindungsart zwischen den Individuen, die der Staat schafft oder die ihn schafft, ist mit dem Territorium derartig verbunden, dass ein zweiter gleichzeitiger Staat auf eben demselben kein vollziehbarer Gedanke ist" (ebd.). Bis heute wird die souveräne politische Macht des nationalen Demos durch Territorialität reifiziert (vgl. SACK 1986, S. 33). Und es lässt sich zweifelsfrei feststellen, dass die daraus resultierende politische Unterteilung der Welt in souveräne, territoriale Nationalstaaten über die Jahrhunderte ein „[…] ‚taken for granted' feature […]" (STOREY 2001, S. 5) geworden ist, das in der gesellschaftlichen Praxis nur selten kritisch überprüft wird.

Nun ist die Frage, wie genau Territorialität dazu beitragen kann, demokratische Souveränität zu gewährleisten, welche Funktion und Bedeutung Grenzen bei der Definition von Herrschaftssubjekten und -objekten – letztlich also des Staatsvolkes – einnehmen, bereits im ersten Kapitel ausführlich untersucht worden. In diesem Kapitel interessiert nun mehr der zweite, „identitätsbezogene" Aspekt von Territorialität: Welche Rolle spielte Territorialität bei der Herausbildung nationaler Imaginationen als „kultureller Kontext" (HABERMAS 1996a, S. 135) der Staatsbürger, als „Idee von gesinnungsbildender Kraft, die […] an Herz und Gemüt appelliert" (ebd., S. 136)? Könnte Territorialität – hier zunächst aus einer historisch-deskriptiven Perspektive heraus – als Kriterium für die nationale Herstellung von horizontalem Vertrauen, Solidarität, kollektiver Selbstanerkennung, letztlich also als ein wesentliches Kriterium für die Erfüllung der demokratietheoretischen Identitätsbedingung im Nationalstaat gelten?

Tatsächlich wird in der Literatur zur Territorialitätstheorie sogar explizit darauf hingewiesen, die Nation müsse als eine territoriale Ideologie bezeichnet werden: „[The] process of state formation has been facilitated through the concept of nation; a territorial ideology linking people to place" (STOREY 2001, S. 5). Und weiter: „[Nation] is a territorial concept in that the group of people concerned feel an attachment to a particular territory" (ebd., S. 65). In dieser Hinsicht unterscheide sich nationale von ethnischer Identität, weil letztere keinen zwingenden Territorialbezug kenne: „Thus, nationality is an intrinsically geographical phenomenon, more so than is ethnicity" (ebd., S. 65). Wie bereits dargestellt wurde, verfolgte die Idee der Nation das Ziel, aus einander fremden Bürgern Mitglieder eines Gemeinwesens zu machen, das sich auch als kulturell zusammengehörig fühlte und dadurch politisch selbst anerkannte; dieses Ziel, so soll hier argumentiert werden, konnte zunächst und überhaupt nur durch die Nutzung

zweier grundlegender Effekte territorialer Strategien erreicht werden: Zum einen war es die Herstellung unpersönlicher sozialer Beziehungen durch eine räumliche Klassifikation des Gemeinwesens (vgl. SACK 1986, S. 32) – die Mitglieder einer Nation mussten sich nicht kennen, um sich doch über ihre räumliche Lebenswelt mit „ihresgleichen" identifizieren zu können. Zum anderen war es ein Effekt, den SIMMEL (1908, S. 472) als Fixierung von Inhalten (Menschen, Gruppen, Gegenstände etc.) durch räumliche Grenzen bezeichnet – gerade für die in Auflösung begriffenen vormodernen Gesellschaften stellte diese räumliche Form sozialer Gestaltung eine integrativ wirkende Neuerung dar: „Ob eine Gruppe oder bestimmte einzelne Elemente ihrer oder wesentliche Gegenstände ihres Interesses völlig fixiert oder dem Raume nach unbestimmbar sind, das muss ersichtlich ihre Struktur beeinflussen, […]" (ebd., S. 472). Denn: „So ist eine Gesellschaft dadurch, dass ihr Existenzraum von scharf bewussten Grenzen eingefasst ist, als eine auch *innerlich zusammengehörige* charakterisiert [eig. Hervorhebung] […]" (ebd, S. 465).

Die neue imaginative Konstruktion eines politisch-kulturellen Kollektivs (Nation) beruhte also wesentlich auf der konzeptionellen Einverleibung des bereits bestehenden sozialen Konstrukts eines begrenzten, exklusiv kontrollierten Raumes (Territorium). Die bislang dargestellten Mechanismen dieser Synthese, insbesondere die Facetten der Identitätsbildung durch intendierte räumliche Abgrenzung des sozialen Kollektivs, stellen jedoch nur eine unvollständige Beschreibung des nationalen Territorialitätsbezuges dar, könnten sie doch angesichts ihres strategischen Charakters den Eindruck erwecken, nationale Identität sei ein variabel, pfadunabhängig planbares Selbstbild eines gar rational handelnden Makrosubjekts. Explizit hervorzuheben ist aber, dass auch und gerade Autoren, die das Verständnis vom sozial konstruierten Charakter des Territoriums entscheidend geprägt haben, Rückwirkungen von der physischen Manifestation dieses einmal geschaffenen Konstrukts auf die „Konstrukteure" selber, im Falle des Nationalstaates also auf die Nation, erkennen (vgl. SACK 1986, S. 38; SIMMEL 1908, S. 465 ff.). Und diese Einflüsse – nur bedingt oder gar nicht steuerbar – sind es, so soll hier argumentiert werden, die in der historischen Genese ebenfalls eine wichtige Rolle bei der nationalen Identitätsbildung gespielt haben und die prinzipielle Kontingenz einschränken: „Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt. […] Ist sie freilich erst zu einem räumlich-sinnlichen Gebilde geworden, das wir unabhängig von seinem soziologisch-praktischen Sinne in die Natur einzeichnen, so übt dies starke Rückwirkung auf das Bewusstsein von dem Verhältnis der Parteien" (SIMMEL 1908; S. 467). Robert D. SACK (1986, S. 38) bezeichnet diesen Effekt von Territorialität als mächtige Mystifizierung von

Territorien. Im Nationalstaat stelle das Territorium eigentlich eine physische Manifestation der Staatsautorität dar; gleichzeitig jedoch lasse zum Beispiel die geforderte Loyalität mit dem Heimatland das Territorium selber als machtvolle Autorität erscheinen. Das Staatsgebiet mit seinen Grenzen habe hierdurch Einfluss auf das Verhalten der Mitglieder des Kollektivs.

So überrascht es nicht, dass sich zahlreiche Belege dafür finden lassen, wie sich die Imagination einer nationalen Identität auf die physische Manifestation der Territorialität (soll heißen: auf Grenzen und Grenzkonflikte) und sogar auf Merkmale des physischen Raumes bezieht. Das wohl anschaulichste Beispiel liefern Nationalhymnen, in denen historische Territorien und ihre räumlichen Charakteristika zur Grundlage einer nationalen Heimat-erzählung werden: „Land der Berge, Land am Strome,/ Land der Äcker, Land der Dome,/ Land der Hämmer, zukunftsreich!/ Heimat großer Töchter und Söhne,/ Volk, begnadet für das Schöne,/ Vielgerühmtes Österreich“ (erste Strophe der „Österreichischen Bundeshymne“). „We've golden soil and wealth for toil,/ our home is girt by sea;/ our land abounds in Nature's gifts/ of beauty rich and rare;/ in history's page, let every stage/ advance Australia fair!” (aus: Australische Nationalhymne „Advance Australia Fair”). Explizit besungen wird der räumliche Besitzanspruch der Nation: „Und hier, hier ist es dieses Land,/ das unsere Augen sehen./ Die Hand können wir ausstrecken/ und auf Wasser, Strände zeigen/ und sagen: ach, hier ist es,/ unsrer Väter liebstes Land“ (aus: Finnische Nationalhymne „Maamme“, eig. Übersetzung). Auch die Verbindung des Raumbezuges mit weiteren konstitutiven Merkmalen der Nation wie beispielsweise einer gemeinsamen Religion lässt sich entdecken: „Trittst im Morgenrot daher,/ seh’ ich dich im Strahlenmeer,/ dich, du Hocherhabener,/ Herrlicher!/ Wenn der Alpenfirn sich rötet,/ Betet, freie Schweizer, betet!“ (erste Strophe des „Schweizerpsalms“).

David STOREY (2001, S. 76 ff.) erkennt in solchen Nationalerzählungen, die sich auf historisch-geographische Fakten und Mythen bezögen, zwei wesentliche territoriale Merkmale der nationalen Imagination: Einerseits werde an ein generisches Territorium der Nation geglaubt, andererseits werde die kollektive Raumverbundenheit für bedeutend gehalten. Dabei spielt, wie der Blick in die Texte von Nationalhymnen zeigt, auch und gerade räumliche Symbolik eine wichtige Rolle: „Landscape and territorial imagery are very important elements within national identity. Certain places may acquire huge symbolic significance. Particular parts of the national territory may acquire a significance as the presumed ‘zone of origin’ of the nation; its original heartland” (ebd., S. 79).

Angesichts dieser Beobachtungen verwundert es nicht, dass gerade der Nationalismus stets Gefahr läuft, Territorialität als essentialistischen Fakt wahrzunehmen (vgl. GREVEN 2010, S. 188). Auch in der Wissenschaft hat es im Laufe der Geschichte des Nationalstaates immer

wieder Versuche gegeben, nationale Territorialansprüche als naturgegeben zu erklären und hierdurch zu legitimieren. So betrieb beispielsweise Friedrich RATZEL (1897), der als Begründer der Politischen Geographie gilt, eine sozialdarwinistisch und biologistisch geprägte Theoriebildung. Er legitimierte Imperialismus und Expansionismus, also die Ausweitung nationaler Territorien, mit einem geographischen Wachstum des Volkes (vgl. REUBER; WOLKERSDORFER 2007, S. 755). „So wird uns denn der Staat zu einem Organismus, in den ein bestimmter Teil der Erdoberfläche so mit eingeht, daß sich die Eigenschaften des Staates aus denen des Volkes und des Bodens zusammensetzen“ (RATZEL 1897, S. 5). Und an anderer Stelle: „Das Volk wächst, indem es seine Zahl vermehrt, das Land, indem es seinen Boden vergrößert. Da das wachsende Volk für seine Zunahme neuen Boden nötig hat, so wächst das Volk über das Land“ (ebd., S. 115). Friedrich RATZEL (1897) lieferte mit seinen Theorien nicht nur die politisch-geographische Basis für die Kolonial- und Flottenpolitik des Deutschen Kaiserreichs, er gab mit ihnen letztlich auch den entscheidenden Impuls zur Entstehung der Lebensraumideologie des Dritten Reiches (vgl. REUBER; WOLKERSDORFER 2007, S. 755).

Solche Versuche, dem nationalen Identitätskollektiv ein qua Natur zustehendes Territorium zu legitimieren, verweisen auf ein weiteres zentrales Problem der Verquickung von nationaler Imagination, souveränem Staat und Territorialität: Seit der Entstehung des Nationalstaates sind *Inkongruenzen* zwischen Identitätskollektiv und Staatsraum beinahe omnipräsent; die Vorstellung von der Deckungsgleichheit eines sich selbst anerkennenden Abstammungskollektivs (oder zumindest einer kulturell homogenen Gemeinschaft) mit dem politisch-rechtlichen Souverän und einem Staatsgebiet hat sich *de facto* als kaum erfüllbares Ideal offenbart. Die Symptome dieser Inkongruenzen sind folgenreich, bestehen sie doch in oftmals gewalttätigen Auseinandersetzungen über exklusiven Raumanspruch. Annexion und Sezession stellen im nationalistischen Denken als legitim empfundene Handlungsoptionen dar, die im Sinne der Durchsetzung nationaler territorialer Souveränität den Akteuren häufig sogar als alternativlos erscheinen. So beobachtet GREVEN (1998) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, „[…] daß verschiedene Gruppen innerhalb vieler nationalstaatlich organisierter und beherrschter Territorien dessen jeweiliges Integrations- beziehungsweise Identitätskonzept […] als ‚fremd‘, als nicht im Einklang mit ihrer selbst empfundenen oder neu definierten gesellschaftlichen und politischen Identität begreifen und unter Berufung auf ihr individuelles oder kollektives Selbstbestimmungsrecht die Assimilation an das vorherrschende ‚nationale‘ Identitätskonzept ablehnen“ (ebd., S. 30). Solche Selbstbestimmungsbestrebungen mit territorialen Ansprüchen hätten stets destabilisierende Auswirkungen: „The

fragile international order […] suffers from the various claims for political self-determination that threaten and often destabilize not only certain states but international peace as well. The obvious paradox is that every successful claim for political self-determination destabilizes the order of the international state system by establishing a new state with new and additional borders" (GREVEN 2010, S. 181).

Welche Erkenntnisse lassen sich nun abschließend und zusammenfassend über die Rolle von Territorialität bei der Herausbildung demokratischer Identität im Nationalstaat festhalten? Die Imagination einer nationalen Gemeinschaft (vgl. ANDERSON 1983, S. 13 ff.) als kulturell homogene, mitunter sogar als ethnisch definierte Basis für eine durch Zusammengehörigkeit, horizontales Vertrauen, Solidarität und Partizipation geprägte souveräne Konstituentengruppe schuf, so wurde ausführlich dargestellt, im späten 18. Jahrhundert die Voraussetzung für die Entwicklung moderner Demokratie. Der historische Erfolg dieses Konzepts bestand darin, dass sich die Nation als integratives Konstrukt zur Überwindung vormoderner sozialer Spaltungen erwies. Es entstand ein Kollektiv einander bislang fremder Bürger, das auf einer neuen sozialen Maßstabsebene die in Kapitel 2.1 herausgearbeiteten zentralen Kriterien der demokratietheoretischen Identitätsbedingung zu erfüllen vermochte (vgl. BARBER 2013a, S. 3; HABERMAS 1996a, S. 131 ff.; MAHNKOPF 1998, S. 57). Ebenso deutlich wie sein Erfolg entwickelte sich aber auch die historische Gefahr dieses Konzepts: Die eigentlich nur sozial konstruierte, identitätsstiftende Abgrenzung von anderen barg von Beginn an das reale Risiko der Entwicklung eines Glaubens an Biologismen, Essentialismen und die Notwendigkeit der Eliminierung des Fremden. Diskriminierungen, Verfolgungen, Kriege waren und sind die historisch manifestierten Folgen solcher moralischer Katastrophen (vgl. ARENDT 1979, S. 291; BENHABIB 1998, S. 226; HABERMAS 1996a, S. 139).

Territorialität hat bei der Entwicklung und Etablierung von Nationen als imaginierte Gemeinschaften eine Schlüsselrolle gespielt: Die Idee der Nation entstand überhaupt erst in den bereits bestehenden Territorialstaaten Europas und orientierte sich an diesen (vgl. HABERMAS 1996a, S. 128). Seit seiner Entstehung war das Konzept der Nation eine territoriale Ideologie (vgl. STOREY 2001, S. 5 ff.); die Herstellung von unpersönlichen Beziehungen und Zusammengehörigkeitsgefühlen unter den einander fremden Konstituenten beruhte auf der territorialen Definition und Fixierung des Kollektivs (vgl. SACK 1986, S. 32; SIMMEL 1908, S. 465 ff.). Der jeder Identitätsbildung immanente Prozess der Abgrenzung vom Fremden (vgl. BENHABIB 1998, S. 226) wurde untrennbar an einen territorialen Souveränitätsanspruch gekoppelt und somit verräumlicht (vgl. u.a. GREVEN 2010, S. 179; JELLINEK 1914, S. 394 ff.). Einmal etabliert, entwickelten sich aber auch Rückwirkungen der physischen Manifestation

dieser Strategie auf die Identitätsbildung – historische Grenzziehungen, Grenzkonflikte und physische Charakteristika des als national definierten Territoriums haben durch Fakten und Mythen nachhaltig Eingang in das nationale Selbstverständnis gefunden und setzen ihrerseits der prinzipiellen Kontingenz des Konstrukts nationaler Territorialität Grenzen (vgl. SACK 1986, S. 38; SIMMEL 1908, S. 465 ff.; STOREY 2001, S. 76 ff.). Kurzum: Territorialität war und ist ein wesentliches konstitutives Merkmal der nationalen Imagination, die wiederum durch die Erfüllung der demokratietheoretischen Identitätsbedingung als Basis für die Herausbildung moderner Demokratien gelten kann. Dass auch und gerade diese Kopplung von Nation, Demos und Raum das folgenschwere Gefahrenpotenzial des nationalstaatlichen Konzepts geprägt hat, ist offensichtlich. Das Konstrukt nationaler demokratischer territorialer Souveränität hat immer wieder den Irrglauben genährt, Territorialität dürfe als essentialistischer Fakt verstanden, nationale Raumansprüche könnten biologistisch legitimiert werden (vgl. u.a. GREVEN 2010, S. 188; REUBER; WOLKERSDORFER 2007, S. 753 ff.).

2.3 Braucht demokratische Identität Territorialität?

Was macht einen Demos zum Demos? Kann jedes beliebige Kollektiv durch die Institutionalisierung einer Kongruenz von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten (vgl. Kapitel 1) als demokratisches Gemeinwesen bezeichnet werden? Auf letztere Frage wurde in Kapitel 2.1 mithilfe demokratietheoretischer Referenzen eine klare Antwort gefunden: Nein. Ein politisches Gemeinwesen, so die Kernannahme der „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39), muss bestimmte Merkmale aufweisen, damit dieses Gemeinwesen demokratische Herrschaft praktizieren und sich im theoretisch-normativen Sinne überhaupt als demokratisch bezeichnen kann. Die Konstituenten bedürfen demnach eines Bündels an Grundmotiven und Eigenschaften, das sich in vier zentrale Bereiche differenzieren lässt (vgl. Kapitel 2.1.1 bis 2.1.4): Erstens ist eine grundsätzliche Identifikation mit den Ideen demokratischer Politik und den damit einhergehenden Normvorstellungen essentiell; zweitens braucht es horizontalen Vertrauens zwischen den Konstituenten; drittens muss sich ein Mindestmaß an Solidarität herausbilden; viertens beruht Demokratie wesentlich auf der diskursiven Herstellung von Entscheidungen, somit sind Partizipation der Bürger und Verständigung durch eine oder mehrere gemeinsame Sprachen unabdingbar. Alle diese Motive und Eigenschaften müssen sich auf das Gemeinwesen als Ganzes beziehen, sie sind folglich Merkmale und Ergebnisse der Herausbildung eines kollektiven politischen Bewusstseins beziehungsweise einer kollektiven Identität des Demos (vgl. OFFE 2000a, S. 238).

Diese Feststellungen aus Kapitel 2.1 lassen freilich weitere bedeutende Fragen unbeantwortet: Welchen Ursprung und welche Intensität könnte, ja, müsste eine derartig wirkende demokratische Identität aufweisen? Wie entstehen die genannten Eigenschaften und Motive der Konstituenten genau, wie lassen sie sich im Sinne eines funktionierenden demokratischen Gemeinwesens bewahren? Und ganz wichtig, im Sinne des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit: Welche Rolle könnte Territorialität hierbei spielen? Ließe sich Territorialität allgemein als bedeutende, vielleicht sogar als notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der demokratietheoretischen Identitätsbedingung bestimmen? Und wenn ja: Könnten Aussagen über hierfür geeignete Formen territorialer Organisation getroffen werden?

Auf der Suche nach Antworten wurde in Kapitel 2.2 zunächst das Ziel verfolgt, jene grundlegenden historischen Strukturkonstellationen zu betrachten, in denen Demokratie ihre bisherige Umsetzung gefunden hat. Auf der einen Seite war dies die Polis als gesellschaftlich-räumlicher Rahmen der antiken Demokratie, auf der anderen Seite war und ist es der Nationalstaat als Basis für die Entwicklung moderner demokratischer Gemeinwesen. Es wurde festgestellt, dass sich sowohl für die Antike als auch für das nationalstaatliche System der vergangenen Jahrhunderte eine historisch manifestierte und demokratietheoretisch erfasste Bindung zwischen Demos und Identitätsgemeinschaften nachweisen lässt. Dieser Bindung wiederum konnten aus einer historisch-deskriptiven Perspektive heraus elementare *territoriale* Bezüge zugeschrieben werden – ein für die vorliegende Untersuchung bedeutendes Zwischenergebnis. Insbesondere die Imagination einer Nation (vgl. ANDERSON 1983), so wurde argumentiert, habe von Beginn an auf einer konstitutiven räumlichen Konstruktion des Sozialen beruht sowie auf identitätsstiftenden Rückwirkungen von den physischen Manifestationen dieses Konstrukts auf die „Konstrukteure“ selber, soll heißen: auf die Gemeinschaft. Zu diesen Rückwirkungen zählen Fakten und Mythen im Zusammenhang mit Grenzen, Grenzkonflikten und physischen Merkmalen des Territoriums.

Eine solche Betrachtung bisheriger Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft ist für diese Arbeit insofern bedeutend, als dass sie bereits zwei wichtige Erkenntnisse nahelegt. Erstens: Territorialität als soziales Konstrukt birgt tatsächlich das Potenzial, zur Herstellung bestimmter demokratischer Identitätsformen im Sinne der Herausbildung und Wahrung bindender Motive und Eigenschaften der Konstituenten beizutragen. Zweitens: Sie hat es historisch auch *de facto* getan. Aber: Diese spezifischen historisch-deskriptiven Erkenntnisse allein lassen noch keine verallgemeinerbaren Aussagen darüber zu, wie eng oder weit demokratischer Gemeinsinn im Äußersten gefasst werden darf, wie sich die Wahrnehmung des Gemeinsamen begründen sollte, und ob Territorialität hierbei sogar als notwendige Voraus-

setzung gelten kann oder möglicherweise ersetzbar ist. Um zu Antworten auf diese Fragen zu gelangen, bedarf es eines abstrakteren, theoretischen Verständnisses des Verhältnisses von demokratischer Identität und Territorialität, das sich im Idealfall von spezifischen historischen Strukturkonstellationen löst. Erst auf der Basis eines solchen vorinstitutionellen Verständnisses, so soll hier argumentiert werden, kann später wiederum eine Bewertung von Veränderungspotenzialen und möglichen zukünftigen Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft gelingen (vgl. Kapitel 3 und 4).

Wie nun könnte ein solcher abstrakterer Erklärungsansatz aussehen, der demokratietheoretische mit territorialitätstheoretischen Erkenntnissen verbindet? In diesem Unterkapitel soll folgendes Vorgehen gewählt werden: Den Ausgangspunkt der theoretischen Synthese bildet die Differenzierung zweier normativer Argumentationsgruppen in jener sozialwissenschaftlichen Debatte, die sich mit der notwendigen Beschaffenheit der kollektiven Identität des Demos befasst. Insbesondere in den Achtzigerjahren und Anfang der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts wurde eine leidenschaftliche Auseinandersetzung darüber geführt, was Axel HONNETH (1991, S. 1049) als die Frage danach bezeichnet, welchen Grenzen sozialer Zusammenhänge noch ein gemeinsames moralisches Vokabular zuzuschreiben sei, das als Basis für demokratische Entscheidungsfindungsprozesse dienen könne. Konkreter formuliert: Kann Demokratie nur in sehr eng gefassten kulturellen Kollektiven nahezu homogener Wertvorstellungen gelingen? Oder ist Demokratie vielleicht Teil eines moralischen Universalismus, der eine sehr weite, heterogene und kontingente Definition der Konstituentengruppe zulässt, solange auf kulturelle Differenzen bei der Auslegung universalistischer Prinzipien Rücksicht genommen wird? Dieser argumentativen Gegenüberstellung lassen sich verschiedene konzeptuelle Begriffspaare zuordnen: Zunächst und offenkundig ist es der Gegensatz von Kommunitarismus auf der einen und Liberalismus auf der anderen Seite. Während kommunitaristische Positionen auf der Forderung nach wertkultureller Homogenität beruhen, denken liberal-universalistische Positionen darüber nach, ob die demokratisch-politischen Werte nicht an sich ausreichen könnten, um kollektive Identität zu stiften (vgl. FORNDRAN 2002, S. 130 ff.). Aber auch andere konzeptuelle Unterscheidungen korrespondieren mit obigen Standpunkten oder lassen sich diesen zuordnen. So grenzt Jürgen HABERMAS (1996b, S. 157 ff.), der mitunter dem Liberalismus zugeordnet wird (vgl. FORNDRAN 2002, S. 132), ein ethnonationales Verständnis der Volkssouveränität von einem vernunftrechtlichen Republikanismus ab – bereits bei diesen Bezeichnungen dürfte seine kritische Haltung gegenüber Ersterem deutlich werden. Und im Kontext der Diskussion gegenwärtiger Veränderungen in einer „Zweiten Moderne“ (BECK 2002, S. 376) wird ein

ebenfalls mit der oben genannten Differenzierung in Verbindung zu bringender Gegensatz erkannt: Einerseits Positionen eines „„zweiten Essentialismus“ (GREVEN 2010, S. 189), die Veränderung tendenziell zu unterdrücken suchen, andererseits der Glaube an eine mehr oder weniger uneingeschränkte Kontingenz sozialer Strukturen und Identitäten (vgl. ebd.). In den folgenden Unterkapiteln soll die sozialphilosophisch besonders prominente Unterscheidung in eine „kommunitaristische Perspektive“ und eine „liberal-universalistische Perspektive“ als Analysestruktur dienen, ohne jedoch die bedeutenden Unterschiede zu den weiteren genannten Konzepten und Präzisionen zu unterschlagen.

Nach der Beschreibung dieser entgegengesetzten Ideenkategorien, die zwar in sich weiter differenzierbar sind, aber zum Zwecke einer analytischen Klassifizierung auf gemeinsame Nenner reduziert werden, kann der nächste Schritt folgen: die Klärung der Frage, inwiefern Territorialität im jeweils vorgestellten Verständnis demokratischer Identität ein bedeutendes konstitutives Identitätsmerkmal darstellt beziehungsweise darstellen könnte. Bei diesem für die vorliegende Arbeit bedeutenden Untersuchungsschritt wird sich, so darf vorweggenommen werden, die zweigliedrige Analysestruktur (Kommunitarismus und Liberalismus) in besonderem Maße als sachdienlich erweisen: Gerade weil die menschliche Strategie der Territorialität durch ihre historisch als selbstverständlich aufgefasste Rolle im Nationalstaatskonzept stets Gefahr läuft, auf eben diese nationalstaatliche Institutionalisierungsform reduziert zu werden, muss auch jene demokratietheoretische Perspektive mit Territorialitätstheorien abgeglichen werden, die sich am ehesten von ethnonationalen oder auch nur kommunitaristischen Demokratievorstellungen abgrenzt. Mit anderen Worten: Um einem möglichst *verallgemeinerbaren* Verständnis davon näherzukommen, welche Bedeutung Territorialität für die Erfüllung der Identitätsbedingung einnehmen kann oder muss, bedarf es der Prüfung des (potenziellen) Territorialitätsbezuges möglichst differenter normativer Positionen darüber, wie diese demokratische Identität überhaupt begründet werden soll und ausgestaltet werden kann.

2.3.1 Eine kommunitaristisch begründete Perspektive

Ein Demos, so wurde festgestellt, zeichnet sich im theoretisch-normativen Sinne durch mehr aus als nur durch eine Übereinstimmung von jenen, die herrschen, und jenen, die beherrscht werden. Die Konstituenten müssen ihr politisches Kollektiv grundsätzlich anerkennen und sich über einen gemeinsamen normativen Rahmen einig sein; sie müssen ein Mindestmaß an Vertrauen und Solidarität gegenüber ihren Mitbürgern aufbringen können; sie sollten zur

Partizipation und zum Austausch von Meinungen in der Lage sein, um Entscheidungen gemeinsam zu fällen (vgl. Kapitel 2.1). Aber worauf könnten diese Merkmale einer demokratischen Selbstanerkennung beziehungsweise Identität beruhen? Worauf beruft sich ein Gemeinsinn, der stark genug ist, den politischen Disput zuzulassen und das Gemeinwesen dennoch zu stabilisieren? Für die Vertreter des Kommunitarismus, einer Denkströmung, die insbesondere als Antwort auf die Gerechtigkeitstheorie von John RAWLS (1971) entstand, beginnt die Antwort mit einer vergleichsweise unstrittigen sozialphilosophischen Feststellung: Politisches Handeln beruht demnach stets auf Moralvorstellungen, denn es ist die Moral, die jene grundlegenden Verbote liefert, die das Recht in spezifische Regeln fasst (vgl. WALZER 1990, S. 33). Die Frage, was politisch richtig oder falsch zu tun ist, folglich der Inhalt jedes demokratischen Entscheidungsfindungsprozesses, beinhaltet also stets moralische Argumentationen, die wiederum Interpretationen von Werten, Prinzipien, Codes und Konventionen darstellen. Auseinandersetzungen innerhalb eines Demos über den zu bestreitenden Weg, über Prioritätensetzungen, über Zumutbarkeiten und Begünstigungen greifen immer auf ein vorhandenes, gemeinsames moralisches Vokabular zurück (vgl. ebd.). Es ist denn auch nicht dieser grundsätzliche Bedeutungszusammenhang von Demokratie und Moral, an dem sich die Geister von Kommunitarismus und Liberalismus scheiden, sondern die oben bereits eingeführte Frage, welchen Grenzen sozialer Zusammenhänge ein solches gemeinsames Vokabular überhaupt noch zugeschrieben werden kann (vgl. HONNETH 1991, S. 1049). Mit anderen Worten: Wie heterogen oder homogen, wie groß oder klein, wie kontingent oder historisch pfadabhängig, wie offen oder abgegrenzt muss ein Gemeinwesen beschaffen sein, damit seine Mitglieder in ihren Entscheidungsfindungsprozessen auf geteilte Moralvorstellungen zurückgreifen können? Andersherum ließe sich fragen: Ist Moral gruppenspezifisch und kleinteilig oder vielleicht sogar universell?

Selbstverständlich würde es am Erkenntnisinteresse dieser politisch-geographischen Arbeit vorbeiführen und zudem von fachlicher Anmaßung zeugen, eine philosophiegeschichtliche Aufarbeitung dieser Grundsatzfragen zu wagen. Es ist für die hier angestrebte Klärung des theoretischen Verhältnisses von demokratischer Identität und kollektiven Raumbezügen jedoch von großer Bedeutung, wenigstens die grundlegenden und aktuellen Antworten der Vertreter dieser Debatte nachzuzeichnen, um sie sodann als Ausgangspunkt für die Synthese mit geographischen Theorien zu nutzen – in diesem Kapitel mit dem Kommunitarismus beginnend, im nächsten Kapitel dann mit einer liberal-universalistisch begründeten Perspektive fortfahrend.

In den vergangenen Jahrzehnten haben insbesondere Autoren wie Michael Walzer, Alasdair MacIntyre, Michael Sandel oder Charles Taylor zur Entwicklung des kommunitaristischen Denkens beigetragen (vgl. MALOWITZ 2007, S. 25 f.). Ihnen gemeinsam ist die Haltung, *ein intersubjektiv geteiltes moralisches Vokabular könne nur innerhalb der engen Grenzen spezifischer kultureller, religiöser oder sogar ethnischer Kontexte entstehen und bewahrt werden*. Die Identität der Individuen konstituiere sich wiederum durch die kollektiv getragenen Wertvorstellungen: „Das Konzept des Kommunitarismus denkt Demokratie also von der Einheit, der integrierten Gemeinschaft her […]" (FORNDRAN 2002, S. 132). Dabei wird die Gruppenzugehörigkeit des Individuums als nicht zufällig verstanden, vielmehr bestehe eine solche von Geburt an und forme das individuelle Selbstverständnis: „Jeder Mensch wird in eine Reihe von gesellschaftlichen Gruppen – z.B. in eine bestimmte Familie, eine bestimmte Stadt oder Nation – hineingeboren. Und über diese Zugehörigkeiten und die aus ihnen resultierenden gesellschaftlichen Rollen wird der einzelne identifiziert, aus ihnen gewinnt er seine Identität. Diese Zugehörigkeiten bzw. Rollen sind keine Eigenschaften, die nur zufällig zum Menschen gehören. Sie sind vielmehr Teil seines Wesens und bestimmen, ‚zumindest teilweise, manchmal ganz', seine Verpflichtungen und Verantwortungen" (MALOWITZ 2007, S. 81). Für Michael WALZER (1996), dem als Bürger jüdischer Herkunft die lebensgeschichtliche Bedeutung der Bindung an partikulare Gemeinschaften völlig selbstverständlich ist (vgl. HONNETH 1991, S. 1050), erscheint folglich jede kontextblinde Betrachtung des Menschen, wie er sie bei Autoren des Liberalismus mitunter erkennt, als verfehlt: „Wir begegnen keinen ‚Menschen-an-sich', und das Bemühen, sie zu erfinden – eine wahrhaft anstrengende Aufgabe – führt zu keinem anerkannten Ergebnis" (WALZER 1996, S. 57).

Nun könnte eingewandt werden, die Individuen seien doch prinzipiell in der Lage, sich kritisch-emanzipativ kollektiv vorherrschenden Moralvorstellungen zu widersetzen. Und tatsächlich stellt Alasdair MACINTYRE (1987) klar: „Man beachte auch, daß aus der Tatsache, daß das Selbst seine moralische Identität in seiner und durch seine Zugehörigkeit zu Gemeinschaften wie der Familie, der Nachbarschaft, der Stadt und dem Stamm finden muß, nicht folgt, daß das Selbst die moralischen *Beschränkungen* der Besonderheit jener Gemeinschaftsformen anerkennen muß" (ebd., S. 295). Aber auch für diese grundsätzlich freien Entscheidungen über Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz von Wertvorstellungen gilt nach kommunitaristischer Überzeugung stets, „[…] daß das moralische Subjekt dabei nicht voraussetzungslos agiert, sondern in Hinsicht auf die sein Handeln leitenden Werturteile immer schon durch vorgefundene oder vermittelte normative Kriterien geprägt ist" (MALOWITZ 2007, S. 85). Um es mit MACINTYRE (1987) zu sagen: „Trotzdem kann die

Besonderheit nie einfach zurückgelassen oder ausgelöscht werden“ (ebd., S. 295). Kurzum: Die Einbettung in relativ enge gemeinschaftliche Identitätskontexte wird im kommunitaristischen Denken als eine unabdingbare Eigenschaft menschlicher Individuen verstanden. Selbst wenn das Individuum eine Gemeinschaft verlässt, so bedeutet dies zwangsläufig den Eintritt in andere Gruppenkontexte (vgl. MALOWITZ 2007, S. 96): „If men and women protested against one obligation, they assumed another; left one church, joined another; divorced one spouse, married another. It would be a very great change indeed in the pattern of social relationships if the ‚unencumbered self' of theory were to emerge in practice as the radically unattached individual […]" (WALZER 1992, S. 114).

Es lässt sich also bereits festhalten, dass die Vertreter kommunitaristischen Denkens einen Gemeinsinn, der sich tatsächlich durch kollektiv geteilte Moralvorstellungen auszeichnet und somit demokratietheoretische Relevanz besitzt (vgl. Kapitel 2.1.1), sehr spezifischen, engen, partikularen Gemeinschaften zuordnen. Wenig verwunderlich erscheint folglich, dass kommunitaristische Autoren darüber hinaus im Sinne Hegels oder Herders einen grundsätzlichen Einwand gegen moralischen Universalismus und die grenzenlose Erweiterbarkeit des moralisch begründbaren Gemeinsinns erheben, wodurch sie sich zentral vom Liberalismus unterscheiden (vgl. HONNETH 1991, S. 1049). So betont beispielsweise Michael WALZER (1990, S. 36 ff.), jede Auszeichnung von allgemeingültigen Moralprinzipien erhebe sich zu sehr über den lokalen Kontext einer Kultur, um in ihr noch praktisch Anwendung finden zu können. Moralisches Argumentieren bestehe also vollständig aus Interpretationen einer bestehenden Moral, die an den jeweiligen kulturellen Kontext gebunden sei. Und MACINTYRE (1987) formuliert prägnant: „Der Gedanke der Flucht aus der Besonderheit in einen Bereich aus völlig allgemeinen Grundsätzen […] ist eine Illusion, und zwar eine Illusion mit schmerzlichen Folgen. Wenn Männer und Frauen das, was in Wirklichkeit ihre eigene und besondere Sache ist, zu schnell und zu umfassend mit der Sache eines allgemeinen Grundsatzes gleichsetzen, verhalten sie sich für gewöhnlich schlimmer, als sie es sonst täten“ (ebd., S. 295). Axel HONNETH (1991, S. 1049) weist darauf hin, dass eine solche Hervorhebung der Bedeutung kultureller Differenzen für die Normenfindung neben dem Kommunitarismus auch aktuellen Denkströmungen wie dem Postmodernismus oder Feminismus zugeschrieben werden müsse.

Für die demokratietheoretische Identitätsbedingung kann dieses moralphilosophische Denken als Untermauerung gelten: Wenn moralisches Argumentieren mit anwendbaren Ergebnissen – also die Basis für politisches Argumentieren – tatsächlich nur innerhalb lokaler kultureller Kontexte möglich erscheint (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.), dann sind auch demokratische

Entscheidungsfindungsprozesse an die Grenzen dieser Kulturen gebunden. Kurz: Eine moralphilosophische Positionierung, die den Aspekt der Verallgemeinerungsfähigkeit von Normen in Frage stellt, stützt nicht nur in besonderem Maße die demokratietheoretische These einer Notwendigkeit kollektiver Identitätsbezüge, sondern verortet die Möglichkeit eines solchen erforderlichen Gemeinsinns auch und unweigerlich in sehr partikularen sozialen Strukturen.

Diese im Sinne der Demokratieforschung höchst relevante Positionierung findet ihre Entsprechung auch in vielen demokratietheoretischen Darstellungen, die sich nicht (explizit) auf den Kommunitarismus berufen. Das ist insbesondere und immer dann der Fall, wenn eine spezifische, abgrenzbare, meist historisch gewachsene kulturelle Verankerung der Demokratie betont oder sogar als notwendig erachtet wird. Einige unterschiedliche Beispiele seien hier genannt. So schreibt Hermann LÜBBE (1994): „Das ‚Volk', in dessen Namen in republikanisch verfaßten Gemeinwesen Recht gesprochen wird, das überdies in Demokratien als Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt gilt, gewinnt seine Identität nicht erst aus der Verfassung, die es sich gibt. Diese Identität ist vielmehr ein vorkonstitutionelles, historisches Faktum: durchaus kontingent, nichtsdestoweniger nicht beliebig, vielmehr […] indisponibel für diejenigen, die sich einem Volke zugehörig vorfinden" (ebd., S. 38 f.). Manfred SCHMIDT (2006, S. 451) wiederum beschreibt ein Standardmodell der Demokratievoraussetzungen, das unter anderem folgende Bedingungen enthält: „[…] eine ethnisch relativ homogene Bevölkerung […]" (ebd.) und „[…] die kulturell tief verankerte Wertschätzung individueller Autonomie und Freiheit […]" (ebd.) beispielsweise durch den christlichen oder judäochristlichen Glauben (vgl. ebd.). An letzteren Aspekt lässt sich mit Michael GREVEN (1998) anknüpfen, der betont, Demokratie müsse als westliche Herrschaftsform verstanden werden. Diese westliche Demokratie sei nicht einfach nur ein „[…] *set* von Prinzipien, Regeln und Institutionen […]" (ebd., S. 29), das ohne weiteres auf andere Teile der Welt übertragen werden könne. Vielmehr beruhe sie auf einer „[…] tief sozialisierten Basis eines gemeinsamen normativen Weltverständnisses […]" (ebd., S. 33). „Indem wir wahrnehmen, wie andere unter Berufung auf ihre Kultur und Identität die uns so selbstverständliche Demokratie als Ganzes oder einzelne ihrer Elemente zurückweisen, werden wir auf die Besinnung und Reflexion unserer eigenen kulturellen und politischen Identität im Rahmen der westlichen Demokratie zurückverwiesen" (ebd., S. 29). Er bilanziert, Demokratie müsse „[…] die Gesamtheit einer Kultur einer Gesellschaft oder einer Region weit über die institutionellen und organisatorischen Arrangements des politischen Systems hinaus prägen und umgekehrt in ihnen verankert sein, um dauern zu können" (ebd., S. 29). Ob allerdings eine solche kulturell homogene Basis des politischen Gemeinwesens unter heutigen Gegebenheiten überhaupt noch

möglich sei, stellt GREVEN (1998, S. 31) zumindest deutlich in Frage – hierauf soll in den Kapiteln 3 und 4 weiter eingegangen werden, wenn die Auswirkungen von Globalisierung und globalem Wandel in den Fokus des Untersuchungsinteresses rücken.

Die sozialphilosophische Annahme, politisches und moralisches Argumentieren seien an den Gemeinsinn spezifischer sozialer Gemeinschaften gekoppelt, lässt sich aber nicht nur in demokratietheoretischen Überlegungen wiederentdecken, sondern findet auch ihre sehr konkrete institutionelle Entsprechung. Ein bedeutendes Beispiel ist das sogenannte Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) in der Staatsbürgerschaftsgesetzgebung. Es sieht vor, dass die Staatsbürgerschaft nur gemäß der Zugehörigkeit zu einem Volk oder einer ethnischen Gruppe erworben werden kann, wobei die „Zugehörigkeit" durch biologische Abstammung definiert wird, also folglich schon mit der Geburt beginnt (vgl. BENHABIB 1998, S. 239). Als klassisches Beispiel für eine solche Regelung hat in der Literatur lange Zeit die Bundesrepublik Deutschland gegolten – und mit Einschränkungen tut sie es noch heute: Hier wird die Staatsbürgerschaft traditionell vererbt, ein rechtliches Grundprinzip, das mit dem Reichs- und Staatsbürgerschaftsgesetz vom 23. Juli 1913 seinen Anfang nahm (vgl. ebd.; FREVEL 2009; S. 99 f.). Erst seit der Jahrtausendwende ist ein Optionsmodell hinzugetreten, außerdem werden jährlich zwischen 100.000 bis 200.000 Personen eingebürgert (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2013, S. 15).

Nun könnte vorschnell der Eindruck entstehen, eine kommunitaristisch begründete Demokratietheorie müsse also unweigerlich die *Nation* als Idealreferenz für die Herausbildung demokratischen Gemeinsinns erheben. Tatsächlich aber erscheint eine solche Schlussfolgerung aus dem kommunitaristischen Denken höchstens in jenen Fällen zulässig, in denen die Imagination der Nation (vgl. ANDERSON 1983; siehe auch Kapitel 2.2.2) tatsächlich auf hervorstechende Weise einen sozialen Zusammenhang stiftet, der als Gemeinschaft mit gewachsenen und belastbaren geteilten Moralbezügen beschrieben werden kann (s.o.). So verwundert es nicht, dass sich auch der Kommunitarismus gegenwärtig dafür offen zeigt, nach alternativen sozialen Maßstabsebenen zu suchen, die einer moralischen Verankerung politischer Diskussion und Entscheidungsfindung dienen könnten. Allerdings, ebenfalls wenig überraschend, tendiert diese Suche im Gegensatz zu supranationalen Szenarien liberal argumentierender Autoren (vgl. Kapitel 4.3) eher zu kleinteiligeren sozialen Zusammenhängen – so postuliert beispielsweise Benjamin R. BARBER (2013a, S. 3), sich wieder auf Stadtgemeinschaften als Identitätsbasis für Demokratien zu besinnen (vgl. Kapitel 4.2). Auf solche Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsvisionen wird im vierten Kapitel weiter einzugehen sein, wenn globalisierungsbedingte Veränderungen im Mittelpunkt der Untersuchung stehen.

Hier verbleibt zunächst die begründete Annahme, dass der Vorwurf einer als naturalistisch und unverfügbar verklärten Kopplung von Demos und Nation, wie er gegenüber ethnonationalen Thesen erhoben wird (vgl. HABERMAS 1996b, S. 161 ff.), im Falle des Kommunitarismus ins Leere laufen muss. Die Skepsis gegenüber einer Verallgemeinerungsfähigkeit von Normen bzw. gegenüber einer Unterschätzung des kulturellen Kontextes von Moral (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.) erschiene – wie auch immer man sich in dieser Frage persönlich positionieren mag – missinterpretiert, wenn sie grundsätzlich als ein demokratietheoretisches Plädoyer für die Nation verstanden würde. Im kommunitaristischen Denken *kann* die Nation ebenso wie andere Gemeinschaften – seien sie familiär, nachbarschaftlich, regional oder religiös definiert – Identitäten prägen und kollektive Moralbezüge verankern (vgl. MALOWITZ 2007, S. 81), aber sie tut es erstens nicht zwangsläufig und stellt zweitens auch nicht zwingend den Idealkontext für politisches Argumentieren dar.

In den bisherigen Ausführungen wurde also aus einer kommunitaristisch begründeten Perspektive heraus der Frage nachgegangen, welchen Grenzen sozialer Zusammenhänge noch ein gemeinsames moralisches Vokabular zugeschrieben werden kann, das wiederum als Basis für demokratische Entscheidungsfindung notwendig erscheint (vgl. HONNETH 1991, S. 1049; WALZER 1990, S. 33). Dabei dürfte schon sprachlich aufgefallen sein, dass die betrachteten sozialphilosophischen Argumentationen immer wieder auf *räumliche* Begrifflichkeiten zurückgreifen, ohne die Notwendigkeit des Raumbezuges explizit zu eruieren. So ist im Kommunitarismus die Rede von einer Verankerung des moralischen Vokabulars im *lokalen* Kontext einer Kultur (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.); die *„Stadt“* (MALOWITZ 2007, S. 81) wird als möglicher identitätsstiftender sozialer Zusammenhang bezeichnet; oder es wird in der Demokratietheorie die These aufgestellt, Demokratie sei eine nicht simpel übertragbare *westliche* Herrschaftsform, sie müsse ferner in der Kultur einer Gesellschaft oder einer *Region* verwurzelt sein (vgl. GREVEN 1998, S. 29). Wie intendiert oder unintendiert sind solche Formulierungen? Können Raum im Allgemeinen und Territorialität im Speziellen als konstitutive Merkmale eines engen Gemeinsinns gelten, wie er im Kommunitarismus beschrieben und in vielen demokratietheoretischen Arbeiten postuliert wird? Braucht eine solche demokratische Identität räumliche Grenzen?

Diese Fragen berühren zweifelsohne ein Forschungsfeld der Geographie, das sich vor dem Hintergrund disziplinhistorischer Verfehlungen in besonders hohem Maße der ohnehin indiskutablen Notwendigkeit begründeter Abwägung und kritischer Reflexion stellen muss. Es erscheint im Sinne dieser Verantwortung, aber auch zum besseren Verständnis der folgenden Auseinandersetzung sinnvoll und geboten, die grundsätzliche Argumentations-

richtung dieses Kapitels anhand bedeutender Thesen vorab zu skizzieren und zu klären: Nein, eine zwingende *Notwendigkeit* von Raumbezügen für kollektive politische Identitäten erscheint aus kommunitaristischen Argumentationen nicht herleitbar. Selbst wenn moralische Kleinstgemeinschaften wie die Familie außer Acht gelassen werden, weil sie für sich genommen üblicherweise kein demokratisches Herrschaftssystem begründen, so bleibt auch der Gemeinsinn der im Kommunitarismus thematisierten größeren, tendenziell unpersönlichen Gemeinschaften *im Prinzip* ohne Raumbezug konzipierbar. Gleichwohl wird zu sehen sein, dass räumliche und insbesondere territoriale Kategorien erstens eine bedeutende Rolle bei der sozialen Konstruktion des Gemeinsinns spielen *können*, und dass sie dies zweitens auch in solchen Fällen häufig tun, in denen ein Raumbezug auf den ersten Blick vernachlässigbar erscheint. Wenn tatsächlich – wie aus kommunitaristischer Perspektive nahegelegt wird – ein qua Moral definierter sozialer Partikularismus die Grundlage für jede kulturelle Bindung der Demokratie darstellt, dann kann – so soll hier argumentiert werden – Territorialität zugleich als mögliche Manifestation und als mögliches konstitutives Merkmal eines solchen Partikularismus gelten. Diese Thesen sollen im Folgenden näher beleuchtet und begründet werden.

In der Politikwissenschaft wie auch in der Soziologie ist es bis heute verbreitet, Territorialität als Etablierung physischer Grenzen zu fassen, und zwar untrennbar verbunden mit dem Konzept des (National-)staates. Selbst in der Geographie war dieses Vorgehen immerhin bis in die 1980er Jahre hinein unhinterfragte Praxis (vgl. AGNEW 2009b, S. 746). Zwar muss nationalstaatliche Territorialität in der jüngeren Geschichte als die bedeutendste räumliche Organisationsform politischer Gemeinwesen gelten (vgl. Kapitel 2.2.2), aber diese Kopplung als ausschließlich zu konzipieren, greift zu kurz, ist für ein vorinstitutionelles Verständnis von Territorialität hinderlich und führt gerade im Hinblick auf raumbezogene Identitätsbildungsprozesse zu einer folgenschweren Verengung des Analysespektrums. Viele der gravierenden wissenschaftshistorischen Verfehlungen wie jene einer biologistischen Begründung des Verhältnisses von Nation und Raum, können auf die fatale Diagnose einer Alternativlosigkeit nationaler Identität und ihrer räumlichen Referenzen zurückgeführt werden.

Dass der Erkenntnishorizont im Feld der Territorialitätsforschung in den Achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts endlich wohltuend erweitert wurde, ist vor allem dem Geographen Robert D. SACK (1986) zu verdanken. Er betont, Territorialität sei zunächst im Kern eine Strategie, die Menschen auf vielfältigen Maßstabsebenen funktional einsetzten, um bestimmte Ziele zu erreichen: meist einen Zugriff auf oder die Kontrolle über jemanden oder etwas (vgl. ebd., S. 21). Eine grundlegende Definition könne wie folgt lauten: „[…] the attempt by an

individual or group to affect, influence, or control people, phenomena, and relationships, by delimiting and asserting control over a geographic area. This area will be called the territory" (ebd., S. 19). Es wird hierbei unmittelbar deutlich, welche Vielfalt an möglichen Akteuren, Instrumenten und Zielen eine solche Definition umfasst: vom Verbot der Mutter, keine Gegenstände in einem bestimmten Zimmer anzufassen, bis hin zur Gesetzgebung der Europäischen Union für ihre Mitgliedsstaaten; vom Gartenzaun bis hin zur staatlichen Grenzanlage; vom Spielfeld im Völkerball bis hin zur räumlichen Definition des Wahlvolkes. Stets werden abgegrenzte Räume konstruiert, manchmal mithilfe sichtbarer physischer Symbole, manchmal aber auch nur über das Kommunikationsmedium Sprache; zugleich werden diesen Räumen Funktionen zugeteilt. SACK (1986) stellt folglich fest: „Territoriality is always socially constructed" (ebd., S. 26). Und: „By definition, territoriality, as an assertion of control, is a conscious act" (ebd., S. 31) – denn den Akteuren sei sehr bewusst, welche spezifischen Effekte territorialen Verhaltens sie gezielt nutzten, um ihre Ziele zu erreichen.

Für die theoretische Annäherung an das Wirkungsverhältnis von Territorialität und partikularem moralischen Gemeinsinn, wie ihn der Kommunitarismus als Prämisse für Demokratien definiert, sind nun ganz bestimmte Effekte des vorgenannten Konstruktionsprozesses von hervorstechender Bedeutung. Erhebt eine Gruppe territoriale Ansprüche und/oder setzt diese durch, so strebt sie erstens nach einer Manifestierung ihrer sozialen, moralischen, kommunikativ ausgehandelten Differenzierung von anderen durch eine räumliche Abgrenzung, sie nutzt also den Effekt einer „classification by area" (SACK 1986, S. 21); zweitens bedient sie sich der Grenzziehung als „form of communication" (ebd.) und kombiniert dabei eine Aussage über die Anordnung im Raum mit einer Aussage über Besitz und Exklusion („unser Land hier, euer Land dort"); drittens ermöglicht Territorialität der Gruppe, ihre eigenen Mitglieder zu kontrollieren und Interaktionen mit Mitgliedern anderer Gruppen zu beeinflussen (vgl. ebd.); viertens und schließlich hilft Territorialität dabei, unpersönliche Beziehungen zu etablieren, soll heißen: die Gruppenmitglieder müssen sich nicht persönlich kennen, um eine Zugehörigkeit zum Kollektiv zu empfinden (vgl. ebd., S. 33). In einer jüngeren Arbeit mit dem Titel „Geography as a tool for developing the mind" argumentiert Robert D. SACK (2010, S. 8) sogar, die Konstruktion eines Territoriums als Form des „placemakings" (ebd.) sei ein ganz grundlegendes Instrument und Bedürfnis des menschlichen Bewusstseins, die Natur zu ordnen und das Soziale überhaupt erst zu kreieren. Und schon Georg SIMMEL (1908) lässt sich ähnlich interpretieren, wenn er schreibt: „Der Natur gegenüber ist jede Grenzsetzung Willkür […]. Gerade an dieser Unpräjudiziertheit durch den natürlichen Raum macht die trotzdem bestehende unbedingte Schärfe der einmal gesetzten

physischen Grenze die formende Macht des gesellschaftlichen Zusammenhanges und ihre von innen kommende Notwendigkeit ganz besonders anschaulich“ (ebd., S. 465).

In jedem Fall stellt die Anwendung territorialer Strategien eine vergleichsweise praktikable Methode dar, die demokratietheoretisch als erforderlich erachtete Differenzierung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des demokratischen Gemeinwesens (vgl. ARENDT 1993, S. 40 ff.) entweder *per se* zu realisieren (vgl. Kapitel 1) oder – und das ist hier mit Bezug auf kommunitaristische Positionen interessanter – im vermeintlichen Einklang mit den Grenzen eines historisch-moralisch konstituierten Kollektivs zu unterstützen. Der qua Moral definierte soziale Partikularismus kann also zur Konstruktion eines politischen Territoriums führen, das diesen sozialen Partikularismus manifestieren soll. Wichtig ist hierbei, an die kommunitaristische Annahme zu erinnern, ein solcher Partikularismus erfordere nicht zwingend die homogene Akzeptanz aller Individuen, um Gültigkeit zu besitzen, denn auch Widerständler seien zwangsläufig sozialisiert durch die sie umgebende Gruppenmoral (vgl. MACINTYRE 1987, S. 295; MALOWITZ 2007, S. 85). Und doch drängt sich der Verdacht auf, dass sich gerade die Konstruktion einer auch nur annähernden Deckungsgleichheit von Moralgemeinschaft und Territorium selbst auf kleinster Maßstabsebene in Zeiten globalisierungsbedingter Veränderungen immer schwieriger gestaltet; hierauf wird im Folgenden wie auch im dritten und vierten Kapitel noch einzugehen sein.

Es wäre nun aber zu simpel, das identitätsstiftende Potenzial territorialer Strategien auf den Akt der kollektiven Konstruktion oder Rekonstruktion eines gemeinsamen Raumbezuges und die damit einhergehende bewusste Differenzierung von anderen zu reduzieren. Vielmehr ist hier ein weiterer, beinahe interessanterer Effekt zu benennen – er wurde bereits in Kapitel 2.2.2 am Beispiel der Geschichte des Nationalstaatenkonzepts aufgezeigt, bleibt jedoch, wie empirische Befunde zeigen (vgl. AGNEW 2003, S. 241), keineswegs auf die Ebene nationalstaatlicher Territorialität beschränkt: Das einmal konstruierte Territorium kann offenkundig bedeutende, nicht immer steuerbare, teils sogar unbewusste Rückwirkungen auf seine Konstrukteure selber und somit auf soziale Prozesse haben. Es entsteht eine Wechselwirkung: „[…] humans create, shape and re-shape territory. However, this is not just a one-way process. Just as human behaviour results in the creation of territories so these territories […] impact on human life in a myriad of ways. People shape territories and territories shape people” (STOREY 2001, S. 19). Oder um noch einmal das in Kapitel 2.2.2 angeführte Zitat von Georg SIMMEL (1908) zu bemühen: „Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt. […] Ist sie freilich erst zu einem räumlich-sinnlichen Gebilde geworden, das wir unabhängig von

seinem soziologisch-praktischen Sinne in die Natur einzeichnen, so übt dies starke Rückwirkung auf das Bewusstsein von dem Verhältnis der Parteien“ (ebd.; S. 467). Die bemerkenswerteste Rückwirkung des politischen Territoriums auf gesellschaftliche Verhältnisse erkennt die Literatur im Potenzial kollektiver Identitätsbildungen. So schreibt Edward SOJA (1971): „Territory provides an essential link between society and the space it occupies primarily through its impact on human interaction and the development of *group spatial identities* [eig. Hervorhebung]” (ebd., S. 33). Auch John AGNEW (2009b, S. 745) hebt den Einfluss von territorialen Raumkonstrukten auf die Herausbildung bzw. die Bewahrung eines Gruppenzusammenhalts hervor. Und BLOTEVOGEL et al. (1989, S. 74 f.) meinen zu erkennen, die territoriale Abgrenzung stelle ein häufiges konstitutives Merkmal sozialer Systeme und ihrer Identität dar, sie trage dadurch zur Entstehung eines „Wir-Konzepts“ (ebd., S. 74) bei. Prägnant formuliert es David STOREY (2001): „While highlighting the functions of territory, the phenomenon should not be reduced to a mere commodity or be seen simply as a spatial container. […] territory can play an important role in the formation of people’s self-identity” (ebd., S. 7).

Aus einer kommunitaristisch argumentierenden Perspektive ließe sich nun auf Basis dieser ersten territorialitätstheoretischen Hinweise bereits die folgende Deutung des Verhältnisses von politischer Identität und Territorialität wagen: Demoi, die sich laut kommunitaristischer Autoren durch eine Partikularität ihres starken moralischen Gemeinsinns auszeichnen müssen (vgl. MALOWITZ 2007, S. 85; WALZER 1990, S. 33, 36 ff.), haben nicht nur die Möglichkeit, ihre historisch konstruierte Partikularität durch die Definition eines gemeinsamen Territorialbezuges zu manifestieren. Vielmehr stehen sie auch – eine Anwendung territorialer Strategien vorausgesetzt – bewusst oder unbewusst unter dem Einfluss dieser territorialen Manifestation bei der Fortentwicklung ihrer Identität, insbesondere beim Austausch mit anderen und der Abgrenzung zum Fremden. Wie aber ließe sich ein solcher Einfluss genauer fassen und näher begründen? Im Folgenden sollen sieben Thesen formuliert und mit Ergebnissen aus der geographischen bzw. sozialwissenschaftlichen Forschung verbunden werden, die das identitätsstiftende Potenzial von Territorialität – und zwar im Hinblick auf das kommunitaristische Verständnis politischer Identitätsbildung – konkretisieren und kritisch ausdifferenzieren.

1. Identitätsstiftende Raumkonstrukte statt identitätsstiftender Räume

Dem vorab dargestellten Verständnis von Territorialität bereits immanent und doch noch einmal grundlegend hervorzuheben, ist die Annahme, dass *nicht von einem identitäts-*

stiftenden Einfluss des Raumes an sich die Rede sein kann, sondern von Auswirkungen der sozial produzierten territorialen Raumkonstrukte. Schon Georg SIMMEL (1908) stellte klar: „Nicht der Raum, sondern die von der Seele her erfolgende Gliederung und Zusammenfassung seiner Teile hat gesellschaftliche Bedeutung“ (ebd., S. 461). Laut Yi-Fu TUAN (1977, S. 54) empfinden Menschen stets das Bedürfnis, geschlossene, humanisierte und sinngeladene Räume zu formen und wahrzunehmen, die er im englischen Sprachgebrauch als *place* bezeichnet und von *space* unterscheidet. SACK (1986, S. 19; 2010, S. 8) betont, Territorien könnten als eine Form solcher *places* gelten; in modernen Gesellschaften würden *places* teilweise sogar erst als solche wahrgenommen, wenn sie territoriale Eigenschaften angenommen hätten. Und STOREY (2001) stellt sodann klar, dass es diese Konstruktionen sind, die sich auf Identitätsbildungsprozesse auswirken können: „[…] people display tendency to identify with particular places. People do form bonds with place and, in this sense, territory is vitally important to people and may serve as an integral component of self-identity” (ebd., S. 17).

2. Identitätsbildung erst durch Kommunikationsprozesse

Aus der vorigen These kann abgeleitet werden, dass *die identitätsstiftende Wirkung territorialer Raumkonstrukte erst durch Kommunikationsprozesse entsteht*. Zum einen basiert schon die Konstruktion des Territoriums auf einer kommunikativen Aushandlung, sei es nur durch das Symbol der Grenze (vgl. SACK 1986, S. 21); zum anderen vollzieht sich auch die Perzeption des territorialen Raumkonstrukts stets innerhalb eines Kommunikationssystems, „[…] in dem die emotional und politisch besetzte Raumabstraktion […] zirkuliert“ (HARD 1987, S. 140). Diese Einschätzung deckt sich mit aktuellen Ansätzen im Bereich der Neuen Kulturgeographie, die betonen, Raumbezüge von Identitätskonstruktionen seien stark abhängig von Diskursen innerhalb sozialer Kontexte (vgl. POTT 2007, S. 28, 31). Folglich kann die Entstehung dieser Raumbezüge auch dekonstruiert werden, wie zum Beispiel Georg GLASZE (2013) mithilfe korpuslinguistisch-lexikometrischer und kodierender Verfahren am Beispiel der Frankophonie aufzeigt. Und Paul ADAMS (2009) betont explizit die besondere Rolle einer oder mehrerer gemeinsamer Sprachen bei der diskursiven Herstellung kollektiver Identitäten mit Territorialbezug: „Language perpetuates and modifies territories. […] By speaking you implicitly join a community with a particular demographical profile and geographical distribution. A geographical label such as ‘neighbourhood’, ‘resident’, or ‘citizen’ imposes lines between ‘us’ and ‘them’” (ebd., S. 90 f.).

Es liegt nun nahe, die sozialen Grenzen solcher aushandlungsfähigen Kommunikationssysteme als übereinstimmend mit den Grenzen jener gemeinsamen Öffentlichkeiten zu

beschreiben, die in der demokratietheoretischen Literatur als unentbehrliche Grundlage für politische Entscheidungsfindungsprozesse gelten (vgl. KIELMANNSEGG 1996, S. 55; RAZ 1994, S. 77; ZÜRN 1996, S. 40). Und verknüpft mit kommunitaristischen Annahmen ließe sich argumentieren, dass solche Abgrenzungen insbesondere mit jenen partikularen Gemeinwesen korrespondieren, die sich durch geteilte Werturteile und geteilte normative Kriterien auszeichnen. Mit anderen Worten: Territorial beeinflusste Identitätsbildung vollzieht sich durch Kommunikation in einer oder mehreren gemeinsamen Sprachen, und diese identitätsbildende Kommunikation findet mit einiger Wahrscheinlichkeit gerade in solchen sozialen Zusammenhängen statt, die der Kommunitarismus als geeignet für die Herausbildung eines Demos erachtet – Beispiele können Nachbarschaften, lokale Kulturen oder auch nationale Öffentlichkeiten sein.

3. Deckungsgleichheit von Territorium und Gemeinwesen für Identitätsbildung nicht zwingend notwendig

Die zentrale Bedeutung von Kommunikationsprozessen für die Konstruktion und Perzeption von Territorien anzuerkennen, muss unweigerlich zu der Einschätzung führen, dass *der identitätsstiftende Einfluss von territorialen Raumkonstrukten nicht zwingend eine Deckungsgleichheit von Territorium und einem homogenen Siedlungsgebiet der konstruierenden/konstruierten Gemeinschaft erfordert*. Diese Feststellung ist angesichts der geographischen Forschungsgeschichte – insbesondere im Hinblick auf die sogenannte Regionalbewusstseinsforschung – unerlässlich. So hat es Versuche gegeben, Raumwahrnehmungen im Sinne von „eine Region = eine Identität“ ausschließlich räumlich definierten Gruppen zuzuweisen und sogar zu kartieren (vgl. BLOTEVOGEL et al. 1986). Solchen Ansätzen wurde in einem längeren Disput und unter dem Einfluss der Systemtheorie von Niklas LUHMANN (1987) leidenschaftlich vorgehalten, es werde „[…] das überkommene geographische Parzellenbild von Welt und Gesellschaft“ (HARD 1987, S. 137) aufgegriffen, die Standorte der perzipierenden Akteure spielten vermutlich überhaupt keine Rolle (vgl. ebd., S. 134), stattdessen sei eine „Pluralisierung des Regionalbewußtseins […] nach Kommunikationssystemen“ (ebd., S. 137) von Nöten. Die Gegenseite antwortete nunmehr, es sei zwischen der subjektiven oder gruppenspezifischen Wahrnehmung abgegrenzter Räume (zum Beispiel: „Finnland ist das Land der tausend Seen“) und einer sozialen räumlichen Identifikation zu unterschieden (zum Beispiel: „Unsere Wälder und Seen haben uns Finnen schon immer geprägt“) – im letzteren Fall werde das Territorium zum „[…] Bestandteil des Wir-Konzepts eines sozialen Systems […]“ (BLOTEVOGEL et al. 1989, S. 74) und es sei dann eben nicht

unerheblich, ob auch ein physischer Raumbezug bestehe (vgl. ebd., S. 74 f.). Wie so häufig liegen die weiterführenden Erkenntnisse einer aufgeheizten Debatte vermutlich im weniger spektakulären Mittelfeld der vorgenannten Positionen: Selbstverständlich sind es Kommunikationssysteme, in denen Raumkonstrukte verhandelt werden, die sich auf diese Weise verfestigen und an Einfluss gewinnen; und Kommunikationssysteme sind nicht zwingend verortbar, erst recht nicht homogen, und daher auf keinen Fall kartierbar. Andererseits steht außer Frage, dass gerade durch den zumeist territorialen Raumbezug der auf eine spezifische Öffentlichkeit begrenzten Identitätsbildung die Grenzen eben dieser Öffentlichkeit jedenfalls schwerpunktmäßig denen des Territoriums ähneln. Als klassisches Beispiel können nationale Öffentlichkeiten gelten (vgl. Kapitel 2.2.2), deren Kommunikationsteilnehmer häufig – wenn auch nie homogen – innerhalb nationalstaatlicher Grenzen wirken (auf empirische Studien zu diesem Umstand wird im Kontext der fünften These eingegangen).

Hier bleibt zunächst festzuhalten, dass territoriale Raumkonstrukte sogar dann die im Kommunitarismus betonte partikulare Identität von Moralgemeinschaften mitprägen können, wenn sich die Gemeinschaften ganz oder teilweise außerhalb des Bezugsraumes befinden. Passende Beispiele liegen auf der Hand: nationale Minoritäten im Ausland mit dem Wunsch einer Grenzkorrektur; Kriegsvertriebene und ihre Erinnerungen an ein „Heimatterritorium“; weltweite religiöse Gemeinschaften mit Bezug zu einem spezifischen heiligen Territorium. Diese Feststellung eines vielfältigen identitätsstiftenden Potenzials von Territorialität ist an sich beachtlich, kündigt zugleich aber ein geographisches Dilemma kommunitaristischer Vorstellungen vom idealen Demos an: Um nicht nur die Identität des politischen Gemeinwesens zu stärken, sondern zugleich auch die grundlegende Selbstbestimmungsprämisse von Demokratie zu erfüllen (vgl. Kongruenzbedingung, Kapitel 1), müsste Territorialität in Konsequenz kommunitaristischen Denkens tatsächlich eine annähernde Deckungsgleichheit von (imaginierter) partikularer Moralgemeinschaft und ihrem konstruierten Herrschaftsgebiet garantieren, andernfalls käme es zur Fremdbestimmtheit (vgl. ZÜRN 1996, S. 39). Kurzum: Ohne an dieser Stelle über die Berechtigung kommunitaristischer Annahmen urteilen zu wollen, lässt sich bereits vermuten, dass gerade die Definition vergleichsweise „enger“ sozialer Kriterien für die Zusammensetzung des idealen Demos die praktische Umsetzbarkeit demokratischer Selbstherrschaft erschwert – und zwar insbesondere unter Globalisierungsbedingungen (vgl. Kapitel 3 und 4).

4. Sogar imaginäre Territorien potenziell identitätsstiftend

Es lässt sich argumentieren, dass *sogar territoriale Raumkonstrukte, die gar nicht, nicht mehr oder noch nicht physisch manifestiert sind, Einfluss auf die Konstruktion partikularer politischer Kollektividentitäten haben können*. Zu bedenken wären in diesem Kontext insbesondere Territorialansprüche im Zuge von Separatismen, die aus kommunitaristischer Sicht als Konsequenz einer moralischen Differenzierung gedeutet werden können. Michael GREVEN (1998) weist darauf hin, „[…] daß verschiedene Gruppen innerhalb vieler nationalstaatlich organisierter und beherrschter Territorien dessen jeweiliges Integrations- beziehungsweise Identitätskonzept wieder als ‚fremd', als nicht im Einklang mit ihrer selbst empfundenen oder neu definierten gesellschaftlichen und politischen Identität begreifen und […] die Assimilation an das vorherrschende ‚nationale' Identitätskonzept ablehnen" (ebd., S. 30). Eine sich selbst vornehmlich ethnisch, sprachlich oder religiös definierende Minorität fordert folglich politische Emanzipation durch ein eigenes Territorium – hierbei praktiziert die Gruppe mit ihrem Raumanspruch bereits Territorialität im Sinne einer imaginären räumlichen Grenzziehung zu funktionalen Zwecken (vgl. SACK 1986, S. 21). Gleichzeitig wirken jedoch die territorialen Ansprüche, die häufig schon erste physische Manifestationen mit sich bringen (unter anderem Plakate, Schilder, Barrieren), selber als konstitutiver und starker Faktor auf die stetige Aushandlung der gemeinschaftlichen Identität zurück oder waren sogar, wenn auch nicht unbedingt offenkundig, schon immer Teil dieser Identitätskonstruktion. Solche Zusammenhänge verweisen in besonderem Maße auf die Notwendigkeit eines breiten und variablen Verständnisses von Territorialität als menschlicher Strategie (vgl. ebd.). Aus einer kommunitaristischen Perspektive müssten Separatismen nicht nur ernstgenommen, sondern in logischer Konsequenz sogar unterstützt werden, sofern sich eine wahrgenommene, gewachsene Moralgemeinschaft zum Zwecke der Selbstbestimmung abzugrenzen sucht, weil sie bei der Normenfindung nicht mehr auf ein mit der Majorität geteiltes moralisches Vokabular zurückgreifen kann (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.).

5. Keine Beschränkung der Identitätsbildung auf nationalstaatliche Territorialität

Aus den genannten Thesen geht hervor und es fand eingangs bereits Erwähnung, dass *für eine Reduzierung des identitätsstiftenden Potenzials von Territorialität auf seine nationalstaatliche Form kein Anlass besteht* – ebenso wenig wie für eine Beschränkung kommunitaristischer Vorstellungen vom idealen Demos auf nationale Gemeinschaften. Dass eine solche Reduzierung überhaupt droht beziehungsweise in der geographischen Forschung bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sogar praktiziert wurde (vgl. AGNEW 2003, S. 219, 241), kann

ohne Frage auf die besondere historische Bedeutung des nationalstaatlichen Konzeptes zurückgeführt werden. Erst durch diese neue Form der sozialen Integration mit starkem Territorialbezug gelang die Begründung einer modernen Demokratie (vgl. HABERMAS 1996a, S. 131, 133, 140), und bis heute stellt die Untergliederung der Welt in Nationalstaaten eine einflussreiche Selbstverständlichkeit dar (vgl. ANDERSON 1983, S. 12 f.; TAYLOR; FLINT 2000, S. 232 ff.). Insofern lassen sich auch die Wechselwirkungen zwischen territorialen Raumkonstrukten und kollektiven Identitätsbildungsprozessen am Beispiel von Nationalstaaten besonders prominent untersuchen. In Kapitel 2.2.2 wurde bereits ausführlich dargestellt, wie neben der bewussten Anwendung territorialer Strategien zur sozialen Abgrenzung und zur Umsetzung des Souveränitätsgedankens zugleich identitätsstiftende Rückwirkungen des (physisch manifestierten) nationalen Territorialkonstrukts zu beobachten sind: Historische Grenzziehungen, Grenzkonflikte und physische Charakteristika des als national definierten Territoriums haben durch Fakten und Mythen stets und nachhaltig Eingang in das imaginierte nationale Selbstverständnis gefunden (vgl. SACK 1986, S. 38; SIMMEL 1908, S. 465 ff.; STOREY 2001, S. 76 ff.).

Sich jedoch ausschließlich auf nationale Identität und ihre Raumbezüge zu konzentrieren, hieße, vorhandene, mitunter vielleicht sogar zukunftsweisende, in jedem Fall aber für die Theoriebildung interessante territoriale Identitätsbildungsprozesse auf anderen Maßstabsebenen zu vernachlässigen. SACK (2010, S. 232) betont denn auch, ein auf nationalstaatliche Grenzen beschränkter Gebrauch des Begriffes Territorialität widerspreche grundlegend der Theorie dieses Konzepts. Aus diesem Grund hat sich die geographische Forschung in den letzten Jahrzehnten zunehmend der Frage nach einer Koexistenz multipler räumlicher Identitätsbezüge geöffnet und entsprechende empirische Hinweise geliefert (vgl. AGNEW 2003, S. 219, 241). Interessant ist, dass hierbei neben nationalen Identitätsbezügen insbesondere „kleinere“ räumliche Maßstabsebenen eine beachtenswerte Rolle zu spielen scheinen, also die Identitätsbildung sozialer Kollektive im lokalen oder regionalen Kontext (vgl. ebd.). Einen plausiblen Begründungsansatz hierfür könnten die Ausführungen von Gerhard HARD (1987) liefern, der argumentiert, ein räumliches Zugehörigkeitsgefühl beziehe sich am ehesten auf „inhaltliche *Besonder*heiten“ (ebd., S. 139) des territorialen Raumkonstrukts, dazu zählten Landschaften, Naturwunder, die Geschichte, Dialekte, Architektur, Traditionen, Temperamente, vielleicht sogar Wirtschaftsstrukturen, Lebensstandards und Arbeitsplatzangebote (vgl. ebd.): „Will man einen solchen Vorstellungskomplex einem Erdraum zuordnen, dann liegt diese ‚Bewußtseinsregion‘ […] da, wo all dieses Besondere zu finden ist, und sie endet da, wo das Besondere endet“ (HARD 1987, S. 139). Es liegt die

Vermutung nahe, dass die Wahrnehmung, Konstruktion und kommunikative Aushandlung dieser auf einen Raum konzentrierten Besonderheiten sowie letztlich die Identifikation mit den selbigen und dem sie einfassenden Territorialkonstrukt gerade auf kleineren sozialen und räumlichen Maßstabsebenen an Bedeutung und Stärke gewinnt – zum einen durch die lebensweltlichen Erfahrungen der Kommunikationsteilnehmer im physischen Raum, zum anderen durch den simplen Umstand, dass Homogenität in überschaubaren Kontexten leichter und schneller zu konstruieren ist als in großen.

Kommunitaristische Autoren würden eine solche These vermutlich stützen. Schließlich betonen gerade sie stets die Bedeutung lokaler kultureller Kontexte für kollektive Identifikationsprozesse, sie erkennen eine Kopplung des moralischen Vokabulars an gewachsene partikulare Sozialstrukturen und hegen Einwände gegen eine Verallgemeinerungsfähigkeit von Normen (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.; MALOWITZ 2007, S. 81, 85). So sieht MACINTYRE (1987, S. 295) Individuen in ihrer moralischen Identitätsfindung vor allem an Gemeinschaften wie Familie, Nachbarschaft, Stamm oder Stadt gebunden; MALOWITZ (2007, S. 81) nennt darüber hinaus die Nation. Schon anhand der kommunitaristischen Nutzung von Begrifflichkeiten wie Nachbarschaft oder Stadt zur Beschreibung moralischer Gemeinschaften wird deutlich, dass räumliche und insbesondere territoriale Bezüge offenkundig genutzt werden, um die Fassung und Wahrung der Besonderheiten eines Gemeinschaftskonstrukts zu ermöglichen, und dass andersherum territoriale Konstrukte Einfluss auf die Abgrenzung und Veränderlichkeit einer partikularen sozialen Identität haben. Auch aus einer kommunitaristischen Perspektive, so soll hier argumentiert werden, dürfen diese Effekte nicht auf eine Maßstabsebene sozialer Konstrukte beschränkt bleiben, sondern sie können prinzipiell bei der Identitätsbildung vielfältigster Moralgemeinschaften Anwendung finden und auftreten.

Wie aber steht es nun um die Herausbildung solcher Moralgemeinschaften, die in ihrer Größe subnationale oder nationale Dimensionen überschreiten? Ist sie angesichts der angeführten Vorbehalte gegenüber einer Verallgemeinerungsfähigkeit von Normen im kommunitaristischen Sinne unmöglich? Nein, in der kommunitaristischen Literatur finden sich durchaus Hinweise auf transnationale Moralgemeinschaften, hierbei wären insbesondere Religionen zu nennen (vgl. HONNETH 1991, S. 1050; WALZER 1992, S. 114) – diese zeichnen sich allerdings ebenso wie subnationale oder nationale Kollektive durch ihren starken Partikularismus und ihre historisch gewachsenen Strukturen aus, außerdem bergen auch sie häufig territoriale Identitätsbezüge (vgl. dritte These). Transnationale Moralgemeinschaften sind aus kommunitaristischer Sicht also keineswegs unmöglich, aber auch sie müssen aus der Interpretation und

dem Teilen eines bereits vorhandenen moralischen Vokabulars entstehen, sie können nicht einfach neu erfunden werden (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.).

In diesem Sinne dürfte es für Kommunitaristen eine interessante Anregung darstellen, dass in der Neuen Kulturgeographie bereits mit einiger Euphorie über die Entstehung transnationaler und multilokaler Identitätskonstruktionen berichtet wird, die insbesondere im Kontext der Biographien von Migranten entstünden (vgl. vgl. POTT 2007, S. 31). Solche Beobachtungen legen die Möglichkeit einer Bindung des Subjekts an mehrere Moralgemeinschaften nahe oder sogar den nachhaltigen Austausch von moralischen Werten und zwar auch und gerade auf sozialen wie räumlichen Maßstabsebenen, die der Nation und dem von ihr beanspruchten Territorium übergeordnet sind. Skepsis gegenüber einer solchen Entstehung belastbarer Kollektividentitäten jenseits nationaler Kontexte lässt sich hingegen aus empirischen Studien der Kommunikationswissenschaft ableiten. Anhand von Beispielthemen wie Klimawandel oder Terror wird hier deutlich festgestellt, dass bislang nicht einmal die ernstzunehmende Herausbildung transnationaler oder gar globaler Öffentlichkeiten erkennbar sei (vgl. insb. WESSLER et al. 2008; außerdem GERHARDS; SCHÄFER 2014; SCHÄFER et al. 2011) – diese wären jedoch für die diskursive Aushandlung neuer moralischer, politischer (und ggf. territorialer) Identitäten unabdingbar. Auf die Frage nach derlei Entwicklungspotenzialen jenseits einer nationalstaatlichen Ebene wird im dritten und vierten Kapitel näher einzugehen sein, wenn gegenwärtige und zukünftige globalisierungsbedingte Veränderungen des Verhältnisses von Demokratie und Territorialität in den Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses rücken. Hier bleibt zunächst festzuhalten, dass sich jene belastbaren Moralgemeinschaften, die der Kommunitarismus als einzig geeignete Basis für politische Entscheidungsfindung benennt, auf vielfältigen sozialen wie räumlichen Maßstabsebenen finden lassen, und dass prinzipiell alle diese Gemeinschaften auf territoriale Konstruktionen ihrer Identität zurückgreifen können und von geteilten Raumkonstrukten in der Imagination ihrer partikularen Identität beeinflusst werden.

6. Grundsätzliche, aber nicht beliebige Veränderlichkeit von identitätsstiftenden Territorialbezügen

Aus dem prinzipiell sozialkonstruierten Charakter von Territorialität und von kollektiven Identitäten folgt eine *grundsätzliche Kontingenz des Verhältnisses von Territorien und partikularen Gemeinschaften. Diese darf aber keinesfalls als beliebige Veränderlichkeit aufgefasst werden* – und zwar nicht nur aus kommunitaristischer Perspektive. Mit anderen Worten: Obwohl die Idee einer moralisch und politisch begründeten Zusammengehörigkeit

sowie die Definition eines gemeinsamen Bezugsraumes allgemeinhin als revidierbar oder korrigierbar gelten müssen, gibt es bestimmte Faktoren, die eine solche Rekonfiguration in der Praxis einschränken oder zumindest beeinflussen. Zum einen weist Michael GREVEN (2010) darauf hin, alle heutigen Bürgerschaften seien „[…] path-dependent historical constructions“ (ebd., S. 190), die historische Genese eines Gemeinwesens wirke sich also auf zukünftige Veränderbarkeit aus: „[…] decisions on the composition of citizenry as well as on new borders are never completely free even if they no longer have substantial foundations. Even after it has become evident in public that ethnicities and nationalities are historical constructions, they still play a formative role in individual and collective self-perceptions” (ebd.) – in Kapitel 2.2.2 wurde dieser Aspekt historischer Pfadabhängigkeit bereits am Beispiel des Nationalstaatenkonzeptes thematisiert. Zum anderen finden soziale Identitätskonstruktionen zumeist eine institutionelle Umsetzung, und diese institutionelle Umsetzung schränkt die Kontingenz der sozialen Konstruktion ebenfalls ein. Das kann wie folgt aussehen: Eine Gemeinschaft begründet ihre kollektive Identität mit einem geteilten moralischen Vokabular und nimmt dieses Moralverständnis zur Basis der Entwicklung eines gemeinsamen, territorial gültigen Rechts (vgl. WALZER 1990, S. 33). In der Folge werden Recht und Territorium – eigentlich Manifestationen einer sozialen Abgrenzung – selber zur machtvollen Autorität (vgl. SACK 1986, S. 38) und schränken Veränderbarkeiten ein, weil sie Rückwirkungen auf soziale Handlungsspielräume haben. Hierfür sei ein simples Beispiel genannt: Prinzipiell ist die territoriale Gliederung der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich sozial konstruiert und nicht naturgegeben, sie ist folglich veränderbar. Eine solche Veränderung wird allerdings schon durch den – unbestreitbar ebenfalls sozial konstruierten – Paragraphen 29 des deutschen Grundgesetzes mit Bedingungen versehen. So bedarf es unter anderem eines Volksentscheides in den jeweils betroffenen bisherigen Bundesländern (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 2010, S. 32 ff.). Die Bevölkerungen dieser Länder stehen in ihren Zugehörigkeitswahrnehmungen aber wiederum unter dem Einfluss (physischer) Manifestationen historisch gewachsener bzw. geformter Sozial- und Territorialkonstruktionen – Beispiele hierfür reichen von der Identifikation mit einer besonders maritimen Geschichte bis hin zur sonderbaren Huldigung territorial spezifischer Ampelmännchen. Eine Reformentscheidung wäre also formal und inhaltlich unweigerlich an bestehende und vergangene Institutionalisierungen gebunden. Oder um es auf den Punkt zu bringen: „A contingent realm of possibilities in a given situation does not mean that opportunities for actions are contingent as well” (GREVEN 2010, S. 190).

7. Gefahr einer territorial begründeten Delegitimierung des Fremden

Gerade die vorgenannten praktischen Einschränkungen der prinzipiellen Kontingenz können dazu führen, dass *Moralgemeinschaften ihre eigene Existenz und ihren identitätsstiftenden Raumbezug nicht mehr als konstruiert und ausgehandelt, sondern als essentiell gegeben ansehen; in diesen Fällen droht stets die Gefahr einer Delegitimierung fremder Moralgemeinschaften sowie fremder Territorialbezüge*. Historische Pfadabhängigkeiten und gewachsene, Veränderung hemmende Institutionalisierungen werden dann zum Beispiel als Argumente für ethnonationale oder biologistische Erklärungen kollektiver Zugehörigkeit und territorialer Grenzen missinterpretiert. In Kapitel 2.2.2 wurden dieses Risiko und seine historischen Auswirkungen bereits für nationale Identitätskonstruktionen dargestellt und hervorgehoben. Es sei hier noch einmal die besonders treffende Analyse von Seyla BENHABIB (1998, S. 226) angeführt, die argumentiert, nicht die Differenzierung gegenüber anderen zum Zwecke der moralisch-politischen Identitätsfindung an sich sei problematisch oder störend, sondern der häufig auftretende, rückwärtsgewandte Glaube, diese Differenzierung müsse mit einer Verurteilung oder sogar Bekämpfung des Fremden einhergehen. Solch ein Glaube findet sich in wissenschaftlichen Arbeiten zum Beispiel bei Friedrich RATZEL (1897), der als Begründer der Politischen Geographie gilt und territoriale Ansprüche eines Volkes biologistisch legitimierte, oder auch bei Carl SCHMITT (1985), der dafür kritisiert wird, politische Kollektividentität und demokratische Gleichheit als „[…] ultimately racially-based ontology of ‚homogeneity'" (BENHABIB 1998, S. 246) zu konzipieren. So schreibt er beispielsweise: „Democracy requires […] first homogeneity and second – if the need arises – elimination or eradication of heterogeneity […]. Equality is only interesting and valuable politically so long as it has substance […]" (SCHMITT 1985, S. 9 f.).

Nach dieser interdisziplinären Synthese ist es nun an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen: Welche verallgemeinerbaren Erkenntnisse konnten bislang darüber gewonnen werden, ob territoriale Strategien für demokratische Identitätsbildung von Bedeutung sind und folglich dazu beitragen, die demokratietheoretische Identitätsbedingung zu erfüllen? In diesem Kapitel stand zunächst ein *kommunitaristisches* Verständnis davon im Mittelpunkt, wie sich zentrale Identitätsmerkmale eines Demos (vgl. Kapitel 2.1) überhaupt ausbilden und ausgestalten sollten. Bedeutende Vertreter des Kommunitarismus argumentieren, demokratietheoretische Prämissen wie die kollektive Akzeptanz der Herrschaftsform oder die Ausbildung von Vertrauen und Solidarität zwischen den Konstituenten seien nur durch das Vorhandensein intersubjektiv geteilter Moralvorstellungen erfüllbar. Diese gemeinsamen Moralbezüge

wiederum könnten nur innerhalb der engen Grenzen spezifischer kultureller, religiöser oder sogar ethnischer Kontexte entstehen und bewahrt werden. Jeder Versuch, allgemeingültige, also universelle Moralprinzipien zu etablieren, erhebe sich zu sehr über den lokalen Kontext einer Kultur, um in ihr noch praktisch Anwendung finden zu können. Moralisches Argumentieren bestehe also vollständig aus Interpretationen einer bestehenden Moral, die sich dadurch auszeichne, dass sie historisch gewachsen und kulturell different sei (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.; MACINTYRE 1987, S. 295; MALOWITZ 2007, S. 81 ff.).

Nach der Darstellung dieser kommunitaristischen Grundannahmen wurde der Frage nachgegangen, ob nun Territorialität als konstitutives Merkmal eines engen, durch geteilte Moral definierten Gemeinsinns gelten könne, wie er im Kommunitarismus als Basis demokratischer Gemeinwesen beschrieben und in vielen demokratietheoretischen Arbeiten postuliert wird. Die zu diesem Zweck durchgeführte Verbindung sozialphilosophischer und geographischer Argumentationen sowie eigener Erkenntnisse aus dem Kapitel 2.2 kommt zu dem zentralen Ergebnis, dass räumliche und insbesondere territoriale Kategorien eine bedeutende Rolle bei der sozialen Konstruktion eines solchen Gemeinsinns spielen *können*. Hierbei sind wechselseitige Effekte erkennbar: Einerseits bieten territoriale Strategien die Möglichkeit, den qua Moral definierten sozialen Partikularismus durch ein bewusst herbeigeführtes Raumkonstrukt zu stützen und zu manifestieren; andererseits werden selbsternannte Moralgemeinschaften bewusst oder unbewusst durch solche territorialen Manifestationen in der Fortentwicklung ihrer Identität, insbesondere beim Austausch mit anderen und der Abgrenzung zum Fremden beeinflusst.

Zur Konkretisierung dieser Effekte wurden sieben grundlegende Thesen aufgestellt und begründet: Erstens hat nicht der Raum an sich einen identitätsstiftenden Einfluss, sondern die sozial produzierten territorialen Raumkonstrukte. Der kollektiven Identitätsbildung Raumbezüge zuzuordnen, heißt folglich nicht, sich auf einen neuen Essentialismus zu beziehen (vgl. SACK 1986, S. 38; SIMMEL 1908, S. 461; STOREY 2001, S. 17). Zweitens entsteht die identitätsstiftende Wirkung territorialer Raumkonstrukte erst durch Kommunikationsprozesse. Raumwahrnehmungen werden also in öffentlichen Sphären ausgehandelt und dabei spielen geteilte Moralvorstellungen der Kommunikationsteilnehmer eine zentrale Rolle (vgl. ADAMS 2009, S. 90 f.; HARD 1987, S. 140; POTT 2007, S. 28, 31). Drittens erfordert der identitätsstiftende Einfluss von territorialen Raumkonstrukten nicht zwingend eine Deckungsgleichheit von Territorium und einem homogenen Siedlungsgebiet der konstruierenden/konstruierten Gemeinschaft. Die Raumwahrnehmung erfolgt schließlich innerhalb von Kommunikationssystemen und diese sind selten homogen verortbar, allerdings lassen sie sich manchmal

schwerpunktmäßig Räumen zuordnen (vgl. HARD 1987, S. 134 ff.; BLOTEVOGEL et al. 1989, S. 74 f.). Viertens können sogar solche territorialen Raumkonstrukte Einfluss auf die Konstruktion partikularer politischer Kollektividentitäten haben, die gar nicht, nicht mehr oder noch nicht physisch manifestiert sind. Als Beispiel wurden Raumabstraktionen im Zuge von Separatismen genannt (vgl. GREVEN 1998, S. 30; SACK 1986, S. 21). Fünftens besteht für eine Reduzierung des identitätsstiftenden Potenzials von Territorialität auf seine nationalstaatliche Form kein Anlass. Die Wahrnehmung von und die Identifikation mit territorial definierten sozialen wie physischen Besonderheiten kann auf den unterschiedlichsten sozialen wie räumlichen Maßstabsebenen erfolgen, sie gilt somit im Prinzip für alle vom Kommunitarismus genannten partikularen Gemeinschaften (vgl. SACK 2010, S. 232; AGNEW 2003, S. 219, 241; MACINTYRE 1987, S. 295). Sechstens folgt aus den bereits genannten Thesen eine grundsätzliche Kontingenz des Verhältnisses von Territorien und partikularen Gemeinschaften, diese darf aber keinesfalls als beliebige Veränderlichkeit aufgefasst werden. Insbesondere die historische Pfadabhängigkeit der Konstruktion von Partikularität sowie die institutionellen Umsetzungen dieser Partikularität (zum Beispiel in Form von territorialen Ordnungen) schränken das Veränderungspotenzial ein (vgl. GREVEN 2010, S. 190; SACK 1986, S. 38). Siebtens kann es dazu kommen, dass Moralgemeinschaften ihre eigene Existenz und ihren identitätsstiftenden Raumbezug nicht mehr als konstruiert und ausgehandelt, sondern als essentiell gegeben ansehen; in diesen Fällen droht stets die Gefahr einer Delegitimierung fremder Moralgemeinschaften sowie fremder Territorialbezüge. Dieses Risiko wird historisch insbesondere im Fall biologistischer Begründungen nationaler Räume offenbar (vgl. BENHABIB 1998, S. 226 ff.).

Alle diese Effekte sprechen dafür, dass sowohl Territorialität als bewusst eingesetzte Strategie der sozialen Differenzierung als auch Rückwirkungen bestehender territorialer Ordnungen auf soziale Aushandlungsprozesse die partikulare Identitätsbildung und Identitätswahrung von Moralgemeinschaften bedeutend prägen können. Und weil es eben diese Moralgemeinschaften sind, die aus kommunitaristischer Sicht demokratische Identitätsprämissen am ehesten erfüllen sowie den idealen Rahmen für demokratische Entscheidungsfindung bieten, kann sodann aus einer kommunitaristisch begründeten Perspektive festgehalten werden, dass *Territorialität ein mögliches konstitutives Merkmal kollektiver Identität des Demos* darstellt. Diese Aussage impliziert freilich, dass sich in Anwendung des Kommunitarismus *keine* Anhaltspunkte oder plausiblen Erklärungen für eine *Notwendigkeit* territorialer Bezüge bei der demokratischen Identitätsbildung haben feststellen lassen. Im Prinzip ist eine Identität des Demos, die sich im Wesentlichen durch geteilte Moralvorstellungen abgrenzt,

ohne Territorialbezug konzipierbar. Mit anderen Worten: Territorialität kann zur Erfüllung der demokratischen Identitätsbedingung beitragen, ist aber nicht unerlässlich. Mit Spannung bleibt nun abzuwarten, ob sich ein ähnliches Ergebnis auch im nächsten Kapitel feststellen lässt, wenn ein ganz anderes, vermeintlich entgegengesetztes Verständnis demokratischer Identitätsbildung Anwendung findet, nämlich eine liberal-universalistisch begründete Positionierung.

2.3.2 Eine liberal-universalistisch begründete Perspektive

Allein die Institutionalisierung einer Kongruenz von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten (vgl. Kapitel 1) reicht nicht aus, um die theoretisch-normativen Prämissen demokratischer Herrschaft zu erfüllen. Dass eine Gruppe also über sich selbst bestimmt und zu diesem Zweck soziale wie räumliche Grenzen zieht, formt noch keinen Demos. Vielmehr bedarf es zusätzlich der Herausbildung spezifischer Motive und Eigenschaften unter den Konstituenten, damit Demokratie gelingen und sich ein Gemeinwesen als demokratisch bezeichnen kann. In Kapitel 2.1 wurden solche Erfordernisse demokratietheoretisch hergeleitet, konkretisiert und begründet: Erstens sei eine grundsätzliche Identifikation mit den Ideen demokratischer Politik und den damit einhergehenden Normvorstellungen essentiell; zweitens brauche es horizontalen Vertrauens zwischen den Konstituenten; drittens müsse sich ein Mindestmaß an Solidarität herausbilden; viertens beruhe Demokratie wesentlich auf der diskursiven Herstellung von Entscheidungen, somit seien Partizipation der Bürger und Verständigung durch eine oder mehrere gemeinsame Sprachen unabdingbar. Alle diese Voraussetzungen bezögen sich auf das Gemeinwesen als Ganzes, daher müsse ihre Erfüllung an die Herausbildung eines kollektiven politischen Bewusstseins beziehungsweise einer kollektiven Identität des Demos gekoppelt werden (vgl. OFFE 2000a, S. 238; ZÜRN 1996, S. 39). Aber worauf könnten solche Merkmale einer demokratischen Selbstanerkennung bzw. Identität beruhen? Wie sollte sich die Wahrnehmung des Gemeinsamen begründen? Wie eng oder weit darf ein demokratischer Gemeinsinn gefasst werden? Und: Könnte hierbei territorialen Strategien eine bedeutende oder sogar notwendige Rolle zukommen?

In Kapitel 2.2 wurden zunächst historische Institutionalisierungsformen von Demokratie auf die jeweils genutzten Formen der kollektiven Identitätsbildung und auf ihre Territorialbezüge hin untersucht. Das Zwischenergebnis war deutlich: Sowohl antike wie auch moderne nationalstaatliche Demokratien haben in ihren Identitätskonstruktionen stets auf Territorialität zurückgegriffen und sind zugleich durch territoriale Manifestationen beeinflusst worden.

Doch diese historisch-deskriptiven Erkenntnisse ließen noch keine verallgemeinerbaren Schlüsse zu. Um ein abstrakteres, tendenziell vorinstitutionelles Verständnis der theoretisch-normativen Bedeutung von Territorialität für demokratische Identitätsbildung zu entwickeln, wird hier das folgende Verfahren durchgeführt: Zwei möglichst entgegengesetzte sozialphilosophische Positionen über die notwendige Beschaffenheit des Demos finden Eingang in die Untersuchung, um sodann mit geographischen, insbesondere territorialitätstheoretischen Standpunkten zusammengeführt und abgeglichen zu werden. Den Anfang machte im vorigen Kapitel der Kommunitarismus; in diesem Kapitel soll nun eine liberal-universalistisch begründete Perspektive als Ausgangsbasis genutzt werden, um das Verhältnis von demokratischer Identität und Territorialität zu eruieren.

Die Auseinandersetzungen zwischen kommunitaristisch und liberal ausgerichteten Positionen entzünden sich an der grundlegenden Frage, innerhalb welcher Grenzen sozialer Zusammenhänge moralisches Argumentieren und damit letztlich demokratische Entscheidungsfindung überhaupt möglich erscheinen (vgl. HONNETH 1991, S. 1049). Wie im vorigen Kapitel (2.3.1) dargestellt wurde, versteht der *Kommunitarismus* ein Gemeinwesen immer dann als geeignet für die diskursive Herstellung demokratischer Entscheidungen, wenn es auf ein geteiltes, historisch gewachsenes moralisches Vokabular zurückgreifen kann, das sich insbesondere durch seine Besonderheit, also durch seine Partikularität auszeichnet. Einer Erweiterbarkeit des moralisch begründbaren Gemeinsinns und insbesondere der Idee eines moralischen Universalismus stehen kommunitaristische Autoren folglich sehr skeptisch gegenüber (vgl. WALZER 1990, S. 36 ff.; MACINTYRE 1995, S. 295; MALOWITZ 2007, S. 81 ff.). Daraus lässt sich schließen, dass Demokratie in diesem Verständnis nur in sehr eng gefassten kulturellen Kollektiven mit etablierten Wertvorstellungen gelingen kann.

Das sehen jene Autoren, deren Standpunkte stärker einer *liberal-universalistischen* Sozialphilosophie zugeordnet werden können, erwartungsgemäß anders. Sie beziehen sich in ihren Argumentationen insbesondere auf die von Immanuel KANT (1983) vorgetragene Annahme universell verfügbarer Moralprinzipien. Im Hinblick auf die Herausbildung eines Gemeinsinns der Konstituenten vertrauen sie vor allem auf die *Integrationskraft des demokratischen Prozesses an sich, also auf die Auslegung universalistischer Werte im Rahmen der politischen Willensbildung und der öffentlichen Kommunikation* (vgl. FORNDRAN 2002, S. 131; HABERMAS 1996a, S. 142). Wie in diesem Kapitel zu sehen sein wird, betonen derartig konzipierte Positionen, ein Demos müsse stets und überwiegend als egalitäre Rechtsgemeinschaft, also als ein durch Recht konstruiertes Gebilde verstanden werden (vgl. HABERMAS 1996a, S. 139). Historisch seien zwar – insbesondere im Nationalstaatskonzept –

vorpolitische Bezüge zur sozialen Integration herangezogen worden, deren allgemeine Notwendigkeit müsse jedoch angezweifelt werden (vgl. HABERMAS 1996b, S. 158). Auch wenn eine kulturelle Homogenität folglich nicht unabdingbar sei (vgl. ebd., S. 164), fänden kulturelle Hintergründe aber durchaus Berücksichtigung in Rechtsordnungen und zu große kulturelle Differenzen innerhalb eines Demos seien problematisch (vgl. ebd., S. 173). Eine besonders weitreichende Positionierung verwehrt sich allerdings selbst einer solchen Berücksichtigung kultureller Einflüsse, sie versteht kollektive demokratische Identität als reine Verfassungsidentität und spricht ihr damit jegliche vor- oder extrapolitische Substanz ab (vgl. PREUß 2010, S. 8).

Es dürfte daher wenig verwunderlich erscheinen, dass sich liberal-universalistisch argumentierende Autoren insbesondere hinsichtlich ihres Verständnisses von Moralproduktion mit Kritik konfrontiert sehen: So fragt zum Beispiel Erhard FORNDRAN (2002, S. 131), wie denn überhaupt gemeinschaftliche Grundwerte und kollektive Gerechtigkeitsverständnisse allein auf Kommunikation und Diskurs beruhen könnten und durch diese begründbar seien. Und Michael WALZER (1996), prominenter Vertreter des Kommunitarismus, bemängelt die seines Erachtens völlig kontextblinde Grundannahme liberaler Positionen, es gebe einen „[…] ‚Menschen-an-sich' […]" (ebd., S. 57), der einer universellen und damit potenziell weltumspannenden Moral zugänglich sei. Alle diese Aspekte sollen im Folgenden aufgegriffen und näher betrachtet werden, denn erst auf die Frage nach dem vorliegenden Verständnis von Ursprung, Qualität und Intensität demokratischer Zusammengehörigkeit kann die Frage nach der diesbezüglichen Bedeutung von Territorialität folgen.

Vorab sei aber daran erinnert, dass es nicht das Ziel dieser Darlegung sein kann und auch nicht im Sinne des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit wäre, eine sozialwissenschaftliche Systematisierung moralphilosophischer Positionen durchzuführen, die dem Anspruch möglichst vollständiger Differenzierung genügt. Es wird hier weder die Absicht verfolgt, den Disput zwischen Kommunitarismus und Liberalismus, wie er in den Siebziger und Achtziger Jahren begann (vgl. HONNETH 1991, S. 1049), detailliert nachzuzeichnen, noch sollen Differenzen über das konkrete Verständnis des politischen Prozesses Berücksichtigung finden – angeführt sei zum Beispiel die Kritik des bereits zitierten Jürgen HABERMAS (1996c, S. 93) am Liberalismus von John RAWLS (1971), es mangele ihm an der Betonung einer allgemeinen deliberativen Komponente von Demokratie (vgl. auch OTTMANN 2006, S. 316). Solcherlei Erörterungen liegen bereits vielfältig vor, ihre Lektüre ist empfehlenswert und sie werden auch zukünftig im Kompetenzbereich von Sozialphilosophen und Politikwissenschaftlern anzusiedeln sein. Für die hier angestrebte politisch-geographische Untersuchung der

Bedeutung von Territorialität für demokratische Identitätsbildung hat jedoch nicht die systematische Kategorisierung und Abwägung sozialphilosophischer Standpunkte Priorität, sondern die Betrachtung ihrer inhaltlichen Auswirkungen auf die Bewertung territorialer Identitätsbezüge. Dieses Unterfangen wurde für den Kommunitarismus bereits realisiert, das Erkenntnisinteresse in diesem Kapitel lautet nun: Kann auch für liberal-universalistische Positionen ein plausibler Zusammenhang mit Territorialitätstheorien hergeleitet werden? Und wenn ja, variiert die Bedeutung von Territorialität womöglich je nach kommunitaristischer oder liberal-universalistischer Begründung des demokratischen Gemeinsinns?

Die Tradition liberal-universalistischer Argumentation geht zurück auf jene Zeit, in der die ersten modernen Demokratien entstehen und das Gebilde des Nationalstaates Form annimmt. Es ist der Aufklärungsphilosoph Immanuel KANT (1983), der im Jahr 1784 die „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ formuliert und darin die Möglichkeit einer prinzipiellen Erweiterbarkeit des moralischen Gemeinsinns auf die gesamte Menschheit konzipiert. Sein teleologischer Ansatz geht von der „[…] Vollziehung eines verborgenen Plans der Natur […]“ (ebd., S. 45) aus: Die Gattung Mensch werde eines Tages – nach einer langen Geschichte von Zwietracht, Kriegen und Zusammenbrüchen – in der Lage sein, ihre Vernunft in einem weltbürgerlichen Zustand mit einer innerlich und äußerlich vollkommenen Staatsverfassung vollständig zu entwickeln. Den Weg dorthin beschreibt KANT (1983) wie folgt: „Da geschehen nun die ersten wahren Schritte aus der Rohigkeit zur Kultur, die eigentlich in dem gesellschaftlichen Werth des Menschen besteht; da werden alle Talente nach und nach entwickelt, der Geschmack gebildet und selbst durch fortgesetzte Aufklärung der Anfang zur Gründung einer Denkungsart gemacht, welche die grobe Naturanlage zur sittlichen Unterscheidung mit der Zeit in bestimmte praktische Principien und so eine pathologisch-abgedrungene Zusammenstimmung zu einer Gesellschaft endlich in ein moralisches Ganzes verwandeln kann“ (ebd., S. 37). Doch dieses Ziel (Telos) könne erst nach vielen Generationen und zahlreichen Rückschlägen erreicht werden – Grund hierfür sei die „[…] ungesellige Geselligkeit der Menschen […]“ (ebd., S. 37), ein zentraler Antagonismus: Der Mensch strebe danach, sich zu vergesellschaften, doch zugleich entwickele er einen Widerstand, der die Gesellschaft beständig zu trennen drohe. In diesem scheinbar widersinnigen Prozess entstehe dennoch auch Neues, es werde stets eine nächste Stufe der Moralisierung erreicht (vgl. ebd.).

Aus den Ausführungen von KANT (1983) lassen sich bereits wesentliche Grundannahmen herauslesen, die zur Basis liberaler Argumentation geworden sind. Allen voran steht die prominente Annahme eines moralischen Universalismus, also einer prinzipiellen Existenz von

Werten, die über jegliche sozialen wie räumlichen Grenzen hinweg erweiterbar sind. Allerdings – und das ist ebenso zentral: Die von KANT (1983) angeführte „[…] ungesellige Geselligkeit der Menschen […]“ (ebd., S. 37) stellt ein wesentliches Hindernis bei der tatsächlichen Verallgemeinerung moralischer Standards dar. Heutige Vertreter liberal-universalistischer Positionen interpretieren diesen Umstand vor allem als Erfordernis stetiger Aushandlung und diskursiver Reflexion von Moralvorstellungen: „Gemeinschaft bleibt vor allem durch gesellschaftliche Pluralität bestimmt, und gemeinsame Grundwerte besitzen keine eigenständige Begründung, sondern verbleiben in Abhängigkeit von der Zustimmung der autonomen Individuen. Die universelle Geltung von Werten ist folglich nur in einem formalen Sinne begründbar“ (FORNDRAN 2002, S. 130).

Der Liberalismus leugnet also weder Pluralität noch die Existenz partikularer Wertvorstellungen, er betont jedoch – wie zu sehen sein wird –, dass es nur die Akzeptanz universeller Moralvorstellungen sein könne, die eine freie und zugleich kollektive demokratische Legitimation ermögliche. Es erscheint wenig verwunderlich, dass liberal-universalistisch argumentierende Autoren diese normative Grundannahme vor allem am Konstrukt des Nationalstaates verdeutlichen und somit an jenem Konzept, das seit Kants Lebenszeit bis heute als Grundlage moderner Demokratie gilt. In der deutschsprachigen Literatur hat dies in besonders differenzierter und erhellender Weise Jürgen Habermas getan, dessen Ideen eines vernunftrechtlichen Republikanismus in die Tradition des Liberalismus eingeordnet werden können (vgl. FORNDRAN 2002, S. 132). Ganz im Sinne der von KANT (1983) beschriebenen „[…] ungesellige[n] Geselligkeit der Menschen […]“ (ebd., S. 37) konstatiert HABERMAS (1996b): „Das Nationalbewußtsein changiert eigentümlich zwischen erweiterter Inklusion und erneuter Abschließung“ (ebd., S. 156). Einerseits habe die Idee des Nationalstaates entscheidend dazu beigetragen, das regionale Klein-Klein vormoderner Gesellschaften zu überwinden und die Verwirklichung universeller Freiheitsrechte voranzubringen („Geselligkeit“); andererseits aber habe das sozialintegrativ wirkende Konstrukt einer naturwüchsigen Schicksalsgemeinschaft zu einer Selbstbehauptung gegen äußere Kräfte geführt („Ungeselligkeit“) (vgl. ebd.; siehe auch Kapitel 2.2.2). Im Konzept nationalstaatlicher Identität vereine sich also die universalistisch begründete Idee der Staatsbürgernation mit der partikularistisch angelegten Idee der Volksnation: „In diesem Syndrom zerfließt der begriffliche Gegensatz zwischen einer alternativlosen, eben askriptiven Volkszugehörigkeit, die eine unverlierbare Eigenschaft ist, und der frei gewählten durch subjektive Rechte garantierten Mitgliedschaft in einem politisch gewollten Gemeinwesen, das seinen Bürgern die Option des Austritts offenhält“ (ebd., S. 157). Daraus ergebe sich ein „[…] Janusgesicht

der Nation, die sich im Inneren öffnet und nach außen abschließt […]“ (ebd.). Mit anderen Worten: Die Idee der nationalen Identität hat von Beginn an einen Balanceakt zwischen Universalismus und Partikularismus dargestellt, dessen großes Risiko darin besteht, dass der zur gesellschaftlichen Integration entworfene Partikularismus beizeiten stärkere Bedeutung erlangt als die universalistischen Demokratiewerte. HABERMAS (1996a) selbst drückt es so aus: „Diese Ambivalenz bleibt ungefährlich, solange ein kosmopolitisches Verständnis der Staatsbürgernation Vorrang behält vor der ethnozentrischen Deutung einer Nation, die sich auf Dauer im latenten Kriegszustand befindet. Nur ein nicht-naturalistischer Begriff von Nation fügt sich nahtlos mit dem universalistischen Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaates zusammen“ (ebd., S. 139). Und weiter: „Der Rückgriff auf die ‚organische‘ Nation kann […] den historisch mehr oder weniger zufälligen Grenzen der politischen Gemeinschaft das bloß Kontingente abstreifen, sie mit der Aura einer nachgeahmten Substantialität versehen und durch ‚Herkunft‘ legitimieren“ (ebd., S. 140) Kurzum: Die Existenz von partikularen Moralgemeinschaften erkennt auch der Liberalismus an, diese hätten sogar – jedenfalls im Konzept des Nationalstaates – eine historisch wichtige sozial-integrative Rolle eingenommen; um aber die für demokratische Herrschaft grundlegende Idee egalitärer Rechtsgemeinschaften zu realisieren, bedürfe es stets der *dominierenden* Akzeptanz solcher Werte, die nur als universell erweiterbar gelten könnten.

Diese Feststellung ist wichtig, zeigt sie doch einen weiteren zentralen Unterschied zu kommunitaristisch begründeten Standpunkten auf: Der Liberalismus vertritt nicht nur einen prinzipiellen moralischen Universalismus, sondern er sieht in der Anerkennung und Wahrnehmung eben dieses Universalismus sogar die Grundlage für jede demokratische Herrschaft. So bedeutend diese Erkenntnis bereits ist, so ungeklärt lässt sie einen Aspekt, der kommunitaristische und liberale Geister ebenfalls grundlegend scheidet: Wenn Demokratie im Wesentlichen auf universellen, also prinzipiell grenzenlosen Wertvorstellungen beruht, sind gesellschaftliche Partikularismen, die moralische Grenzen mit extrapolitischen Kategorien begründen, dann vielleicht sogar gänzlich entbehrlich? HABERMAS (1996a, S. 136, 139) betont zwar, dass das Konstrukt der historisch, kulturell und sprachlich verbundenen Schicksalsgemeinschaft in der Geschichte des Nationalstaates eine wichtige Quelle sozialer Integration geliefert habe – aber ist dieses partikulare Konstrukt deshalb auch von verallgemeinerbarer Notwendigkeit? Die Antwort des Liberalismus lautet vergleichsweise deutlich: Nein. Schon HABERMAS (1996b, S. 158) selbst hegt Zweifel an einem solchen prinzipiellen Erfordernis. „Natürlich schließt die republikanische Auffassung nicht aus, daß sich ethnische Gemeinschaften eine demokratische Verfassung geben und als souveräne Staaten etablieren

dürfen […]“ (ebd., S. 169). Nationalismus habe historisch sogar eine wichtige Rolle bei der Begründung von Demoi gespielt. *Aber*: „[…] Nationalismus ist, trotz dieser katalysatorischen Rolle, keine notwendige Bestandsvoraussetzung eines demokratischen Prozesses“ (ebd., S. 169). Und: „Ein vorgängiger, durch kulturelle Homogenität gesicherter Hintergrundkonsens ist nicht nötig […]“ (ebd., S. 164). Ulrich K. PREUß (2010) meint sogar: „[…] heute aber […] hat die Idee einer wesenhaften, vorpolitischen und vorrechtlichen Volksidentität jede Plausibilität verloren“ (ebd., S. 7). Und Seyla BENHABIB (1998, S. 234) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Trennung zwischen Staatsbürgerschaft („[…] being a member of a political community […]“) und Nationalität („[…] being a member of a particular linguistic, ethnic, religious, and cultural group […]”) von hervorstechender Bedeutung sei. Schließlich resümiert HABERMAS (1996a) denn auch: „Normativ betrachtet, sind die sozialen Grenzen einer Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen kontingent“ (ebd., S. 140).

Diese Aussagen lassen aufhorchen, werfen sie doch eine entscheidende Frage auf, der sich liberale Standpunkte seit jeher stellen müssen (vgl. FORNDRAN 2002, S. 131; GREVEN 2010, S. 185; WALZER 1996, S. 57): Wenn extrapolitische Identitätsfaktoren tatsächlich entbehrlich sind, worauf könnte die Herstellung zentraler Identitätsmerkmale des politischen Kollektivs – insbesondere die Existenz von horizontalem Vertrauen und Solidarität unter den Konstituenten – dann beruhen (vgl. Kapitel 2.1)? Oder mit anderen Worten: Wie wird ein sozialer Zusammenhang gestiftet, der stark genug ist, eine belastbare Grundlage verbindlicher kollektiver Entscheidungsfindung zu schaffen, wenn einende Sozialkategorien wie Geschichte, Kultur oder Religion *im Prinzip* vernachlässigbar sein sollen?

Die Lösung dieses Problems liegt für Vertreter liberaler, postnationaler und kosmopolitischer Standpunkte gleichermaßen in einem Konzept, das mit dem von HABERMAS (1996a) geprägten Begriff des „Verfassungspatriotismus“ (ebd., S. 143) betitelt werden könnte. Die Idee ist simpel: Das kollektive Bekenntnis zur Verfassung und zum demokratischen Prozess stelle *per se* die entscheidende sozialintegrative Größe beziehungsweise das einende Band der politischen Gemeinschaft dar: „Once the status of citizenship has taken root in the legal and political cultures of constitutional democracies […] democracy can itself shape the identities of citizens while gradually sloughing off its historical dependence on the ambivalent concept of the nation” (CRONIN 2003, S. 3). Ulrich K. PREUß (2010) versteht die daraus entstehende kollektive Identität dann als das „[…] wechselseitige Versprechen zwischen den sehr verschiedenen Mitgliedern einer Menge zu bürgerschaftlicher Solidarität. […] die Konstitution ist das Medium der Erzeugung einer Identität im Plural“ (ebd., S. 8). Und weiter:

„Folglich bedeutet sie auch nicht die Fixierung auf einen substanzhaften Wesenskern, der gegen die Macht des geschichtlichen Wandels verteidigt werden muss; sie bedeutet Selbstbewusstsein in dem ursprünglich reflexiven Sinne, dass sich jemand über sich selbst beugt und betrachtet, kritisch beurteilt und in Beziehung zu Anderen setzt“ (ebd.). Jürgen HABERMAS (1996b) betont, dass dieser Prozess als stetig, aktiv und auf dem Einverständnis der Individuen basierend charakterisiert werden müsse: „Gewiß, die Selbstgesetzgebung einer demokratisch verfaßten Nation geht auf den Entschluß einer Gründergeneration zurück, sich eine Verfassung zu geben; aber die Beteiligten qualifizieren sich mit diesem Akt erst *rekursiv* zum Staatsvolk. Es ist der gemeinsame Wille, eine staatliche Existenz zu begründen, und in der Konsequenz dieses Entschlusses ist es die verfassunggebende Praxis selber, wodurch sich die Beteiligten als eine Nation von Staatsbürgern konstituieren [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 167 f.). Diese identitätsstiftende Praxis beruht laut HABERMAS (1996b, S. 165) auf öffentlichen Diskursen und sie setzt laut PREUß (2010) die Reflexion und den Streit der Konstituenten darüber voraus, wie sie in Zukunft miteinander leben wollen. Die Verteidigung und Selbstbehauptung einer durch Verfassung geschaffenen politischen Identität bestehe in dem Beharren auf Souveränität: „[…] sie verteidigt dann keine vor- und extrapolitische Substanz, sondern die Verfassung, der sie ihr Selbst verdankt und die es ihr ermöglicht, ihr Selbst im Wandel der Geschichte je neu zu bestimmen“ (ebd., S. 8).

Das zentrale Argument liberal-universalistischer Positionen lautet folglich, dass die Identitätsprämissen des Demos – dazu zählen horizontales Vertrauen, Solidarität und die allgemeine Akzeptanz gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung (vgl. Kapitel 2.1) – allein durch die aktive Zugehörigkeit der Individuen zu einem rechtlichen Kollektiv erfüllt werden können, das sich durch die diskursive, reziproke Anerkennung von universell begründeten Freiheiten und Pflichten auszeichnet. Während der Kommunitarismus also extrapolitisch verwurzelte, partikulare Moralgemeinschaften als Basis für demokratische Identitätskollektive begreift (vgl. Kapitel 2.3.1), setzt der Liberalismus vor allem auf ein „[…] Loyalitätsgefühl, das primär auf den Leistungen des Verfassungs- und Sozialstaats beruht“ (WEHLER 1995, S. 174 f.). Um es auf den Punkt zu bringen: In diesem Verständnis reduziert sich die demokratietheoretisch relevante intersubjektive Zusammengehörigkeit auf eine *rein rechtliche Definition*; die Identität des Demos beruht auf „[…] einer abstrakten, rechtlich vermittelten sozialen Integration“ (HABERMAS 1996b, S. 158). „Das Staatsvolk gilt nicht als vorpolitische Gegebenheit, sondern als Produkt des Gesellschaftsvertrages. Indem sich die Beteiligten gemeinsam entschließen, von ihrem ursprünglichen Recht, ‚unter öffentlichen Freiheitsgesetzen zu leben’, Gebrauch zu machen, bilden sie eine Assoziation freier und gleicher

Rechtsgenossen“ (ebd., S. 163). Seyla BENHABIB (1998) betont, demokratische Gleichheit umfasse also nichts anderes als die wechselseitige Anerkennung dieser Rechtsgenossen: „[…] the equality of members in a democracy is based upon the recognition by consociates of each other as right bearing persons. This is the meaning of democratic ‚equality‘“ (ebd., S. 246).

Allerdings sieht Jürgen HABERMAS (1996a, S. 143 f.) eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die liberale politische Kultur *an sich* überhaupt sozialintegrativ genug wirken kann, darin, dass die Konstituenten im demokratisch organisierten und verfassungsrechtlich geregelten Zusammenleben einen profitablen Mehrwert erkennen. Mit anderen Worten: Die Akzeptanz des Zusammenlebens, das Vertrauen zu den Mitbürgern und die Solidarität ihnen gegenüber beruhen (auch) auf dem vergleichsweise profanen Umstand, dass die Zugehörigkeit zur rechtlich begründeten Gemeinschaft und die Anwendung universeller Moralprinzipien den Individuen bedeutende und wahrnehmbare Vorteile bieten: „Die Bürger müssen den *Gebrauchswert ihrer Rechte* auch in der Form sozialer Sicherheit […] erfahren können. Die demokratische Staatsbürgerschaft wird eine integrative Kraft nur entfalten, d.h. Solidarität zwischen Fremden stiften, wenn sie sich als ein Mechanismus bewährt, über den die Bestandsvoraussetzungen für erwünschte Lebensformen tatsächlich realisiert werden [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 143). Als empirische Referenz für diese Vermutung nennt HABERMAS (1996a, S. 144) die historische Ausbildung des europäischen Wohlfahrtsstaates und seiner Errungenschaften. Diese sozialstaatliche Pazifizierung habe „[…], und darauf kommt es mir an, die Bürger selbst für *den Vorrang* des Themas der Verwirklichung von Grundrechten sensibel gemacht [Hervorhebung im Original]“ (ebd.).

Eine solche normative Positionierung, die demokratische Identitätsprämissen allein durch das kollektive, aus Individualinteressen genährte Bekenntnis zu einer universalistisch begründeten Verfassung als erfüllt betrachtet, sieht sich angesichts einer nationalstaatlich geprägten Geschichte der Demokratie in besonderem Maße und beinahe unweigerlich mit skeptischen Einwänden konfrontiert. Wenig überraschend ist zunächst die offene Kritik aus Richtung des Kommunitarismus (vgl. Kapitel 2.3.1). So stellt Michael WALZER (1996) das vermeintliche Ideal des Liberalismus in Frage, Individuen könnten unvoreingenommen und frei über ihre Bindungen und Zugehörigkeiten entscheiden, theoretisch sei sogar eine Nicht-Bindung möglich (vgl. auch Deutung in MALOWITZ 2007, S. 100 f.): „Der vollkommen außerhalb aller Institutionen und Beziehungen stehende Mensch, der sich ihnen nur anschließt, wenn er oder sie sich dazu entscheidet und nur unter den von ihm oder ihr gewählten Bedingungen – dieser Mensch existiert nicht und kann in keiner vorstellbaren, sozialen Welt leben“ (WALZER 1996, S. 54 f.). Und an anderer Stelle: „Wir begegnen keinen ‚Menschen-an-sich‘, und das

Bemühen, sie zu erfinden – eine wahrhaft anstrengende Aufgabe – führt zu keinem anerkannten Ergebnis“ (ebd., S. 57). Konkreter könnte dieser kommunitaristische Einwand wie folgt übersetzt werden: Menschen seien schon immer Mitglieder spezifischer extrapolitisch begründeter Kollektive gewesen und die Geschichte der Demokratie zeige, dass demokratische Identitäten stets auf vorpolitische Bezüge zurückgingen; vor diesem Hintergrund sei das normative Postulat einer rein rechtlichen, auf der Zustimmung kulturell und moralisch entscheidungsfreier Individuen basierenden demokratischen Identität schlicht realitätsfern und im Grunde unzulässig.

Nun mag dieser kommunitaristische Einwand zunächst damit abgetan werden, dass er auf den grundsätzlichen Disput zwischen den sozialphilosophischen Lagern über das Vorhandensein eines moralischen Universalismus zurückzugehen scheint. Mit anderen Worten und etwas salopper formuliert: Wenn die Kommunitaristen universelle Werte gar nicht erst anerkennen, dann ist für sie logisch konsequent auch das liberale Argument nicht nachvollziehbar, demnach die Herrschaftsform der Demokratie auf universellen Werten beruhe, die *im Prinzip* von allen Menschen geteilt werden könne. Die kommunitaristische Kritik jedoch schlicht auf eine abweichende sozialphilosophische Grundsatzüberzeugung zurückzuführen, würde einen ihr innewohnenden praktischen Aspekt verkennen, der jenseits sozialphilosophischer Glaubensfragen Geltung erlangt. Bedeutend und bemerkenswert ist nämlich, dass der von Kommunitaristen formulierte Einwand in etwas anderer Form und mit etwas anderer Stoßrichtung auch von solchen Autoren vorgetragen wird, die eine Existenz des moralischen Universalismus an sich gar nicht anzweifeln. Die zentrale Frage dieser Skeptiker an den Liberalismus lautet: Wenn extrapolitische Faktoren tatsächlich keine Rolle bei der Definition demokratischer Identität spielen sollen, wie sind die notwendigen Abgrenzungen (*definitiones*) demokratischer Gemeinwesen dann überhaupt zu begründen und ihre Identitäten herzuleiten? Oder, wie HABERMAS (1996b) es selber an einer Stelle formuliert: „Wie kann die Grundgesamtheit derer definiert werden, auf die sich die Bürgerrechte legitim beziehen sollen?“ (ebd. S. 167) Denn universelle Werte, auf denen das Gemeinwesen laut liberaler Autoren zu beruhen habe, böten ja gerade *aufgrund* ihrer prinzipiellen Allgemeingültigkeit kein Kriterium der notwendigen Unterscheidung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern, zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des Demos: „Because human rights as well as the democtratic creed of ‚freedom, equality, solidarity‘ refer to all humans the political rights and entitlements derived from those are universal as well – at least in principle. Thus the universalistic democratic values as such do not offer any criteria to distinguish between citizens and non-citizens“ (GREVEN 2010, S. 186). Erhard FORNDRAN (2002) argumentiert in

dieselbe Richtung, richtet seinen Einwand jedoch insbesondere gegen die liberale Vorstellung, allein die diskursive Deutung universeller Werte könne sozialintegrativ und identitätsstiftend genug wirken: „Grundsätzlich kommt der liberale Ansatz nicht daran vorbei, daß Kommunikation zwar Einverständnis über Verfahrensregeln der Auseinandersetzung erlaubt, aber einen theoretisch triftigen Grund für gemeinschaftliche Grundwerte und ein korrespondierendes Gerechtigkeitsverständnis nicht angeben kann“ (ebd. S. 131). Und Joseph RAZ (1994, S. 77) würde wohl hinzufügen, dass schon die Ausbildung von gemeinsamen Kommunikationsstrukturen auf kulturellen Größen beruhen muss, nämlich auf gemeinsamer/-n Sprache/n und geteilten Verhaltenskonventionen (vgl. Kapitel 2.1.4).

Skeptiker wie GREVEN (2010) und FORNDRAN (2002) vermuten daher, dass eine historische Pfadabhängigkeit demokratischer Identitäten sowie der Einfluss extrapolitischer Faktoren auf demokratische Identitätsbildung nie gänzlich ausgeblendet werden können – und zwar auch und gerade dann nicht, wenn der universelle Charakter demokratischer Werte gar nicht in Frage steht. So räumt denn auch HABERMAS (1996b, S. 173) selbst ein, dass Rechtsordnungen stets „[…] im Lichte einer historisch vorherrschenden Überlieferung, Kultur und Lebensform […]“ (ebd.) entstünden. Es gebe sogar kulturell besonders empfindliche Materien wie Amtssprache(n), strafrechtliche Normen oder Curricula der öffentlichen Erziehung (vgl. ebd.). Wie im Folgenden deutlich werden wird, betrifft die hier aufgeworfene Frage, wie sich liberal-universalistische Ansätze zu einer extrapolitisch begründeten Abgrenzung demokratischer Gemeinwesen positionieren, auch die Bedeutung territorialer Bezüge für demokratische Identitäten: „The question is whether the political culture of democracy cannot only sufficiently shape citizens’ identity by itself but also determine the borders and the identity of the citizenry in question” (GREVEN 2010, S. 185).

Es ist also an der Zeit, die Brücke zu geographischen Territorialitätstheorien zu schlagen. Bislang wurde in diesem Kapitel umrissen, was demokratische Identität in den Augen liberal-universalistisch argumentierender Autoren ausmacht. Es wurde also der Frage nachgegangen, welche Eigenschaften eines Gemeinwesens aus Sicht des Liberalismus überhaupt gegeben sein und berücksichtigt werden müssen, um die in Kapitel 2.1 dargestellten demokratischen Identitätsprämissen zu erfüllen. Im nächsten Schritt sollen sich nun interdisziplinäre Überlegungen dazu anschließen, ob und wie *territoriale* Strategien für die Ausbildung einer demokratischen Identität im liberalen Sinne bedeutend oder sogar notwendig sein könnten. Ein solches Vorgehen wurde im vorigen Kapitel (2.3.1) bereits für kommunitaristische Identitätsvorstellungen praktiziert, und das dortige Resümee war deutlich: Territorialität, so wurde argumentiert, könne ein intendiertes und unintendiertes, ein *mögliches, aber nicht*

unerlässliches konstitutives Merkmal der kollektiven Identität eines Demos darstellen; diese kollektive Identität wiederum sei im kommunitaristischen Verständnis vor allem als Identität partikularer Moralgemeinschaften angelegt. Viele der im vorigen Kapitel ausführlich entwickelten allgemeinen Überlegungen zum Verhältnis von Territorialität und kollektiver Identität werden auch in diesem Kapitel eine wichtige Rolle spielen. Dennoch ist das Ergebnis der folgenden Analyse mit den bisherigen Erkenntnissen keineswegs vorweggenommen: Dass nämlich territoriale Strategien für ein kommunitaristisches Identitätsverständnis große Bedeutung einnehmen können, weil es ausdrücklich auf moralphilosophisch begründeter Partikularität und Abgrenzung beruht (vgl. Kapitel 2.3.1), das vermag nur eingeschränkt zu verwundern. Wie aber steht es um den Territorialbezug eines liberal-universalistischen Identitätsverständnisses, das doch gerade die prinzipielle Erweiterbarkeit von Moralvorstellungen über soziale Grenzen hinweg betont und die Zusammengehörigkeit des Demos rein vernunftrechtlich konzipiert?

Die Ausgangsthese, die im Folgenden besprochen werden soll, sei hier bewusst mutig formuliert: Gerade eine Positionierung, die moralphilosophisch von der Existenz universeller Werte ausgeht und die integrative, identitätsstiftende Kraft einer diskursiv ausgehandelten Verfassung betont, gerade eine Positionierung, die extrapolitische Einflüsse auf die demokratische Identitätsbildung kritisiert und als vernachlässigbar einstuft, gerade eine solche Positionierung verlangt in besonders starkem Maße nach Territorialität als Kriterium der notwendigen sozialen Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des Demos (zur Notwendigkeit dieser Unterscheidung: ARENDT 1993, S. 40 ff.). Territorialität wird in diesem Verständnis als konstitutionelles Konstrukt rein politisch und rechtlich definiert, fungiert aber zugleich als kollektiver demokratischer „Identitätsanker“ (POTT 2007, S. 30) sowie als prinzipiell kontingenter Orientierungsrahmen der sozialen Binnenintegration.

Doch was bedeutet das genau? Wie ließe sich die Ausgangsthese begründen? Es sei zunächst bei den liberal-universalistischen Kernvorstellungen vom Wesen demokratischer Identität angesetzt. Zur Erinnerung: Damit ein Gemeinwesen als demokratisch bezeichnet werden und Demokratie überhaupt gelingen kann, bedarf es einer grundsätzlichen Übereinstimmung der Bürger mit den Ideen und Normvorstellungen demokratischer Politik, es bedarf der Etablierung horizontalen Vertrauens sowie des Vorhandenseins von Solidarität und Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Kapitel 2.1). Alle diese Prämissen werden erst dann erfüllt, wenn sich ein Mindestmaß an sozialer Integration ausgebildet hat, das als kollektive demokratische Identität bezeichnet wird (vgl. OFFE 2000b, S. 67; ZÜRN 1996, S. 39). Vertreter liberal-universalistischer Standpunkte sind nun der Ansicht, dass eine solche demokratische

Identität allein auf einem kollektiven Bekenntnis zur Verfassung und zum demokratischen Prozess beruhen könne; extrapolitische Faktoren wie ethnische Abstammung, kulturelle Traditionen oder religiöse Zugehörigkeiten seien vernachlässigbar. Diese Form einer rechtlich begründeten Identität bezeichnen sie als „Verfassungspatriotismus“ (HABERMAS 1996a, S. 143). Es gilt: „[…] die Konstitution ist das Medium der Erzeugung einer Identität im Plural“ (PREUß 2010, S. 8).

Dass ein solches Verständnis demokratischer Gemeinwesen in einen bedeutenden Zusammenhang mit territorialem Denken und Handeln gestellt werden kann, liegt zunächst schon empirisch auf der Hand: Es lässt sich historisch aufzeigen, dass die institutionelle Ausgestaltung von Demokratie bislang stets auf Elemente territorialer Ordnung zurückgegriffen hat – dies gilt sowohl für die antike Polis wie auch für den modernen Nationalstaat (vgl. Kapitel 2.2). Soll heißen: Konstitutionen beziehen sich immer (auch) auf Räume, Verfassungen gelten innerhalb bestimmter Grenzen – nicht zuletzt, weil das Territorialprinzip eine notwendige Strategie für die Erfüllung der demokratischen Kongruenzbedingung darstellt (vgl. Kapitel 1). Wenn nun die kollektive Identität des Demos allein an die institutionelle Ausgestaltung demokratischer Herrschaft gekoppelt wird, dann muss schon aus rein empirischer Sicht die Vermutung folgen, dass politische Territorialität nicht nur als rechtliches Abgrenzungsinstrument fungiert, sondern zugleich ein bemerkenswertes Element identitätsstiftender Abgrenzung darstellt. Mit anderen Worten: Wenn der demokratische Prozess stets territorial organisiert wird und es eben dieser demokratische Prozess sein soll, der nach Ansicht des Liberalismus als wesentliche Grundlage für kollektive Zusammengehörigkeit dient, dann darf mit einiger Plausibilität angenommen werden, dass die territorialen Grenzen Einfluss auf die Identitätsbildung nehmen.

Doch bleiben solche empirisch begründeten Mutmaßungen jede Antwort auf die Frage schuldig, ob Territorialität im liberal-universalistischen Verständnis von *normativer* Bedeutung sein sollte oder nicht – und wie sich eine solche Bedeutung demokratie- wie territorialitätstheoretisch überhaupt herleiten ließe. Aber genau um diese Fragen soll es hier gehen. Territorialität, so soll argumentiert werden, kann eben nicht nur als ein empirisch erfassbarer Bestandteil nahezu aller demokratischen Konstitutionen angesehen werden, sondern auch als eine im normativen Sinne naheliegende Strategie, um eine demokratische Identitätsbildung zu fördern, die liberal-universalistischen Überzeugungen entspricht: Wesentliche Effekte territorialen Handelns wie die räumliche Klassifikation, die Funktionszuweisung an Räume oder die räumliche Reifikation der Macht des Volkes (vgl. SACK 1986, S. 19, 33) lassen sich *im Prinzip* rein rechtlich konstruieren und bieten zugleich einen

konstitutionell begründeten Rahmen sozialer Integration, ohne extrapolitische Faktoren bemühen zu müssen. Soll heißen: Wenn allein der Glaube an den demokratischen Prozess sozialintegrativ genug wirken soll, um zentrale demokratische Identitätsprämissen zu erfüllen, dann bedarf es einer konstitutionellen, rein rechtlichen Regelung der Frage, wo die Grenzen jenes Kollektivs liegen, das universalistische Prinzipien für sich selbst spezifisch auslegt. Ein praktisches normatives Instrument für eine solche Regelung bietet eine entsprechend auszugestaltende, nämlich strikt politisch zu konzipierende Territorialität. Denn alle denkbaren Alternativen, die identitätsstiftend wirken könnten, lassen sich entweder in eine Gruppe solcher Kriterien einordnen, die im liberal-universalistischen Sinne unerwünscht da extrapolitisch erscheinen (unter anderem ethnische Abstammung, religiöse Zugehörigkeit), oder aber einer Gruppe von Kriterien zuweisen, die ungeeigneter für eine konstitutionelle Festschreibung und darauf beruhende beständige Sozialintegration sind als Territorialität (unter anderem Zugehörigkeit zu Kommunikationszusammenhängen, Sprachgruppen). Letztere Kriterien spielen zwar eine bedeutende Rolle, jedoch meist *im Zusammenspiel* mit – und manchmal sogar in Abhängigkeit von – territorialen Strategien.

Wie ließe sich dieses Argument noch konkretisieren und vor allem theoretisch unterfüttern? Der Geograph Robert David SACK (1986) ist einer der wenigen Autoren, die sich systematisch mit einer Theoriebildung zum Thema Territorialität befasst haben. Er betont, Territorialität sei zunächst – und das ist hier wesentlich – eine abstrakte menschliche Strategie, die in ganz unterschiedlicher Art und Weise institutionalisiert werden könne. Diese Strategie ermögliche es, menschliche Aktivitäten, natürliche Phänomene und Verhältnisse zu beeinflussen und zu kontrollieren; sie werde von Individuen genauso angewandt wie von Gruppen oder Organisationen (ebd., S. 20). Der kontrollierte Raumausschnitt kann folglich vom individuellen Privatraum über Räume, die mit der Mitgliedschaft in bestimmten Gruppen verbunden werden, bis hin zum Staatsterritorium reichen (vgl. AGNEW 2000a, S. 823 f.; STRÜVER 2002, S. 339). In jedem Fall aber ist ein Territorium stets das Ergebnis einer sozialen Konstruktion, die bestimmte Ziele verfolgt – nicht mehr, aber auch nicht weniger (vgl. SACK 1986, S. 26). Das heißt: Alle weiteren Attribute des territorialen Verhaltens wie seine Intensität, seine genaue Begründung oder seine konkrete Zielsetzung sind erst die Ergebnisse einer spezifischen institutionellen Auslegung. Teil der territorialen Konstruktion oder ihrer Zielsetzung *kann* es dementsprechend sein, Aussagen über extrapolitische Zugehörigkeiten auszudrücken, aber dies ist *nie* zwangsläufig so. Übertragen auf den Entwurf einer liberalen Konzeption von Territorialität bedeutet das: *Im Prinzip* ist eine demokratische Territorialität denkbar, die rein rechtlich im Rahmen der Verfassungsgebung definiert wird und die Zugehörigkeit der Konsti-

tuenten nur nach räumlichen Aspekten (zum Beispiel Wohnort, Geburtsort) und nicht nach anderen sozialen Eigenschaften des Individuums (zum Beispiel Ethnie, Religion) bestimmt.

Dass es eine solche Vorstellung von Territorialität ist, die der Liberalismus in der Argumentationstradition von Immanuel Kant einfordern dürfte, erkennt auch Michael Th. GREVEN (2010), wenn er schreibt: „[The] somehow Kantian ‚vision' is evidently based on the decoupling of the historical amalgam of the territorial-based state on the one hand and the construction of a ‚nation' or ‚national people' as a basis for citizenship on the other" (ebd., S. 186 f.). Das Territorialprinzip zur Bestimmung des Demos („ius territorialis") erfährt im liberalen Sinne also einen konsequenten Bedeutungszuwachs, denn sein Gegenstück, das Abstammungsprinzip („ius sanguinis"), wird folgerichtig delegitimiert: „The principle of *jus sanguinis* articulates the historical experiences of peoples who owe their survival in history not to their organized power but rather to their cultural life and the continuity of their ethnic traditions. Yet principles of democratic citizenship should not be based upon such experiences" (BENHABIB 1998, S. 240). Es versteht sich von selbst, dass mit dieser Betonung des Territorialprinzips noch keine Aussage darüber getroffen ist, wie groß oder klein, historisch erwachsen oder schnell anpassbar demokratische Territorien aus liberaler Sicht sein sollten. Wie später zu sehen sein wird, konzipieren liberal-universalistisch argumentierende Autoren beispielsweise unter dem Schlagwort des Kosmopolitismus ganz neue Formen politischer Territorialität, die mit der bisherigen nationalstaatlich-homogenen Form brechen (vgl. Kapitel 4.3).

Die Anwendung einer rechtlich begründeten Territorialität beziehungsweise die strikte Implementierung des Territorialprinzips können also *per se* aktive Strategien darstellen, eine Zusammengehörigkeit unter Fremden zu konstruieren (vgl. SACK 1986, S. 33). Auf diesem Wege kann sich – jedenfalls im Prinzip – ein Gemeinwesen definieren, ohne extrapolitische Attribute der Individuen berücksichtigen zu müssen. Robert D. SACK (1986, S. 27) bezeichnet diesen Effekt als territoriale Definition von sozialen Beziehungen: „Location within a territory defines membership in a group. This use of territory [means] to define belonging in a community […]" (ebd., S. 27).

Doch wie schon im vorigen Kapitel (2.3.1) ausführlich dargestellt wurde, wäre es zu simpel, das identitätsstiftende Potenzial territorialer Strategien auf den Akt der kollektiven Konstruktion eines gemeinsamen Raumbezuges und die damit einhergehende bewusste Differenzierung von anderen zu reduzieren. Die Konstruktion von Territorien ist kein einseitiger Prozess: Menschen nutzen Territorialität zur Identitätsstiftung und die dadurch geschaffenen Territorien wirken sich ihrerseits identitätsbildend aus – dies ist nicht (immer) steuerbar, es

passiert teilweise sogar unbewusst. David STOREY (2001) stellt fest: „[…] humans create, shape and re-shape territory. However, this is not just a one-way process. Just as human behaviour results in the creation of territories so these territories […] impact on human life in a myriad of ways. People shape territories and territories shape people" (ebd., S. 19). Und an anderer Stelle: „While highlighting the functions of territory, the phenomenon should not be reduced to a mere commodity or be seen simply as a spatial container. […] territory can play an important role in the formation of people's self-identity" (ebd., S. 7). Ähnlich äußerte sich schon Georg SIMMEL (1908), der die Grenze zwar als „[…] soziologische Tatsache, die sich räumlich formt" (ebd, S. 467) bezeichnete, aber dem dadurch geschaffenen „[…] räumlich-sinnlichen Gebilde […]" (ebd.) starke Rückwirkungen auf die sozialen Prozesse bescheinigte. Übersetzt in die Denkweise des Liberalismus könnte dies bedeuten: Das konstitutionell festgelegte Konstrukt des demokratischen Staatsterritoriums wirkt durch seine rechtliche wie physische Verstetigung vertrauensbildend und gemeinschaftsstiftend auf die Konstituenten zurück, und zwar als Gebiet der gemeinsamen Herrschaft, als Gebiet der Rechtssicherheit und Rechtsgültigkeit, aber idealerweise eben nie – und hier liegt ein entscheidender Unterschied zum Kommunitarismus – als Gebiet gemeinsamer ethnischer Herkunft oder religiöser Heimat. Es lässt sich also vermuten, dass demokratischer Territorialität auch aus liberal-universalistischer Sicht eine doppelte Funktion bei der Identitätsbildung des Demos zugeschrieben werden kann und sollte: Offenbar besteht ein wechselseitiges Verhältnis zwischen der aktiven Anwendung territorialer Strategien zur demokratischen Identitäts-bildung einerseits und den identitätsstiftenden Rückwirkungseffekten der kontinuierlich konstruierten territorialen Manifestationen andererseits. Doch wie würde die Beschreibung und Bewertung der detaillierten Eigenschaften dieses Wirkungsverhältnisses aus liberal-universalistischer Perspektive ausfallen? Lassen sich die im vorigen Kapitel (2.3.1) formulier-ten sieben Thesen nicht nur im Sinne des Kommunitarismus, sondern auch im Sinne des Liberalismus vertreten? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Denn es sei daran erinnert: Indem hier das identitätsstiftende Potenzial von Territorialität aus zwei ganz unterschiedlichen normativen Demokratieverständnissen heraus charakterisiert und beurteilt wird, sollen Erkenntnisse darüber ermöglicht werden, ob territorialen Strategien nicht nur eine historisch-empirische, sondern sogar eine übergeordnete, normativ begründete Bedeutung für die demokratische Identitätsbildung zugeschrieben werden kann.

1. Identitätsstiftende Raumkonstrukte statt identitätsstiftender Räume

Wie schon aus kommunitaristischer Perspektive darf auch aus liberal-universalistischer Sicht völlig selbstverständlich angenommen werden, dass *nicht von einem identitätsstiftenden Einfluss des Raumes an sich die Rede sein kann, sondern von Auswirkungen der sozial produzierten territorialen Raumkonstrukte*. Erst die menschliche Abgrenzung von Räumen und deren Sinnzuschreibung ergeben jene Konstrukte, die zu Referenzen sozialer Identifikationsprozesse werden (vgl. SACK 1986, S. 19; SACK 2010, S. 8; SIMMEL 1908, S. 461; STOREY 2001, S. 17; TUAN 1977, S. 54). Diese geographische Erkenntnis lässt sich mit den normativen Ideen des Liberalismus sogar noch unterstreichen: Demokratische Territorialität kann aus liberal-universalistischer Perspektive nur als die räumliche Dimension der sozial konstruierten Verfassung verstanden werden. Und diese raumrelevante Verfassung wiederum ist es, die im Sinne des Liberalismus zum ausschließlichen Bezugspunkt eines identitätsstiftenden Patriotismus werden soll (vgl. HABERMAS 1996a, S. 143; PREUß 2010, S. 8; WEHLER 1995, S. 174 f.).

2. Identitätsbildung erst durch Kommunikationsprozesse

Wie bereits im vorigen Kapitel (2.3.1) dargelegt wurde, kann aus der ersten These abgeleitet werden, dass *die identitätsstiftende Wirkung territorialer Raumkonstrukte erst durch Kommunikationsprozesse entsteht*. Schon für die Konstruktion eines Territoriums bedarf es eines kommunikativen Austausches: „[…], by definition, territoriality must contain a form of communication" (SACK 1986, S. 21). Diese Kommunikation erfolgt nicht nur über das Medium der Sprache, sondern auch symbolisch. Markierungen und Zeichen werden als Grenzen gesetzt und als solche interpretiert: „A territorial boundary may be the only symbolic form that combines a statement about direction in space and a statement about possession or exclusion" (ebd.). Die Perzeption eines derart kommunizierten territorialen Raumkonstrukts vollzieht sich laut Gerhard HARD (1987) ihrerseits innerhalb eines Kommunikationssystems, „[…] in dem die emotional und politisch besetzte Raumabstraktion […] zirkuliert" (ebd., S. 140). Folglich ist im Kontext der Neuen Kulturgeographie argumentiert worden, dass Identitätskonstruktionen, die Räume beziehungsweise Orte als „Identitätsanker" (POTT 2007, S. 30) verwenden, stets als Ergebnisse sozialer Diskurse verstanden werden müssten – und daher im Umkehrschluss wissenschaftlich dekonstruiert werden könnten (vgl. ebd., S. 28, 31; GLASZE 2013).

Diese geographischen Einschätzungen passen bestens zu liberal-universalistischen Vorstellungen davon, wie demokratische Identität normativ konzipiert werden sollte. Autoren wie

Jürgen HABERMAS (1996a, S. 143; 1996b, S. 165) oder Ulrich PREUß (2010, S. 8) postulieren ja explizit, die demokratische Verfassung und ihr territorialer Bezugsraum dürften nur aus einer öffentlichen kommunikativen Aushandlung heraus entstehen, die auf sachlicher Auseinandersetzung und spezifischer Auslegung universeller Werte beruhe. Einzig eine derartig entstandene (territorial gültige) Verfassung dürfe dann zur Grundlage eines kontingenten Patriotismus werden, der den demokratietheoretisch für notwendig erachteten Zusammenhalt unter den Konstituenten gewährleiste und Demokratieprämissen wie normative Identifikation, Solidarität, horizontales Vertrauen und Partizipation ermögliche (vgl. Kapitel 2.1). Durch die in dieser Argumentation enthaltene Kopplung der Konzepte Verfassung, Territorialität und Identität muss angenommen werden, dass jene Kommunikationssysteme, die räumliche Identitäten konstruieren, auch aus liberal-universalistischer Sicht als übereinstimmend mit jenen Öffentlichkeiten gelten können, die in der demokratietheoretischen Literatur als unentbehrliche Grundlage für politische Entscheidungsfindungsprozesse gelten (vgl. KIELMANNSEGG 1996, S. 55; RAZ 1994, S. 77; ZÜRN 1996, S. 40).

3. Deckungsgleichheit von Territorium und Gemeinwesen für Identitätsbildung nicht zwingend notwendig

Eine wichtige Erkenntnis der sozialgeographischen Forschung ist es, dass *der identitätsstiftende Einfluss von territorialen Raumkonstrukten nicht zwingend eine Deckungsgleichheit von Territorium und einem homogenen Siedlungsgebiet der konstruierenden/konstruierten Gemeinschaft erfordert*. Gerade weil die identitätsstiftende Wirkung von Raumkonstrukten erst durch Kommunikationsprozesse entsteht und Kommunikationssysteme wiederum nicht klar zu verorten sind (jedenfalls nicht *in toto*), muss eine Notwendigkeit der Deckungsgleichheit von Territorium und Gemeinwesen für die Identitätsbildung als unbegründet gelten. Versuche, Raumwahrnehmungen im Sinne von „eine Region = eine Identität“ ausschließlich räumlich definierten Gruppen zuzuweisen und sogar zu kartieren (vgl. BLOTEVOGEL et al. 1986), sind forschungshistorisch fehlgeschlagen (vgl. HARD 1987, S. 134 ff.). Gleichwohl schließt diese Feststellung nicht aus, dass gerade durch den zumeist territorialen Raumbezug der auf eine spezifische Öffentlichkeit begrenzten Identitätsbildung die Grenzen eben dieser Öffentlichkeit jedenfalls schwerpunktmäßig denen des Territoriums ähneln *können*. Als klassisches Beispiel seien nationale Öffentlichkeiten genannt (vgl. Kapitel 2.2.2), deren Kommunikationsteilnehmer häufig – wenn auch nie homogen – innerhalb nationalstaatlicher Grenzen wirken.

Aus demokratietheoretischer Sicht liegt die Schwierigkeit nun darin, dass eine möglichst hohe Übereinstimmung von Demos, Identitätskollektiv und Territorium eigentlich als normativ wünschenswert gelten muss, damit die demokratietheoretische Kongruenz- wie auch die Identitätsbedingung zeitgleich erfüllt werden können. Mit anderen Worten: Wenn möglichst alle Bewohner eines Rechtsgebietes als Kollektiv über „sich selbst" bestimmen können sollen (Kongruenzprämisse, vgl. Kapitel 1) und es zeitgleich eines belastbaren sozialen Gemeinsinns dieser Konstituenten bedarf (Identitätsprämisse), dann müssen Selbstbestimmungskollektiv, Identitätskollektiv und Rechtsgebiet *idealerweise* sogar deckungsgleich sein. Aus Sicht des Kommunitarismus ist das ein echtes Problem, weil er extrapolitisch (also zum Beispiel religiös oder ethnisch) begründete Moralkollektive als ideale Demoi ansieht – diese sind jedoch immer seltener mit den territorialen Staatsgrenzen deckungsgleich (falls sie es je waren). Der Liberalismus hat es da einfacher: Durch die rein rechtliche Begründung demokratischer Identität ist der Bezugspunkt des sozialen Zusammengehörigkeitsgefühls die Verfassung mit dem in ihr definierten rechtlichen Staatsgebiet *an sich*. Durch diese normative Kopplung von konstitutioneller Identitätskonzeption und Territorium steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Demos, Identitätskollektiv und Territorium tatsächlich einen hohen Grad der Deckungsgleichheit aufweisen – und zwar ohne hierfür irgendwelche vermeintlich essentialistischen Kriterien anwenden zu müssen.

Die aus liberal-universalistischer Sicht prioritäre Bedeutung der Verfassung (und damit des Rechts) für die Frage der Deckungsgleichheit von Identitätskollektiv und Territorium wird auch dann deutlich, wenn sich Jürgen HABERMAS (1996b, S. 170 ff.) mit der Legitimität von Sezessionen beschäftigt: Er stellt fest, dass ein Territorium nur so groß sein könne wie der soziale Handlungszusammenhang, in dem noch gleiche Rechte, Freiheit und Nicht-Diskriminierung gesichert seien; alternativ dürfe, ja, müsse es zur Sezession kommen (vgl. ebd., S. 170 f.). Extrapolitische Identitäten allein stellten allerdings keinen überzeugenden Separierungsgrund dar: Religiöse oder ethnische Differenzen müssten durch politische Instrumente wie gruppenspezifische Rechte oder Politiken der Gleichstellung geregelt werden (vgl. ebd., S. 174). „Eine Sezessionsforderung ist erst dann berechtigt, wenn die zentrale Staatsgewalt einem Teil der Bevölkerung, der auf einem Territorium konzentriert ist, seine Rechte vorenthält; dann kann die Forderung nach Inklusion auf dem Wege über nationale Unabhängigkeit durchgesetzt werden" (ebd., S. 170).

4. Sogar imaginäre Territorien potenziell identitätsstiftend

Es erscheint aus der Perspektive der Politischen Geographie sehr plausibel, dass *sogar territoriale Raumkonstrukte, die gar nicht, nicht mehr oder noch nicht physisch manifestiert sind, Einfluss auf die Konstruktion politischer Kollektividentitäten haben können*. Naheliegende Beispiele sind die Territorialansprüche von Separatisten oder die räumlich begründete Verbundenheit von Kriegsvertriebenen. Schon die rein imaginäre Konstruktion eines Territoriums, das – wie in den vorgenannten Fällen – beansprucht oder vermisst wird, reicht aus, um Territorialität zu praktizieren, und zwar im Sinne einer imaginären räumlichen Grenzziehung zu funktionalen Zwecken (vgl. SACK 1986, S. 21). Die Wichtigsten dieser funktionalen Zwecke dürften auch hier in der Konstruktion einer Zusammengehörigkeit unter Fremden (nach innen) und der politisch-identitätsstiftenden Abgrenzung von anderen (nach außen) liegen (vgl. ebd., S. 27 ff.).

Aus liberal-universalistischer Sicht scheint diese Form identitätsstiftender Territorialität einer differenzierten Betrachtung zu bedürfen: Einerseits ist es normativ abzulehnen, dass imaginierte Territorien dazu dienen, sozialen Gruppen Argumente für eine bewusst extrapolitisch motivierte Separierung von politisch-konstitutionell begründeten, räumlich definierten Gemeinwesen zu liefern (vgl. Sezession, These 3). Andererseits kann sich das identitätsstiftende Potenzial von rein imaginären Territorien aus liberal-universalistischer Perspektive auch in normativ begrüßenswerter Form ausdrücken: nämlich immer dann, wenn die rein verfassungsrechtliche Konstruktion des Territoriums ausreicht, um eine demokratische Identität zu generieren, ohne dass es starker physischer Manifestationen bedarf. Tatsächlich könnte argumentiert werden, dass die föderale Binnengliederung vieler Staaten ein - wenn auch nicht perfektes – Beispiel dafür ist, wie eine physisch kaum erkennbare Abgrenzung dennoch eine identitätsstiftende Wirkung entfalten kann, weil sie von verfassungsgemäßer *rechtlicher* Relevanz ist.

5. Keine Beschränkung der Identitätsbildung auf nationalstaatliche Territorialität

Die geographische Forschung geht sehr deutlich davon aus, dass *für eine Reduzierung des identitätsstiftenden Potenzials von Territorialität auf seine nationalstaatliche Form kein Anlass besteht*. Territoriale Strategien werden in den unterschiedlichsten Kontexten auf den unterschiedlichsten Maßstabsebenen angewandt, daher können sie die Herausbildung menschlicher Kollektiv- wie Individualidentitäten *im Prinzip* auf allen diesen Ebenen mitprägen. Ein auf nationalstaatliche Grenzen beschränkter Gebrauch des Territorialitätsbegriffes würde der Theorie dieses Konzepts sogar grundlegend widersprechen (vgl. AGNEW 2000a, S. 823 f.;

SACK 2010, S. 232; STRÜVER 2002, S. 339). Aus diesen Gründen beschäftigte sich die Sozialgeographie schon in den Achtzigerjahren intensiv und kontrovers mit dem Entwurf von Regionalbewusstseinsmodellen (BLOTEVOGEL et al. 1986, 1989; HARD 1987, S. 139). In den letzten Jahrzehnten ist dann die Frage nach einer Koexistenz multipler räumlicher Identitätsbezüge stärker in den Fokus geographischer Forschung gerückt. Mittlerweile liegen zum einen empirische Hinweise darauf vor, dass sich Individuen zeitgleich mit territorialen Konstrukten unterschiedlicher Maßstabsebenen identifizieren können (Kommunen, Regionen, Nationalstaaten, supranationale Gebilde etc.) (vgl. AGNEW 2003, S. 219, 241); zum anderen ist in der Neuen Kulturgeographie über die Entstehung transnationaler und multilokaler Identitätskonstruktionen berichtet worden, die sich insbesondere im Kontext von Migrationsbiografien vollziehe (vgl. POTT 2007, S. 31).

So naheliegend und selbsterklärend diese Erkenntnisse auch erscheinen mögen: Sie sind keineswegs trivial, brechen sie doch mit der – sogar wissenschaftlich – allzu häufig nahegelegten Alternativlosigkeit nationalstaatlich strukturierter Gesellschaftsordnungen (hierzu: ANDERSON 1983, S. 12 f., 219, 241; TAYLOR; FLINT 2000, S. 232 ff.). Zwar betonen Vertreter liberal-universalistischer Positionen, welch hohe Bedeutung die Entstehung des Nationalstaates historisch gehabt habe: Erst durch diese neue Form der sozialen Integration mit starkem Territorialbezug gelang die Begründung einer modernen Demokratie (vgl. HABERMAS 1996a, S. 131, 133, 140). Doch eine demokratietheoretische Notwendigkeit des nationalstaatlichen Identitätskonzepts kann der Liberalismus trotz dieser historischen Einschätzung nicht erkennen. Im Gegenteil: Er konzipiert die notwendige demokratische Zusammengehörigkeit bewusst rein verfassungsbasiert, so dass extrapolitische Konstrukte wie jenes einer ethnisch-kulturellen Nation vernachlässigt werden können (vgl. CRONIN 2003, S. 3; HABERMAS 1996a, S. 143, 1996b, S. 165 ff.; PREUß 2010, S. 8). Auf diese Weise öffnen sich liberal-universalistische Positionen in besonders starkem Maße der Möglichkeit einer demokratischen Identitätsbildung mit (rechts-)räumlichen Bezügen unterschiedlichster Dimension. Das Hauptkriterium der Erweiterbarkeit und Grenzziehung wird vernunftrechtlich ausgestaltet: Das demokratische Territorium korrespondiert idealerweise mit jenem sozialen Handlungszusammenhang, in dem noch gleiche Rechte, Freiheit und Nicht-Diskriminierung gesichert sind (vgl. HABERMAS 1996b, S. 170). Dass die hierin angelegte prinzipielle Kontingenz jedoch *de facto* nicht als vollkommen beliebig, sondern als historisch pfadabhängig verstanden werden muss, zeigt die von HABERMAS (1996b) vorgenommene Einschränkung: „Rechtsordnungen sind auch im Ganzen ‚ethisch imprägniert', weil sie den universalistischen Gehalt derselben Verfassungsprinzipien verschieden, nämlich […] im

Lichte einer historisch vorherrschenden Überlieferung, Kultur und Lebensform auf jeweils andere Weise interpretieren“ (ebd., S. 173). Auch aus liberal-universalistischer Sicht gilt es also sehr genau abzuwägen, in welchen sozialen und territorialen Strukturen belastbare demokratische Identitäten tatsächlich ausgebildet werden können.

6. Grundsätzliche, aber nicht beliebige Veränderlichkeit von identitätsstiftenden Territorialbezügen

In der vorigen These wurde dieser Aspekt bereits angesprochen und er soll hier noch einmal explizit gefasst werden: Natürlich folgt aus dem prinzipiell sozialkonstruierten Charakter von Territorialität und von kollektiven Identitäten eine *grundsätzliche Kontingenz identitätsstiftender Territorialbezüge. Diese darf aber keinesfalls als beliebige Veränderlichkeit aufgefasst werden*. Zwar wurde in diesem Kapitel argumentiert, dass Territorialität aus liberal-universalistischer Perspektive nur als konstitutionelles Konstrukt verstanden werden könne, das als kollektiver demokratischer „Identitätsanker“ (POTT 2007, S. 30) einen Orientierungsrahmen für die soziale Binnenintegration biete. Und es wurde dargelegt, dass dieses Konstrukt gerade aufgrund seiner rein politischen und rechtlichen Definition grundsätzlich veränderbar sei. Doch gibt es zugleich Faktoren, die eine solche Rekonfiguration in der Praxis einschränken – ein Umstand, der auch vom Liberalismus anerkannt werden muss. Die Konstruktion von demokratischen Identitäten und ihren Grenzen unterliegt stets einem – freilich variierenden – Maß an historischer Pfadabhängigkeit. GREVEN (2010, S. 190) und HABERMAS (1996b, S. 173) weisen deutlich darauf hin, dass selbst jene Gemeinwesen, die sich bewusst als rein rechtlich begründete, freiheitliche Kollektive konstruieren, nicht umhinkommen, in ihrer Entwicklung von einer extrapolitischen Identitätsgeschichte beeinflusst zu sein (unter anderem Nationalismen, Religionen, kulturelle Lebensformen). Und selbst wenn extrapolitische Einflüsse keinerlei Rolle spielten, so wäre die Veränderbarkeit des konstruierten Gemeinwesens allein schon durch seine institutionelle Ausgestaltung eingeschränkt. Mit anderen Worten: Die Verfassung an sich und das auf ihr beruhende Rechtssystem stecken zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten enge Grenzen – und zwar nicht nur bildlich, sondern auch territorial. Schon im vorigen Kapitel (2.3.1) wurde darauf hingewiesen, dass Recht und Territorium – eigentlich Manifestationen einer sozialen Abgrenzung – selber zur machtvollen, identitätsprägenden Autorität werden können (vgl. SACK 1986, S. 38), weil sie Rückwirkungen auf soziale Handlungsspielräume haben.

7. Gefahr einer territorial begründeten Delegitimierung des Fremden

Gerade weil territoriale Identitätskonstruktionen einer historischen Pfadabhängigkeit unterliegen, besteht allgegenwärtig die Gefahr, dass *Gemeinwesen ihre eigene Existenz und ihren identitätsstiftenden Raumbezug nicht mehr als konstruiert und ausgehandelt, sondern als essentiell gegeben ansehen; in diesen Fällen droht stets die Gefahr einer Delegitimierung fremder Gemeinwesen sowie fremder Territorialbezüge*. Dieser Zustand ist zum Beispiel dann gegeben, wenn Konstituenten nationale Territorialansprüche biologistisch legitimieren und Identitätswahrung als Kampf gegen alles Fremde missinterpretieren (vgl. BENHABIB 1998, S. 226). Im vorigen Kapitel (2.3.1) wurde bereits argumentiert, dass die Gefahr einer solchen Tendenz immer dann besonders groß sei, wenn der ideale Demos – wie im Kommunitarismus – als gewachsene, partikulare und möglichst homogene Moralgemeinschaft entworfen wird. Aber auch das liberal-universalistische Konzept demokratischer Identität sieht sich mit der hier beschriebenen essentialistischen Falle konfrontiert: Zwar müssen die identitätsstiftenden Raumbezüge des Demos aus der Perspektive des Liberalismus als strikt verfassungsbasiert angelegt sowie rein politisch begründet werden. Und ein solches Verständnis entzieht extrapolitischen, insbesondere essentialistischen Deutungen eigentlich die Legitimität. Diese demokratietheoretische Identitätskonzeption wäre jedoch unglaubwürdig, wenn nicht auch sie die parallele Existenz extrapolitischer Identitäten und die Möglichkeit (beziehungsweise Gefahr) einer als essentialistisch wahrgenommenen Kopplung politischer und extrapolitischer Identitätsverständnisse anerkennen würde. So räumt Jürgen HABERMAS (1996b, S. 173) denn auch ein, dass selbst die gemeinsamen Normvorstellungen eines bewusst politisch konstruierten Gemeinwesens meist „[…] im Kontext der Erfahrungen einer nationalen Geschichte und im Lichte einer historisch vorherrschenden Überlieferung, Kultur und Lebensform […]“ (ebd.) entstünden. Als problematisch ist dieser Kontext freilich erst dann zu werten, wenn er als alternativlos verklärt, gegen Minderheiten und Nicht-Mitglieder des Demos in Stellung gebracht und/oder zur Grundlage für aggressive Territorialstrategien ernannt wird.

Abschließend und zusammenfassend sei nun gefragt: Wie ist die Bedeutung von Territorialität für die Herausbildung eines demokratischen Gemeinsinns (vgl. Kapitel 2.1) aus Sicht des Liberalismus zu bewerten? Könnte Territorialität wichtig oder gar notwendig sein, um die demokratietheoretische „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) zu erfüllen? Alle hier angestellten Überlegungen deuten tatsächlich darauf hin, dass die Ausgangsthese dieses Kapitels Bestätigung findet: Auch und gerade für liberal-universalistische Vorstellungen davon, wie die Identität des Demos konzipiert und begründet werden sollte, kann ein

bedeutender Bezug zu territorialen Strategien dargelegt werden. Der Liberalismus geht moralphilosophisch von der Existenz universeller Werte aus; er postuliert die diskursiv ausgehandelte Verfassung als Quelle eines legitimen Gemeinsinns des Demos; er stuft extrapolitische Einflüsse auf die demokratische Identitätsbildung als unerwünscht ein. Kurzum: Eine solche Positionierung setzt ganz und gar auf die identitätsstiftende Kraft der demokratischen Institutionen und Prozesse *an sich*. Die kollektive, spezifische Auslegung universeller Werte (in Form einer Verfassung und eines darauf beruhenden Rechtssystems) wird zum einzig legitimen Abgrenzungskriterium des Demos erklärt (vgl. FORNDRAN 2002, S. 131; HABERMAS 1996a, S. 139, 142, 1996b, S. 158, 164; PREUß 2010, S. 8). Folglich darf in diesem Verständnis auch Territorialität nur als Teil eines konstitutionell verankerten normativen Settings verstanden werden, sie muss also auf einer politischen – und zwar idealerweise *rein* politischen – Aushandlung beruhen. Eine derartig ausgelegte und institutionalisierte Territorialität, so wurde in diesem Kapitel argumentiert, bildet dann sogar ein sehr sinnvolles Instrument der notwendigen, identitätsstiftenden Differenzierung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des Demos (zur Notwendigkeit dieser Unterscheidung: ARENDT 1993, S. 40 ff.). Denn im Gegensatz zu extrapolitischen Identitätskriterien wie Ethnie oder Religion liegt ja gerade der Vorteil von Territorialität darin, dass sie eine äußerst variabel konstruierbare Strategie darstellt, die *im Prinzip* rein vernunftrechtlich begründet werden kann. Wesentliche Effekte territorialen Handelns wie die Schaffung einer Gruppenzugehörigkeit, die räumliche Klassifikation, die Funktionszuweisung an Räume oder die räumliche Reifikation der Macht des Volkes lassen sich – jedenfalls theoretisch – ohne jeden extrapolitischen Einfluss konzipieren (vgl. SACK 1986, S. 19, 20, 27, 33). Mit anderen Worten: Es ist denkbar, dass Territorialität genutzt wird, um einen Gemeinsinn unter demokratischen Konstituenten zu etablieren, ohne dass hierfür eine Verknüpfung mit Konzepten wie ethnischer Volksnation oder konfessioneller Gemeinschaft notwendig wäre.

Ein solcher Entwurf einer liberal-universalistisch angelegten demokratischen Territorialität erscheint darüber hinaus als Identitätsgrundlage besonders vielversprechend, weil er den Gemeinsinn mit politischer Betroffenheit und Teilhabe koppelt: Das konstitutionell festgelegte Territorium kann also zugleich die Kongruenz von Herrschaftssubjekten und -objekten sichern (vgl. Kongruenzbedingung, Kapitel 1) wie auch als Referenz für die Herausbildung demokratischer Identität dienen. Um diesen Gedanken an aktuellen Beispielen zu verdeutlichen: Wäre es nicht viel stärker mit demokratischen Prinzipien zu vereinen, wenn sich Flamen und Wallonen darauf besinnen würden, ihre konstitutionell-territoriale Zusammengehörigkeit in einen freiheitlichen belgischen Gemeinsinn zu fassen, statt sich in sprachlich-

kulturellem Partikularismus zu üben? Wäre es nicht erstrebenswert, dass sich die Bevölkerungen Schottlands und des restlichen Großbritanniens als ein Kollektiv gemeinsamer Lösungsfindung und Rechtsetzung verstünden, statt historisch-kulturelle Identitätsdifferenzen auszufechten?

So vielversprechend ein solch liberal-universalistisches Konzept des Verhältnisses von Identität und Territorialität auch klingen mag: Eine zentrale Kritik am Liberalismus besteht ungebrochen fort und muss hier noch einmal aufgegriffen werden. Sie sei zunächst an den eben genannten empirischen Beispielen aufgezeigt: Ein wesentliches Problem liegt offenkundig darin, dass Flamen, Wallonen und Schotten in ihren politischen Identitäten eben nicht nur durch die Vorteile des freiheitlichen Zusammenlebens und durch die Erfahrungen ihres gemeinsamen Entscheidens geprägt sind, sondern auch – und noch viel mehr – durch historisch verankerte, als unüberbrückbar perzipierte sprachliche, kulturelle, ja, sogar ethnische Konzepte. Und es ist außerordentlich fraglich, ob ein rein prozedural herbeigeführter „Verfassungspatriotismus" (HABERMAS 1996a, S. 143) in absehbarer Zeit eine reale Chance gegen diese vorpolitischen Faktoren hätte. Aber mehr noch: Sozialphilosophisch muss sogar angezweifelt werden, dass die im Modell des „Verfassungspatriotismus" (ebd.) vorgesehene Identitätsbildung im Sinne einer spezifischen Auslegung universeller Werte überhaupt *möglich* ist. Denn wenn sich der vom Liberalismus angenommene moralische Universalismus doch gerade durch die grenzenlose Gültigkeit seiner Prinzipien auszeichnet, wie soll dann ausgerechnet dieser Universalismus geeignet sein für die identitätsbildende Differenzierung zwischen Demos und Nicht-Demos? Dieser Widerspruch findet bislang keine plausible Auflösung. Skeptiker wie Michael Th. GREVEN (2010, S. 185 f.) oder Erhard FORNDRAN (2002, S. 131) vermuten daher, dass eine historische Pfadabhängigkeit demokratischer Identitäten sowie der Einfluss extrapolitischer Faktoren auf die demokratische Identitätsbildung nie gänzlich ausgeblendet werden können. In diesem Kapitel wurde zudem mehrfach darauf hingewiesen, dass selbst Jürgen HABERMAS (1996b, S. 166, 173) einräumt, nationale Narrative und historisch vorherrschende Überlieferungen, Kulturen und Lebensformen seien für den Gemeinsinn des Demos relevant. Einen politisch begründeten „Verfassungspatriotismus" (HABERMAS 1996a, S. 143) einzufordern, kann also letztlich nur bedeuten, den *Vorrang* demokratischer Werte bei der Herausbildung kollektiver politischer Identität zu postulieren.

Allerdings – und das ist für die vorliegende Untersuchung sehr relevant – bezieht sich diese einschränkende Kritik im Wesentlichen auf die sozialphilosophische Frage, ob und inwieweit die normative Identitätskonzeption des Liberalismus tatsächlich *realisierbar* erscheint oder

nicht. Das ist zwar eine wichtige Frage, die auch Einfluss auf den Maßstab und die Intensität einer damit verbundenen Territorialität hat: Würde man den Liberalismus streng auslegen, müsste er angesichts seiner universellen Grundannahmen unweigerlich zum Kantschen Weltbürgertum (vgl. KANT 1983, S. 45) beziehungsweise zu einer kosmopolitischen Demokratie führen. Auf diese Perspektiven demokratiegeographischer Entwicklung wird in Kapitel 4.3 weiter einzugehen sein. Für das in diesem Abschnitt verfolgte Erkenntnisinteresse ist die Frage der konkreten Umsetzbarkeit jedoch zweitrangig. Hier ging es vielmehr darum, die grundsätzliche Bedeutung von Territorialität allein aus den normativen Ideen heraus zu bewerten. Oder um es simpler zu fassen: Vertreter des Liberalismus und des Kommunitarismus formulieren ihre jeweils eigenen Vorstellungen davon, wie der Gemeinsinn des Demos beschaffen sein sollte – diese Vorstellungen sollten in der hier vorliegenden Analyse daraufhin geprüft werden, ob sie Territorialität als relevante, sinnvolle, möglicherweise sogar notwendige Komponente enthalten könnten. Ziel war die Herleitung einer verallgemeinerbaren Aussage über die *normative* Bedeutung territorialer Strategien für die Erfüllung demokratischer Identitätserfordernisse.

Die Kernergebnisse der erfolgten Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Wird die Identität des Demos als Verfassungsidentität konzipiert, so nimmt Territorialität – wie in diesem Kapitel argumentiert – eine besonders große Bedeutung für die demokratische Identitätsbildung ein, weil sie im Gegensatz zu vorpolitischen Identitätsfaktoren rein rechtlich konstruierbar ist und somit ein im liberal-universalistischen Sinne legitimes Identitätsmerkmal darstellt. Wird die Identität des Demos hingegen als Gemeinsinn einer partikularen, extrapolitisch begründeten Moralgemeinschaft verstanden, wie es die normativen Ideen des Kommunitarismus tun (vgl. Kapitel 2.3.1), dann spielt Territorialität ebenfalls eine wichtige Rolle, allerdings weniger als rein rechtliches Instrument denn als Manifestation eines spezifischen kulturellen Partikularismus. So oder so – ob nun liberal-universalistischen oder kommunitaristischen Argumenten gefolgt wird: Von zentraler Bedeutung ist die Erkenntnis, dass Territorialität aus zwei sehr gegensätzlichen normativen Positionierungen heraus als *mögliches, tendenziell bedeutsames, wenn auch nicht unerlässliches konstitutives Merkmal kollektiver demokratischer Identität* bezeichnet werden kann. Mit anderen Worten: Im Sinne des hier verfolgten Erkenntnisinteresses ist entscheidend, dass sich Territorialität durchweg – hier wie dort – als identitätsstiftender Faktor demokratischer Gemeinwesen konzipieren lässt. Dabei ist zu erkennen, dass die relevante identitätsbildende Wirkung von Territorialität auf einem wechselseitigen Effekt beruht: Einerseits dienen territoriale Strategien zur aktiven Herstellung eines Gemeinsinns durch demokratische Akteure; andererseits wirken einmal

geschaffene territoriale Manifestationen identitätsstiftend auf die Akteure zurück (vgl. AGNEW 2009b, S. 745; STOREY 2001, S. 19; SIMMEL 1908, S. 467; SOJA 1971, S. 33).

Mit diesen wichtigen Erkenntnissen soll das zweite Kapitel dieser Arbeit schließen. Auch die demokratietheoretische „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) *kann* offenkundig – zusätzlich zu anderen Faktoren – mithilfe territorialer Strategien erfüllt werden. Dies wurde sowohl anhand historischer Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft aufgezeigt (Polis und Nationalstaat, vgl. Kapitel 2.2), als auch aus sehr verschiedenen normativen Konzepten demokratischer Identität hergeleitet (Kommunitarismus und Liberalismus, vgl. Kapitel 2.3). Im Gegensatz zur „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) darf auf Grundlage der hier erarbeiteten Erkenntnisse jedoch nicht von einer *Notwendigkeit* territorialer Bezüge ausgegangen werden. Denn es ist theoretisch nicht auszuschließen, dass sich der Gemeinsinn eines Demos ohne jeden Territorial- oder sogar allgemeiner: ohne jeden Raumbezug entwickeln kann.

Um diese grundlegenden Erkenntnisse zum konzeptionellen Verhältnis von Demokratie und Territorialität später für eine Bewertung konkreter demokratiegeographischer Entwicklungen nutzen zu können, bedarf es noch eines letzten Schrittes: Im folgenden Kapitel soll besprochen werden, wie sich die bislang untersuchten demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisse (vgl. Kapitel 1) und Identitätsprämissen (vgl. Kapitel 2) mit ihren jeweiligen Territorialbezügen *zueinander* verhalten. Dass gerade dieses Verhältnis für die Bewertung institutioneller Arrangements, sprich: für die politisch-geographische Beurteilung der konkreten Ausgestaltung demokratischer Herrschaftssysteme von elementarer Bedeutung ist, dürfte sich bereits angedeutet haben.

3 Zum Verhältnis von Kongruenz- und Identitätserfordernissen: Ein territoriales Dilemma

Die interdisziplinären Ergebnisse der ersten beiden Kapitel dieser Arbeit sind deutlich: Sowohl im Hinblick auf die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) als auch im Kontext der „Identitätsbedingung" (ebd.) durfte festgestellt werden, dass territoriale Strategien – neben weiteren Maßnahmen und Faktoren – dazu geeignet sein können, demokratische Herrschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Und mehr noch: Im Fall des für die demokratische Selbstbestimmung maßgeblichen Kongruenzerfordernisses konnte sogar eine Notwendigkeit territorialer Konstrukte hergeleitet werden, die wiederum – in Anwendung logischer Schlussfolgerung – auf eine Notwendigkeit von Territorialität für die Herrschaftsform *im Ganzen* verweist. Mit dieser vorinstitutionellen Feststellung ist gleichwohl keine Aussage über die Notwendigkeit einer *spezifischen Form* institutionalisierter Territorialität getroffen – verwiesen wurde vielmehr auf die Vielfalt und prinzipielle Veränderbarkeit territorialer Konstrukte.

Diese Zeilen enthalten nicht weniger als eine elementare Erkenntnis der vorliegenden Arbeit und – so selbstverständlich sie sich nach der vorangegangenen Analyse auch lesen mögen – sie böten wohl an sich genügend Potenzial für ein leidenschaftliches Intervenieren in eine Vielzahl politisch-geographischer, politikwissenschaftlicher und praxispolitischer Diskurse. Doch bevor im vierten Kapitel ein ebensolcher Ausblick auf die mögliche Einordnung und Tragweite der interdisziplinären Ergebnisse gewagt werden kann, bedarf es hier einer unabdingbaren Ergänzung der bisherigen theoretischen Überlegungen. Denn wer aufmerksam verglichen hat, erkennt bereits, dass sich jene beiden demokratietheoretischen Prämissen, die auf Größe und Grenzen des Demos Einfluss haben und für die soeben territoriale Bezüge hergestellt werden konnten, offenkundig schwierig vereinen lassen. Michael ZÜRN (1996) stellt sogar fest, „[…] daß wir mit Blick auf die Größenanforderungen für ein demokratisches Gemeinwesen vor einem echten Strukturdilemma zu stehen scheinen: Während die Kongruenzbedingung es nahelegt, die Gültigkeitsreichweite politischer Regelungen möglichst umfassend zu gestalten, weist die Identitätsbedingung exakt in die gegenteilige Richtung" (ebd., S. 40). Und weiter: „Das Auseinanderlaufen von Kongruenz- und Identitätsbedingung ruft ein *Demokratiedilemma* hervor [eig. Hervorhebung]" (ebd.).

Was bedeutet das konkret? In Kapitel 1.1 wurde dargelegt, dass sich die demokratietheoretischen Erfordernisse einer kollektiven Selbstherrschaft und eines Ausschlusses von Fremdbestimmung nur durch eine „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an

kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (ebd., S. 167) erfüllen lassen. Soll heißen: Wenn niemand fremdbestimmt werden soll, müssen Mitbestimmungsprozesse breit zugänglich gemacht werden, muss das Recht der Partizipation an demokratischen Entscheidungen möglichst vielen Menschen zuteilwerden. Dies gilt umso mehr in einer Welt zunehmender Interdependenzen, in der die Reichweiten von Entscheidungen wachsen und teils unvorhersehbar sind. Ingeborg MAUS (1994) stellt denn auch vor diesem Hintergrund fest: „Daß im Gesetzgebungsprozeß alle über alle das gleiche beschließen, ist eine normativ anspruchsvolle Voraussetzung […]“ (ebd., S. 604). Bereits die Erfüllung des Kongruenzerfordernisses birgt also an sich eine große strukturelle Herausforderung. Doch die demokratietheoretischen Anforderungen an politische Gemeinwesen sind noch komplexer: Gleichzeitig verlangt nämlich das Identitätserfordernis, wie es in Kapitel 2.1 dargestellt wurde, nach dem Vorhandensein eines belastbaren Gemeinsinns der Konstituenten. Dieser soll sich, wie oben skizziert, aus geteilten Normvorstellungen, horizontalem Vertrauen, einem Mindestmaß an Solidarität und gemeinsamen Kommunikationsmöglichkeiten konstituieren. Dass aber ebendiese Merkmale einer „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) eine solch starke Erweiterbarkeit demokratischer Gemeinwesen zulassen, wie sie das Kongruenzerfordernis verlangt, muss als unwahrscheinlich gelten. Im Gegenteil: ZÜRN (1996, S. 40) sieht die Erfüllung der „Identitätsbedingung“ (ebd., S. 39) ja sogar explizit an eine überschaubare Gültigkeitsreichweite politischer Regelungen gebunden. Noch einmal sei auch Fritz SCHARPF (1993) zitiert, der darlegt, es lasse sich eben „[…] nicht jedes Aggregat von Personen […] als ein demokratiefähiges ‚Gemeinwesen’ konstituieren“ (ebd., S. 167). Kurzum: Kongruenz- und Identitätserfordernisse weisen deutlich in unterschiedliche Richtungen und bedingen ein Dilemma. Dem Anspruch demokratischer Selbstbestimmung und der damit verbundenen Kongruenz von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten werden jene Gemeinwesen gerechter, deren Integrations- und Herrschaftsreichweite weit angelegt sind. Gerade diese Eigenschaft jedoch steht dem Anspruch der Herausbildung einer kollektiven Identität und dadurch erzeugter bindender Motive tendenziell entgegen; das Postulat eines belastbaren Gemeinsinns setzt funktionierenden demokratischen Gemeinwesen engere Grenzen und begründet letztlich die selektive Vergabe von Mitbestimmungsrechten.

Dass folglich die demokratietheoretischen Kongruenz- und Identitätserfordernisse *zeitgleich* und *vollständig* erfüllt werden, erscheint angesichts des aufgezeigten Dilemmas wenn nicht gänzlich unmöglich, so doch nahezu ausgeschlossen. Michael ZÜRN (1996, S. 39 f.) formuliert deshalb mit Bedacht, institutionelle Arrangements müssten daraufhin geprüft

werden, ob sie das durch die Kongruenz- und die Identitätsbedingung verursachte Demokratiedilemma *lindern* könnten – lediglich eine von beiden Bedingungen als wirklichkeitsfremd zu ignorieren, sei der Funktionsfähigkeit demokratischer Gemeinwesen abträglich. Mit anderen Worten: Es bedarf stets der Suche nach einem politischen Konstrukt, das dem Ideal kollektiver Selbstherrschaft ohne jede Fremdbestimmung in Verbindung mit dem Ideal eines belastbaren demokratischen Gemeinsinns möglichst nah zu kommen vermag.

Dass sich bei dieser Suche auch und gerade territoriale Aspekte als bedeutend hervortun, liegt auf der Hand. Denn das dargelegte demokratietheoretische „[…] Strukturdilemma […]" (ZÜRN 1996, S. 40) muss eine starke territoriale Dimension besitzen, wenn die beiden Demokratieprämissen, aus denen sich das Dilemma überhaupt erst konstituiert, bedeutende, teils sogar notwendige Territorialbezüge aufweisen: Einerseits verlangt das Prinzip kollektiver Selbstbestimmung nach einer räumlichen Erweiterung demokratischer Territorien (beispielsweise in Form neuer supranationaler Gebilde), wenn Fremdbestimmung im Angesicht zunehmender Interdependenzen verhindert werden soll und zugleich Mitbestimmungsrechte wie auch Entscheidungsgültigkeiten territorial definiert sind (vgl. Kapitel 1.4); andererseits folgt aus der Notwendigkeit des Vorhandenseins eines von den Konstituenten geteilten Gemeinsinns das Erfordernis, gewachsene und etablierte territoriale Identitäten sowie identitätsstiftende Rückwirkungen einmal geschaffener Territorien ernst zu nehmen und gegebenenfalls sogar überschaubare demokratische Raumeinheiten zu präferieren (vgl. Kapitel 2.3). Die große Herausforderung besteht also letztlich darin, die territorialen Erweiterungstendenzen des Kongruenzprinzips und die zumeist kleinteilige Beschaffenheit territorialer Identitätskonstrukte (die zwar prinzipiell kontingent, aber praktisch nicht beliebig veränderbar sind) in ihren Bedeutungen abzugleichen und nach Vereinbarkeiten zu suchen. Die politikwissenschaftlich beschriebene Normenkollision wird somit zwingend auch zum *territorialen Dilemma*, das nicht erst in seinen institutionellen Ausprägungen einer kontinuierlichen politisch-geographischen Analyse bedarf.

Welche Tragweite dieses territoriale Dilemma aus gegenläufigen Kongruenz- und Identitätserfordernissen aufweist, veranschaulichen beispielhaft die zahlreichen Strukturherausforderungen, in denen es sich konkret äußert. Hierzu zählen der Umgang mit politischen Externalitäten ebenso wie Sezessionsbestrebungen und Migrationszunahmen. Eine überblicksartige, abstrakte Skizze dieser Herausforderungen sei im Folgenden zum besseren Verständnis des geschilderten Dilemmas entworfen. Die detaillierte Betrachtung ausgewählter Fachdebatten, die sich mit gegenwärtigen, meist globalisierungsbedingten Veränderungs-

prozessen befassen und in denen die gewonnenen interdisziplinären Erkenntnisse fruchtbar Anwendung finden können, soll hingegen im vierten Kapitel dieser Arbeit folgen.

Nicht erst in einer Welt zunehmender Vernetzung und wachsender Interdependenzen sehen sich territorial definierte Demokratien mit dem Problem konfrontiert, dass vielfältige *externe Faktoren* die selbstbestimmte Entscheidungsfindung der Konstituenten konterkarieren oder sogar verhindern (vgl. BECK 2002, S. 375 f.; HELD 1995, S. 99; SCHARPF 1993, S. 167; ZÜRN 1996, S. 39). Wenn aber politische Gemeinwesen angestrebte Zustände nicht erreichen können, weil Umstände außerhalb ihres Einflussgebietes dies unmöglich machen, oder wenn umgekehrt Entscheidungen eines Demos die Entscheidungsfreiheit anderer Demoi beschränken, dann besteht eine Situation der Fremdbestimmung durch „non-decisions" (ZÜRN 1996, S. 39), die dem demokratietheoretischen Kongruenzerfordernis deutlich zuwiderläuft. Die territoriale Dimension dieses Phänomens liegt auf der Hand – die Beispiele für extra-territoriale Faktoren, die sich der demokratischen Entscheidungsfindung entziehen oder auf diese auswirken, sind schier endlos und nehmen zu: Globale Produktionsketten, die nicht mehr von regionalen oder nationalen Demoi vollständig kontrolliert werden können; Internet-Dienste, die territorial gültiges Recht zu umgehen suchen; Umweltgefahren, deren Begegnung supraregional oder sogar global erfolgen müsste; störanfällige Atomkraftwerke jenseits territorialen Grenzen, die ein Risiko für den Demos darstellen. Viele weitere Beispiele ließen sich nennen. Insbesondere für eine globalisierte Welt stellt David HELD (1995) deshalb fest: „The idea of a community which rightly governs itself and determines its own future – an idea at the very heart of the democratic polity – is, accordingly, deeply problematic" (ebd., S. 100). Doch das zentrale demokratietheoretische Prinzip der kollektiven Selbstbestimmung und das mit ihm verknüpfte Kongruenzerfordernis werden in der Literatur keineswegs abgeschrieben – vielmehr wird nach zeitgemäßen Lösungen für seine Umsetzung und somit nach Bestands-möglichkeiten für eine ganze Herrschaftsform gesucht. Als logische Konsequenz aus den Tendenzen zunehmender Fremdbestimmung durch externe Faktoren und dem damit zusammenhängenden Demokratiedefizit werden zumeist Forderungen nach einer Maßstabs-vergrößerung demokratischen Entscheidens formuliert – so übrigens auch beim bereits zitierten David HELD (1995). Wenn kollektive Selbstbestimmung im Sinne einer „[…] strikte[n] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]" (SCHARPF 1993, S. 167) notwendigerweise einer territorialen Umsetzung bedarf (vgl. Kapitel 1.4), dann verlangen politische Herausforderungen, die bisherige demokratische Territorien überschreiten oder – seltener – unterschreiten, zwingend nach einer Anpassung demokratiegeographischer

Konstrukte. In politikwissenschaftlichen Globalisierungsdebatten sind zahlreiche Vorschläge für zukünftige Demokratiekonzeptionen diskutiert worden, die eine solche Neukonzeption demokratischer Territorialitäten bereits enthalten, ohne sie jedoch explizit zu benennen. Zu denken sei beispielsweise an vielfältige, zumeist an Immanuel KANT (1983) angelehnte Entwürfe kosmopolitischer Demokratie: die kosmopolitische Öffnung des Staates bei Ulrich BECK (2002); die Stadt als demokratisch vernetzte Kosmopolis bei Benjamin R. BARBER (2013a); oder das von David HELD (1995, S. 106 ff.) ausdifferenzierte Modell einer weltföderalen Demokratie, die eine „sachverhaltsabhängige" Definition demokratischer Grenzen kennt.

Das Problem solcher Konzeptionen demokratiegeographischer Maßstabsvergrößerung liegt darin, dass sie zwar streng der Logik des Kongruenzprinzips folgen, aber die andere Seite des von ZÜRN (1996, S. 40) benannten Strukturdilemmas nahezu gänzlich ausklammern: die Erfüllung spezifischer Identitätskriterien durch den Demos (vgl. ebd., S. 39), das heißt die Herausbildung einer belastbaren „[…] Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]" (OFFE 2000a, S. 238). Es mag für sich genommen pragmatisch und probat erscheinen, den Kreis der Herrschaftssubjekte und -objekte zu erweitern, um das Fremdbestimmungsrisiko durch politische Externalitäten zu verringern oder der faktisch bereits vorhandenen Fremdbestimmung zu begegnen. Doch diese Haltung tendiert dazu, die Bedeutung eines von den Konstituenten intersubjektiv geteilten politischen Gemeinsinns gänzlich zu übersehen – und zwar unabhängig davon, ob dieser Gemeinsinn stärker als rein rechtlich konstruierte Verfassungsidentität (vgl. Kapitel 2.3.2, Liberalismus) oder als Identität einer partikularen, extrapolitisch begründeten Moralgemeinschaft konzipiert wird (vgl. Kapitel 2.3.1, Kommunitarismus). Kollektive Identitätsmerkmale wie geteilte Normvorstellungen, horizontales Vertrauen, gegenseitige Solidarität und gemeinsame Sprache(n) sind zwar prinzipiell veränderlich, weisen aber zugleich eine starke Pfadabhängigkeit auf und können selbst aus der Perspektive eines konstruktivistisch denkenden Liberalismus nicht beliebig auf größere soziale wie räumliche Maßstabsebenen erweitert werden (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; OFFE 2000b, S. 67; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.; ZÜRN 1996, S. 39). Lediglich eine möglichst starke institutionelle Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und -objekten anzustreben, würde bedeuten, dem Kongruenzerfordernis demokratietheoretisch unangemessenen Vorrang vor der „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) einzuräumen und das aufgezeigte Strukturdilemma letztlich ungelöst zu lassen. Im Hinblick auf die grundlegende territoriale Dimension des Dilemmas müsste eine umsichtige Lösungssuche also darin bestehen, zwischen einer räumlichen Erweiterung demokratischer

Territorialitäten (zugunsten des Kongruenzerfordernisses) und der Bedeutung gewachsener territorialer Identitätskonstrukte beziehungsweise identitätsstiftender territorialer Manifestationen (zugunsten der Identitätsprämisse) einzelfallspezifisch und sehr genau abzuwägen. Selbstverständlich sind hierbei auch Mehrebenen-Territorialitäten, die institutionell mit einem Subsidiaritätsprinzip verbunden werden, oder aber heterogene, territoriale Netzwerke als Lösungsmöglichkeiten zu berücksichtigen und zu prüfen. Fest steht allein: Eine generalisierbare institutionelle Strategie zur Begegnung des Problems extraterritorialer Faktoren kann nicht seriös formuliert werden, sehr wohl aber die im Einzelfall zu berücksichtigenden demokratiegeographischen Prüfkriterien (s.o.) – und das ist ein großer Wert an sich.

Deutlich sichtbar wird die territoriale Dimension gegenläufiger Demokratieprämissen allerdings nicht nur im Umgang mit politischen Externalitäten, sondern auch und insbesondere im Phänomen vielfältiger *Separations- oder Unabhängigkeitsbestrebungen*. Ob flämisch-wallonischer Konflikt, schottisches Unabhängigkeitsreferendum oder Katalonien-Krise: Bereits Michael GREVEN (1998) erkennt, dass „[…] verschiedene Gruppen innerhalb vieler nationalstaatlich organisierter und beherrschter Territorien dessen jeweiliges Integrations- beziehungsweise Identitätskonzept wieder als ‚fremd', als nicht im Einklang mit ihrer selbst empfundenen oder neu definierten gesellschaftlichen und politischen Identität begreifen und unter Berufung auf ihr individuelles oder kollektives Selbstbestimmungsrecht die Assimilation an das vorherrschende ‚nationale' Identitätskonzept ablehnen" (ebd., S. 30). Aus heutiger Sicht sollte noch hinzugefügt werden, dass diese Ablehnung vorherrschender Identitätskonzepte nunmehr auch auf supranationaler Ebene zu Tage tritt – der durch ein Referendum eingeleitete EU-Austritt des Vereinigten Königreichs („Brexit") und die damit verbundenen Hoffnungen auf eine Wiedererlangung britischer Souveränität sind die bezeichnendsten Beispiele für eine neue räumliche Maßstabsebene der Abspaltungspolitik. Interessant ist, dass hier wie dort lautstark die Rückerlangung von souveräner Selbstherrschaft propagiert und somit das Kongruenzerfordernis bemüht wird, obwohl gerade dieses Erfordernis für sich genommen – wie oben bereits dargestellt wurde – angesichts räumlich immer weitreichenderer politischer Herausforderungen eigentlich in die Richtung einer Vergrößerung von demokratischen Gemeinwesen und einer zunehmenden Integration verweist. Und so bedarf es der Feststellung, dass sich in Separations- oder Unabhängigkeitsbestrebungen vielmehr die deutliche Haltung manifestiert, einer Erfüllung der „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) sei im Rahmen des demokratietheoretischen Strukturdilemmas dringend Vorrang einzuräumen. Hierbei steht ein demokratisches Identitätsverständnis im Mittelpunkt, das zumeist kommunitaristischen Argumenten folgt: Die

Konstituenten sollen einen Gemeinsinn teilen, der sich aus der Geschichte einer partikularen, extrapolitisch begründeten Moralgemeinschaft speist – sei es die frankophone Bevölkerung der Wallonie oder die selbsternannte Kulturnation Kataloniens (vgl. u.a. MALOWITZ 2007, S. 85; WALZER 1990, S. 33, 36 ff.). Die territoriale Dimension eines solchen kommunitaristischen Identitätsverständnisses wurde in Kapitel 2.3.1 ausführlich untersucht: Demoi, die ihre Identität auf die vorgenannte Weise konzipieren, können danach streben, ihre historisch konstruierte Partikularität durch die Definition eines gemeinsamen Territorialbezuges zu manifestieren; gleichzeitig stehen sie aber auch bewusst oder unbewusst unter dem Einfluss dieser territorialen Manifestation bei der Fortentwicklung ihrer Identität, insbesondere beim Austausch mit anderen und der Abgrenzung zum Fremden: „Territory provides an essential link between society and the space it occupies primarily through its impact on human interaction and the development of *group spatial identities* [eig. Hervorhebung]" (SOJA 1971, S. 33). Und so bleibt hier zu bilanzieren, dass Separations- oder Unabhängigkeitsbestrebungen das territoriale Dilemma gegenläufiger Demokratieprämissen zu lösen suchen, indem sie einem demokratischen Territorialkonstrukt mit möglichst homogenem, extrapolitisch begründetem Identitätsbezug deutliche Priorität einräumen. Damit weisen sie im Vergleich zu den oben skizzierten Lösungsvorschlägen, die sich beispielsweise in Form kosmopolitischer Ideen der Externalitätenkrise annehmen, exakt in die entgegengesetzte Richtung. Beide konzeptionellen Tendenzen entwerfen konkrete Handlungsvorschläge, erscheinen angesichts ihrer Einseitigkeit, mit der sie das territoriale Dilemma zu lösen suchen, jedoch wenig plausibel. Erneut muss festgestellt werden, dass es notwendigerweise und einzelfallspezifisch einer durchdachten Abwägung von Kongruenz- und Identitätsaspekten sowie ihres jeweiligen Territorialbezuges bedarf, bei der beide Demokratieprämissen angemessene Berücksichtigung finden.

Eine dritte Strukturherausforderung, die das durch Kongruenz- und Identitätserfordernisse verursachte territoriale Dilemma aufzeigt, besteht im Phänomen der *Migration*. Ob Flucht vor humanitären Krisen, ökonomische Verdrängung oder neue globalisierungsbedingte Freizügigkeit: Die Mobilität von Personen zwischen demokratischen Territorien beziehungsweise von Territorien anderer Herrschaftsformen in demokratische Territorien nimmt aus den verschiedensten Gründen zu und wirft in der politischen Praxis bedeutende Fragen auf. Wer darf Partizipationsrechte erhalten? Wer darf zum selbstbestimmten Demos dazugehören? Im Sinne des demokratietheoretischen Kongruenzgedankens fällt die Antwort auf diese Fragen vergleichsweise deutlich aus: Alle, die innerhalb des demokratischen Territoriums leben, müssen an der demokratischen Herrschaft beteiligt sein dürfen. Denn solange Einwanderer

keine Partizipationsrechte erhalten, zugleich aber von demokratischen Entscheidungen betroffen sind, gelten sie als fremdbestimmte Herrschaftsobjekte: „With the abolition of property requirements and equal political rights for women, it seemed that the liberal principle of congruence […] had been fulfilled in western democracies. But in recent years, it became obvious that migration represents another challenge for the principle of congruence" (BLATTER 2008, S. 7). Um also die Prämisse einer Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten erfüllen zu können, müsste ein konsequentes „ius territorialis" angewandt werden, das Migranten ausnahmslos als vollwertige Konstituenten in das demokratische Herrschaftssystem integriert. Dass diese Forderung jedoch mit den Prinzipien der „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) zu kollidieren droht, ist nicht nur theoretisch naheliegend, sondern lässt sich auch aus den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen westlicher Demokratien ablesen. Eine demokratietheoretische Prämisse, die nach dem Vorhandensein eines intersubjektiv geteilten demokratischen Gemeinsinns verlangt (vgl. Kapitel 2.1), kann immer dann nicht erfüllt werden, wenn die Mitglieder eines Gemeinwesen Neuankömmlingen langfristig mit Misstrauen begegnen oder wenn andersherum Neuankömmlinge eine kollektive politische Identität nicht teilen und mitprägen können oder wollen. Konkret bedeutet das: Ist kein grundlegender Konsens über die gültige Herrschaftsform und die mit ihr verbundenen Normvorstellungen herstellbar, bilden sich weder horizontales Vertrauen noch gegenseitige Solidarität heraus und ist eine gemeinsame Entscheidungsfindung schon sprachlich nicht möglich, dann ist gemeinsame demokratische Politik ausgeschlossen (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; OFFE 2000b, S. 67; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.; ZÜRN 1996, S. 39). Diese Feststellung besitzt ihre Gültigkeit zunächst einmal unabhängig davon, ob die Erfüllung der jeweiligen Identitätskriterien eher eine liberal-universalistische (vgl. Kapitel 2.3.2) oder eher eine kommunitaristische Begründung erfährt (vgl. Kapitel 2.3.1). Es darf jedoch gemutmaßt werden, dass ein beständiger Gemeinsinn in Zeiten zunehmender Migration leichter gelingt, wenn demokratische Identität nicht über einen moralischen Partikularismus, sondern verfassungspatriotisch konzipiert wird (vgl. Kapitel 2.3.2). In jedem Fall geht mit zunehmender Migration die Herausforderung einher, dass der demokratische Gemeinsinn stetig freigelegt, bewusst überdacht und überprüft werden muss. Eine mögliche Reaktion auf die neue interterritoriale Mobilität könnte folglich darin bestehen, vielfältige Integrationsmaßnahmen im Sinne einer gegenseitigen Annäherung zu entwickeln – und dadurch im Erfolgsfall zum Fortbestehen einer ganzen Herrschaftsform beizutragen. Jürgen HABERMAS (1996b) benennt entsprechend das „[…] Ziel einer ‚differenzempfindlichen' Inklusion […]" (ebd. S. 174), die in seinem

Verständnis „[…] für den kulturellen Hintergrund individueller und gruppenspezifischer Unterschiede hinreichend sensibel […]“ (ebd.) sein muss. In der politischen Praxis findet jedoch häufig eine deutlich simplere und pauschalere Maßnahme Anwendung, um dem Problem nicht erfüllter oder vermeintlich nicht erfüllter Identitätskriterien zu begegnen: Großen Migrantengruppen wird schlicht kein Recht auf Mitgliedschaft im Gemeinwesen gewährt – meist im Rahmen von Regelungen, die sich auf ein strenges „ius sanguinis“ berufen. Das mag gerade im Sinne einer kommunitaristischen Auslegung der „Identitäts-bedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) plausibel erscheinen, steht jedoch im deutlichen Gegensatz zu den oben beschriebenen Konsequenzen des demokratischen Kongruenzprinzips. Einmal mehr wird deshalb das territoriale Dilemma gegenläufiger Demokratieprämissen greifbar: Während das Erfordernis einer Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten nach einer uneingeschränkten Einbeziehung aller Bewohner des demokratischen Territoriums verlangt, können aus dem Identitätserfordernis Argumente für eine zurückhaltendere Einbindung der Neuankömmlinge abgeleitet werden.

Um diesem durch zunehmende Migration verstärkten Strukturdilemma zu begegnen, sind in den letzten Jahrzehnten unter anderem die Möglichkeiten multipler Identitätsbezüge diskutiert worden. Joachim BLATTER (2008) erkennt in Zeiten einer starken räumlichen Mobilitäts-zunahme individuelle Mehrfachbindungen erwachsen: „[…] many forms of migration are undermining the singularity of socio-spatial attachments of individuals” (ebd., S. 9). So könne doppelten Zugehörigkeitsgefühlen zum Beispiel mit doppelten Staatsbürgerschaften Rechnung getragen werden, die dem Individuum nicht nur erlauben, den Gemeinsinn zweier Demoi zu teilen, sondern eine faktische politische Teilhabe in beiden Gemeinwesen zu praktizieren. Seyla BENHABIB (1998) sieht die Möglichkeit für solche Mehrfachzugehörig-keiten schon deshalb gegeben, weil sich das Verständnis von Staatsbürgerschaft in einer globalisierten Welt längst nicht mehr auf Loyalitätsfragen im Kriegsfall konzentriere: „Contemporary citizenship cannot be defined through the obligation to die for the state but through one’s membership in concentric and overlapping associations, and through one’s participation in the varied and complex activities of an increasingly global civil society. This is the promise of transnational citizenship” (ebd. S. 243). Vollkommene Loyalität der Bürger im Kriegsfall könne in demokratisch-liberalen Staaten ohnehin nicht eingefordert werden, weil die Bürger auch die Annahmen und Prinzipien, die zum Kriegsfall führen, hinterfragen müssten. Doppelte Staatsangehörigkeit höhle daher die demokratische Staatsangehörigkeit nicht aus, sondern erhöhe nur die Anforderungen an die Gewissensentscheidung des Individuums. Der große Vorteil der doppelten Staatsangehörigkeit bestehe darin, dass sie den

Befürchtungen von Immigranten Rechnung trage, bei einer politischen Integration im neuen Aufenthaltsland bedeutende Rechte im Heimatland zu verlieren beziehungsweise eine Distanz zur eigenen Familie aufzubauen (ebd., S. 242 f.). Folglich könnten demokratische Mehrfachzugehörigkeiten das territoriale Dilemma in dem Sinne lindern, dass sie Migranten die bewusste Annahme einer neuen Rolle in einem neuen Gemeinwesen erleichtern (Identitätserfordernis) und durch die einfachere Vergabe von Mitbestimmungsrechten zur Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten auf dem entsprechenden demokratischen Territorium beitragen (Kongruenzerfordernis). Gleichwohl besteht ein berechtigtes Gegenargument darin, dass diese vermeintliche Linderung des Dilemmas die Kongruenzbedingung an anderer Stelle sogar konterkariert. Denn ein doppelter Staatsbürger ist zwar in zwei territorialen Demokratien volles Herrschaftssubjekt und somit an der Entscheidungsfindung beteiligt, doch durch Wohn- und Aufenthaltsort nur auf einem Territorium volles Herrschaftsobjekt, also von den Entscheidungen direkt und vollumfänglich betroffen. Wenn aber Individuen an den Entscheidungen eines Gemeinwesens – in diesem Fall zum Beispiel ihres Geburtslandes – mitwirken dürfen, diesen jedoch aufgrund dauerhafter räumlicher Abwesenheit nicht unterlegen sind, entsteht wiederum eine Situation der Fremdbestimmung; es kann zu „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39) kommen. Beispielhaft zeigte sich diese Problematik im Jahr 2017 rund um ein umstrittenes Verfassungsreferendum in der Türkei: Deutsche Politiker aller Parteien kritisierten heftig, dass sich eine Mehrheit der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger für eine Umgestaltung der türkischen Demokratie in Richtung eines Präsidialsystems entschieden hatte, ohne von den damit einhergehenden Maßnahmen im Alltag direkt betroffen zu sein. Laut Mikrozensus besaßen im Jahr 2015 rund 246.000 in Deutschland lebende türkische Staatsbürger auch die deutsche Staatsangehörigkeit; nach deutlich abweichenden Zahlen des Zensus 2011 waren es sogar 530.000 (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2017).

Diese Erwiderung von Argumenten ließe sich lange fortführen und weiter konkretisieren. Für das hier verfolgte Erkenntnisinteresse ist jedoch die Feststellung entscheidend, dass auch im Hinblick auf zunehmende Migration und die damit einhergehenden politischen Reaktionen wie die Debatte um eine doppelte Staatsbürgerschaft demokratiegeographische Kongruenz- und Identitätsargumente Abwägung finden. Die Mobilität von Personen zwischen demokratischen Territorien beziehungsweise von Territorien anderer Herrschaftsformen in demokratische Territorien offenbart und verstärkt in ihrer Konsequenz das durch Kongruenz- und Identitätsbedingung verursachte Demokratiedilemma und verdeutlicht seine territorialen Implikationen. Es wird also erkennbar, dass die große Herausforderung darin besteht, die eher

strukturell beschreibbaren politisch-territorialen Anforderungen des Kongruenzprinzips und die deutlich diffiziler erfassbaren kulturell-territorialen Dimensionen der nicht minderbedeutsamen Identitätsprämisse in ihren Bedeutungen abzugleichen und einzelfallspezifisch nach Lösungen zu suchen, die Vereinbarkeiten ermöglichen.

Die theoretischen Synthesen der ersten drei Kapitel dieser Arbeit haben systematisch aufgezeigt, welche Kriterien bei der Konzeption, Beschreibung und Bewertung demokratischer Territorialitätsbezüge zum Tragen kommen können, sollen oder sogar müssen. Diese Erkenntnisse bilden nicht weniger als den Kern der vorliegenden theoretischen Analyse. Im vierten Kapitel soll darauf aufbauend eine Betrachtung ausgewählter Fachdebatten erfolgen, die sich mit gegenwärtigen, meist globalisierungsbedingten Veränderungsprozessen befassen und in denen die gewonnenen interdisziplinären Erkenntnisse fruchtbar Anwendung finden können. Es soll aufgezeigt werden, wie ein differenziertes und vorinstitutionelles Verständnis der Bedeutung territorialer Strategien für demokratische Gemeinwesen dazu beitragen kann, die Auswirkungen territorialen Wandels insbesondere auf politische Legitimationsprozesse in konkreten Strukturdebatten zu erkennen, einzuordnen und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu entwerfen. Dabei sollen denkbare Forschungsfragen umrissen und potenzielle Entwicklungsperspektiven der Politischen Geographie mutig angedeutet werden.

4 Problematisierung und Perspektiven

In den ersten drei Kapiteln dieser Arbeit wurde das grundlegende Verhältnis von Demokratie und Territorialität untersucht. Brauchen demokratische Gemeinwesen räumliche Grenzen? Wie konkretisiert sich dieser Bedeutungszusammenhang? Und welche Kriterien lassen sich für eine umsichtige politisch-räumliche Entwicklung formulieren? Im Zentrum der Analyse stand die Frage, ob territoriale Strategien zur Erfüllung grundlegender normativer Demokratieprämissen als bedeutend oder sogar als notwendig erachtet werden können. Die Ergebnisse der durchgeführten systematischen, interdisziplinären Zusammenführung demokratie- und territorialitätstheoretischer Konzepte waren deutlich: Sowohl im Hinblick auf die Erfüllung des demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisses als auch im Kontext der „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) durfte festgestellt werden, dass territoriale Strategien – neben weiteren Maßnahmen und Faktoren – dazu geeignet sein können, demokratische Herrschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Im Fall des für die demokratische Selbstbestimmung maßgeblichen Kongruenzerfordernisses konnte sogar eine Notwendigkeit demokratischer Territorialität hergeleitet werden, die wiederum auf eine Notwendigkeit von Territorialität für die gesamte Herrschaftsform verweist. Gleichwohl wurde deutlich gemacht, dass hierbei keine spezifische Form institutionalisierter Territorialität Bedeutungsvorrang erhält – territoriale Konstrukte sind prinzipiell veränderbar und es gilt stets zu prüfen, welche Form die in demokratietheoretischer Hinsicht bedeutenden Effekte am besten nutzbar macht.

Dass sich das Bedeutungsverhältnis von Demokratie und Territorialität – und somit auch die bewusste Konzeption demokratischer Territorialbezüge – in einem diffizilen normativen Spannungsfeld bewegt, konnte im dritten Kapitel veranschaulicht werden. Denn ausgerechnet jene beiden demokratietheoretischen Prämissen, die auf Größe und Grenzen des Demos Einfluss haben, weisen tendenziell in unterschiedliche Richtungen: Demokratische Selbstbestimmung im Sinne einer Kongruenz von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten (vgl. Kapitel 1) scheint gerade in Zeiten globaler Herausforderungen nach einer territorialen Erweiterung der Integrations- und Herrschaftsreichweite demokratischer Gemeinwesen zu verlangen. Eine solche Erweiterung steht jedoch dem Anspruch der Herausbildung einer kollektiven Identität und dadurch erzeugter bindender Motive (vgl. Kapitel 2) tendenziell entgegen; ein belastbarer Gemeinsinn setzt funktionierenden demokratischen Gemeinwesen engere Grenzen. Kurzum: „Das Auseinanderlaufen von Kongruenz- und Identitätsbedingung ruft ein Demokratiedilemma hervor“ (ZÜRN 1996, S. 40). Und dieses Demokratiedilemma ist, so wurde im dritten Kapitel argumentiert, auch und insbesondere ein territoriales Dilemma.

Territoriale Arrangements müssen daraufhin geprüft werden, ob und wie sie in der Lage sind, die räumliche Definition demokratischer Selbstbestimmungskollektive und die prinzipiell kontingente, aber doch historisch pfadabhängige territoriale Funktion bei der Herausbildung demokratischer Identitätsmerkmale zu vereinen. Dass diese Herausforderung gerade in der jüngeren Vergangenheit an Bedeutung gewonnen hat, liegt angesichts der globalisierungsbedingten Zunahme externer Faktoren, aber auch im Hinblick auf häufiger werdende Separations- und Unabhängigkeitsbestrebungen auf der Hand.

Die Frage, welche Rolle die Erkenntnisse dieser Arbeit im Kontext gegenwärtiger Demokratieherausforderungen und territorialer Veränderung spielen, soll in diesem vierten Kapitel vertieft werden. Hierzu werden einflussreiche interdisziplinäre Fachdebatten zu aktuellen politisch-geographischen Entwicklungen aufgegriffen, skizziert, demokratiegeographisch eingeordnet und kritisch erweitert. Die Wahl fällt dabei nicht zufällig auf drei Diskurse, die im Hinblick auf grenzüberschreitende Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus oder Migration sehr unterschiedliche Perspektiven politischer Raumbezüge beleuchten. Kapitel 4.1 widmet sich zunächst den geographisch relevanten und aus demokratietheoretischer Sicht gefährlichen Phänomenen der Versicherheitlichung und „riskification“ (CORRY 2012, S. 237), die zu einer Stärkung transterritorial agierender Exekutiven führen und dadurch eine Inkongruenz mit den Einflussmöglichkeiten territorial definierter Demoi bedingen können. Dass es zum richtigen Umgang mit politischen Risiken und Herausforderungen einer stärkeren „glokalen“ Vernetzung bedarf, meint Benjamin R. BARBER (2013a) zu erkennen, dessen Konzept eines globalen demokratischen Städtenetzwerks in Kapitel 4.2 daraufhin analysiert wird, ob es das territoriale Strukturdilemma (vgl. Kapitel 3) lindern könnte. Schließlich soll in Kapitel 4.3 die wohl radikalste und meistdiskutierte Idee politisch-räumlicher Veränderung besprochen und kritisch auf den Prüfstand gestellt werden. Es geht, natürlich, um kosmopolitische Demokratieentwürfe. In allen genannten Kapiteln wird zu sehen sein, dass die in dieser Arbeit gewonnenen demokratiegeographischen Erkenntnisse für das Verständnis aktueller politisch-geographischer Veränderungen und ihrer Auswirkungen auf politische Legitimationsprozesse von höchster Bedeutung sind. Mögliche zukünftige Forschungsfragen sollen deshalb mutig umrissen und potenzielle Entwicklungsperspektiven der Politischen Geographie angedeutet werden.

4.1 Terror, Flüchtlingskrise, Klimawandel: Verändern Versicherheitlichung und „riskification“ die Geographien der Demokratie?

Als am 11. September 2001 zwei Flugzeuge in die Türme des New Yorker „World Trade Centers“ flogen, eine Maschine das US-amerikanische Verteidigungsministerium traf und eine weitere auf freiem Feld abstürzte, ahnte kaum jemand, welche Transformation politischer Grundsätze, Freiheiten und Prozesse diese terroristischen Taten in westlichen Demokratien nach sich ziehen würden. Die Veränderungen betrafen – und betreffen bis heute – sowohl innen- wie auch außenpolitische Dimensionen. Wenige Tage nach den Anschlägen erließ die US-amerikanische Regierung einen Ausnahmezustand, der in der Folge nie aufgehoben wurde. Am 26. Oktober 2001 trat der „USA Patriot Act“ in Kraft, der den US-amerikanischen Behörden erlaubte, Bürgerrechte im Sinne effektiver Anti-Terror-Ermittlungen einzuschränken. Die neuen Regelungen umfassten unter anderem die Möglichkeit, verdächtige Personen ohne richterliche Anordnung zu überwachen oder im Fall von Ausländern des Landes zu verweisen. Allein zwischen den Jahren 2001 und 2003 wurden 5000 junge muslimische Männer mit Kontakten in arabische Staaten verhaftet, teils ausgewiesen, aber nie angeklagt (vgl. GREINER 2011, S. 163 f.; 228 ff.). Noch in der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush erfolgte die Neugründung oder Reorganisation von 263 Sicherheitsbehörden, auch ein Ministerium für Heimatsicherheit entstand (vgl. ebd.). Sicherheit als Schlagwort und Programm wurde in politischen Diskursen allgegenwärtig. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen vom 11. September 2001 und ihren Auswirkungen ist festgestellt worden, der Präsident der Vereinigten Staaten habe die Anschläge aufgegriffen, „[…] um religiösen Fundamentalismus als fundamentale Bedrohung der ‚freien Welt‘ zu postulieren […]“ (HAGMANN 2010, S. 172). Die Folge seien weitreichende, teils verfassungswidrige Maßnahmen gewesen, die im Namen der Sicherheit als anhaltende Ausnahmeregelung legitimiert wurden. Das Justizministerium der USA proklamiert: „Since its passage following the September 11, 2001 attacks, the Patriot Act has played a key part – and often the leading role – in a number of successful operations to protect innocent Americans from the deadly plans of terrorists dedicated to destroying America and our way of life“ (DEPARTMENT OF JUSTICE 2017). Dieser Prozess einer Durchsetzung außerordentlicher Maßnahmen im Sinne der Sicherheit blieb aber nicht nur auf die USA beschränkt, auch in anderen westlichen Ländern, darunter Deutschland, wurden Einreisebedingungen verschärft und polizeiliche oder geheimdienstliche Überwachungsrechte ausgeweitet. Hinzu traten in den Folgemonaten und Folgejahren militärische Schritte im Ausland wie der Krieg in Afghanistan (Operation „Enduring Freedom“), die unter dem von US-Präsident Bush

bemühten Schlagwort des „Krieges gegen den Terror“ als Reaktion auf die Anschläge eingeordnet werden können. Auch die Einrichtung von Internierungslagern und Militärgefängnissen in Guantanámo Bay (Kuba) und Bagram (Afghanistan) erfolgte außerhalb der Grenzen der USA. Die diskursive Herausarbeitung, Konstruktion und Aufrechterhaltung einer existenziellen Bedrohungslage und die damit verbundene Rechtfertigung außergewöhnlicher sicherheitspolitischer Schritte nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist in den „critical security studies“ als eine Form der „securitization“ (WÆVER 1995), also Versicherheitlichung, bezeichnet worden (vgl. HAGMANN 2010, S. 172).

Als ein weiteres, wenn auch gänzlich anders dimensioniertes und beschaffenes Beispiel für einen solchen Prozess der diskursiven Sicherheitskonstruktion kann die dänische Debatte um eine Grenzüberwachung im Rahmen der Flüchtlingskrise gelten. Am 9. September 2015 waren Hunderte Flüchtlinge auf der Autobahn E45 in Südjütland zu Fuß unterwegs in Richtung Schweden. Erstmals standen die Dänen unmittelbar vor einer Herausforderung, die sie bis dato nur aus den Medien kannten (vgl. KARSCHNIK 2017). Die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) – seit der Wahl im Mai 2015 zweitstärkste Kraft im Parlament (Folketing) – übte in besonderem Maße Druck auf die liberal-konservative Minderheitsregierung aus. Die Einreise von Flüchtlingen wurde in weiten Teilen der dänischen Politik zur Bedrohung für Sicherheit, Wohlstand und die Identität Dänemarks erklärt. „Wir müssen in der Flüchtlingskrise auf Dänemark aufpassen“, sagte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen (hier nach: KARSCHNIK 2017) Anfang des Jahres 2016. Und der damalige Justizminister Søren Pind (hier nach: ebd.) von der rechtsliberalen Partei Venstre erregte Aufmerksamkeit mit seiner Feststellung: „Wir reden über eine Situation, in der ein Mann die Grenze mit einem Koffer voller Diamanten passiert und gleichzeitig in Dänemark Hilfe bekommen möchte.“ Die Regierung verfügte mit der offiziellen Begründung einer verbesserten Terrorabwehr weitreichende Grenzkontrollen, wie sie den Mitgliedsstaaten des Schengener Abkommens nur in Ausnahmesituationen gestattet sind. Betroffen waren vor allem die großen Grenzübergänge Frøslev, Padborg und Kruså sowie die Fährhäfen in Rødby und Gedser. Auf Druck der Dänischen Volkspartei wurden diese eigentlich nur als vorübergehend geplanten Maßnahmen seither verlängert und teilweise sogar verschärft. So dürfen seit September 2017 auch bewaffnete Soldaten an der deutsch-dänischen Grenze eingesetzt werden (vgl. DEUTSCHE PRESSE-AGENTUR 2017). Die Integrationsministerin Inger Støjberg von der Partei Venstre (hier nach: KARSCHNIK 2017) erklärte im Rahmen der Maßnahmenverlängerung: „Wenn man sich die Terrorakte in Europa ansieht, gibt es keinen Zweifel, dass wir weiter Bedarf für Grenzkontrollen haben.“ Geht es nach der Dänischen Volkspartei um ihren Chef Kristian Thulesen

Dahl sollten die Kontrollen sogar permanent werden; auch ein Zaun und Transitanlagen für Flüchtlinge seien an der deutsch-dänischen Grenze erforderlich (vgl. DAKE 2017). Eine Statistik über illegal eingereiste Personen oder sogar des Terrorismus verdächtigte Immigranten wurde bis 2017 allerdings nicht geführt – den Nachweis für die Effektivität der Maßnahmen blieb die Regierung schuldig (vgl. KARSCHNIK 2017).

Die diskursive Konstruktion einer Sicherheitsbedrohung und die mit ihr verbundenen Forderungen sind ein Thema, das seit den Neunzigerjahren zunehmende Beachtung in der Wissenschaft gefunden hat. Die kritischen Sicherheitsstudien haben sich als eigene, von klassischen politikwissenschaftlichen Ansätzen abweichende Forschungsrichtung entwickelt (vgl. HAGMANN 2010, S. 172). Innerhalb dieser konnte sich wiederum die Kopenhagener Theorie der Versicherheitlichung (Securitization Theory) als besonders einflussreich herausstellen (vgl. ebd.). Laut der Kopenhagener Schule kann Versicherheitlichung als gesellschaftlicher Prozess verstanden werden, bestimmte Herausforderungen im politischen Diskurs zu einem Sicherheitsproblem und zu einer ernsthaften Bedrohung zu erheben (vgl. BUZAN et al. 1998). Sicherheitspolitische Themen werden als sozial konstruierte Phänomene gefasst (vgl. KORF; OßENBRÜGGE 2010, S. 167). „Daher lässt sich der Prozess der Versicherheitlichung auch als proaktive Festlegung öffentlicher Gefahren, als Festschreibung von diffusen und unklaren Gefährdungslagen in konkrete Bedrohungen beschreiben. Dieser Vorgang ist hochpolitisch, interessegeladen und machtgetränkt“ (ebd., S. 168). Der Verweis auf Bedrohung und Gefährlichkeit ermögliche weiterhin eine Legitimation außergewöhnlicher, teilweise auch außerrechtlicher Formen des Regierens: „Phänomene, die *securitized* sind, erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, den Ausnahmezustand, die Aussetzung ‚normaler‘ Gesetze, die zwar das Individuum schützen, doch gerade damit das Kollektiv bedrohen [Hervorhebung im Original]“ (ebd.). Und Michael BRZOSKA (2009) stellt in diesem Zusammenhang übereinstimmend fest: „Securitization regularly leads to allround ‚exceptionalism‘ in dealing with the issue […]” (ebd., S. 138). Folglich gewännen sogenannte Sicherheitsexperten an Bedeutung, insbesondere Militär und Polizei komme eine wichtige Rolle zu. „Methods and instruments associated with these security organizations – such as more use of arms, force and violence – will gain in importance in the discourse on ‚what to do‘” (ebd.).

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Phänomenen der Versicherheitlichung hat in den letzten zehn Jahren auch in der Politischen Geographie zunehmende Verankerung gefunden. Zu den bislang bedeutendsten Meilensteinen dieser fachlichen Erschließung zählte zweifelsohne ein von Benedikt KORF und Jürgen OßENBRÜGGE (2010) koordiniertes Themenheft der Zeitschrift „Geographica Helvetica“ sowie eine schwerpunktmäßige Behand-

lung im Rahmen der Jahrestagung 2014 des Arbeitskreises Politische Geographie, die unter dem Titel „Politische Geographien von Entwicklung, Risiko und Versicherheitlichung“ durchgeführt wurde. Laut KORF und OßENBRÜGGE (2010) sind Phänomene der Versicherheitlichung für die Politische Geographie deshalb so interessant, weil sie einerseits geeignet sind, traditionelle politische Machtkonstellationen zu verändern, und weil sie andererseits – für die Geographie bedeutend – klare Raumbezüge aufweisen. Die Politische Geographie biete „[…] das Potential, die räumlichen Semantiken und territorialen Praktiken von *securitization* expliziter in die Analyse einzubinden und damit neue Impulse in die politikwissenschaftliche Debatte zu tragen [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 168). Versicherheitlichung könne nämlich gar nicht „[…] ohne die in ihr inhärenten räumlichen Semantiken gedacht werden, bei denen es um das Ein-, Ab- und Ausgrenzen von Objekten und Subjekten geht, aber auch um den Geltungsbereich und die Wirkungsräume von Regeln, Gesetzen und Normen“ (ebd., S. 169).

Ähnliches dürfte auch für Prozesse der sogenannten „riskification“ (CORRY 2012, S. 237) gelten, die jedoch in wesentlichen Aspekten von der „securitization“ (WÆVER 1995), also Versicherheitlichung, zu differenzieren sind. Sie beziehen sich auf deutlich langfristigere, potenziellere oder komplexere Gefahrenszenarien und umfassen weniger alarmistische und impulsive Reaktionen (vgl. CORRY 2012, S. 237 ff.). Der Klimawandel als gesellschaftliche Bedrohung und die auf ihn bezugnehmende politische Rhetorik könnten entsprechende Beispiele sein. Michael BRZOSKA (2009) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, der Klimawandel habe die ihm gebührende öffentliche Aufmerksamkeit erst erhalten, als er als Sicherheitsproblem beschrieben wurde. „In 2007 climate change finally began to attain the public attention it deserves. One key reason for this was the suggestion that climate change, if not addressed forcefully, would lead to wars, mass migration and terrorism. In short, climate change was posed as a security issue” (ebd., S. 137).

Olaf CORRY (2012) beschreibt „riskification” als Phänomen, das in seiner Schärfe und Geschwindigkeit von Versicherheitlichung im engeren Sinne abweicht: „‘Riskification’ captures this idea of a social process of constructing something politically in terms of risks. Appeals to ‘security’ based on risk […] do not necessarily trigger emergency measures, friend-enemy thinking and militarisation against existential threats […]. Risk logics pose their own specific challenges to both ‘normal’ and securitised politics and de-securitisation is not necessarily the solution” (ebd., S. 238). CORRY (2012) verweist zudem darauf, es sei schon deshalb notwendig, „riskification” konzeptionell eigenständig zu fassen, um den Begriff der

Versicherheitlichung nicht zu verwässern: „[…] drawing up a parallel logic of risk-security prevents the watering down of 'securitisation' […]" (ebd.).

Beide Phänomene, sowohl Versicherheitlichung als auch „riskification", dürften in Zeiten von Terror, Flüchtlingskrise und Klimawandel von steigender Bedeutung für eine politikwissenschaftliche wie auch politisch-geographische Betrachtung bleiben. Vereinfacht und zusammenfassend sollen sie hier als (oftmals strategisch eingesetzte) Instrumentalisierungen räumlicher Sicherheits- und Risikokonstruktionen gefasst werden. Bei genauer Analyse lässt sich feststellen, dass sie nicht nur Phänomene darstellen, die den politischen Prozess im Allgemeinen betreffen, sondern insbesondere die Beschaffenheit demokratischer Entscheidungsfindung transformieren. Weil sie darüber hinaus eine starke und in der Politischen Geographie bereits als höchst relevant erachtete räumliche Dimension besitzen, sind sie auch für eine demokratiegeographische Auseinandersetzung lohnend. Es soll im Folgenden – auch mit Bezug auf die eingangs geschilderten Fallbeispiele – aufgezeigt werden, wie Prozesse der Versicherheitlichung und „riskification" die Erfüllung der in dieser Arbeit untersuchten territorial relevanten Demokratieprämissen beeinflussen – und dass hierbei gerade die räumliche Dimension von Risikokonstruktionen und „außergewöhnlichen Maßnahmen" (KORF; OßENBRÜGGE 2010, S. 168) eine besondere Bedeutung einnimmt. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die Zukunftsfähigkeit der Herrschaftsform können genutzt werden, um eine fruchtbare Erweiterung der wissenschaftlichen, insbesondere politisch-geographischen, Debatte anzudeuten.

Zwei Thesen sollen den folgenden Ausführungen vorangestellt und näher untersucht werden. Erstens: Versicherheitlichung und „riskification" können dazu führen, dass die grenzüberschreitende Exekutive gestärkt wird, während die Einflussmöglichkeiten des territorial definierten Souveräns abnehmen. Dies führt zu einer gefährlichen Entkopplung, die ein Demokratiedefizit bedingt. Zweitens: Die räumlichen Implikationen von Versicherheitlichung und „riskification" können die (territoriale) Identität vorhandener Demoi stärken und möglicherweise auch neue grenzüberschreitende politische Identitäten begründen – allerdings unter sehr problematischen Umständen und mit potenziell gefährlichen Auswirkungen, zu denen eine Delegitimierung des Fremden zählt.

Bereits dargelegt wurde, dass Exekutiven die Konstruktion einer anhaltenden, teils existenziellen Bedrohungslage gezielt einsetzen können, um außergewöhnliche Maßnahmen zu legitimieren. Diese Konstruktion „[…] entsteht dadurch, dass eine Autorität sogenannte unterstützende Observationen bemüht, um existenzielle Bedrohungen gegen spezifische Kollektive zu stellen […]" (HAGMANN 2010, S. 172). Erstaunlich ist, dass dieser Prozess in

der Literatur – insbesondere von Vertretern einer reflexiven Modernisierung und des Kosmopolitismus – als durchaus begrüßenswert erachtet wird. So argumentiert zum Beispiel Ulrich BECK (2001), dass wahrgenommene Bedrohungen wie der internationale Terrorismus oder eine nahende Klimakatastrophe Forderungen nach einer neuen „transnationalen" (ebd.) Kooperation von Staaten über alte Feindschaften und regionale Konflikte hinweg plausibel machten. Staatliche Akteure würden folglich gestärkt, bislang dominante Ideen wie der Nationalstaat und die Souveränität hingegen entthront. Was hier als „Chancen der Gefahren" (ebd.) bezeichnet wird, impliziert aber – so soll argumentiert werden – nicht weniger als einen grundlegenden Verlust demokratischer Legitimität. Versicherheitlichung und „riskification" können nämlich als Instrumente für die Exekutivpolitik dienen, sich unter Berufung auf transterritorialen Handlungsdruck zunehmend vom unverändert territorial definierten Souverän sowie der territorial verankerten Gerichtsbarkeit zu distanzieren und außergewöhnliche Maßnahmen auch ohne demokratische Legitimation zu rechtfertigen. Das ist ein existenzielles Problem sowohl für konsolidierte wie auch für junge Demokratien. Dieses Problem lässt sich anhand der in den Kapiteln 1 bis 3 besprochenen demokratietheoretischen Prämissen und ihrer territorialen Implikationen konkretisieren und ausdifferenzieren.

Die wesentliche Herausforderung für demokratische Gemeinwesen besteht im Hinblick auf Versicherheitlichung und „riskification" zunächst einmal in der Gefahr einer zunehmenden Inkongruenz zwischen Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten. Eine kollektive Selbstbestimmung im Sinne der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) kann nicht gelingen, wenn der territorial definierte Demos Kontroll- und Mitsprachemöglichkeiten verliert, wenn also außergewöhnliche Maßnahmen ohne demokratische Legitimation als gerechtfertigt gelten. Denn das Argument, die Politikergebnisse einer entkoppelten Exekutive seien letztlich auch ohne demokratisches Mandat gut für den Demos und genössen deshalb eine „Output"-Legitimität (vgl. SCHARPF 1993, S. 167), reicht nicht aus – Demokratie muss *immer* auch eine „Input"-Legitimität (ebd.) umfassen. „Demokratie, verstanden als Selbstbestimmung der Mitglieder eines Gemeinwesens über das eigene kollektive Schicksal, hat sowohl einen output-bezogenen (inhaltlichen) als auch einen input-bezogenen (prozeduralen) Aspekt. *Inhaltlicher* Maßstab ist das Gemeinwohl – utilitaristisch formuliert also das aggregierte Wohlfahrtsmaximum der Mitglieder. *Prozedural* soll die demokratische Entscheidung auf die Partizipation der Mitglieder an diskursiven Entscheidungsprozessen oder wenigstens auf die in der Konkurrenz um Wählerstimmen manifestierte Verantwortung der Regierenden gegenüber den Regierten zurückgeführt werden [Hervorhebungen im Original]" (ebd. S. 167).

Darüber hinaus gilt das Problem der Inkongruenz aber noch in einer weiteren Dimension: Werden Dritte, also Nicht-Mitglieder des Demos, durch transterritorial agierende, sich auf eine Sicherheitslogik berufende Exekutiven fremdbestimmt, kommt es zu den im ersten Kapitel thematisierten „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39). Politische Gemeinschaften sind dann in ihrer demokratischen Selbstherrschaft nicht mehr frei, „[…] weil Rahmenbedingungen außerhalb ihres Einflussgebietes dies unmöglich machen […]“ (ebd.). Zugleich verlieren Individuen mitunter die Möglichkeit, sich auf eine demokratisch kontrollierte Rechtsstaatlichkeit zu berufen. Letzteres gilt für Terrorverdächtige in Guantanámo Bay oder Bagram; ersteres trifft zum Beispiel auf Staaten des globalen Südens zu, die sich im Rahmen einer transnationalen Klima-Governance dem Druck des globalen Nordens ausgesetzt sehen. „Deshalb bleibt, wenn nicht bei zunehmender Interdependenz die überhandnehmenden externen Effekte jede Hoffnung auf absichtsvolle Gestaltung des kollektiven Schicksals vereiteln sollen, nur der Versuch einer koordinierten Lösung, die zwischen den jeweils beteiligten Einheiten ausgehandelt werden muss. Aber auch wenn […] alle beteiligten Einheiten intern demokratisch organisiert sind, sind die Verhandlungen selbst doch nicht als eine demokratische Prozedur zu legitimieren“ (SCHARPF 1993, S. 167).

Ein höchst bedeutendes Ergebnis der Analysen im ersten Kapitel war, dass Territorialität für die Erfüllung des Kongruenzerfordernisses eine notwendige Bedeutung einnimmt. Territorialität, so wurde festgestellt, bietet neben manchen Unzulänglichkeiten den großen Vorteil, einerseits Herrschaftssubjekte und andererseits Herrschaftsobjekte so zu definieren, dass sowohl eine personelle Kongruenz der beiden Gruppen entsteht als auch eine sehr praktikable Bestimmung der dinglichen Herrschaftsreichweite, die wiederum zur Wahrung der personellen Kongruenz beiträgt (vgl. Kapitel 1.3.2). Wenn BECK (2001) nun im Hinblick auf neue Sicherheitsherausforderungen schreibt: „Die Handlungsfähigkeit der Staaten muss de facto unabhängig von den bisherigen Souveränitäts- und Autonomievorstellungen begrifflich erfasst und politisch erschlossen werden“ (ebd.). Dann ist das zunächst einmal keine applauswürdige Utopie, sondern vielmehr eine Drohkulisse für die Demokratie, denn es existieren bislang kaum alternative Institutionalisierungskonzepte, die eine demokratische Kongruenz von Herrschenden und Beherrschten in reterritorialisierter Form gewährleisten könnten – und in deterritorialisierter Form ist sie nach den Ergebnissen dieser Arbeit sogar ausgeschlossen. Folglich ergibt sich ein grundlegender Verlust demokratischer Legitimität, den BECK (2001) mit keinem Wort erwähnt und dem nur dann begegnet werden könnte, wenn neue politisch-territoriale Arrangements in Entwicklung wären, die zeitgleich transterritorialen politischen Herausforderungen *und* grundlegenden Prämissen demokratischer Herrschaft gerecht würden.

Hierin könnte und müsste auch ein zukünftiges Forschungsinteresse der Politischen Geographie bestehen.

Aus der Feststellung, dass Versicherheitlichung und „riskification" die grenzüberschreitende Exekutive stärken und die Einflussmöglichkeiten des territorial definierten Souveräns schwächen, ergeben sich aber nicht nur Probleme und offene Fragen für die demokratische Herrschaftskongruenz, sondern auch für die Erfüllung der demokratietheoretischen „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39). Im zweiten Kapitel wurde ausführlich dargelegt, dass ein demokratisch organisiertes Kollektiv bestimmte Eigenschaften aufweisen muss – es bedürfe zum Beispiel eines Mindestmaßes an Solidarität, horizontalem Vertrauen, geteilten Normvorstellungen und sprachlichen Austauschmöglichkeiten. Notwendig sei aus demokratietheoretischer Sicht also eine belastbare „[…] Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]" (OFFE 2000a, S. 238) und somit das Vorhandensein einer gemeinsamen Identität der Konstituenten (z.B. OFFE 2000b, S. 67), die mitunter auch als „Wir-Identität" (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) bezeichnet wird. Wenn nun Exekutiven immer „transnationaler" (BECK 2001) agieren, müsste eigentlich auch eine soziale und räumliche Erweiterung demokratischer Gemeinwesen vollzogen werden, um den neuen Maßstab exekutiven Handelns demokratisch zu gestalten. Ein passendes Beispiel ist der Klimawandel: Weil die hiermit verbundenen Folgen und Risiken als grenzübergreifend und global erachtet werden, wäre die logische Konsequenz eine kosmopolitische Demokratie, wie sie unter anderem von David HELD (1995) vorgeschlagen wurde. Doch in diesem Kontext ergibt sich im Sinne der Identitätsprämisse eine zentrale Frage: Wenn schon die bisherigen nationalstaatlich-territorialen Demoi die „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) in Zeiten sozialer Fragmentierung und zunehmender Migration immer schlechter erfüllen, wie könnte dies auf neuen transterritorialen Maßstabsebenen auch nur ansatzweise gelingen?

Tatsächlich könnte auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, dass gerade Prozesse wie Versicherheitlichung oder „riskification" die identitätsstiftende Differenzierung stärken – im Sinne des Identitätserfordernisses zunächst einmal begrüßenswert. Wenn der US-Präsident „[…] religiösen Fundamentalismus als fundamentale Bedrohung der ‚freien Welt' […]" (HAGMANN 2010, S. 172) bezeichnet, könnte das nicht zu einer Besinnung der „‚freien Welt'" (ebd.) auf ihre geteilten freiheitlichen Werte und auf ihre Zusammengehörigkeit beitragen? Werden sich die Dänen vielleicht wieder stärker ihrer Kultur und Werte bewusst, weil sie die Angst vor fremden Neuankömmlingen eint? Die Antwort muss zweiteilig ausfallen. Zunächst einmal ist eine Differenzierung von „den Anderen" zur Herausbildung einer kollektiven

Identität notwendig: „Since every search for identity includes differentiating oneself from what one is not, identity politics is always and necessarily a politics for the creation of difference“ (BENHABIB 1998, S. 226). Doch diese Differenzierung wird immer dann zum Problem, wenn sie eine Delegitimierung oder sogar Eliminierung des Fremden zur Folge hat (vgl. ebd.) – und dieser Effekt, so soll hier argumentiert werden, ist gerade im Zusammenhang mit einer Versicherheitlichung ausgeprägt: Zäune und Mauern werden geplant, Minderheiten diskriminiert, neue Blockkonfrontationen heraufbeschworen. Mit anderen Worten: Solange islamistisch begründete Terrordrohungen zu einer Betonung der demokratisch-freiheitlichen Gemeinschaft in westlichen Staaten führen, ist das zunächst als akzeptable, vielleicht sogar als sinnvolle Stärkung des Gemeinsinns zu bezeichnen. Wenn daraus aber allgemeine Ressentiments gegen den Islam oder sogar brauner Terror entstehen, obsiegt die Delegitimierung des Fremden. Angesichts einer Zunahme des Rechtspopulismus in den vergangenen Jahren und einer verschärften Rhetorik zwischen geopolitischen Akteuren dürften die Chancen für die Herausbildung neuer demokratischer Identitäten mit vergrößerter sozialer und räumlicher Reichweite folglich eher bescheiden sein.

Vielmehr kann bislang beobachtet werden, dass bereits vorhandene politische Institutionen, die nationalstaatlich-territoriale Grenzen überschreiten, besonders unzureichend mit kollektiven Identitätsbezügen der Konstituenten korrespondieren. Soll heißen: Es existiert gerade auf größeren Maßstabsebenen ein Mangel an gemeinsamer Öffentlichkeit, an horizontalem Vertrauen, Solidarität und geteilten Normen. Als Beispiel können die jüngsten Verständnis- und Vertrauenskrisen innerhalb der Europäischen Union dienen: mangelnde Solidarität gegenüber einem wirtschaftlich angeschlagenen Griechenland; Konflikte um die Verteilung von Flüchtlingen; der geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU; Nationalisierungstendenzen in Ungarn und Polen. Selbst wenn also ein ernstzunehmender Wille bestünde, neue grenzüberschreitende Exekutivaktivitäten, die im Namen der Sicherheit realisiert werden, durch grenzüberschreitende demokratische Legitimationskollektive zu stützen, könnte dieses Vorhaben an fehlenden Identitätsmerkmalen scheitern. So konstatiert denn auch Fritz SCHARPF (1993), das wesentliche Problem einer Verlagerung von Entscheidungen auf neue, vergrößerte Maßstabsebenen sei „[…] der fehlende Bezug auf das Gemeinwohl eines die Beteiligten umfassenden und als ‚Wir-Identität' akzeptierten Gemeinwesens“ (ebd., S. 167).

Versicherheitlichung und „riskification“, so wurde also argumentiert, können zu einer Stärkung transterritorial agierender Exekutiven führen, die zugleich eine Schwächung der Einflussmöglichkeiten territorial definierter Souveräne bedingt. Diese Konstellation

wiederum erweist sich als höchst problematisch für die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39). Der dadurch drohenden Fremdbestimmung könnte nur durch eine soziale und räumliche Erweiterung demokratischer Gemeinwesen begegnet werden, die jedoch ihrerseits an Grenzen stößt, weil ein im Sinne der Identitätsprämisse erforderlicher demokratischer Gemeinsinn nicht beliebig erweiterbar ist. Kurzum: Die Entkopplung der Exekutive vom Souverän erweist sich auch aus demokratiegeographischer Sicht als höchst abträglich für den Fortbestand dieser Herrschaftsform.

Hieraus das Plädoyer für ein Weiter-So des territorialen Nationalstaates zu folgern, wäre gleichwohl falsch. Neue politische Herausforderungen gehen vielfach über bisherige nationale Territorialitäten hinaus – und diese Entwicklung muss strukturell Berücksichtigung finden. Politiker und Wissenschaftler täten jedoch gut daran, neben den Möglichkeiten der Transnationalisierung exekutiver Regulation auch die Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Legitimation jenseits nationaler Territorialitäten auszuloten (vgl. Kapitel 4.2 und 4.3). So lange hier keine plausiblen Alternativkonzepte bestehen, wird die Entscheidungsmacht des Demos weiter schrumpfen – unter anderem durch Prozesse wie jene der Versicherheitlichung und „riskification“. Und das ist eine Gefahr für die Demokratie.

4.2 Die Neuerfindung der Polis? Benjamin R. Barber und die Idee demokratischer Stadtnetzwerke

Am 11. September 2016 – das Datum wurde nicht zufällig auf den Jahrestag der Terroranschläge in den USA gelegt – kam es in Den Haag zu einem Weltereignis, das in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung fand: Zum ersten Mal trat das „Weltparlament der Bürgermeister“ (Global Parliament of Mayors) zusammen. An der konstituierenden Sitzung dieses informellen Gremiums nahmen 60 Bürgermeister von fünf Kontinenten teil. Erste Diskussionsthemen waren unter anderem der Umgang mit Migration und Flüchtlingen sowie Maßnahmen gegen den Klimawandel (vgl. GLOBAL PARLIAMENT OF MAYORS 2018a). „The Global Parliament of Mayors is a governance body of, by and for mayors from all continents. It builds on the experience, expertise and leadership of mayors in tackling local challenges resulting from global problems. At the same time, it brings local knowledge to the table and thus participates actively in global strategy debates and underscores the needs for practical, action-oriented solutions” (GLOBAL PARLIAMENT OF MAYORS 2018a). Hinter der Gründung dieser „glokalen“ Institution steckte vor allem ein Mann: der im April 2017 verstorbene US-amerikanische Politikwissenschaftler und ehemalige Berater von US-Präsident Bill Clinton Benjamin R. Barber. Sein Buch „If mayors ruled the world“ (BARBER 2013a) und sein

Entwurf einer globalen demokratischen Vernetzung von Städten führten zur Einrichtung des Weltparlaments. In seiner Rede im Rahmen der konstituierenden Sitzung sagte er: „With humility and a sense of our frailty, but with hope in the polis now become cosmopolis, I give you the Global Parliament of Mayors" (GLOBAL PARLIAMENT OF MAYORS 2018c).

Die Grundidee von BARBER (2013a) ist im Sinne der Ergebnisse dieser Arbeit sehr vielversprechend und verdient besondere Beachtung: Wenn politische Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder Finanzmarktregulation in ihrer Reichweite über bisherige demokratische Territorien hinausgehen und einer weltweiten Antwort bedürfen, demokratischer Gemeinsinn gleichzeitig aber auf lokaler beziehungsweise kommunaler Ebene am stärksten verankert ist, dann sollten Strukturen geschaffen werden, die diese Ebenen umsichtig und im Sinne der Zukunftsfähigkeit demokratischer Herrschaft verbinden (vgl. ebd., S. 20 f.). Dieser Gedanke greift implizit das im dritten Kapitel herausgearbeitete territoriale Demokratiedilemma auf: Zwei grundlegende Demokratievoraussetzungen weisen in unterschiedliche Richtungen. Demokratische Selbstbestimmung im Sinne einer Kongruenz von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten (vgl. Kapitel 1) scheint gerade in Zeiten globaler Herausforderungen nach einer territorialen Erweiterung der Integrations- und Herrschaftsreichweite demokratischer Gemeinwesen zu verlangen. Gleichzeitig steht eine solche Erweiterung jedoch dem Anspruch der Herausbildung einer kollektiven Identität und dadurch erzeugter bindender Motive (vgl. Kapitel 2) tendenziell entgegen; ein belastbarer Gemeinsinn setzt funktionierenden demokratischen Gemeinwesen engere Grenzen. Es bedarf also stets der Suche nach einem demokratiegeographischen Konstrukt, das dem Ideal kollektiver Selbstherrschaft ohne jede Fremdbestimmung in Verbindung mit dem Ideal eines belastbaren demokratischen Gemeinsinns möglichst nah zu kommen vermag. Im Folgenden soll deshalb untersucht werden: Wie sehen die Strukturvorschläge von BARBER (2013a) konkret aus und wie werden sie begründet? In welche fachlichen Debatten lassen sie sich einordnen? Sind sie entsprechend der in dieser Arbeit formulierten Kriterien geeignet, das dargelegte territoriale Demokratiedilemma in Zeiten weltregionaler und globaler Herausforderungen zu lindern?

„The 19th century was a century of empires, the 20th century was a century of nation states. The 21st century will be a century of cities." – Dieses Zitat von Wellington E. Webb, einem ehemaligen Bürgermeister der US-amerikanischen Stadt Denver, stellt BARBER (2013a, S. vii) seinen Überlegungen voran. Es bringt pointiert zum Ausdruck, welch bedeutende politische Strukturherausforderung BARBER (2013a) zu Beginn des 21. Jahrhunderts erkennt: „Today, after a long history of regional success, the nation-state is failing us on the global scale. […] It

is utterly unsuited to interdependence" (ebd., S. 3). Der Nationalstaat sei ungeeignet für die Bearbeitung und Lösung neuer politischer Probleme, die über nationalstaatliche Grenzen hinausgingen und eine Situation weltweiter Abhängigkeiten schaffe. Herausforderungen wie die im dritten Kapitel thematisierte Zunahme externer Faktoren, zu denen unter anderem klimabedingte Veränderungen der Lebensbedingungen oder global verwobene Finanzmärkte zählen, könnten nicht mehr im Rahmen bisheriger nationalstaatlich-territorialer Souveränität gemeistert werden (vgl. ebd. S. 4).

Eine solche Zustandsdiagnose ist freilich nicht neu. In der Politikwissenschaft wie auch in der Politischen Geographie – hier vor allem unter den Schlagworten der Deterritorialisierung und Reterritorialisierung – ist die Abnahme nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit breit diskutiert worden. James ANDERSON und Liam O'DOWD (1999) haben die in dieser Debatte vorgetragenen Positionen unterschieden in „[…] ‚strong' and ‚weak' versions of globalization, with contrasting implications for state borders and territoriality […]", (ebd., S. 8). Vertreter der „strong versions" (ebd.) seien der Überzeugung, ökonomische Globalisierungsprozesse hätten ein starkes politisch-territoriales Veränderungspotenzial, während Autoren der „weak versions" (ebd.) höchstens die Zunahme internationaler Kooperation feststellten (ebd., S. 8 f.). Anssi PAASI (2001, S. 133 ff.) präzisiert, die „strong thesis" (ebd., S. 139) impliziere also einen radikalen Bedeutungsverlust des Nationalstaates, während die „weak thesis" (ebd., S. 140) davon ausgehe, der Nationalstaat und seine Grenzen blieben die wesentlichen und handlungsfähigen Einheiten politisch-territorialer Ordnung. Als Beispiele für besonders weitreichende und somit zur „strong thesis" (ebd.) zählende Positionen können die Thesen eines „end of the nation state" (OHMAE 1995) und des „end of geography" (O'BRIEN 1992) gelten, die auf dem Höhepunkt der Globalisierungsdebatte in den Neunzigerjahren formuliert wurden. Eine Kontinuität des internationalen Systems im Sinne der „weak thesis" (ebd.) erkennen hingegen Autoren wie Paul HIRST (2005) oder Harald MÜLLER (2009). Eine zusätzliche, intermediäre Kategorie beanspruchen Paul KNOX und Sallie MARSTON (2010) für sich und bezeichnen diese als „transformationalist view" (ebd., S. 12): Globalisierungsprozesse hätten zwar große Veränderungskraft, der Staat werde aber vermutlich in veränderter Form von Bedeutung bleiben (vgl. ebd., S. 13, 374). In dieser Kategorie können auch all jene Thesen verortet werden, die keine völlige Denationalisierung erkennen, wohl aber die Herausbildung neuer Mehrebenen-Systeme und heterogener Territorialitäten im Sinne einer Reterritorialisierung (zum Beispiel AGNEW 1994; JONAS 1994; OßENBRÜGGE 1997). Auch die Einschätzungen von BARBER (2013a) lassen sich am ehesten dem „transformationalist view" (KNOX; MARSTON 2010, S. 12) zuordnen: Er postuliert eine globale Vernetzung von Städten,

die das nationalstaatliche System im Hinblick auf Integrationskraft und Handlungsfähigkeit überholen und langfristig zu einer neuen politisch-territorialen Ordnung werden könnte. Ein völliges Ende des Nationalstaates vermag er aber nicht zu erkennen: „While citizens can dream across borders, they are defined by and owe their fealty neither to the local city alone, nor to some emerging global civic cosmopolis, but to their national flags and patriotic anthems and defining national 'missions'" (BARBER 2013a, S. 10).

Bemerkenswert ist im Kontext der soeben skizzierten Debatte, dass sich BARBER (2013a) nicht auf die Diagnose einer Verlagerung exekutiver Handlungsmacht beschränkt, sondern explizit die *demokratischen* Implikationen des politisch-territorialen Wandels benennt. Nationalstaaten, so lautet seine Einschätzung, seien von Natur aus auf Rivalität und gegenseitige Exklusion ausgelegt, daher blieben sie zwangsläufig unfähig zur Kooperation und zur Herstellung einer globalen Öffentlichkeit. Solange Demokratie von rivalisierenden, souveränen Nationen abhängig sei, könne sie nicht global werden (vgl. ebd., S. 4). Hierin liege jedoch ein eklatantes Problem, weil gerade in Zeiten weltweit zunehmender sozialer, ökonomischer und ökologischer Interdependenzen auch Partizipationsmöglichkeiten und Legitimationsstrukturen „globalisiert" werden müssten: „What is missing is not globalization, but globalization that is public rather than private, democratic not hegemonic, egalitarian rather than monopolistic" (ebd., S. 12). Diese Feststellung, so darf bereits analysiert werden, erfolgt ganz im Sinne der im ersten Kapitel dieser Arbeit analysierten demokratietheoretischen Kongruenzprämisse: Wenn politischer Handlungsbedarf über die Grenzen bisheriger Gemeinwesen hinausgeht, dann bedarf es im Sinne einer Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten folgerichtig einer sozialen und territorialen Erweiterung der Integrations- und Herrschaftsreichweite demokratischer Gemeinwesen. Mit anderen Worten: Wenn Umweltprobleme nur grenzüberschreitend gelöst oder Finanzmärkte nur supranational reguliert werden können, dann müssen im Sinne der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) Legitimationskollektive auf ebendiesen Ebenen geschaffen werden, um eine kollektive Selbstbestimmung der Betroffenen zu gewährleisten.

Um es nicht bei der wichtigen Forderung nach einer grenzüberschreitenden Demokratisierung zu belassen, unterbreitet BARBER (2013a) sodann einen konkreten Vorschlag für ein seiner Ansicht nach sinnvolles Modell politisch-räumlicher Organisation. Dabei gelingt es ihm, sich nicht in die überschaubare Riege streitbarer Entwürfe kosmopolitischer Demokratie einzureihen (zum Beispiel HELD 1995; BECK (2002); siehe auch Kapitel 4.3), denn sein Blick richtet sich weniger auf die Entwicklung neuer supranationaler Gebilde als vielmehr – und das ist bislang außergewöhnlich – auf die Vernetzung subnationaler Einheiten: „In a teeming

world of too much difference and too little solidarity, democracy is in deep crisis. With obstreperous nation-states that once rescued democracy from problems of scale now thwarting democracy's globalization, it is time to ask in earnest, 'Can cities save the world?' I believe they can" (ebd., S. 3). BARBER (2013a) schreibt also Städten und Stadtnetzwerken eine größere Lösungskompetenz zu als dem territorialen Nationalstaat, internationalen Beziehungen oder auch supranationalen quasi-staatlichen Gebilden. Nur sie seien in der Lage, lokales Engagement und lokale Partizipation zu nutzen, um globale Probleme effektiv zu lösen. Mit dieser Idee ist er nicht ganz allein: Auch Bruce KATZ und Jennifer BRADLEY (2013) sowie Vishaan CHAKRABARTI (2013) verfolgen ähnliche Argumente, wenn auch – im Falle ersterer – mit rein ökonomischen Schwerpunkt oder – im Falle des letzteren – mit einer analytischen Begrenzung auf die USA.

Dass ausgerechnet Städte zu Rettern der Demokratie erklärt werden, mag schon deshalb verwundern, weil die Demokratie seit ihrer antiken Begründung eine räumlich immer stärker erweiterte Institutionalisierung erfahren hat. Von der antiken Polis über den modernen Nationalstaat bis hin zu supranationalen Demokratieversuchen – die soziale und territoriale Ausdehnung politischer Gemeinwesen hat zugenommen. Und kosmopolitische Demokratiemodelle haben diese Logik bislang – ganz im Sinne des oben skizzierten demokratietheoretischen Kongruenzarguments (vgl. Kapitel 1) – nahezu teleologisch fortgesetzt (vgl. HELD 1995; BECK (2002); siehe auch Kapitel 4.3). Die Ideen von BARBER (2013a) lassen sich hingegen nicht ohne weiteres in eine solche Logik einordnen – und trotzdem hält auch er seinen Vorschlag für historisch und demokratietheoretisch konsequent: „Born in the self-governing and autonomous polis, democracy realizes its global telos in the self-governing and interdependent cosmopolis. The circle completes itself" (ebd., S. 14). Die Stadt als Wiege der Demokratie im antiken Griechenland sei historisch zu einer fortschrittshemmenden Maßstabsebene geworden; moderne repräsentative Demokratien hätten nach einem neuen Integrationsmodell verlangt, es sei der territoriale Nationalstaat entstanden. Heute wiederum weise nationalstaatliche Demokratie das oben bereits skizzierte Maßstabsproblem auf und die vernetzte Kosmopolis werde dadurch zum Hoffnungsträger (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu Autoren, die aus der schwindenden Bedeutung des Nationalstaates also eine Notwendigkeit umfassender Supranationalisierung erwachsen sehen, postuliert BARBER (2013a) eine stärkere Wertschätzung lokaler Integrationskraft, aus der sich globale Handlungskompetenz entwickeln könne. Über Städte schreibt er: „[…] it seems possible that they can […] find ways to help us govern our world democratically and bottom-up" (ebd., S. 23).

In vielen Rezensionen und Analysen ist herausgearbeitet worden, das zentrale Argument von BARBER (2013) bestehe darin, Städte könnten mit einem erfrischenden und ideologiearmen Pragmatismus zur „glokalen“ Lösung von Problemen beitragen. So formuliert es zum Beispiel Parag KHANNA (2012) bereits ein Jahr vor der Veröffentlichung von “If mayors ruled the world” – und auch Ben ROGERS (2013) erkennt in seinem journalistischen Beitrag übereinstimmend und veranschaulichend: „Municipal governments, Barber argues, […] tend to be characterised by more pragmatic, non-ideological politics. As Teddy Kollek liked to say when mayor of Jerusalem: ‚Spare me your sermons and I will fix your sewers’ (ebd.). Auch BARBER (2013b) selbst sagte in einem Interview mit dem „Spiegel“: „Urbane Systeme stehen für die pragmatische Lösung von Problemen, sie sind nicht belastet von Ideologien: Busse müssen einfach fahren, der Müll muss eingesammelt werden, wir brauchen Schulen und eine Kanalisation. In Großstädten gibt es enorm viel institutionelle, soziale und technologische Kompetenz. Ich plädiere für eine Multiplikation dieser Kompetenz“ (ebd.).

Doch so zielführend lokaler Pragmatismus für die Lösung bestimmter politischer Herausforderungen auch sein mag: Aus demokratietheoretischer Perspektive ist das Argument einer global erweiterten Anwendung von städtischem Pragmatismus zunächst einmal und für sich genommen wenig verheißungsvoll. Zu groß erscheint die Sorge, dass grenzüberschreitende Probleme, die nach einer demokratisch ausgestalteten Lösung verlangen, nun schlicht von urbanen Administrationen in einer maßlosen Überschreitung ihrer konstitutionell festgelegten Handlungsreichweite reguliert werden. Ein solches Szenario dürfte fast noch unattraktiver ausfallen als das in Kapitel 4.1 kritisierte transterritoriale Engagement nationalstaatlicher Exekutiven. Nein, deutlich interessanter erscheint an den Ausführungen von BARBER (2013a), dass sie sich eben nicht auf einen solchen exekutiven Pragmatismus im Sinne einer reinen „Output“-Legitimität (vgl. SCHARPF 1993, S. 167) beschränken. Vielmehr berücksichtigen sie – nicht immer explizit und vermutlich auch nicht immer bewusst – die in dieser Arbeit analysierten räumlich relevanten Demokratieprämissen und liefern ernstzunehmende Anhaltspunkte dafür, dass eine demokratisch ausgestaltete Vernetzung von Städten ebendiese Prämissen in Zeiten grenzüberschreitender Herausforderungen tatsächlich besser erfüllen könnte als das nationalstaatliche System. Die detaillierten Überlegungen von BARBER (2013a) beziehen also nicht nur das ohnehin häufig beachtete Kongruenzprinzip ein (vgl. Kapitel 1), sondern greifen – wie zu sehen sein wird – auch die in kosmopolitischen Konzepten notorisch vernachlässigte Identitätsprämisse auf (vgl. Kapitel 2). Deshalb stellen seine Ideen zunächst einmal einen seltenen und begrüßenswerten Beitrag zu der Frage dar, wie das territoriale

Strukturdilemma aus tendenziell gegenläufigen Kongruenz- und Identitätserfordernissen (vgl. Kapitel 3) gelindert werden könnte.

Wie also konzipiert und begründet BARBER (2013a) eine Vernetzung von Städten als demokratisches Zukunftsmodell? Vier wesentliche Argumente lassen sich eruieren (vgl. KIESELBACH 2017, S. 19 ff.) und sollen im Folgenden skizziert sowie im Kontext dieser Arbeit eingeordnet werden. Das erste Argument ist im Hinblick auf die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) von besonderer Bedeutung: BARBER (2013a, S. 5 ff., 13) erkennt, dass gerade in Städten solche gemeinsamen Entscheidungen getroffen würden, die angesichts ihrer praktischen Alltagsbedeutung und ihrer Manifestation in der unmittelbaren Lebenswelt nahezu alle Mitglieder des städtischen Gemeinwesen beträfen. Mit anderen Worten: Städtische Politik vollzieht sich in einer sozialräumlichen Konstellation, die das Vorhandensein einer „[…] strikte[n] Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]" (SCHARPF 1993, S. 167) begünstigt. Hinzu kommt laut BARBER (2013a, S. 5 ff., 13), dass die Beschaffenheit der politischen Probleme im urbanen Raum die oben bereits angesprochene praktische Lösungsorientierung erfordere und wenig Spielraum für ideologisches Denken lasse, wie es auf nationalstaatlicher Ebene praktiziert werde. So entstehe nicht nur die Chance auf wirkungsvolle kollektive Selbstbestimmung, sondern auch auf ein steigendes Interesse der Bürger an politischer Partizipation. Die Unterschiede städtischer und nationalstaatlicher Politikinhalte beschreibt BARBER (2013a) anschaulich: „[…] collecting garbage and collecting art rather than collecting votes or collecting allies; putting up buildings and running buses rather than putting up flags and running political parties; securing the flow of water rather than the flow of arms; fostering education and culture in place of national defense and patriotism" (ebd., S. 13). Die sich hieraus ergebende Situation einer unmittelbaren, ideologiearmen kollektiven Selbstbestimmung möchte BARBER (2013a) nutzen, um effektive Partizipation und demokratische Legitimation auch im Kontext grenzüberschreitender oder gar globaler Herausforderungen zu etablieren. Angesichts einer weltweit zunehmenden Urbanisierung, gerade in Ländern des globalen Südens, entstehen viele transterritorial wirksame Probleme in Städten und wirken sich hier auch besonders stark aus: Luftverschmutzung, Hitzewellen, Abfallprobleme, die Integration von Migranten, die Regulation von Finanzmarktzentren oder der Kampf gegen die organisierte Kriminalität – Städte werden zu Brenngläsern der Globalisierung. „Whatever large-scale political arrangements we fashion, politics starts in the neighbourhood and the town. More than half the world's people now live in cities – more than 78 percent of the

developing world" (ebd., S. 4). Die Bewohner grenzüberschreitend vernetzter Städte zu einem gemeinsamen Demos zu erheben, könnte also – jedenfalls im Hinblick auf die urban relevanten globalen Probleme – einen erwägenswerten Schritt in Richtung einer stärkeren „[…] Identität von Herrschaftsobjekten und Herrschaftssubjekten […]" (ZÜRN 1996, S. 39) darstellen. Allerdings – und das muss kritisch angemerkt werden – müsste die Festlegung der Themen, über die von einem solchen „multiurbanen" Demos entschieden werden dürfte, letztlich Gegenstand einer sachverhaltsabhängigen Prüfung sein, wenn die thematische und räumliche Kongruenz von Betroffenen und Entscheidern in jedem Fall gegeben sein soll. Wem jedoch eine solche Prüfung obliegen könnte, muss ebenso offen bleiben wie die Frage, ob ein „multiurbaner" Demos überhaupt formell eingerichtet werden könnte. BARBER (2013a) jedenfalls hegt diesbezüglich Zweifel, wie in Kürze zu sehen sein wird.

Als zweites Argument für das demokratische Zukunftspotenzial von Städten lässt sich aus den Ausführungen von BARBER (2013a) ein Aspekt herausarbeiten, der bereits angeklungen ist, jedoch nach gesonderter Beachtung verlangt: Städte, so argumentiert er, böten ihren Bürgern gute Partizipationsstrukturen, weil sie sich durch räumliche Nähe auszeichneten, und könnten deshalb als demokratische Einheiten globale Steuerungsmacht übernehmen. Nationalstaaten hingegen seien mittlerweile zu komplex, um wirkungsvolle Partizipation zu ermöglichen, andererseits seien sie aber auch zu partikular, um global regieren zu können. Deshalb müsse die Konsequenz lauten: „Let cities, the most networked and interconnected of our political associations, defined above all by collaboration and pragmatism, by creativity and multiculturalism, do what states cannot" (BARBER 2013c). Wenn Bürger alltagstaugliche Lösungskonzepte für die sie direkt betreffenden Probleme wie Klimaveränderungen oder Kriminalität erarbeiten, sich diese „best practices" (BARBER 2013a, S. 337) durch eine zivilgesellschaftliche Vernetzung interurban ausbreiten und auch in anderen Städten demokratisch (sic!) legitimiert werden, kann das demokratietheoretische Kongruenzprinzip als erfüllt gelten.

Das dritte Argument von BARBER (2013a), das hier Berücksichtigung finden soll, bezieht sich sodann stärker auf die demokratietheoretische Identitätsprämisse. In Kapitel 2.1 dieser Arbeit wurde ausführlich dargelegt, dass die Mitglieder eines politischen Gemeinwesen bestimmte Eigenschaften und Einstellungen aufweisen müssen, damit das Gemeinwesen aus normativer Perspektive überhaupt als demokratisch bezeichnet und in praktischer Hinsicht als Demokratie funktionieren kann (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; OFFE 2000b, S. 67; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.; ZÜRN 1996, S. 39). So sei eine grundlegende Akzeptanz der Herrschaftsform sowie gemeinsamer Normen notwendig; es bedürfe zudem

eines Mindestmaßes an horizontalem Vertrauen, Solidarität und Partizipationsmöglichkeiten durch gemeinsame Sprache(n). Erforderlich sei also eine belastbare „[…] Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]“ (OFFE 2000a, S. 238) und somit das Vorhandensein einer „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167). In Kapitel 2.3 konnte aufgezeigt werden, dass sich in diesem Zusammenhang territoriale Konstruktionen einerseits als identitätsstiftender Faktor demokratischer Gemeinwesen und andererseits als Manifestationen einer politischen Identität konzipieren lassen. Schon die antike Polis, deren Existenz für BARBER (2013a, S. 14) am Anfang der historischen Genese zur weltweit vernetzten Kosmopolis steht, zeichnete sich durch eine solche kollektive Identität mit territorialen Bezügen aus (vgl. Kapitel 2.2.1). Althistoriker Peter FUNKE (2009, S. 123) stellt fest, die Polis sei für ihre Bürger zur „patrís“, dem Vaterland, geworden, verstanden als ein geschlossener Raum gleicher Gesinnung. Die Mitglieder des Gemeinwesens kamen zum Austausch in der *ekklesía* (Volksversammlung) zusammen, die mit dem Demos gleichgesetzt wurde (vgl. FUCHS 2007, S. 39 f.). Und sie definierten ihre Zusammengehörigkeit auch räumlich: „Das Konzept von *patrís* und *pólis* schloss die Territorialität stets mit ein und diese Territorialität stellte ein bestimmendes Element für die Identität eines jeden Polisbürgers dar […]“ (FUNKE 2009, S. 125).

Der große Vorteil der antiken Polis als demokratisches Gemeinwesen war, dass ihre Bürger räumlich in direkten Austausch miteinander treten konnten und dass sich die Entscheidungsfindung in persönlicher Vertrautheit vollzog. Auch wenn die Großstädte des 21. Jahrhunderts eine solche Vertrautheit nicht mehr bieten können, hält BARBER (2013a) die physische Nähe des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die unmittelbare Teilhabe an gemeinsamer Öffentlichkeit für bedeutende Merkmale, die Polis und Kosmopolis miteinander teilen: „Urban life entails common living; common living means common willing and common law making, and these define the essence of political democracy” (ebd., S. 53). Nicht zufällig seien es für gewöhnlich städtische Räume gewesen, die ein starkes Verständnis von Öffentlichkeit geprägt hätten: „Whether in an agora or souk or marketplace, or in a public square or Hyde Park corner or a pedestrian shopping street, or in the ubiquitous commons that dot the English urban landscape, some idea of a public is captured. The city is in its very essence an integral and coherent commons in a way that an agricultural region or suburban mall never is” (ebd., S. 71). Städte führen Menschen also zusammen, lassen sie gewollt oder ungewollt in Austausch miteinander treten. Und BARBER (2013a) erkennt darin eine wesentliche Chance für die Identifikation der Bürger mit dieser politisch-räumlichen Einheit und für ein Interesse der Bürger am gemeinsamen Zusammenleben.

Diese Identifikation zeigt sich auch in einem weiteren Phänomen, das als viertes Argument aus den Ausführungen von BARBER (2013a) herausgelesen werden kann. Bürgermeister, so meint er, seien die Hoffnungsträger einer „glokalen“ Demokratie, weil sie wie keine anderen Amtsträger zugleich kulturell verwurzelt und global vernetzt seien. Durch Votum und Kontrolle seien diese „‚urban homeboys‘“ (BARBER 2013b) einerseits an ihre lokalen Konstituenten gebunden und könnten daher als „bottom-up representatives” (BARBER 2013a, S. 350) gelten; andererseits stünden sie im regen Austausch mit ihresgleichen und seien prädestiniert dafür, schnell und unaufgeregt lokale Lösungen für globale Probleme zu implementieren (vgl. ebd., S. 350 f.). „In an age full of cynicism toward politics, […] mayors remain astonishingly popular, winning an approval rating two to three times that of legislators and chief executives. To citizens, mayors may seem more important than heads of state. Presidents pontificate principle; mayors pick up the garbage” (BARBER 2013c).

Die physische Nähe des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die unmittelbare Teilhabe an einer gemeinsamen Öffentlichkeit, der dadurch bedingte politische Austausch und die Identifikation mit lokal verankerten Persönlichkeiten machen die Stadt im Idealfall zu einem politischen Raum, in dem Gemeinsinn und Partizipation auch im globalen Zeitalter entstehen und überdauern können – so jedenfalls lassen sich die Argumente von BARBER (2013a) lesen. Räumt man dieser Gegenwartsdiagnose und Zukunftsprognose Berechtigung ein, so könnten Städte tatsächlich als politisch-territoriale Konstrukte gelten, in denen wesentliche Kriterien einer „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) auch unter Globalisierungsbedingungen erfüllt werden. Allerdings gilt es, zweierlei zu bedenken: Kann eine solche urbane „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) – sofern sie denn erkennbar erscheint – auch zu einer neuen Form grenzüberschreitenden demokratischen Gemeinsinns führen? Schließlich wären neue globale Stadtnetzwerke nur dann reizvoll im Sinne der Identitätsprämisse, wenn sie sich von supranationalen Staatengebilden hinsichtlich ihrer politischen Integrationskraft unterscheiden würden. Hier bleibt BARBER (2013a) eine konkrete Analyse schuldig, er betont allein eine neue grenzüberschreitende Verbundenheit durch gemeinsame Herausforderungen. Denkbar wäre jedoch, dass auch eine globalisierungsbedingte Angleichung kultureller Lebensbedingungen, eine Zunahme interurbaner und interkontinentaler Mobilität oder die Ausweitung kommunikationstechnologischer Möglichkeiten Annäherung in politisch-normativen Fragen fördern – dies kann hier gleichwohl nur eine Vermutung bleiben. Die zweite offene Frage bezieht sich darauf, ob eine belastbare „[…] Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]“ (OFFE 2000a, S. 238) auch angesichts zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten in

Städten sowie angesichts des urbanen Problems der Korruption plausibel erscheint. BARBER (2013a) selbst betont: „Inequality and corruption together are enough to cause cities to lose not only their democratic luster but their potential as global networking nodes“ (ebd., S. 73). Seine These lautet jedoch, Städte könnten Selbstregulierungskräfte entfalten. Städtische Kreativität und informelle Wirtschaft seien durchaus in der Lage, kleinteilige lokale Lösungen für ein großes Problem wie Ungleichheit zu finden – ganz im Sinne von Jane JACOBS (1961): „Lively, diverse, intense cities contain the seeds of their own regeneration, with energy enough to carry over for problems and needs outside themselves“ (ebd., S. 462). Ob diese sehr pragmatische Antwort allerdings befriedigend im Sinne der demokratietheoretischen Identitätsprämisse ausfällt, muss angezweifelt werden. Dass trotz sozialer und räumlicher Segregation praktische Lösungen erwachsen, bedeutet noch nicht, dass ein belastbarer demokratischer Gemeinsinn durch vielfältige Tendenzen wachsender Ungleichheit ungefährdet bleibt oder angesichts dieser überhaupt möglich ist.

Doch der Umstand, dass sich BARBER (2013a) in seiner politisch-räumlichen Konzeption überhaupt mit Aspekten beschäftigt, die sich nicht nur auf das Kongruenzargument beziehen, sondern auch auf Kriterien der demokratietheoretischen Identitätsprämisse, bleibt im Kontext demokratischer Zukunftsentwürfe außergewöhnlich sowie bemerkenswert – und ist angesichts der früheren politisch-theoretischen Arbeiten Barbers erklärbar. Von Beginn an befasste er sich in seinem Schaffen mit den Möglichkeiten und Vorzügen partizipatorischer Demokratie – zunächst in seiner Dissertation, die sich den kantonalen Strukturen in der Schweiz widmete und in der er die These vertrat, dass politische Teilhabe nur unter Berücksichtigung partikularer, kultureller Kontexte realisierbar sei (vgl. DENEEN 2002, S. 17 f.). Später entwarf er in seinem wichtigsten Beitrag zur Politischen Theorie, der 1984 erschienenen Monographie „Strong Democracy“, eine radikal offene, für Partizipation zugängliche und nicht durch konstitutionelle Schranken gedrosselte Herrschaft des Volkes. Partizipation, so argumentierte er, sei schon deshalb bedeutend, weil sie den Konstituenten ein Zusammengehörigkeitsgefühl verleihe und somit Vertrauen und Solidarität generiere (vgl. BARBER 1984; siehe auch WEBER 2012, S. 235 f.). Angesichts der großen Bedeutung, die Barber der lokalen Verankerung demokratischer Politik sowie der Herausbildung eines partikularen Gemeinsinns zuschreibt, vermag es nicht zu überraschen, dass sein Gesamtwerk bisweilen als kommunitaristisch beschrieben worden ist (vgl. ebd., S. 238). Wie demokratische Identität und ihre territorialen Bezüge aus dieser moralphilosophischen Sicht konzipiert werden können, wurde in Kapitel 2.3.1 ausführlich erarbeitet: Kommunitaristischen Positionen ist demnach die Haltung gemein, ein intersubjektiv geteiltes moralisches Vokabular könne nur innerhalb der engen

Grenzen spezifischer kultureller, religiöser oder sogar ethnischer Kontexte entstehen und bewahrt werden. Ein Gemeinsinn, der sich also tatsächlich durch kollektiv geteilte Moralvorstellungen auszeichnet und somit demokratietheoretische Relevanz besitzt (vgl. Kapitel 2.1.1), müsse folglich sehr partikularen Gemeinschaften zugeordnet werden. Territorialität, so wurde in Kapitel 2.3.1 argumentiert, könne hierbei zugleich als mögliche Manifestation und als mögliches konstitutives Merkmal eines solchen sozialen Partikularismus gelten. Und in diesem Zusammenhang ist BARBER (2013a) nicht der einzige, der die Stadt als einen aus kommunitaristischer Sicht naheliegenden identitätsstiftenden sozialen Kontext benannt hat (vgl. MALOWITZ 2007, S. 81). Ob die Ideen Barbers allerdings einwandfrei dem Kommunitarismus zugeordnet werden können, bleibt zumindest fraglich. Denn während die prominentesten Vertreter dieser Denkrichtung extrapolitische Faktoren als ausschlaggebend für die Herausbildung geteilter Moralvorstellungen erachten, widerspricht Barber einer solchen Haltung: „Im Unterschied zu einigen Kommunitaristen wie Sandel oder MacIntyre ist Barbers Begriff der Gemeinschaft strikt politisch, er wird als Produkt politischer Partizipation konzipiert“ (WEBER 2012, S. 236).

Vielleicht ist es aber gerade diese Konzentration auf Aspekte rein politischer Kultur und politischer Zusammengehörigkeit, die BARBER (2013a) als tendenziell kommunitaristisch argumentierenden Autoren überhaupt für grenzüberschreitende Vergemeinschaftungen eintreten lassen und die seine Ideen andersherum auch für solche Leserinnen und Leser plausibel machen, die sich stärker dem Liberalismus und einer damit verbundenen universellen Gültigkeit moralischer Prinzipien verbunden sehen (vgl. Kapitel 2.3.2). Man muss nicht mit allen von BARBER (2013a) vertretenen Argumenten übereinstimmen, um dennoch anerkennen zu können, dass er in der Grundlegung seiner demokratischen Zukunftskonzeption eine lohnenswerte und viel zu selten realisierte Abwägung zwischen Erweiterung und Partikularismus wagt. Oder um es mit den in dieser Arbeit untersuchten Demokratieprämissen zu sagen: BARBER (2013a) sucht – wenn auch eher implizit – nach einem Weg, um dem strukturellen Dilemma aus tendenziell gegenläufigen Kongruenz- und Identitätserfordernissen unter Globalisierungsbedingungen zu begegnen (vgl. Kapitel 3). Das relevante Spannungsfeld hat Michael ZÜRN (1996) trefflich beschrieben, als er formulierte, „[…] daß wir mit Blick auf die Größenanforderungen für ein demokratisches Gemeinwesen vor einem echten Strukturdilemma zu stehen scheinen: Während die Kongruenzbedingung es nahelegt, die Gültigkeitsreichweite politischer Regelungen möglichst umfassend zu gestalten, weist die Identitätsbedingung exakt in die gegenteilige Richtung“ (ebd., S. 40).

BARBER (2013a) stellt plausibel dar, dass Städte eine starke Deckungsgleichheit zwischen Betroffenheits- und Mitbestimmungsstrukturen aufweisen und dass eine transnationale demokratische Vernetzung von Städten diese Herrschaftskongruenz auch in Bezug auf solche grenzüberschreitenden Probleme optimieren könnte, die vornehmlich urbanen Ursprungs sind und die ihre Auswirkungen vor allem im urbanen Räumen entfalten. Er legt dar, dass am ehesten in Städten unmittelbare, durch räumliche Nähe begünstigte Partizipationsstrukturen bestehen, die im Idealfall eine „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]“ (MAUS 1994, S. 604) ermöglichen. Gleichwohl setzen diese potenziellen Vorteile voraus, dass sich die Konstituenten überhaupt zur demokratischen Lösungsfindung und zur Integration aller Stadtbewohner bekennen – und das muss, so soll hier argumentiert werden, erst recht für sozial erweiterte interurbane Demoi gelten. Doch auch hinsichtlich der Herausbildung eines solchen politischen Gemeinsinns nennt BARBER (2013a) zumindest Anhaltspunkte dafür, warum gerade durch urbane Öffentlichkeit und durch die kollektive Wahrnehmung gemeinsamer Probleme eine lebendige demokratische „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) bestehen und erneuert werden könnte, die möglicherweise städteübergreifende und grenzüberschreitende Ausmaße annimmt. Führt man die Argumente von BARBER (2013a) konsequent fort, wäre eine demokratisch ausgestaltete Vernetzung von Städten also dazu geeignet, die Vorzüge einer Erweiterung demokratischer Gemeinwesen zu nutzen, um die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) besser zu erfüllen, und zugleich das Vorhandensein eines demokratischen Gemeinsinns zu fördern, weil weltweit ähnliche urban verankerte politische Kollektividentitäten in Austausch und Verbindung miteinander treten würden.

Nun ließen sich viele Aspekte dieser Ausführungen sogleich aus stadtgeographischer, politisch-geographischer, aber auch aus politikwissenschaftlicher Sicht hinterfragen und kritisieren: Da wären die bereits formulierten Zweifel an den tatsächlichen Möglichkeiten demokratischer Identitätsbildung angesichts wachsender urbaner Probleme wie Ungleichheit oder Korruption (s.o.). BARBER (2013a, S. 73) selbst gesteht ein, diese Herausforderungen seien in urbanen Kontexten nahezu endemisch; die Neigung zur Segregation sowie die Anfälligkeit für ökonomische Schichtenbildung stellten untrennbare Charakteristika von Städten dar. Richard CONNIFF (2013) kommentiert deshalb etwas bissig in seiner Rezension des Buches „If Mayors ruled the world”: „There is, of course, some danger that this urban movement will tend to make cities seem a little too idyllic – all San Francisco, not so much Detroit” (ebd.). Auch die weltweite oder zumindest weltregionale Erweiterung urban verankerter politischer Öffentlichkeit ist wenn auch nicht ausgeschlossen, so doch keineswegs

ein Selbstverständnis, wie Jürgen HABERMAS (1996a) verdeutlicht: „Das Wachstum von Systemen und Netzwerken multipliziert zwar die möglichen Kontakte und Informationen, aber es hat nicht per se die Erweiterung einer intersubjektiv geteilten Welt und jene diskursive Verknüpfung von Relevanzgesichtspunkten, Themen und Beiträgen zur Folge, aus denen politische Öffentlichkeiten entstehen.“ Zu Recht müsste auch danach gefragt werden, ob die bei BARBER (2013a, S. 73) konzipierte globale Erweiterung stadtbasierter Demokratie angesichts der aktuellen weltweiten Verbreitung dieser Herrschaftsform überhaupt auf genügend Resonanz treffen würde – ein Einwand, dem sich auch die Autoren kosmopolitischer Demokratieentwürfe stetig ausgesetzt sehen (vgl. GREVEN 1998, S. 29, sowie Kapitel 4.3). Der sogenannte „Democracy Index“ des ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2016b) beschreibt mehr als die Hälfte aller ausgewerteten 167 Staaten als Hybridregime oder autoritäre Regime, also nicht einmal als „flawed democracies“. Der Anteil der „full democracies“ ist seit 2008 sogar kontinuierlich geschrumpft, im Jahr 2016 zählten nur 19 Länder zu dieser Kategorie. „The ‚democratic recession‘ worsened in 2016, when no region experienced an improvement in its average score and almost twice as many countries (72) recorded a decline in their total score as recorded an improvement (38)“ (ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT 2016a). Eine eingeschränkte politisch-räumliche Erweiterbarkeit demokratischer Entscheidungsfindung erscheint also sehr realistisch, ist der Erfüllung des demokratietheoretischen Kongruenzgedankens in Zeiten globaler Herausforderungen jedoch abträglich. Und schließlich bleibt jeder Entwurf einer städtebasierten Weltdemokratie eine sehr praktische Antwort schuldig: Was ist eigentlich mit der Landbevölkerung? „Even if cities do become the locus of global problem-solving, thorny questions remain as to […] whether or not such relationships are democratic and representative in nature given that only half the world’s population lives in cities (though this figure is rising rapidly)” (KHANNA 2012). Barber selbst würde vermutlich antworten, dass der im ländlichen Raum lebende Bevölkerungsteil durch das parallel weiterbestehende nationalstaatliche System vertreten werden könnte. Doch angesichts der Interdependenz, die BARBER (2013a, S. 3) als signifikantes Merkmal des globalen Zeitalters ausmacht, erschiene eine solche Lösung nicht sonderlich konsequent. Im Sinne einer strikten Herrschaftskongruenz (vgl. Kapitel 1) dürften urbane Demoi letztlich nur über solche Fragen entscheiden, die keine oder marginale Auswirkungen auf die Landbevölkerung hätten – denn eine Fremdbestimmung im Sinne von „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39) würde das Prinzip der kollektiven Selbstherrschaft konterkarieren.

Allerdings werden die im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit interessantesten Diskussionspunkte einer interurbanen Netzwerkdemokratie erst dann offenbar, wenn sich das

Augenmerk auf konkrete Maßnahmenentwürfe im Konzept von BARBER (2013a) richtet. Das eingangs beschriebene und im Herbst 2016 konstituierte Weltparlament der Bürgermeister stellt BARBER (2013a, S. 336 ff.) bereits in seinem Buch „If mayors ruled the world“ in den Mittelpunkt und entwirft es als institutionelle Möglichkeit für Städte, lokale Partizipation global zu vernetzen, pragmatische Lösungsansätze auszutauschen und grenzüberschreitend Verantwortung zu übernehmen. Zu beachten ist hierbei, dass er das Weltparlament der Bürgermeister nicht als formale demokratische Weltregierung verstanden wissen möchte, die mit einer entsprechenden Souveränität ausgestattet ist; vielmehr konzipiert er die Kammer als freiwillige Vernetzung urbaner Administrationen: „This approach, where participation is bottom-up and voluntary, but actions – once consented to by cities – are universal, is the essence of ‚glocality‘“ (ebd., S. 341). Gerade der informelle, pragmatische Charakter der Zusammenarbeit führe zu politischer Effektivität und Veränderungskraft, die auf globaler Ebene schmerzlich vermisst würden: „In governing their cities cooperatively to give their pragmatism global effect, mayors need not await the cooperation of the disunited United Nations, the special interest permeated international financial institutions, private-market multinational corporations, or centuries-old dysfunctional nations. They can act now in ways that are symbolic, exemplary, and voluntary but also practical, efficient, and transformational” (ebd., S. 338). Dabei solle das Weltparlament als eine „Kammer des Zuhörens“ (vgl. ebd., S. 341) den sachlichen Austausch fördern und Anregungen geben, statt formale Beschlüsse zu fassen. Florian WEBER (2012) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, Barber vertrete ohnehin „[…] einen kommunikationstheoretischen Handlungsbegriff […], der im Sprechen (political talk) – und nicht im Rechtsetzen – das Paradigma bürgerlicher Betätigung erkennt“ (ebd., S. 238).

Nun ist gegen grenzüberschreitende Gesprächsrunden von Bürgermeistern und gegen den Austausch zielführender politischer Ideen wahrlich kein Einwand vorzubringen. Doch BARBER (2013a) verfolgt mit seinem Vorschlag ausdrücklich mehr; er sieht sein Weltparlament der Stadtoberen Aufgaben übernehmen, die Nationalstaaten oder supranationale demokratischer Instanzen seiner Auffassung nach nicht mehr erfüllen können. Und hier wird es problematisch. Denn um es beim Namen zu nennen: Was BARBER (2013a) blumig als „bottom-up and voluntary“ (ebd., S. 341) und als „Kammer des Zuhörens“ (vgl. ebd.) beschreibt, ist letztlich nicht weniger als der Vorschlag, formelle demokratische Legitimation jedenfalls teilweise durch einen informellen Austausch lokaler Exekutiven zu ersetzen. Weil ein formales Weltparlament, wie es zum Beispiel David HELD (1995) entwirft, seiner Ansicht nach nicht möglich ist, hält er eine informelle Herrschaftsstruktur – salopp formuliert – für

besser als gar nichts. In seinen eigenen Worten klingt das so: „Informal governance achieved is better than formal government unrealized" (BARBER 2013a, S. 22).

Das ist in gewissem Maße enttäuschend. Denn sowohl die vielversprechende Grundidee einer „demokratischen Globalisierung" (vgl. BARBER 2013a, S. 12) wie auch die vorab erörterten wertvollen Ansätze einer demokratischen Vernetzung von Städten, die sowohl Kongruenz- wie auch Identitätsargumente berücksichtigen, schrumpfen im konkreten Maßnahmenentwurf von BARBER (2013a) zu einer räumlichen Erweiterung administrativer Kontakte zusammen. Das Weltparlament der Bürgermeister bringt diesen Knick in der Spannungskurve schon begrifflich zum Ausdruck, handelt es sich doch nicht etwa um ein demokratisches Legislativorgan („Parlament"), sondern um eine exekutive Runde aus urbanen Regierungschefs. BARBER (2013a) suggeriert, eine solche Vernetzung der Stadtoberen sei gleichbedeutend mit einer demokratischen Vernetzung von Städten und ihren Bewohnern. Das, so soll hier argumentiert werden, ist höchstens mittelbar der Fall. Es entsteht der Eindruck, dass BARBER (2013a) nach über 300 Seiten guter Argumente für die Notwendigkeit neuer demokratisch-räumlicher Arrangements feststellen muss, wie schwierig ein praktikabler Entwurf „demokratischer Globalisierung" tatsächlich zu finden ist.

Inkonsequent erscheint der konkrete Strukturvorschlag aber auch deshalb, weil er eigentlich Barbers eigener Positionierung widerspricht: Dass ein Autor, der sich für ein radikales Verständnis von Bürgerpartizipation einsetzt (vgl. BARBER 1984) und zur moralphilosophischen Haltung des Kommunitarismus tendiert, eine Universalisierung von Moral und eine formalisierte Weltdemokratie ablehnt, ist nicht überraschend. Aber dass dieser Autor, der demokratische Repräsentation als eine Entmündigung des Bürgers bezeichnet, weil sie „[…] ihn von der Aufgabe entlastet, über die Grundlagen des politischen Zusammenlebens mitzuentscheiden" (WEBER 2012, S. 230 f.), nun seine Hoffnungen in ebensolche Repräsentanten legt, die wohlbemerkt nicht einmal als weltpolitische Abgeordnete, sondern als Leiter urbaner Administrationen gewählt sind, wirkt wenig überzeugend. Es gärt der Verdacht, dass BARBER (2013a) Bürgermeister allein deshalb zu informellen Vermittlern von Bürgerideen im globalen Maßstab erhebt, weil es kaum Optionen für die räumliche Erweiterung lokaler Partizipation gibt, wenn nicht an irgendeinem Punkt die Partizipation von der direkten Teilhabe in eine formelle Repräsentanz auf übergeordneten Maßstabsebenen übersetzt werden darf. Doch auch mit dem Konzept eines Weltparlaments der Bürgermeister, so muss hier angemerkt werden, lässt sich letztlich nicht lokale Partizipation global erweitern, sondern nur lokale Repräsentanz.

Darüber hinaus erscheint eine weitere, mit den vorgenannten Punkten eng verwobene Frage hochbedeutend im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit – sie ist bereits angeklungen und muss doch gesondert gestellt werden: Wie entwickeln sich Souveränität und Territorialität im Rahmen einer demokratischen Vernetzung von Städten? Die antike Polis kannte territoriale Souveränität ebenso wie der moderne Nationalstaat (vgl. Kapitel 1.2) – aber wie steht es um sie im Konzept von BARBER (2013a)? Die Antwort ist deutlich: BARBER (2013a) wirft den „[…] complacent sovereigntists and stout 'new nationalists […]" (ebd., S. 20) vor, sich einer Realität zunehmender Entgrenzung völlig zu verschließen und nicht wahrnehmen zu wollen, dass demokratische Souveränität in Zeiten von unkontrollierter Arbeitsmigration, freien Märkten, Terrorismus, asymmetrischem Krieg oder Massenvernichtungswaffen ihre Bedeutung verliere: „They fail to notice that traditional democratic politics, caught in the comfortable box of sovereignty, has become irrelevant to new transnational realities that undemocratic bodies like banks and multinational corporations are enthusiastically addressing in their stead" (ebd., S. 20 f.). Die Demokratie sehe sich, wie in der Geschichte schon früher geschehen, erneut einer Maßstabsherausforderung gegenüber – und sie könne in einer interdependenten Welt nur global werden, indem sie souveräne Grenzen überwinde (vgl. ebd., S. 21). Über die Demokratie schreibt er: „It can no longer protect itself inside its borders, or protect the borders that define it, unless it can cross those borders […]. Democracy must be as infectious as the latest pandemic, as fast moving as the wily currency speculator, and as viral as the World Wide Web" (ebd.).

Um es festzuhalten: In Zeiten globaler Herausforderungen bedarf es laut BARBER (2013a, S. 20 f.) einer infektiösen, viralen, grenzüberschreitenden Demokratie, die in *informellen* Gremien Gestalt annimmt, während territoriale Souveränität – so wörtlich – *irrelevant* wird. Das sind starke Worte und die These einer Irrelevanz überrascht: Selbstverständlich stellen grenzüberschreitende Herausforderungen wie Klimawandel und Migration die demokratische Funktionsfähigkeit von territorialen Nationalstaaten insbesondere im Hinblick auf das Kongruenzerfordernis in Frage. Aber dürfen Souveränität und Territorialität, die keineswegs nur an das Konstrukt des territorialen Nationalstaates gebunden sind, deshalb grundsätzlich als ausgediente Konzepte bezeichnet werden? Könnte es sein, dass BARBER (2013a) hier keine anderen Alternativen zu erkennen vermag, weil er – wie so manche Vertreter seines Faches – einem wenig differenzierten Territorialitäts- und Souveränitätsbegriff aufsitzt, der Territorialität noch immer auf ihre nationalstaatliche Form beschränkt und sich an der von Georg JELLINEK (1914, S. 394 ff.) beschriebenen homogenen Einheit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt orientiert? Konstatiert BARBER (2013a) vielleicht vorschnell eine

Irrelevanz territorialer Souveränität, weil es ihm eigentlich nur darum geht, die durchaus plausiblen Unzulänglichkeiten des Nationalstaates im globalen Zeitalter zu überspitzen? „He tosses out facts with abandon, all in an effort to persuade the reader that modern cities are the incubators for problemsolving while national governments are doomed to failure" (ROBERTS 2013).

Worin auch immer seine Beweggründe bestehen: Die These einer Irrelevanz territorialer Souveränität stellt BARBER (2013a) in den Raum – und sie bedarf deshalb einer ehrlichen Prüfung und Beurteilung. Zusammenfassend argumentiert er, die Globalisierung von Demokratie sei nur ohne territoriale Souveränität möglich und Städte könnten die geeigneten Knotenpunkte eines entsprechenden demokratischen Netzwerks darstellen, weil sie weder souverän noch territorial seien. Das ist gleich in mehrerer Hinsicht problematisch: Erstens sind auch Stadtdemokratien in aller Regel sowohl souverän als auch territorial ausgestaltet. Die antike Polis war es (siehe oben sowie Kapitel 2.2.1) und moderne Städte in heutigen Demokratien sind es ebenfalls – sie haben kommunale Grenzen, sie sind aufgeteilt in Bezirke oder Stadtteile, sie organisieren lokale Wahlen und verfügen über Stadtparlamente. Erwähnt sei allein die Gewährleistung der lokalen Selbstverwaltung, die deutschen Kommunen laut Grundgesetz zusteht: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln" (DEUTSCHER BUNDESTAG 2010, S. 32). Zweitens stellt Souveränität, also der Ausschluss von Fremdbestimmung, entsprechend der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) ein normatives Wesensmerkmal von Demokratie dar. Es bedarf einer klaren Regelung der Herrschaftskongruenz, damit ein Demos über sich selbst bestimmen und gewünschte Zustände auch erreichen kann (vgl. Kapitel 1). „Nicht-souveräne" Demokratie ist im Hinblick auf die normative Idee dieser Herrschaftsform ganz und gar abwegig. Drittens wurde in dieser Arbeit aufgezeigt, dass die kollektive Selbstbestimmung in demokratischen Herrschaftssystemen nur territorial organisierbar ist. Einzig durch die Kopplung des Souveräns an einen abgrenzten Raum, durch eine räumliche Klassifizierung der gegenständlichen Herrschaftsobjekte, sprich: durch territoriale Strategien, kann Fremdbestimmung völlig oder annähernd ausgeschlossen werden. Zwar lässt sich dieses Territorialprinzip an geeigneten Stellen durch eine Klassifikation „nach Typ" ergänzen, aber ohne jede territoriale Komponente wäre die souveräne Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit allen – auch raumwirksamen – Mitteln nicht möglich. Der Demos muss auch jene „Rahmenbedingungen" (ZÜRN 1996, S. 39) kontrollieren können, die sein Handeln und die Umsetzung seiner Entscheidungen beeinflussen. Im Rahmen einer Klassifikation „nach Typ", der einzigen

Alternative zur Klassifikation „nach Gebiet“, wäre eine Enumerierung beziehungsweise Spezifizierung aller für die Entscheidungsfindung und -umsetzung potenziell relevanten Phänomene notwendig – und das ist, so wurde deutlich argumentiert, ein nach jeder Logik aussichtloses Unterfangen. „Polities need borders […]: they must have a territory to which their jurisdiction and the power of their legitimate authorities applies […]. If this applies to all polities it is for normative reasons especially true for those who claim to be ‚democratic‘“ (GREVEN 2010, S. 189).

Nun könnte – jedenfalls im Sinne von BARBER (2013a, S. 20) – der Einwand erhoben werden, die Erkenntnis einer Notwendigkeit territorial ausgestalteter demokratischer Selbstbestimmung führe zu einem Strukturkonservatismus, der zunehmenden politischen Interdependenzen nicht gerecht würde. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Nur wer zentrale Demokratieprämissen und ihre territorialen Implikationen nachvollzieht und ernstnimmt, so soll hier argumentiert werden, kann demokratische Zukunftskonzepte entwerfen, die grenzüberschreitenden Herausforderungen plausibel begegnen. Territoriale Souveränität wird weiterhin von Bedeutung bleiben – doch sowohl das Konzept der Souveränität als auch die demokratisch genutzte Strategie der Territorialität sind ihrerseits wandelbar. Sie können flexibler, heterogener, weniger nationalstaatlich und möglicherweise effektiver ausgestaltet werden. Föderale Systeme wie die Bundesrepublik Deutschland oder die USA kennen schon lange eine Aufteilung von Souveränität auf unterschiedliche territoriale Ebenen; und supranationale Gebilde wie die Europäische Union oder die Vereinten Nationen bemühen sich um die Etablierung einer solchen Mehrebenen-Souveränität im weltregionalen und globalen Maßstab. Aus dem kosmopolitischen Konzept von David HELD (1995, S. 108) lässt sich die interessante Idee einer sachverhaltsabhängigen Definition neuer demokratisch definierter Demoi ableiten (vgl. Kapitel 4.3); und die von BARBER (2013a) entwickelten Überlegungen zur Herausbildung demokratischer Stadtnetzwerke könnten trotz ihrer aufgezeigten Schwächen hinsichtlich konkreter Maßnahmenvorschläge als Ausgangspunkt dienen, um neue urban verankerte, heterogene demokratische Territorialitäten mit formellem Charakter zu entwerfen, die das Dilemma tendenziell gegenläufiger Kongruenz- und Identitätserfordernisse lindern. Mit Sicherheit sind nicht alle räumlichen Konzepte demokratischer Herrschaft gleichermaßen dazu geeignet, zentrale Demokratieprämissen besser zu erfüllen als das etablierte System territorialer Nationalstaaten. Ihre Entwicklung und Diskussion erscheint angesichts globaler Veränderungen jedoch fruchtbar und sinnvoll, um die Zukunftsfähigkeit einer fragilen Herrschaftsform auszuloten und aktiv zu gestalten. Die vorliegende Arbeit hat

einen hoffentlich wichtigen Beitrag dazu geleistet, die hierfür relevanten demokratie- und territorialitätstheoretischen Kriterien zu bestimmen.

4.3 Kosmopolitische Demokratie: Wie weit kann demokratische Reterritorialisierung gehen?

In den Neunzigerjahren stellt Francis FUKUYAMA (1992) fest, die Demokratie führe einen konzeptionellen Siegeszug gegen alle anderen Herrschaftsformen. Nur sie biete ein „reciprocal and equal agreement among citizens to mutually recognize each other“ (ebd., S. 200). Auch David HELD (1995, S. 97) konstatiert, die Demokratie werde am Übergang in das 21. Jahrhundert gefeiert, beinahe jeder beanspruche für sich, ein Demokrat zu sein. Doch im Höhenflug der Demokratie erkennt HELD (1995) zugleich ein Paradoxon: „At a time when the idea of ‘the rule of the people’ is more popular than ever, the very efficacy of democracy as a national form of political organization is open to doubt” (ebd., S. 99). Die Kräfte und Prozesse einer zunehmenden regionalen und globalen Vernetzung würden die bisherige demokratische Praxis in Frage stellen. Die Annahme, ein nationaler Demos könne Entscheidungen ausschließlich für sich selbst treffen, werde ebenso stark von Prozessen der Globalisierung widerlegt wie die Behauptung, nationale Regierungen könnten bestimmen, was richtig und angemessen für ausschließlich ihre Bürger sei (vgl. ebd.). Ulrich BECK (2002) konkretisiert einige Jahre später, in Zeiten globalen Terrors, drohender Klimakatastrophe und zunehmender Migration reiche nationalstaatliche Autorität nicht mehr aus, um nationale Probleme zu bewältigen. Und Edgar GRANDE (2000, S. 1 ff.) kommt zu dem Ergebnis, „Regieren“ (ebd.) im Sinne effektiven gesellschaftlichen „Problemlösens“ (ebd.) finde zunehmend jenseits und unterhalb des Nationalstaates statt – der Nationalstaat sei nicht mehr der optimale Handlungsrahmen. BECK (2002) formuliert sogar: „Das Weiter-So des Nationalen (und Internationalen) ist ausgeschlossen (im strengsten Sinne des Wortes). Wer national denkt, handelt, forscht, wird überrollt, umgestürzt, sieht die Welt aus ihren Angeln treten“ (ebd., S. 101).

Doch worin könnte die Alternative zum nationalstaatlichen System bestehen? Autoren wie HELD (1995), BECK (2002) und GRANDE (2000) zählen zu den prominentesten Vertretern einer sozialwissenschaftlichen Denkrichtung, die für eine kosmopolitische Demokratie eintritt. Ihr Argument: Die Beschaffenheit moderner politischer Herausforderungen mache supranationale und letztlich weltumspannende Entscheidungsprozesse unabdingbar. Die politisch-räumlichen Strukturen der liberal-repräsentativen Demokratie, so meinen sie, müssten unter Globalisierungsbedingungen überdacht und neue Ebenen demokratischer

Entscheidungsfindung geschaffen werden. Während das diagnostizierte Ende des Nationalstaates bei Ulrich BECK (2002) als vielversprechende Ausgangssituation für eine kosmopolitische Öffnung des Staates gedeutet wird, entwirft David HELD (1995) sogar einen konkreten Maßnahmenkatalog hin zu einem globalen demokratischen Föderalismus mit Welt- und Regionalparlamenten.

Aus der Perspektive der Politischen Geographie können solche Vorschläge als Forderungen nach neuen – und besonders weitreichenden – Reterritorialisierungen verstanden werden. Zwar beruhen kosmopolitische Demokratiemodelle auf der Diagnose eines Bedeutungsverlustes nationalstaatlicher Effektivität, doch sie verstehen es – zumindest implizit – die Idee politischer Territorialität vom Konzept des Nationalstaates zu trennen und davon unabhängig fortzuschreiben. Der Geograph Robert D. SACK (2010, S. 232 f.) betont denn auch, Territorien und „places" (ebd., S. 232) müssten als wandelbar gelten, die Globalisierung führe nicht zwangsläufig zu einer Deterritorialisierung, sondern vielmehr zu einer Reterritorialisierung. Und Jürgen OßENBRÜGGE (2007, S. 837 f.) verweist darauf, Prozesse der Reterritorialisierung seien bereits vielfältig beobachtbar – im Sinne der „politics of scale" (ebd., S. 838) bildeten sich neue politische Territorialitäten auf neuen Maßstabsebenen aus. In diesem Kapitel wird deshalb genauer zu untersuchen sein, welche territorialen Implikationen kosmopolitischen Demokratieentwürfen tatsächlich zugeschrieben werden können, inwiefern diese neuartig sind und – ganz wichtig – welchen Beitrag die vorgeschlagenen politisch-räumlichen Arrangements dazu leisten könnten, das im dritten Kapitel identifizierte demokratische Strukturdilemma aus tendenziell gegenläufigen Kongruenz- und Identitätserfordernissen zu lindern.

Doch bevor es dazu kommt, seien zunächst die Grundannahmen und Postulate weltdemokratischer Konzepte ausführlicher betrachtet und eingeordnet. Obwohl die starke Bezugnahme auf Globalisierungstendenzen in den Argumentationen kosmopolitischer Autoren anderes vermuten lässt, ist die Grundidee des Kosmopolitismus keineswegs neu – ihre Geschichte reicht bis in die Aufklärungsphilosophie zurück. Bereits im Jahr 1784 formuliert Immanuel KANT (1983) die „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" und legt damit nicht nur den Grundstein für kosmopolitisches Denken, sondern sieht auch bedeutende Entwicklungen der folgenden Jahrhunderte voraus. Sein ganz und gar teleologischer Ansatz geht von der „[…] Vollziehung eines verborgenen Plans der Natur […]" (ebd., S. 45) aus: Irgendwann werde die Gattung Mensch ihre Vernunft in einem weltbürgerlichen Zustand mit einer innerlich und äußerlich vollkommenen Staatsverfassung vollständig ausbilden. Der Weg hin zu diesem Ziel (Telos) sei jedoch lang und durch viele Rückschläge geprägt. Als Grund hierfür nennt er die „[…] ungesellige Geselligkeit der

Menschen […]“ (ebd., S. 37). Der zentrale Antagonismus bestehe darin, dass Menschen einerseits danach strebten, sich zu vergesellschaften, andererseits jedoch einen Widerstand entwickelten, der die Gesellschaft beständig zu trennen drohe. Daraus entstünden Zwietracht, Kriege und Zusammenbrüche – auf lange Sicht entstehe jedoch auch Neues, es werde stets eine nächste Stufe der Moralisierung erreicht. Erstaunlich ist, dass die in zeitgenössischen kosmopolitischen Argumentationen erkannten Begründungen für die Notwendigkeit zunehmender grenzüberschreitender Integration – ob nun der Risikobegriff bei BECK (2001), politische und wirtschaftliche Interdependenzen bei BARBER (2013a, S. 3) oder „[…] multiple systems of transaction […]“ bei HELD (1995, S. 101) – auch schon bei KANT (1983, S. 47) Berücksichtigung finden beziehungsweise vorhergesagt werden. Er nennt neben einer gesteigerten Gefährdungslage bereits wirtschaftliche Verflechtungen als Antriebsfeder für eine zunehmende globale Vergesellschaftung: „Endlich: wird […] der Einfluß, den jede Staatserschütterung in unserem durch seine Gewerbe so sehr verketteten Weltteil auf alle anderen Staaten tut, so merklich: daß sich diese durch ihre eigene Gefahr gedrungen, obgleich ohne gesetzliches Ansehen, zu Schiedsrichtern anbieten, und so alles von weitem zu einem künftigen großen Staatskörper anschicken, wovon die Vorwelt kein Beispiel aufzuzeigen hat. […] und dieses gibt Hoffnung, dass, nach manchen Revolutionen der Umbildung, endlich das, was die Natur zur höchsten Absicht hat, ein allgemeiner weltbürgerlicher Zustand, als der Schoß, worin alle ursprüngliche Anlagen der Menschengattung entwickelt werden, dereinst einmal zu Stande kommen werde“ (ebd.). Während die von KANT (1983) genannte wirtschaftliche Verflechtung ab dem Ende des 19. Jahrhunderts weltweit an Bedeutung gewinnt (vgl. ALTVATER; MAHNKOPF 1997, S. 21 ff.), zeigt sich die ebenfalls thematisierte gesteigerte Gefahrenlage globalen Ausmaßes in zwei Weltkriegen, im Aufkommen einer realen atomaren Bedrohung ab 1945 und nicht zuletzt im zunehmenden islamistischen Terror seit der Jahrtausendwende.

Die Bezugnahme auf die Lehre Immanuel Kants ist aber vor allem insofern bedeutend, als dass mit ihr der moralphilosophische Anschluss heutiger kosmopolitischer Ansätze an ein liberal-universalistisches Denken der Aufklärung vollzogen wird. In Kapitel 2.3.2 wurde ausführlich dargelegt, welch hohe Bedeutung die prinzipielle Erweiterbarkeit des moralisch begründbaren Gemeinsinns sowie das Vorhandensein eines moralischen Universalismus für den Liberalismus einnehmen. Vertreter dieser moralphilosophischen Positionierung vertrauen im Hinblick auf die Herausbildung einer „Wir-Identität“ (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) der Konstituenten auf die Integrationskraft des demokratischen Prozesses an sich, also auf die Auslegung universalistischer Werte im Rahmen der politischen Willens-

bildung und der öffentlichen Kommunikation (vgl. FORNDRAN 2002, S. 131; HABERMAS 1996a, S. 142). Damit unterscheiden sie sich bedeutend von kommunitaristisch argumentierenden Autoren – zu denen jedenfalls der Tendenz nach auch der in Kapitel 4.2 vorgestellte Benjamin R. BARBER (2013a) zählt –, die das Vorhandensein eines intersubjektiv geteilten moralischen Vokabulars an die engen Grenzen spezifischer kultureller, religiöser oder sogar ethnischer Kontexte binden (vgl. Kapitel 2.3.1). Während Kommunitaristen der Herausbildung eines allgemeinen weltbürgerlichen Zustands, wie ihn KANT (1983) als Telos formuliert, folglich skeptisch gegenüber stehen müssen und insbesondere Ansätzen einer grenzüberschreitenden Demokratie nur dann Chancen einräumen, wenn sie „glokal" organisiert wird und mit einer Berücksichtigung lokaler Identitätsbezüge einhergeht (vgl. BARBER 2013a), ist der universalistischen Grundannahme des Liberalismus eine Neigung zum Kosmopolitismus quasi inhärent. Vertreter des moralphilosophischen Liberalismus sehen die demokratietheoretische „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) bereits dadurch erfüllt, dass ein Kollektiv universelle Werte in Form einer Verfassung und eines darauf beruhenden Rechtssystems spezifisch auslegt und sich dadurch abgrenzt (vgl. FORNDRAN 2002, S. 131; HABERMAS 1996a, S. 139, 142, 1996b, S. 158, 164; PREUß 2010, S. 8). Ein solcher „Verfassungspatriotismus" (HABERMAS 1996a, S. 143) wiederum kann prinzipiell auch im globalen Maßstab integrative Kraft entfalten.

Für die nähere Betrachtung kosmopolitischer Ideen ist zudem interessant und relevant, welche Bedeutung territorialen Strategien für ein liberal-universalistisch begründetes Verständnis des demokratischen Gemeinsinns zugeschrieben werden kann. Konzipiert man die Identität des Demos als Verfassungsidentität, so nimmt Territorialität – wie in Kapitel 2.3.2 aufgezeigt wurde – sogar eine besonders große Bedeutung für die Herausbildung des demokratischen Gemeinsinns ein, weil Territorialität im Gegensatz zu vorpolitischen Identitätsfaktoren *im Prinzip* rein vernunftrechtlich konstruierbar ist und somit ein im liberal-universalistischen Sinne legitimes Identitätsmerkmal darstellt. Wesentliche Effekte territorialen Handelns wie die Schaffung einer Gruppenzugehörigkeit, die räumliche Klassifikation, die Funktionszuweisung an Räume oder die räumliche Reifikation der Macht des Volkes lassen sich – jedenfalls theoretisch – ohne jeden extrapolitischen Einfluss konzipieren (vgl. SACK 1986, S. 19, 20, 27, 33). In Kapitel 2.3.2 wurde deshalb argumentiert, es sei denkbar, dass Territorialität genutzt werden könne, um einen Gemeinsinn unter demokratischen Konstituenten zu etablieren, ohne dass hierfür eine Verknüpfung mit Konzepten wie ethnischer Volksnation oder konfessioneller Gemeinschaft notwendig wäre. Ein solches Denken erfordert freilich ein differenziertes Verständnis territorialer Strategien, das sich von der allzu häufig

vorgetragenen und unzureichenden Einschätzung löst, Territorialität sei ein auf den Nationalstaat beschränktes Konzept und umfasse lediglich die von Georg JELLINEK (1914, S. 394 ff.) beschriebene homogene Einheit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Welche Rolle Territorialität in einer kosmopolitischen Demokratie sowohl im Hinblick auf das Identitätserfordernis als auch hinsichtlich der Kongruenzprämisse spielen könnte, gilt es im Folgenden näher zu untersuchen.

Den wohl detailliertesten und meist diskutierten Entwurf eines kosmopolitischen Demokratiemodells hat der bereits zitierte britische Politikwissenschaftler und Soziologe David HELD (1995) vorgelegt. Er argumentiert – ganz ähnlich wie BARBER (2013a) (vgl. Kapitel 4.2) –, die große Herausforderung bestehe darin, nicht nur die Auswirkungen und Probleme weltweit zunehmender Interdependenzen zu diagnostizieren, sondern konkrete Lösungen für eine Zukunftsfähigkeit demokratischer Herrschaft auszuloten (vgl. ebd., S. 106). Sein Vorschlag besteht in einem kosmopolitischen Demokratiemodell, das er definiert als „[…] a system of governance which arises from and is adapted to the diverse conditions and interconnections of different peoples and nations" (S. 106). Zur Erläuterung dieses Vorschlags wählt HELD (1995, S. 107) einen historischen Zugang: Das 1648 durch den Westfälischen Frieden begründete Modell unabhängiger Staaten, die allein nationalen Interessen gefolgt seien und Differenzen kriegerisch ausgetragen hätten, habe mit dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich sein Ende gefunden. Durch die am 26. Juni 1945 unterschriebene Charta der Vereinten Nationen sei der Unwillen zur internationalen Kooperation erstmals durch das Prinzip der Zusammenarbeit ersetzt worden. Gleichwohl habe sich diese Veränderung nur oberflächlich vollzogen, weil die Charta der westfälischen Logik internationalen Regierens in wesentlichen Punkten gefolgt sei: „The division of the globe into powerful nation-states was built into the Charter conception. […] In sum, the UN Charter model, despite its many good aims, failed effectively to generate a new principle of organization in the international order – a principle which might […] generate new democratic mechanisms of political coordination and change" (ebd., S. 106).

Das größte Problem besteht laut HELD (1995, S. 106 f.) jedoch darin, dass die ohnehin unvollkommene Charta nicht einmal konsequent umgesetzt worden sei. Als erste Forderung im Rahmen der von ihm entworfenen Agenda hin zu einem Weltzustand kosmopolitischer Demokratie formuliert er deshalb, das System der Vereinten Nationen müsse endlich an seiner Charta ausgerichtet werden. Diese Maßnahme umfasse das Verbot des willkürlichen Rechts der Gewaltausübung, die Aktivierung des in der Charta vorgesehenen kollektiven Sicherheitssystems sowie die Fortsetzung der Implementierung der Rechtskonventionen. Ziel müsse es sein, die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, selbstständig politische Ressourcen zu

generieren und autonom Entscheidungen fällen zu können. Nur so sei letztlich die Durchsetzung eines „rule of law“ (ebd., S. 107) auf internationaler Ebene möglich – und dies wiederum erhöhe die Möglichkeiten globaler Friedenssicherung. Dennoch, so argumentiert HELD (1995), sei diese Maßnahme lediglich dazu geeignet, eine sehr rudimentäre, unvollständige Form grenzüberschreitender Demokratie zu etablieren, sie könne deshalb nur als ein erster Schritt in Richtung einer kosmopolitischen Demokratie gelten: „[…] the dynamics and logic of the inter-state system would still represent an immensely powerful force in global affairs“ (ebd., S. 107).

David HELD (1995, S. 108) belässt es daher nicht bei dieser ersten Forderung, sondern formuliert weitere Handlungsempfehlungen. Zum einen schwebt ihm die Einrichtung weltregionaler Parlamente vor, die als unabhängige legislative Organe anerkannt werden müssten. Während es teilweise ausreiche, bereits bestehende Institutionen wie das Europäische Parlament zu optimieren, bedürfe es auf Kontinenten wie Lateinamerika oder Afrika einer Neugründung solcher Versammlungen. Zum anderen erkennt er eine Notwendigkeit für grenzüberschreitende Volksabstimmungen, die immer dann Anwendung finden sollten, wenn der räumliche Maßstab politischer Fragestellungen über nationale Grenzen hinausgehe. Als Beispiele nennt er Aspekte der Energie- oder Verkehrspolitik. HELD (1995) betont in diesem Zusammenhang, die Definition der Wählerschaft müsse sich bei solchen Referenden stets am konkreten Ausmaß des kontroversen transnationalen Sachverhalts orientieren. Diese fallspezifische Konstruktion eines demokratischen Bezugsraums, so soll hier bereits hervorgehoben werden, bricht nicht nur in besonders radikaler Weise mit der Vorstellung homogener (national-)staatlicher Territorialität, sondern ist ein im Hinblick auf die Erfüllung zentraler Demokratieprämissen sehr bemerkenswerter Vorschlag. Wenn Abstimmungskollektive je nach Fragestellung territorial definiert würden, käme ein sehr variables, pragmatisches Verständnis von Territorialität zum Tragen, das eine „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) im Sinne der „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) auch unter globalisierten Bedingungen – jedenfalls annähernd – ermöglichen könnte (vgl. Kapitel 1). Gleichzeitig böte die Flexibilität einer sachverhaltsabhängigen Festlegung der Wahlberechtigten die Möglichkeit, auf Aspekte der Identitätsprämisse wie das Vorhandensein geteilter Normvorstellungen oder einer gemeinsamen Öffentlichkeit mindestens Rücksicht zu nehmen (vgl. Kapitel 2). Entscheidungen zur ökologischen Entwicklung der Ostsee könnten von all jenen getroffen werden, die an den Küsten dieses Meeres leben und sich mit ihm identifizieren; Staudammprojekte am Nil

bedürften der Zustimmung all jener, die von diesem Fluss abhängig sind. Doch schon bei derlei Beispielen wird ein zentrales Problem deutlich: Welche Instanz dürfte über die Definition des Abstimmungskollektivs entscheiden? Wer würde letztlich die Tragweite des grenzüberschreitenden Sachverhalts festlegen? HELD (1995) selber antwortet auf diese Fragen nicht. Und dennoch: Der Vorschlag einer sachverhaltsabhängigen Definition von Demoi sticht im Sinne der Ergebnisse dieser Arbeit hervor – und es wird noch einmal auf ihn einzugehen sein.

Als letzte übergeordnete Maßnahme in seiner Agenda hin zu einer kosmopolitischen Demokratie postuliert HELD (1995, S. 109 f.) die Schaffung einer Versammlung aller demokratischen Staaten der Welt. Diese könne entweder durch Reformen aus der Generalversammlung der Vereinten Nationen hervorgehen oder müsse alternativ als Ergänzung zu der bereits bestehenden UN-Institution entstehen. Eine solche Versammlung solle das mit der größten Autorität ausgestattete internationale Organ zur Behandlung dringender globaler Sachverhalte wie Nahrungsmittelversorgung, Klimawandel oder Gesundheitsfragen darstellen. HELD (1995) räumt ein, dass die Einrichtung einer solchen Versammlung zahlreiche Fragen aufwerfen würde: Sollte jeder Nationalstaat über eine Stimme verfügen? Würde sich die Zahl der Abgeordneten an der Bevölkerungsgröße orientieren? Dürften größere Nichtregierungsorganisationen vertreten sein? Auch die Implementierung dort getroffener Entscheidungen nennt HELD (1995) einen offenen und schwierigen Punkt. Er argumentiert, jedwedes globales legislatives Organ müsse allen voran als „framework-setting“-Institution verstanden werden, die Richtlinien für niedrigere Regierungsebenen vorgebe – ein Vorschlag, der sich entscheidend vom „bottom-up”-Ansatz eines Benjamin R. BARBER (2013a, S. 23) unterscheidet (vgl. Kapitel 4.2). Bezüglich der Durchsetzung des internationalen Rechts schlägt HELD (1995) vor, die nationalen Militärs den neuen internationalen Organen unterzuordnen oder sogar eine eigene internationale Armee zu gründen. Zudem müsse der Einfluss internationaler Gerichte ausgeweitet werden; Gruppen und Individuen sollten effektive Rechtsmittel gegen politische Autoritäten erhalten.

HELD (1995, S. 110 f.) betont, es handele sich bei seinen Vorschlägen für ein kosmopolitisches Demokratiemodell lediglich um ein Programm möglicher Veränderung und eine Richtung möglichen Wandels mit konkreten kurz- und langfristigen Handlungsempfehlungen. Selbstverständlich sei das Modell nicht umgehend realisierbar, aber zunehmende Interdependenzen in einer sich globalisierenden Welt würden in absehbarer Zeit den Weg hin zu einer kosmopolitischen Demokratie öffnen. Beschleunigt werden könne dieser Prozess zum Beispiel durch neue Krisen des Finanzsystems, weitere kriegerische Auseinandersetzungen

und häufiger auftretende Umweltkatastrophen. „Political change can take place at an extraordinary speed, itself no doubt partially a result of the process of globalization“ (ebd., S. 110). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass HELD (1995) – trotz seines starken Fokus auf Maßnahmen der Supranationalisierung – eingesteht, Globalisierung müsse als dialektischer Prozess verstanden werden, der auch lokale Veränderung als wesentliches Merkmal umfasse. Hier eröffneten sich neue Potenziale, die er als „[…] the recovery of an intensive and participatory democracy at local levels as a complement to the deliberative assemblies of the wider global order" (ebd., S. 112) bezeichnet. Im weltumspannenden demokratischen Mehrebenensystem müssten Macht und Kompetenzen verschiedenen Entscheidungsinstanzen klar zugeordnet werden. Hierfür bedürfe es eines Prinzips, das stark an Subsidiarität erinnert: „Decision-making centres beyond national borders are properly located when ‚lower' levels of decision-making cannot manage and discharge satisfactorily transnational and international policy questions" (ebd., S. 113).

Das kosmopolitische Demokratiemodell von David HELD (1995) – es ist mittlerweile über 20 Jahre alt – mag angesichts heutiger Tendenzen weltweit zunehmender Separatismen und geopolitischer Spannungen naiv, beinahe romantisch klingen. Doch es hat seit den Neunzigerjahren wie kaum ein anderer Vorschlag für lebhafte und wichtige Debatten darüber gesorgt, ob und wie sich globalen politischen Herausforderungen demokratisch begegnen lässt und wie weit eine Reterritorialisierung demokratischer Herrschaft überhaupt gehen kann. Die Idee eines Kosmopolitismus besteht deshalb fort – und sie ist auch in der Geographie mit Interesse aufgegriffen worden. So schreibt Robert David SACK (2010), dem die Entwicklung einer Theorie menschlicher Territorilität wesentlich zu verdanken ist, in einem seiner jüngeren Werke: „If the members of a place democratically decide to do something within their territory and the effects of the activities spill over the boundaries to others outside the area, these others then should have a say. […] As the world becomes more interconnected, these effects increase in scale, so there seems to be good reason to think about a world government" (ebd., S. 488). Der Hinweis von SACK (2010) spricht noch einmal das stärkste Argument für eine kosmopolitische Demokratie an: Wenn politische Probleme bisherige Grenzen der einzelnen demokratischen Herrschaftssysteme überschreiten, so bedarf es zur Wahrung der demokratietheoretisch notwendigen Übereinstimmung von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten einer grenzüberschreitenden politischen Integration. Eine Herausforderung wie jene des Klimawandels betrifft Menschen weltweit und verlangt nach einer globalen Antwort – die „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) kann in diesem Fall also nur durch einen globalen Demos erfüllt werden (vgl. Kapitel 1). Zugleich jedoch liegt der Verdacht

nahe, dass diese weitreichende Reterritorialisierung nicht mit den Grenzen eines belastbaren demokratischen Gemeinsinns korrespondiert, der notwendig wäre, um den Anforderungen der Identitätsprämisse gerecht zu werden (vgl. Kapitel 2). Jürgen HABERMAS (1996a) spricht dieses Dilemma an, wenn er schreibt: „Dem lichten Gedanken an supranationale Handlungskapazitäten, die die Vereinten Nationen und deren regionale Organisationen in den Stand setzen würden, eine Neue Welt- und Wirtschaftsordnung in Angriff zu nehmen, folgt der Schatten der beunruhigenden Frage, ob überhaupt eine demokratische Meinungs- und Willensbildung über die nationalstaatliche Integrationsstufe hinaus bindende Kraft erlangen kann“ (ebd., S. 153).

Die Kritik an kosmopolitischen Demokratieentwürfen setzt deshalb schon bei der sehr grundsätzlichen und praktischen Frage an, ob eine globale Erweiterung dieser Herrschaftsform angesichts der weltweiten Demokratieverbreitung und -bereitschaft überhaupt möglich und erwünscht wäre – ein Einwand, dem sich auch Benjamin R. BARBER (2013a, S. 23) mit seiner Idee einer städtebasierten Netzwerkdemokratie ausgesetzt sieht. In Kapitel 4.2 wurde bereits darauf hingewiesen, dass der „Democracy Index“ des ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2016b) mehr als die Hälfte aller ausgewerteten 167 Staaten nur als Hybridregime oder autoritäre Regime beschreibt, also nicht einmal als „flawed democracies“. „The ‚democratic recession‘ worsened in 2016, when no region experienced an improvement in its average score and almost twice as many countries (72) recorded a decline in their total score as recorded an improvement (38)“ (ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT 2016a). Bernhard FREVEL (2009, S. 127) verweist zudem darauf, das Gelingen der Demokratie sei bislang vor allem in Staaten mit bestimmten sozioökonomischen Rahmenbedingungen beobachtet worden, die im globalen Maßstab nicht gegeben seien. Hierzu zählten eine ausgeprägte Vorstellung von der Autonomie des Individuums, ein hohes Maß an Säkularisierung und nicht zuletzt volkswirtschaftlicher Reichtum. Auch der Hinweis von HELD (1995, S. 110 f.), zunehmende überregionale Krisen würden unweigerlich zu einer fortschreitenden Supranationalisierung und zu einer Überwindung politischer Fragmentierung führen, muss nicht erst heute mit Skepsis betrachtet werden. Jürgen HABERMAS (1996a, S. 128) merkt Ende der Neunzigerjahre an, die politische Weltgesellschaft setze sich aus Nationalstaaten zusammen – und dies sei keine triviale Feststellung. Michael Th. GREVEN (2010, S. 183) beobachtet 14 Jahre später, dass die Zahl der Nationalstaaten sogar zunehme. Und Seyla BENHABIB (1998) sieht die Globalisierung mit einer neuen soziokulturellen Desintegration und dem Wiederaufleben von Separatismen einhergehen: „Displaying a social dynamic which we have hardly begun to

understand, global integration is proceeding alongside with socio-cultural disintegration, and the resurgence of ethnic, nationalist, religious, and cultural separatism“ (ebd., S. 226).

Diese empirischen Beobachtungen lassen bereits berechtigte Zweifel daran aufkommen, dass eine kosmopolitische Demokratie in absehbarer Zeit greifbar wäre. Im Hinblick auf die demokratietheoretische „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) ist die Frage zentral, ob die Mindestanforderungen an einen intersubjektiv geteilten demokratischen Gemeinsinn weltweit erfüllt werden könnten. In Kapitel 2.1 wurde ausführlich dargelegt, es sei erstens eine grundsätzliche Identifikation mit den Ideen demokratischer Politik und den damit einhergehenden Normvorstellungen notwendig; zweitens müsse horizontales Vertrauen zwischen den Konstituenten ausgebildet sein; drittens bedürfe es eines Mindestmaßes an Solidarität unter den Mitbürgern; viertens beruhe Demokratie wesentlich auf der diskursiven Herstellung von Entscheidungen, somit seien Partizipation der Bürger an einer gemeinsamen Öffentlichkeit und Verständigung durch eine oder mehrere gemeinsame Sprachen unabdingbar. HELD (1995) selbst merkt an: „[…] what clearly is required is a ‘precommitment’ to democracy, for without this there can be no sustained dialogue, and democracy cannot function as a decision-making process” (ebd., S. 116).

Die vorhandene Kritik an Entwürfen kosmopolitischer Demokratie konzentriert sich denn auch – wenig überraschend – auf die schwierige Erfüllung ebendieser Prämissen, die im Kontext der demokratietheoretischen „Identitätsbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) angesiedelt sind. Michael Th. GREVEN (1998) hegt zunächst grundsätzliche Zweifel daran, ob das von HELD (1995) benannte „[…] ‘precommitment’ to democracy […]“ (ebd., S. 116) überhaupt globalisierbar sei – schließlich handele es sich bei dieser Herrschaftsform um eine historische Konzeption westlicher Kultur: „Ob das, was als geschichtliche Hervorbringung eines begrenzten Teils der Menschheit seine gegenwärtige Gestalt angenommen hat, in einem normativen Sinne universelle Ansprüche begründen kann, ist eine fachphilosophisch bis heute umstrittene und vielleicht philosophisch gar nicht zu lösende Frage“ (GREVEN 1998, S. 23). Westliche Demokratie sei in jedem Fall nicht einfach nur ein „[…] *set* von Prinzipien, Regeln und Institutionen […]“ (ebd., S. 29), das sich ohne weiteres auf andere Teile der Welt übertragen lasse. Ganz im Gegenteil: Demokratie werde häufig als Element einer fremden Kultur wahrgenommen, kritisiert und abgelehnt. „Wenn heute so viel von ‚Globalisierung‘, ja manchmal vom ‚global village‘ die Rede ist, dann wäre es also für die Politikwissenschaft wie für die Politik sträflich naiv, dabei von der offenkundigen Universalisierung kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Prinzipien auf die Universalisierung westlicher Kultur und insbesondere der westlichen Kultur der Demokratie kurzzuschließen“ (ebd., S. 22). Die Ablehnung der

Demokratie in anderen Teilen der Welt müsse vielmehr zur Reflexion der Partikularität westlicher kultureller und politischer Identität anregen (ebd., S. 29). Zentrale demokratische Prinzipien wie die „[…] uneingeschränkte Anerkennung der Menschenwürde und Menschenrechte jedes einzelnen Individuums […]“ (ebd., S. 26) oder auch „[…] der Vorrang von Freiheit und Selbstbestimmung der Individuen […]“ (ebd.) im Sinne der klassischen republikanischen Lehre Immanuel Kants seien prägende Konzeptionen der westlichen politischen Kultur und eben nicht ohne weiteres universalisierbar.

Diese Argumentation von GREVEN (1998) impliziert bereits eine weitere Kritik, die im Folgenden der Konkretisierung bedarf. Während nämlich Ulrich BECK (2002) eine starke Kontingenz proklamiert – Staatlichkeit müsse als transformierbar gelten, es könne ein „kosmopolitischer Staat“ (ebd., S. 152) entstehen, der sich durch das Konzept der konstitutionellen Toleranz und der nationalen Indifferenz auszeichne (ebd., S. 152 ff.) –, verweist GREVEN (2010, S. 186 ff.) auf die Grenzen der prinzipiellen Veränderbarkeit. Zwar könnten die demokratischen Anforderungen und Rechte *im Prinzip* auf alle Menschen innerhalb eines (neu geschaffenen) demokratischen Systems oder auf alle Staaten innerhalb eines supranationalen Gebildes angewandt werden. Und insofern sei eine extreme Erweiterung demokratischer Strukturen, wie sie der Kosmopolitismus vorsehe, rein theoretisch konzipierbar. In der politischen Praxis jedoch bewege sich die Veränderbarkeit von Staatlichkeit im Rahmen historisch vorgegebener Möglichkeiten. Denn auch wenn bei der Konstruktion demokratischer Gemeinwesen keine essentialistischen Kriterien angelegt werden dürften, müsse doch festgestellt werden, dass alle heutigen Demoi „[…] path-dependent historical constructions“ (ebd., S. 190) seien. Das Konzept der politischen Gemeinschaft beinhalte stets die Beschränkung von Veränderbarkeit, denn: „[…] history counts and restricts future opportunities in various ways, as do present and future resources and not at least the necessity to withstand other powers. In consequence, decisions on the composition of citizenry as well as on *new borders* are never completely free even if they no longer have substantial foundations [eig. Hervorhebung]” (ebd.). Das Wissen um den konstruierten Charakter von Nationalität oder Ethnizität dürfe also nicht zu der Fehlannahme führen, diese historischen Konstrukte seien beliebig durch neue demokratische Identitäten größeren Maßstabs und konstitutionellen Charakters ersetzbar. Vielmehr wirkten sich nationale Narrative bis heute auf kollektive Selbstwahrnehmungen aus und müssten daher starke Berücksichtigung finden (vgl. ebd.). GREVEN (2010) geht denn auch namentlich hart mit Ulrich Beck ins Gericht: Sein Glaube an die mehr oder weniger unbeschränkte Veränderbarkeit sozialer Realitäten und seine Konzeption einer kosmopolitischen Zukunft stellten gefährliche Ansätze dar. „Such an

approach to realities like Beck's has in the last century also found political entrepreneurs who tried to rationally construct whole societies in accordance with some ideological blueprint or master plan" (ebd., S. 189).

Neben diesen sehr bedeutenden und kategorischen Einwänden gegen die globale Erweiterbarkeit und uneingeschränkte Kontingenz demokratischer Identitätsbezüge, findet sich eine weitere interessante Kritik an kosmopolitischen Entwürfen bei Chantal MOUFFE (2007). Sie vertritt die These, dass eine kosmopolitische Konsensform von Demokratie, wie sie im Mainstream der Sozialwissenschaften mittlerweile postuliert werde, „[…] statt zu einer ‚Demokratisierung der Demokratie' beizutragen, am Ursprung vieler gegenwärtiger Probleme demokratischer Institutionen steht" (ebd., S. 8). Begriffe wie „good governance" (ebd.), „globale Zivilgesellschaft" (ebd.) oder „kosmopolitische Souveränität" (ebd.) seien „[…] ausnahmslos Bestandteile einer antipolitischen Vision, die sich weigert, die für das ‚Politische' konstitutive antagonistische Dimension anzuerkennen" (ebd.). MOUFFE (2007) argumentiert, Konflikten müsse in einer Herrschaftsform eine legitime Ausdrucksform geboten werden. Eine unipolare Weltordnung – erst recht eine kosmopolitische Demokratie – berge jedoch die Gefahr einer einzigen hegemonialen Hypermacht, der nur durch die Errichtung einer multipolaren Welt mit einem Gleichgewicht verschiedener Hegemonialmächte begegnet werden könne (ebd., S. 13). Dass es einer weltumspannenden Demokratie an Gegensätzen, Reibungen und notwendiger Begeisterungskraft mangeln würde, befürchtet auch Bernhard FREVEL (2009). Er beobachtet schon jetzt, dass den formal geschaffenen demokratischen Institutionen immer weniger Akzeptanz und Leidenschaft entgegengebracht werde. Demokratie sei „[…] weder Selbstverständlichkeit noch ein Selbstläufer, sondern ein System, das sich gegenüber anderen Konzepten der Staats- und Lebensform immer wieder behaupten und bewähren muss. […] Demokratie muss immer wieder neu erfunden und stetig verteidigt werden, wenn sie als Staats- und Lebensform bei den Bürgern Anerkennung und Verteidigung finden soll" (ebd., S. 167). Und an anderer Stelle: „Ausschlaggebend für die Demokratie war aber immer ein politischer Konflikt. Ein Streit um Ideen und Utopien, ein Streit um Konzepte zur Gesellschaftsgestaltung. […] Je weiter sich diese Prinzipien in der Welt durchsetzten, […] desto mehr verlor die Demokratie an utopischer Kraft und Faszination" (ebd., S. 132).

Allen genannten Kritikern ist gemein – so lässt sich feststellen –, dass sie wenig Zutrauen in die Integrationskraft und in die soziale Lebendigkeit einer kosmopolitisch angelegten Demokratie hegen. Selbstverständlich können neue Strukturen geschaffen werden, die demokratische Mitbestimmung räumlich erweitern, somit neuen Größenordnungen politischer

Herausforderungen eher entsprechen und dadurch letztlich die demokratietheoretische „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) besser erfüllen. Der Versuch einer demokratisch organisierten Europäischen Union ist hierfür das klassische Beispiel – grenzüberschreitenden politischen Herausforderungen soll nicht nur mit exekutiver Zusammenarbeit, sondern mit neuen legislativen Instanzen begegnet werden. Doch gerade die EU taugt auch als Veranschaulichung für die Bedenken der Kritiker. Die neu geschaffenen Legitimationsstrukturen müssten nämlich, um zentrale Demokratieprämissen umsichtig zu erfüllen, nicht nur Herrschaftskongruenzen optimieren, sondern mit der Reichweite eines demokratischen Gemeinsinns korrespondieren, der sich durch ein Mindestmaß an horizontalem Vertrauen, Solidaritätsbereitschaft, öffentlichem Austausch und – ganz grundlegend – durch eine Bereitschaft zur Demokratie charakterisiert (vgl. Kapitel 2.1). Schon in der EU sind diese Voraussetzungen nur unzureichend gegeben. Sie leidet „[…] an dem Fehlen einer gemeinsamen europäischen politischen Öffentlichkeit und Kultur“ (GREVEN 1998, S. 31); eine unionsweite „Kommunikationsgemeinschaft“ (KIELMANNSEGG 1996; S. 55) existiert bislang nur in den englischsprachigen Expertenzirkeln; es fehlt ein vitales System intermediärer Institutionen auf europäischer Ebene (z.B. Parteien, Verbände und Medien), das eine wahrhaft europäische Willensbildung möglich machen würde (vgl. SCHMIDT 2006, S. 433). Kurzum: „Die Europäische Union hat noch keinen seinen Namen verdienenden Demos […]“ (SCHMIDT 2006, S. 433 f.). Mangelnde Solidaritätsbereitschaft in der Euro-Krise, nationale Alleingänge in Flüchtlingsfragen und nicht zuletzt Separationsbestrebungen von Katalonien bis zum Brexit lassen auch die zukünftige Entwicklung eines solchen belastbaren Gemeinsinns außerordentlich fragwürdig erscheinen. Wenn es aber schon in einer Weltregion, die mit Recht als historische Wiege der Demokratie gelten darf, Versuchen einer räumlichen Erweiterung demokratischer Strukturen derart an Integrationskraft mangelt, wie könnte dann auch nur ansatzweise ein kosmopolitisches Gebilde in dieser Hinsicht überzeugen?

Diese Einwände vorzubringen, darf nicht als Argument für einen wie auch immer gearteten Strukturkonservatismus missverstanden werden. Das bisherige System unabhängiger Nationalstaaten führt unter Globalisierungsbedingungen ohne jeden Zweifel zu einer undemokratischen und zunehmenden Inkongruenz zwischen Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten, letztlich also zu unhaltbaren Situationen der Fremdbestimmung. Über neue politisch-räumliche Formen demokratischer Organisation nachzudenken, muss vor diesem Hintergrund nicht nur als bedeutend, sondern sogar als zwingend notwendig gelten. Richtig ist aber auch, dass jede demokratische Reterritorialisierung einer genauen Prüfung bedarf hinsichtlich ihrer Eignung, das im dritten Kapitel erläuterte Strukturdilemma gegenläufiger

Kongruenz- und Identitätserfordernisse zu lindern. Mit anderen Worten: Es kommt nicht nur auf die Veränderung oder Schaffung politischer Territorialitäten an, die Selbstbestimmungskollektive räumlich neu definieren (und meist vergrößern), sondern auch auf die Berücksichtigung sozialer Identitätsfaktoren und ihrer (meist kleinteiligeren) Territorialbezüge. Und genau hier ist kosmopolitischen Ansätzen der entscheidende Vorwurf zu machen: Sie räumen der „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) bewusst oder unbewusst alleinige und völlig unverhältnismäßige Priorität vor jedem Kriterium ein, das sich dem demokratischen Gemeinsinn – folglich also der „Identitätsbedingung" (ebd.) – zuordnen ließe. Das mag mit dem Hoch der Globalisierungsdebatte und einer konzeptionellen Aufbruchsstimmung in den Neunzigerjahren zu erklären sein, als viele der kosmopolitischen Ideen entworfen und vorgetragen wurden – entschuldbar ist diese Einseitigkeit dadurch aber nicht. So bleibt nur die Feststellung, dass es kosmopolitische Gedankenspiele trotz löblicher Intention verpassen, ein demokratiegeographisches Modell zu entwickeln, dass zentralen Prämissen dieser Herrschaftsform ausgewogen gerecht wird. Immerhin kann ihnen zugutegehalten werden, dass sie einen notwendigen Diskurs in Wissenschaft und Gesellschaft darüber mitangestoßen haben, auf welchen sozialen und räumlichen Maßstabsebenen Demokratie zukünftig überhaupt noch praktikabel erscheint.

Nun käme dieses Kapitel jedoch zu einem allzu ernüchternden Ende, wenn es mit den Widrigkeiten kosmopolitischer Demokratieentwürfe schließen würde. Im pompösen Getöse weltdemokratischer Gedankenspiele verbirgt sich bei David HELD (1995) ein beiläufig vorgetragener, wertvoller Detailvorschlag, der noch einmal genauere Betrachtung verdient. Der Vorschlag könnte zu einer demokratiegeographischen Entwicklung beitragen, die im Stande wäre, das Strukturdilemma aus gegenläufigen Kongruenz- und Identitätserfordernissen auch unter Globalisierungsbedingungen zu lindern. Es handelt sich um die bereits vorgestellte sachverhaltsabhängige territoriale Definition von Demoi. HELD (1995, S. 108) verankert diese Idee zwar im Maßnahmenkatalog seines kosmopolitischen Demokratiemodells, doch sie ließe sich – so soll hier argumentiert werden – auch unabhängig von globalen Aktionsplänen umsetzen. Konkret geht es HELD (1995, S. 108) um grenzüberschreitende Volksabstimmungen, die immer dann Anwendung finden sollen, wenn der räumliche Maßstab politischer Fragestellungen über nationale Grenzen hinausgeht. Die Definition der Wählerschaft, so schreibt er, müsse sich bei solchen Referenden stets am konkreten Ausmaß des kontroversen transnationalen Sachverhalts orientieren.

Eine solche fallspezifische Konstruktion demokratischer Bezugsräume ist vor dem Hintergrund der Erkenntnisse dieser Arbeit gleich in mehrerer Hinsicht interessant: Der

besonders naheliegende Vorteil besteht in der von kosmopolitischen Autoren ohnehin postulierten Optimierung von Herrschaftskongruenzen. Dürften also grenzüberschreitend all jene mitbestimmen, die von einer spezifischen politischen Herausforderung und den mit ihr verbundenen Entscheidungen betroffen sind, dann wäre die Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten im Sinne der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) idealerweise gegeben. Zugleich aber ließe sich argumentieren, dass bei einer umsichtigen Konstruktion sachverhaltsabhängiger territorialer Demoi auch wesentliche Kriterien des Identitätserfordernisses erfüllt werden könnten. Erstens dürfte die diskursive Entscheidungsfindung über sprachlich-kulturelle Grenzen hinweg leichter fallen, wenn sie sich auf eine spezifische Fragestellung beschränkt. Zweitens wäre denkbar, dass die gemeinsame Betroffenheit durch ein spezifisches Problem auch dort (zumindest vorübergehend) horizontales Vertrauen und Solidarität generieren kann, wo diese sozialen Merkmale für gewöhnlich schwach ausgeprägt sind. Drittens bedürfte es für punktuelle oder sogar nur einmalige Entscheidungen vermutlich keines vergleichbar belastbaren Gemeinsinns, wie er für die Aufrechterhaltung ganzer demokratischer Gemeinwesen notwendig ist. Nicht verhandelbar erscheint indes das Vorhandensein einer demokratischen Grundhaltung der beteiligten Konstituenten, die stets gegeben sein muss. All dies trifft in absehbarer Zeit kaum auf globale oder interkontinentale Referenden zu, wie sie der kosmopolitische Denker HELD (1995) möglicherweise im Sinn hat. Aber überall dort, wo in einem demokratischen (sic!) Umfeld administrativ ohnehin schon interregional kooperiert wird, wäre eine grenzüberschreitende demokratische Legitimation anzustreben und möglicherweise auch realisierbar. Dies könnte, wie vorab skizziert, die ökologische Ostseezusammenarbeit ebenso betreffen wie transalpine Verkehrsplanungen oder – im Sinne der von BARBER (2013a) entworfenen demokratischen Vernetzung von Städten – den Umgang mit transnationalen Immobilienspekulanten. Eine solche demokratiegeographische Perspektive trüge zugleich der wichtigen Erkenntnis Rechnung, dass demokratische Territorialität eben nicht nur homogen und eindimensional nationalstaatlich gedacht werden darf. Flexible, heterogene und mehrschichtige Territorialitäten sind nicht nur konzipierbar, sie sind – wie manche föderalen Systeme schon seit langem zeigen – bei demokratietheoretisch vernünftiger Ausgestaltung auch praktikabel.

Resümee und Ausblick

Bernard CRICK (2002, S. 1) schrieb einst humorvoll, die einzig wahre Bedeutung von Demokratie – sofern es sie denn gebe – müsse wohl im Himmel verborgen und ärgerlicherweise noch nicht preisgegeben worden sein. Das Repertoire vorhandener Demokratieverständnisse erscheine schlicht zu vielfältig, als dass man von einem unstrittigen oder gar einheitlichen Begriff sprechen könne. Auch Manfred SCHMIDT (2006, S. 19) konstatiert, Demokratie habe mittlerweile als Oberbegriff einer unübersichtlichen Vielzahl politischer Ordnungen zu gelten. Bernhard FREVEL (2009, S. 82 ff.) schlüsselt diese Formen von Demokratie unter anderem in antike und moderne, direkte und repräsentative, parlamentarische und präsidentielle, unitaristische und föderale auf; es fänden sich Konkurrenz- und Konkordanz-, Mehrheits- und Konsensusdemokratien; zudem zählten konservative, pluralistische, soziale und sozialistische Vorstellungen zu den bedeutendsten Demokratieentwürfen.

Trotz dieser Vielfalt darf nicht dem Trugschluss verfallen werden, der Oberbegriff der Demokratie stelle ein ganz und gar beliebiges Konzept dar. FREVEL (2009) betont denn auch selber, dass Demokratie zwar „[…] sehr heterogene Gestaltungsmuster ermöglicht […]“, aber dennoch „[…] auf recht eindeutigen Merkmalen aufbaut […]“ (ebd., S. 61). Die normative Idee demokratischer Herrschaft ist also mit spezifischen Grundprinzipien verbunden, die unabhängig von ihrer vielfältigen Auslegung und Umsetzung einen sehr beständigen Rationalitätskern dieses Konzepts bilden. Es lassen sich Kriterien identifizieren, die Demokratieverständnissen seit der Antike innewohnen und diese entscheidend prägen. Solche Kriterien sind in politikwissenschaftlichen Arbeiten zum Beispiel von Michael ZÜRN (1996, S. 38 ff.), Claus OFFE (2000b, S. 64 ff.) und Fritz SCHARPF (1993, S. 167) herausgearbeitet worden. Alle drei Autoren widmen sich der Frage, welche grundlegenden Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Gemeinwesen überhaupt als demokratisch bezeichnet werden kann – eine Frage, die gerade in Zeiten neuer supranationaler Gebilde mit demokratischem Anspruch, aber auch angesichts zunehmender autokratischer Tendenzen an Bedeutung gewinnt.

Die im Rahmen solcher demokratietheoretischer Überlegungen gewonnenen Erkenntnisse sind in dieser Arbeit dazu genutzt worden, um die Bedeutung von *Territorialität* für demokratische Grundprinzipien und damit letztlich für die Herrschaftsform im Ganzen zu diskutieren. Indem geprüft wurde, ob politische Territorialbezüge für die Erfüllung zentraler demokratietheoretischer Prämissen wichtig oder sogar notwendig sind, konnte letztlich eine Aussage über ihre Notwendigkeit für die Demokratie an sich getroffen werden. Als

Ausgangspunkt für dieses Vorgehen, das häufigen Forderungen nach einer stärkeren Verquickung von Geographie und Politikwissenschaft nachkommt (vgl. ROKKAN 1974, S. 9 ff.; PAASI 2001, S. 142), wurden zwei spezifische Voraussetzungen demokratischer Gemeinwesen gewählt: zum einen das Erfordernis einer „[…] Selbstgesetzgebung der Rechtsadressaten […]“ (MAUS 1994, S. 604), das auch als „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) gefasst wird; zum anderen die Notwendigkeit eines demokratischen Gemeinsinns, mitunter als „Identitätsbedingung“ (ebd.) beschrieben. Beide Prämissen zeichnen sich dadurch aus, dass ihnen nicht nur eine zentrale demokratietheoretische Bedeutung beigemessen werden kann (vgl. ebd.; SCHARPF 1993, S. 167), sondern dass sie sich zugleich als besonders relevant für die Größenbestimmung und den Raumbezug (sic!) demokratischer Gemeinwesen erweisen. Wie im dritten und vierten Kapitel dieser Arbeit deutlich geworden ist, hat darüber hinaus das Verhältnis dieser Voraussetzungen *zueinander* entscheidenden Einfluss auf die Bewertung demokratischer Territorialbezüge und damit auf die Bewertung aktueller politisch-territorialer Veränderungen.

Die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) bezeichnet zunächst ein solch grundlegendes Demokratiekriterium, dass sie sich schon etymologisch herleiten lässt: Der im 5. Jahrhundert v. Chr. geprägte griechische Begriff *demokratía* kann als „Herrschaft des Volkes“ übersetzt werden (vgl. FUCHS 2007, S. 39) – Demokratie beschreibt demnach eine Herrschaft, die ein Volk über sich selbst ausübt. Oder mit anderen Worten: Diejenigen, über die geherrscht wird, sollen offenbar mit jenen identisch sein, die herrschen. Fritz SCHARPF (1993) formuliert etwas elaborierter, notwendig sei also eine „[…] strikte Konvergenz zwischen dem Kreis der an kollektiven Entscheidungen Beteiligten und dem Kreis der von diesen Entscheidungen Betroffenen […]“ (ebd., S. 167). Michael ZÜRN (1996) spricht übereinstimmend von einer erforderlichen „[…] Identität von Herrschaftsobjekten und Herrschaftssubjekten […]“ (ebd., S. 39). Diese „Kongruenzbedingung“ (ebd.) muss im Umkehrschluss immer dann als *nicht* erfüllt gelten, wenn Individuen oder Gruppen innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden, obwohl sie von den resultierenden Vereinbarungen betroffen sind, oder wenn demokratische Gemeinwesen einmal getroffene Entscheidungen nicht umsetzen können, weil externe Effekte dies unmöglich machen (vgl. BENHABIB 1998, S. 235; ZÜRN 1996, S. 39). Entscheidungen, die in diesem Sinne fremdbestimmt erfolgen, werden in der politikwissenschaftlichen Literatur als „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39) bezeichnet und nehmen der demokratischen Herrschaft jede Legitimität (vgl. MAUS 1994, S. 604).

In Kapitel 1.2 konnte aufgezeigt werden, dass Territorialität in allen historischen Institutionalisierungsformen demokratischer Herrschaft, von der antiken Polis über den modernen Nationalstaat bis hin zu supranationalen Gebilden der Neuesten Geschichte, in unterschiedlich starker Ausprägung genutzt worden ist, um das beschriebene Kongruenzerfordernis zu erfüllen. Eine systematische Synthese demokratie- und territorialitätstheoretischer Prinzipien lässt zudem erkennen, wie Territorialität – hier verstanden als menschliche Strategie, Einfluss, Kontrolle und Macht durch kommunizierte Gebietsabgrenzungen auszuüben (vgl. Kapitel 1.3.1 sowie AGNEW 2009a, S. 744; SACK 1986 S. 19; STRÜVER 2002, S. 339; TUAN 1979, S. 6) – in diesem Kontext Anwendung findet: Sie bietet neben manchen Unzulänglichkeiten den großen Vorteil, einerseits Herrschaftssubjekte (Input-Seite des demokratischen Prozesses) und andererseits Herrschaftsobjekte (Output-Seite) so zu definieren, dass sowohl eine personelle Kongruenz der beiden Gruppen entsteht als auch eine sehr praktikable Bestimmung der dinglichen Herrschaftsreichweite, die wiederum zur Wahrung der personellen Kongruenz beiträgt (vgl. Kapitel 1.3.2). Das bedeutet mit anderen Worten: Werden das Wahlvolk und die Gültigkeitsreichweite des Rechts zeitgleich und strikt territorial definiert, so besteht tatsächlich die Möglichkeit, eine effektive Selbstbestimmung des politischen Gemeinwesens herzustellen und in diesem Zuge die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) zu erfüllen. Hochbedeutend ist hierbei der Aspekt, dass der Demos allein durch territoriale Strategien in die Lage versetzt wird, auch alle räumlichen Rahmenbedingungen seines politischen Handelns exklusiv zu beeinflussen. Denn die einzige Alternative zur territorialen Definition der Herrschaftsobjekte, eine Klassifikation „nach Typ“ (vgl. PIAGET; INHELDER 1971, S. 534 ff.; SACK 1986, S. 32), erweist sich als hierfür ungeeignet, weil sie konkurrierende Rechtsgültigkeiten zulässt und Herrschaftsobjekte, die aufgrund ihrer Ubiquität oder Unvorhersehbarkeit gar nicht spezifizierbar sind, gänzlich vernachlässigen muss (vgl. Kapitel 1.3.2 und 1.4). Doch nur wenn ein Gemeinwesen die für sich selbst getroffenen Entscheidungen auch umsetzten kann, ist der „[…] prozedurale Anspruch […]“ (SCHARPF 1993, S. 167) von Demokratie realisierbar und kann Fremdbestimmung im Sinne von „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39) ausgeschlossen werden. So musste und durfte in Kapitel 1.4 abschließend konstatiert werden, dass Territorialität für die Erfüllung des Kongruenzerfordernisses letztlich sogar eine *notwendige* Bedeutung einnimmt – ein für das vorliegende Erkenntnisinteresse außerordentlich bemerkenswertes Ergebnis.

Die zweite in dieser Arbeit näher untersuchte und ebenfalls raumbezogene wie raumwirksame Demokratieprämisse befasst sich stärker als die „Kongruenzbedingung“ (ZÜRN 1996, S. 39) mit der inneren Beschaffenheit des Demos und den notwendigen Eigenschaften der

Konstituenten. Zwar liefert das Kongruenzerfordernis ein zentrales und überzeugendes Kriterium für die Grundstruktur demokratischer Gemeinwesen, doch die Forderung nach der konsequenten Selbstherrschaft des Volkes führt unweigerlich zu einem Aufmerken: Ist formal eingerichtete Selbstbestimmung ein ausreichendes Kriterium, um ein politisches Kollektiv zu bestimmen, das demokratischen Ansprüchen genügt? Wer ist dieses Volk, das über sich selbst herrschen soll und kann? Robert DAHL (1989, S. 193) fasste es einst treffend in Worte: „To say that all people […] are entitled to the democratic process begs a prior question. When does a collection of persons constitute an entity – ‚a people' – entitled to govern itself democratically?" (ebd.) Fritz SCHARPF (1993) stellt fest, es lasse sich „[…] nicht jedes Aggregat von Personen […] als ein demokratiefähiges ‚Gemeinwesen' konstituieren" (ebd., S. 167). In der jüngeren politikwissenschaftlichen Literatur sind denn auch Eigenschaften und Einstellungen zusammengetragen worden, die den Mitgliedern eines Gemeinwesen zuzuschreiben sein müssen, damit dieses Gemeinwesen aus normativer Perspektive überhaupt als demokratisch bezeichnet und in praktischer Hinsicht als Demokratie funktionieren kann (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; OFFE 2000b, S. 67; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.; ZÜRN 1996, S. 39). Trotz einer ideologisch bedingten Vielfalt diesbezüglicher Standpunkte lassen sich vier vergleichsweise unstrittige Mindestanforderungen an einen intersubjektiv geteilten demokratischen Gemeinsinn herausarbeiten (vgl. Kapitel 2.1): Erstens müssen die Konstituenten die Herrschaftsform und die mit ihr verbundenen Normvorstellungen grundlegend anerkennen, damit eine verbindliche Entscheidungsfindung überhaupt gelingen kann; zweitens bedarf es eines Mindestmaßes an horizontalem Vertrauen unter den Bürgern; drittens muss den Konstituenten Solidarität abverlangt werden können; und viertens setzt demokratische Entscheidungsfindung Partizipationsmöglichkeiten durch gemeinsame Sprache(n) voraus. Alle diese Aspekte führen schließlich zu der demokratietheoretischen Einschätzung, notwendig sei eine belastbare „[…] Selbstanerkennung der politischen Gemeinschaft mit allen ihren Angehörigen […]" (OFFE 2000a, S. 238) und somit das Vorhandensein einer gemeinsamen Identität der Konstituenten (z.B. OFFE 2000b, S. 67), die mitunter auch als „Wir-Identität" (MAHNKOPF 1998, S. 57; SCHARPF 1993, S. 167) bezeichnet wird. Die entsprechende Demokratieprämisse findet ihre Beschreibung im Begriff der „Identitätsbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39).

Im zweiten Kapitel wurde sodann ausführlich danach gefragt, ob es abgegrenzter, kontrollierter Räumlichkeit braucht, um die oben beschriebenen und als notwendig erachteten Identitätskriterien eines Demos zu erfüllen. Tatsächlich lässt sich schon demokratiehistorisch-deskriptiv aufzeigen, dass territoriale Strategien – neben weiteren Faktoren – regelmäßig

genutzt worden sind, um einen identitätsstiftenden Gemeinsinn zu etablieren (vgl. Kapitel 2.2). Für beide grundlegenden gesellschaftlichen Konstellationen, in denen die Herrschaftsform der Demokratie ihre bisherige Verwirklichung gefunden hat, also sowohl für die antike Polis als auch für das nationalstaatliche System der vergangenen Jahrhunderte, ist eine historisch manifestierte und demokratietheoretisch erfasste Bindung zwischen Demos und Identitätsgemeinschaften belegbar. Dieser Bindung wiederum können elementare territoriale Bezüge zugeschrieben werden. Insbesondere die Imagination einer Nation (vgl. ANDERSON 1983), so wurde in Kapitel 2.2.2 argumentiert, habe von Beginn an auf einer konstitutiven räumlichen Konstruktion des Sozialen beruht sowie auf identitätsstiftenden Rückwirkungen von den physischen Manifestationen dieses Konstrukts auf die „Konstrukteure" selber, soll heißen: auf die Gemeinschaft. Zu diesen Rückwirkungen zählen Fakten und Mythen im Zusammenhang mit Grenzen, Grenzkonflikten und physischen Merkmalen des Territoriums.

Diese historisch-deskriptiven Erkenntnisse stellen für die Analyse des Verhältnisses von Identitätserfordernis und Territorialität bereits ein wichtiges Zwischenergebnis dar. Doch die Frage nach einer verallgemeinerbaren Bedeutung oder gar einer Notwendigkeit territorialer Bezüge für die Herausbildung demokratietheoretisch erforderlicher Identitätsmerkmale beantworten sie noch nicht. Deshalb wurde in Kapitel 2.3 das Ziel verfolgt, ein abstrakteres, theoretisches Verständnis zu gewinnen, das sich im Idealfall von spezifischen historischen Strukturkonstellationen löst. Den Ausgangspunkt für diese Analyse bildete die Ausdifferenzierung zweier bedeutender normativer Standpunkte dazu, wie sich demokratische Identität überhaupt begründen sollte (vgl. HONNETH 1991, S. 1049): Während der Kommunitarismus die Identität des Demos als Gemeinsinn einer partikularen, extrapolitisch begründeten Moralgemeinschaft konzipiert (vgl. Kapitel 2.3.1), versteht der Liberalismus im Gegensatz dazu demokratischen Gemeinsinn als rein rechtlich konstruierte Verfassungsidentität (vgl. Kapitel 2.3.2). Erstaunlicherweise konnte festgestellt werden, dass sich Territorialität aus beiden – sehr gegensätzlichen – normativen Perspektiven heraus als identitätsstiftender Faktor demokratischer Gemeinwesen konzipieren lässt: Im Falle einer kommunitaristischen Argumentation kann Territorialität als Manifestation eines spezifischen kulturellen Partikularismus gelten; im liberal-universalistischen Sinne hingegen erfährt Territorialität als rein rechtlich konstruierbares Identitätsmerkmal Beachtung. Hier wie dort stellt Territorialität letztlich ein mögliches, tendenziell bedeutsames, wenn auch nicht unerlässliches konstitutives Merkmal kollektiver demokratischer Identität dar. Die relevante identitätsbildende Wirkung von Territorialität beruht dabei auf einem wechselseitigen Effekt: Einerseits dienen territoriale Strategien zur aktiven Herstellung eines Gemeinsinns durch demokratische Akteure; anderer-

seits wirken einmal geschaffene territoriale Manifestationen identitätsstiftend auf die Akteure zurück (vgl. AGNEW 2009b, S. 745; STOREY 2001, S. 19; SIMMEL 1908, S. 467; SOJA 1971, S. 33).

Die interdisziplinären Ergebnisse der ersten beiden Kapitel dieser Arbeit sind also deutlich: Sowohl im Hinblick auf die Erfüllung der demokratietheoretischen „Kongruenzbedingung" (ZÜRN 1996, S. 39) als auch im Kontext der „Identitätsbedingung" (ebd.) durfte festgestellt werden, dass territoriale Strategien – neben weiteren Maßnahmen und Faktoren – dazu geeignet sein können, demokratische Herrschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Und mehr noch: Im Fall des für die demokratische Selbstbestimmung maßgeblichen Kongruenzerfordernisses konnte sogar eine Notwendigkeit territorialer Konstrukte hergeleitet werden, die wiederum – in Anwendung logischer Schlussfolgerung – auf eine Notwendigkeit von Territorialität für die Herrschaftsform *im Ganzen* verweist. Mit dieser vorinstitutionellen Feststellung ist gleichwohl keine Aussage über die Notwendigkeit einer *spezifischen Form* institutionalisierter Territorialität getroffen – verwiesen wurde vielmehr auf die Vielfalt und prinzipielle Veränderbarkeit territorialer Konstrukte.

Der vorige Absatz enthält bereits elementare und bemerkenswerte Erkenntnisse zur Bedeutung räumlicher Kategorien für demokratische Gemeinwesen. Sie allein böten Anlass für ein leidenschaftliches Intervenieren in eine Vielzahl politisch-geographischer, politikwissenschaftlicher und praxispolitischer Diskurse. Bevor jedoch eine theoretisch umsichtige Bewertung politisch-räumlicher Entwicklung gelingen kann, bedarf es aus demokratietheoretischer Perspektive einer weiteren analytischen Reflexion. Denn die besondere Schwierigkeit der Konstruktion und Bewertung demokratischer Territorialität, so wurde im dritten Kapitel argumentiert, ergibt sich erst aus dem spannungsgeladenen Verhältnis der vorgestellten Demokratieprämissen zueinander. Bei genauer Betrachtung lässt sich erkennen, dass sich jene beiden Demokratievoraussetzungen, die auf Größe und Grenzen des Demos Einfluss haben und für die in den ersten beiden Kapiteln territoriale Bezüge herausgearbeitet werden konnten, offenkundig schwierig vereinen lassen: Demokratische Selbstbestimmung im Sinne einer Kongruenz von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten (vgl. Kapitel 1) scheint gerade in Zeiten globaler Herausforderungen nach einer territorialen Erweiterung der Integrations- und Herrschaftsreichweite demokratischer Gemeinwesen zu verlangen. Eine solche Erweiterung steht jedoch dem Anspruch der Herausbildung einer kollektiven Identität und dadurch erzeugter bindender Motive (vgl. Kapitel 2) tendenziell entgegen – ein belastbarer Gemeinsinn setzt funktionierenden demokratischen Gemeinwesen engere Grenzen. Dass es sich bei diesem „[…] Demokratiedilemma […]" (ZÜRN 1996, S. 40) auch und insbesondere

um ein territoriales Dilemma handelt, konnte ebenfalls im dritten Kapitel aufgezeigt werden. Territoriale Arrangements, so wurde argumentiert, müssten daraufhin geprüft werden, ob und wie sie in der Lage sind, die räumliche Definition demokratischer Selbstbestimmungskollektive und die prinzipiell kontingente, aber doch historisch pfadabhängige territoriale Funktion bei der Herausbildung demokratischer Identitätsmerkmale zu vereinen. Die politikwissenschaftlich beschriebene Normenkollision wird somit zwingend und nicht erst in ihren institutionellen Ausprägungen zum notwendigen Objekt einer kontinuierlichen politisch-geographischen Analyse.

Dass die Herausforderung einer umsichtigen Prüfung und Ausgestaltung territorialer Arrangements gerade unter Globalisierungsbedingungen an Bedeutung gewinnt und nach größter Aufmerksamkeit verlangt, liegt auf der Hand. Einerseits ist die Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten in einer Welt zunehmender Vernetzung und wachsender Interdependenzen immer schwieriger herzustellen. Die Zunahme externer politischer Faktoren konterkariert oder verhindert die selbstbestimmte Entscheidungsfindung der Konstituenten (vgl. BECK 2002, S. 375 f.; HELD 1995, S. 99; SCHARPF 1993, S. 167; ZÜRN 1996, S. 39). Wenn jedoch ein Demos angestrebte Zustände aufgrund externer Faktoren nicht mehr erreichen kann oder umgekehrt die Entscheidung eines Demos die Entscheidungsfindung Dritter einschränkt, entstehen Situationen der Fremdbestimmung durch „non-decisions“ (ZÜRN 1996, S. 39). Diese Einschätzung führt – ganz im Sinne des demokratietheoretischen Kongruenzerfordernisses – zu regelmäßigen Forderungen nach einer sozialen und räumlichen Erweiterung demokratischer Gemeinwesen durch die Schaffung neuer supranationaler, vielschichtiger oder netzwerkartiger demokratischer Territorien. Ein besonders prominentes Beispiel für dieses Postulat stellt die Konzeption einer kosmopolitischen Demokratie dar (vgl. Kapitel 4.3 sowie BECK 2002; GRANDE 2000; HELD 1995) – und in Teilen lässt sich auch die Idee einer globalen Vernetzung von Städten dieser Logik zuordnen (vgl. Kapitel 4.2 sowie BARBER 2013a). Andererseits ist im Zuge der Globalisierung aber auch eine Zunahme an Separations- und Unabhängigkeitsbestrebungen zu beobachten. Diese Tendenzen können als besonders radikaler Ausdruck davon gedeutet werden, dass verschiedene Gruppen innerhalb nationalstaatlicher oder supranationaler Territorien deren jeweiliges Integrationskonzept „[…] als ‚fremd‘, als nicht im Einklang mit ihrer selbst empfundenen oder neu definierten gesellschaftlichen und politischen Identität begreifen […]“ (GREVEN 1998, S. 30). Gerade Vertreter kosmopolitischer Zukunftsentwürfe haben es verpasst, solche Aspekte kollektiver Identität ausreichend zu berücksichtigen. Sie tendieren dazu, die Bedeutung eines von den Konstituenten intersubjektiv geteilten politischen Gemeinsinns völlig zu vernach-

lässigen – und zwar unabhängig davon, ob dieser Gemeinsinn stärker als rein rechtlich konstruierte Verfassungsidentität (vgl. Kapitel 2.3.2) oder als Identität einer partikularen, extrapolitisch begründeten Moralgemeinschaft angelegt wird (vgl. Kapitel 2.3.1). Notwendige demokratische Identitätsmerkmale wie geteilte Normvorstellungen, horizontales Vertrauen, gegenseitige Solidarität und gemeinsame Sprache(n) sind zwar prinzipiell veränderlich, aber zugleich historisch gewachsen und können selbst aus der Perspektive eines konstruktivistisch denkenden Liberalismus nicht beliebig auf größere soziale wie räumliche Maßstabsebenen erweitert werden (vgl. z.B. FREVEL 2009, S. 127 ff.; GREVEN 1998, S. 24; OFFE 2000b, S. 67; SZTOMPKA 2010, S. 285 ff.; ZÜRN 1996, S. 39).

Dass die demokratietheoretischen Kongruenz- und Identitätserfordernisse zeitgleich und vollständig erfüllt werden, erscheint angesichts des aufgezeigten Spannungsverhältnisses wenn nicht gänzlich unmöglich, so doch nahezu ausgeschlossen. Nichtsdestotrotz bedarf es gerade in Zeiten globaler Veränderungen und territorialen Wandels der stetigen Prüfung, ob politisch-räumliche Arrangements und Entwürfe die wesentlichen demokratietheoretischen Kriterien ausgewogen berücksichtigen und wenigstens dazu geeignet sind, das territoriale Demokratiedilemma zu lindern. Denn weder erscheint eine Welt erstrebenswert, in der die Demokratie ohne Rücksicht auf Kollektividentitäten global implementiert wird, dadurch „[…] an utopischer Kraft und Faszination“ (FREVEL 2009, S. 132) verliert und – jetzt erst recht – weitere soziale Fragmentierung provoziert, weil sich eine kosmopolitische Vision weigert, „[…] die für das ‚Politische’ konstitutive antagonistische Dimension anzuerkennen“ (MOUFFE 2007, S. 8); noch kann eine territoriale Ordnung als attraktiv gelten, die sich im Sinne der Identitätswahrung mit demokratiegeographischer Zersplitterung, zumindest aber mit einem sozialen und territorialen Flickenteppich begnügt, der in Zeiten grenzüberschreitender Herausforderungen demokratische Selbstbestimmung verhindert und „[…] überrollt […]“ (BECK 2002, S. 101) wird von der Macht und Zunahme externer Faktoren.

Und so wurden in dieser Arbeit schließlich auch Teilaspekte zweier Demokratiemodelle identifiziert, die – bei entsprechender Auslegung – in eine vielversprechende Richtung weisen könnten, weil sie das Potenzial besitzen, zur Vereinbarkeit von Kongruenz- und Identitätserfordernissen unter Globalisierungsbedingungen beizutragen. So unterbreitet Benjamin R. BARBER (2013a) den durchaus fruchtbaren Vorschlag, neue „glokale“ Netzwerkstrukturen zu schaffen, um zunehmenden Interdependenzen demokratisch zu entsprechen (vgl. Kapitel 4.2). Auch wenn sein ambitioniertes Vorhaben einer demokratischen Globalisierung im konkreten Entwurf eines Weltparlaments der Bürgermeister letztlich zu einer räumlichen Erweiterung administrativer Kontakte zusammenschrumpft (vgl. BARBER 2013a, S. 22, 341), darf seine

Ausgangsidee als demokratiegeographisch wertvoll gelten: Sie könnte als Grundlage dafür dienen, neue urban verankerte, heterogene demokratische Territorialitäten zu entwerfen, die zentrale Demokratieprämissen erfüllen, indem sie lokalen Gemeinsinn mit neuen grenzüberschreitenden Herrschaftskongruenzen verbinden. Diese demokratischen Netzwerkstrukturen müssten allerdings – im Gegensatz zur Überzeugung von BARBER (2013a, S. 22) – formellen Charakter annehmen, um als Herrschaftssysteme oder als Teile solcher verbindlich Anerkennung zu finden. Außerdem wäre es der politischen Umsetzbarkeit dienlich, wenn ein solches Konzept nicht – wie bei BARBER (2013a) – von vornherein weltumspannenden Geltungsanspruch erheben würde, sondern regional erprobt und in seiner Praktikabilität entwickelt werden könnte. So gäbe es womöglich realistische Chancen, als einen ersten und beispielhaften Schritt urbane Demoi innerhalb der Europäischen Union für singuläre Referenden zusammenzuschließen. Dieser Vorschlag würde der von David HELD (1995, S. 108) – leider nur beiläufig – vorgetragenen Idee grenzüberschreitender Volksabstimmungen ähneln, deren Wählerschaft sich am räumlichen Ausmaß des politischen Problems orientieren soll. Hierbei, so wurde in Kapitel 4.3 argumentiert, käme eine sachverhaltsabhängige territoriale Definition von Demoi zum Tragen, die einerseits Betroffenheits- und Mitbestimmungskollektive nahezu deckungsgleich gestalten und andererseits demokratische Kollektividentitäten einzelfallspezifisch berücksichtigen könnte. HELD (1995) selbst versteht seinen Vorschlag als Teil eines weltumspannenden Modells, ja, sogar einer kosmopolitischen Agenda – zielführender wäre aber auch hier ein weniger teleologischer Ansatz: Erschiene es nicht demokratiegeographisch naheliegend und schlicht pragmatisch, all jene über (welt-)regionale Maßnahmen beispielsweise zur ökologischen oder verkehrspolitischen Entwicklung mitentscheiden zu lassen, die durch räumliche Nähe direkt betroffen und zugleich in ihren natur- oder kulturräumlichen Bezügen verbunden sind?

Selbstverständlich weisen solche demokratiegeographischen Gedankenspiele eine große Zahl an konzeptionellen Nebelfeldern und kritischen Schwächen auf. Es ließe sich danach fragen, welche Instanz über die Definition neuer Abstimmungskollektive entscheiden dürfte, wer überhaupt die Tragweite grenzüberschreitender Sachverhalte festlegen könnte, wie solche neuen territorialen Gebilde rechtlich zu verankern wären, ob sie in einem Mehrebenensystem parallel zum nationalstaatlichen System bestehen könnten oder eher nicht. Und es ist darüber hinaus nicht einmal gesagt, dass die vorgeschlagenen Arrangements bei entsprechender Umsetzung zentrale Demokratieprämissen tatsächlich besser erfüllen würden als das etablierte System territorialer Nationalstaaten. Ihre Entwicklung und Diskussion erscheint angesichts globaler Veränderungen dennoch sehr sinnvoll und sogar dringend geboten, um eine Debatte

über die Zukunftsfähigkeit der Demokratie zu führen und diese auch aktiv zu gestalten. Eine generalisierbare institutionelle Strategie zur Begegnung des Problems extraterritorialer Faktoren und zunehmender Interdependenzen kann nicht seriös formuliert werden, sehr wohl aber politisch-räumliche Lösungsansätze, die einzelfallspezifisch Anwendung finden und dabei das territoriale Demokratiedilemma berücksichtigen.

In diese Debatte kann und sollte sich auch die Politische Geographie stärker als bisher einbringen. Das war und ist ein zentrales Anliegen dieser Arbeit. Eine Teildisziplin, die den Anspruch erhebt, die Raumbezüge des Politischen zu erforschen, ist offenkundig prädestiniert dafür, die Raumbezüge einer der gegenwärtig bedeutendsten, meist postulierten und zugleich fragilsten Herrschaftsformen theoretisch und systematisch zu erfassen. Diese Beschäftigung sollte sich nicht nur auf eine – von ihrem eigenen Initiator als empiristisch kritisierte – Wahlgeographie beschränken (vgl. TAYLOR; FLINT 2000, S. 236). Gerade politisch-geographische Diskurse über territorialen Wandel sind dazu geeignet und dazu aufgefordert, die Auswirkungen auf demokratische Legitimationsstrukturen und -prozesse mitzudenken. Eine Herrschaftsform, die historisch und konzeptionell nicht nur besonders kontinuierlich, sondern sogar notwendigerweise mit territorialen Strategien verknüpft ist (vgl. Kapitel 1.4), kommt durch Reterritorialisierungstendenzen in Bedrängnis, die auf die Verlagerung exekutiver Kompetenzen reduziert werden. Die Politische Geographie kann auf ein durchdachtes und differenziertes Verständnis von menschlicher Territorialität zurückgreifen, um die Risiken territorialen Wandels für demokratische Herrschaft zu analysieren und gleichzeitig Potenziale politisch-territorialer Veränderung für Legitimationsstrukturen zu eruieren.

Die vorliegende Arbeit hat sich darum bemüht, hierfür die Grundlagen zu schaffen: Sie hat das Verhältnis von Demokratie und Territorialität aus theoretisch-normativer Sicht systematisch und interdisziplinär untersucht; sie hat wesentliche Kriterien freigelegt, die der Bewertung und Entwicklung demokratiegeographischer Konstrukte dienen; und sie hat ermittelt, welch hohe, ja, sogar notwendige Bedeutung territorialen Strategien – im Sinne ihres vorinstitutionellen Rationalitätskerns – für die Verwirklichung demokratischer Herrschaft zukommt. Alle hier gewonnenen Erkenntnisse dürfen für sich genommen als bedeutsam gelten, doch ihre volle Relevanz und ihren vollen Nutzen werden sie erst dann entfalten, wenn sie in zukünftige Diskurse über die räumliche Entwicklung demokratischer Gemeinwesen eingehen und diese fruchtbar erweitern. Darin besteht das Potenzial, darin besteht die vielversprechende Perspektive.

Kurzfassung der Ergebnisse

Welche Bedeutung nimmt Territorialität für demokratische Gemeinwesen ein? Sind abgegrenzte, kontrollierte Räume eine wichtige oder sogar notwendige Voraussetzung für das Funktionieren von Demokratie? Oder sind demokratische Herrschaftssysteme auch ohne territoriale Bezüge denkbar? Mit diesen grundlegenden Fragen beschäftigt sich die vorliegende Arbeit. Sie sind bislang weder in der Politischen Geographie noch in der Politikwissenschaft mit dem Anspruch einer interdisziplinären Synthese demokratie- und territorialitätstheoretischer Erkenntnisse systematisch untersucht worden. Das verwundert nicht nur angesichts der allgemein hohen Bedeutung, die demokratischer Herrschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts zugeschrieben wird, es erstaunt auch ob der aktuellen Relevanz der skizzierten Problemstellung. Gerade in einer Zeit, in der sich die Diagnosen einer globalisierungsbedingten Veränderung von Territorialitäten häufen, müssen die Auswirkungen auf demokratische Gemeinwesen geprüft werden. Kann Demokratie in neuen territorialen Konstellationen gelingen, die grenzüberschreitenden Interdependenzen gerecht zu werden versuchen? Und wie sind umgekehrt Entwicklungen einer zunehmenden räumlichen Fragmentierung im Sinne von Separationsbestrebungen zu beurteilen? Nur mit einem differenzierten Verständnis demokratischer Territorialbezüge lässt sich bewerten, ob räumliche Veränderungen ein neues Potenzial der Demokratiegefährdung darstellen oder ob sie der Umsetzung demokratischer Prinzipien vielleicht sogar zuträglich sind.

Angesichts der Vielfalt konzeptioneller Auslegungen und empirisch erfassbarer Erscheinungsformen demokratischer Politik bedarf es einer wohlbedachten und theoretisch abstrahierenden Herangehensweise, um das grundsätzliche Verhältnis von Demokratie und Territorialität beleuchten zu können. In dieser Arbeit werden zunächst zwei grundlegende Voraussetzungen demokratischer Gemeinwesen ideengeschichtlich identifiziert, die Demokratieverständnissen seit der Antike innewohnen, diese entscheidend prägen und zugleich einen starken Raumbezug nahelegen. Es handelt sich zum einen um das Erfordernis einer Deckungsgleichheit von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten (Kongruenzbedingung), zum anderen um die Notwendigkeit eines demokratischen Gemeinsinns, der sich durch die Akzeptanz der Herrschaftsform an sich, durch horizontales Vertrauen, ein Mindestmaß an Solidarität und durch sprachliche Partizipationsmöglichkeiten auszeichnet (Identitätsbedingung). In einem zweiten Schritt wird sodann geprüft, ob politische Territorialbezüge für die Erfüllung dieser zentralen Demokratieprämissen bedeutend oder sogar notwendig sind. Ein solches Vorgehen ermöglicht es zugleich, eine vorinstitutionelle

Aussage über die allgemeine Notwendigkeit von Territorialität für demokratische Herrschaft zu treffen.

Im Hinblick auf das Kongruenzerfordernis wird zunächst aufgezeigt, dass territoriale Strategien genutzt werden können, um die Herstellung einer Deckungsgleichheit von Herrschenden und Beherrschten zu begünstigen – ein Effekt, der von der antiken Polis über den modernen Nationalstaat bis hin zu neuen supranationalen Gebilden in unterschiedlich starker Ausprägung genutzt worden ist. Territorialität, verstanden als menschliche Strategie, Einfluss, Kontrolle und Macht durch kommunizierte Gebietsabgrenzungen auszuüben, bietet den Vorteil, einerseits Herrschaftssubjekte und andererseits Herrschaftsobjekte so zu definieren, dass sowohl eine personelle Kongruenz der beiden Gruppen entsteht als auch eine sehr praktikable Bestimmung der dinglichen Herrschaftsreichweite, die wiederum zur Wahrung der personellen Kongruenz beiträgt. Hochbedeutend ist hierbei der Aspekt, dass der Demos allein durch territoriale Strategien in die Lage versetzt wird, auch alle räumlichen Rahmenbedingungen seines politischen Handelns exklusiv zu beeinflussen. Denn die einzige Alternative zur territorialen Definition der Herrschaftsobjekte, eine Klassifikation „nach Typ“, erweist sich als hierfür ungeeignet, weil sie konkurrierende Rechtsgültigkeiten zulässt und Herrschaftsobjekte, die aufgrund ihrer Ubiquität oder Unvorhersehbarkeit gar nicht spezifizierbar sind, gänzlich vernachlässigen muss. Doch nur wenn ein Gemeinwesen die für sich selbst getroffenen Entscheidungen auch umsetzten kann, ist der prozedurale Anspruch von Demokratie realisierbar. So wird konstatiert, dass Territorialität für die Erfüllung der Kongruenzbedingung – und somit für die Herrschaftsform als Ganzes – sogar eine *notwendige* Bedeutung einnimmt. Gleichwohl ist mit dieser Feststellung keine Aussage über die Notwendigkeit einer spezifischen Form institutionalisierter Territorialität getroffen.

Im Hinblick auf die zweite in dieser Arbeit untersuchte Demokratieprämisse lässt sich ein wesentlicher, wenn auch nicht unentbehrlicher Bedeutungszusammenhang mit territorialen Strategien herleiten. Bereits empirisch ist sowohl für die antike Polis als auch für das nationalstaatliche System der vergangenen Jahrhunderte eine historisch manifestierte und demokratietheoretisch erfasste Bindung zwischen Demos und Identitätsgemeinschaften belegbar. Dieser Bindung wiederum können elementare territoriale Bezüge zugeschrieben werden. Um ein vorinstitutionelles Verständnis von der Bedeutung territorialer Strategien für demokratische Identität zu gewinnen, werden zwei normative Standpunkte dazu untersucht, wie sich demokratische Identität begründen sollte. Während der Kommunitarismus die Identität des Demos als Gemeinsinn einer partikularen, extrapolitisch begründeten Moralgemeinschaft konzipiert, versteht der Liberalismus im Gegensatz dazu demokratischen

Gemeinsinn als rein rechtlich konstruierte Verfassungsidentität. Erstaunlicherweise wird festgestellt, dass sich Territorialität aus beiden, sehr gegensätzlichen normativen Perspektiven heraus als identitätsstiftender Faktor demokratischer Gemeinwesen konzipieren lässt. Im Falle einer kommunitaristischen Argumentation kann Territorialität als Manifestation eines spezifischen kulturellen Partikularismus gelten; im liberal-universalistischen Sinne hingegen erfährt Territorialität als rein rechtlich konstruierbares Identitätsmerkmal Beachtung. Hier wie dort stellt Territorialität letztlich ein mögliches, tendenziell bedeutsames, wenn auch nicht unerlässliches konstitutives Merkmal kollektiver demokratischer Identität dar. Die relevante identitätsbildende Wirkung von Territorialität beruht dabei auf einem wechselseitigen Effekt: Einerseits dienen territoriale Strategien zur aktiven Herstellung eines Gemeinsinns durch demokratische Akteure; andererseits wirken einmal geschaffene territoriale Manifestationen identitätsstiftend auf die Akteure zurück.

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird dargelegt, dass sich die besondere Schwierigkeit der Konstruktion und Bewertung demokratischer Territorialität aus dem spannungsgeladenen Verhältnis der vorgestellten Demokratieprämissen *zueinander* ergibt. Ausgerechnet jene beiden Voraussetzungen, die auf Größe und Grenzen des Demos Einfluss haben und denen sich territoriale Bezüge zuschreiben lassen, sind schwierig vereinbar und bedingen ein territoriales Demokratiedilemma. Während kollektive Selbstbestimmung im Sinne der Kongruenzbedingung gerade in Zeiten globaler Herausforderungen nach einer territorialen Erweiterung der Integrations- und Herrschaftsreichweite demokratischer Gemeinwesen verlangt, steht eine solche Erweiterung dem Anspruch der Herausbildung demokratischer Identitätsbezüge und dadurch erzeugter bindender Motive tendenziell entgegen – ein belastbarer Gemeinsinn setzt funktionierenden demokratischen Gemeinwesen engere Grenzen. Territoriale Arrangements, so wird argumentiert, müssen daraufhin geprüft werden, ob und wie sie in der Lage sind, die räumliche Definition demokratischer Selbstbestimmungskollektive und die prinzipiell kontingente, aber doch historisch pfadabhängige territoriale Funktion bei der Herausbildung demokratischer Identitätsmerkmale zu berücksichtigen und in Einklang zu bringen. Die politikwissenschaftlich beschriebene Normenkollision wird somit zum notwendigen Objekt einer kontinuierlichen politisch-geographischen Analyse.

Welche Bedeutung einer solchen demokratietheoretisch informierten Perspektive auf territorialen Wandel zukommen könnte, wird im letzten Kapitel der Arbeit anhand ausgewählter Fachdebatten aufgezeigt. Am Beispiel jüngerer politisch-geographischer Diskurse zu den Phänomenen der Versicherheitlichung und „riskification“ lässt sich eruieren, wie die fortschreitende Entkopplung von transterritorial agierenden Exekutiven auf der einen

und territorial definierten Souveränen auf der anderen Seite das territoriale Demokratiedilemma verschärft. Die Zunahme externer politischer Faktoren konterkariert oder verhindert die selbstbestimmte Entscheidungsfindung der Konstituenten. Als Lösung für solche Inkongruenzprobleme sind kosmopolitische Demokratiemodelle postuliert worden – diese müssen jedoch am fehlenden demokratischen Gemeinsinn im globalen Maßstab scheitern. Wie bedeutend die differenzierte Berücksichtigung politischer Identitätsbezüge ist, verdeutlichen nicht zuletzt zunehmende Separationsbestrebungen. Es wird deshalb argumentiert, dass gerade solche Entwürfe demokratisch-räumlicher Entwicklung das aufgezeigte Dilemma am stärksten lindern könnten, die sowohl grenzüberschreitenden Interdependenzen als auch regionalen Identitätskonstrukten durch neue Netzwerkstrukturen oder flexible Territorialitäten gerecht zu werden versuchen.

Summary

How important is territoriality for democratic polities and politics? Are delimited and controlled geographic areas a meaningful or even necessary precondition for the functioning of democracy? Or is there the option of democratic systems of rule existing without any territorial references? These are the very fundamental questions which are investigated in this thesis. Up to now they have not been answered in a systematic, detailed and inter-disciplinary way, neither in the field of political geography nor in political science. This is to some extent surprising, considering the general importance of democratic rule at the beginning of the 21st century as well as the current relevance of the outlined problem. Especially at a time when globalization is reportedly changing territorialities, the effects of these changes on democratic polities and politics have to be examined. Can democracy be put into practice in new territorial constellations which try to do justice to border-crossing interdependencies? And, vice versa, how shall developments be evaluated which point towards an increasing spatial fragmentation through new claims for separation? There is clearly a need for a sophisticated understanding of democratic territoriality without which it seems to be impossible to assess the risks and positive effects of changing spatial patterns.

Due to the broad variety of conceptual interpretations and empirically recordable manifestations of the democratic idea, a theoretically abstracting approach is required in order to evaluate the fundamental relationship between democracy and territoriality. This thesis uses two basic and necessary preconditions of democratic rule as a starting point for further analysis. These preconditions are included in understandings of democracy since the ancient world and they suggest a significant territorial reference: Firstly, democracy requires a congruent definition of those who are subjects and those who are objects of rule. This precondition is called the principle of congruence, forming the basis of political self-determination. Secondly, democracy is dependent upon the existence of a public spirit which has to include a general acceptance of the form of rule, a minimum of horizontal trust and solidarity among the constituents as well as effective means of participation through common languages and communication. This second precondition leads to the necessity of a collective democratic identity. After deriving and describing these requirements it is investigated whether territorial references are meaningful or even necessary to fulfil these basic preconditions. This approach, at the same time, offers the possibility to draw a very general conclusion about the overall necessity of territoriality for democratic systems of rule.

Looking at the principle of congruence, it is shown that territorial strategies can be used to make the group of those who rule identical with the group of those who are under the rule. This is an effect which has been used in a variety of forms from the ancient polis to the modern nation-state and new supra-national entities. Territoriality, understood as a human strategy to affect, influence, or control people, phenomena, and relationships by delimiting and asserting control over a geographic area, has in this context the advantage that it can be used for two purposes at the same time: Firstly, territoriality can define subjects of rule and objects of rule in a way that there is a congruence between both human groups; secondly and simultaneously, it also helps determine the reaching area of democratic rule in the physical world – that again is an effect which fosters the human congruence. Here it is essential to mention that only territorial strategies enable the demos to exert exclusive influence on the determining factors of its direct environment. This is because the only existing alternative to a territorial definition of the objects of rule, a classification by type, can be considered as not suitable for this purpose. A classification by type tolerates competing legal validities and is not able to capture all those objects of rule which cannot be enumerated because of their ubiquity or unpredictability. However, only if a political community is able to implement the decisions it has taken for itself, the procedural claim of the democratic idea can be realized. Thus it is discovered in this thesis that territoriality is not only important but even necessary for the fulfilment of the principle of congruence – and thereby it becomes also a necessity for democracy in general. Indeed this conclusion does not entail the need for a certain institutional form of territoriality.

For the second precondition of democracy a meaningful connection with territorial strategies can be detected as well, although this link is not indispensable. An important correlation between democratic communities and groups of identity is recognizable already by empirically looking at the ancient polis or at nation-state systems of recent centuries; these connections again can be described as having strong territorial references. In order to gain an abstract theoretical understanding of the meaning of territorial strategies for democratic identity formation, two normative positions regarding the philosophical substantiation of democratic identity are examined: While communitarianism conceptualizes the identity of the demos as the public spirit of a particular, extra-politically founded moral community, liberalism in contrast understands democratic public spirit as a strictly legally constructed constitutional identity. Surprisingly, it is found out that territoriality can be named an identity-generating factor for democratic communities from both perspectives. In the case of communitarianism territoriality works as a manifestation of a specific cultural particularism,

whereas in liberal-universalistic terms territoriality is seen as a mere legally constructible attribute of a collective identity. Eventually, in both cases territoriality represents a meaningful but not indispensable constitutive attribute of collective democratic identity. The relevant identity-generating effect of territoriality lasts on a reciprocal situation: On the one hand territorial strategies can be actively used by groups to build and back up a public spirit; on the other hand territorial manifestations, once produced, have identity-generating effects on those who produced them.

After this examination it is argued that the particular difficulty of constructing and evaluating democratic territoriality derives from the challenging mutual relationship between the two above mentioned preconditions of democracy. Precisely these preconditions, which determine the size and the limits of the demos and which can be brought in relation with territorial strategies, are hardly compatible and lead to a democratic dilemma. While collective self-determination, as defined by the principle of congruence, calls for a broader territorial reaching area of democratic integration and rule in the light of global challenges, the necessary development of a democratic identity and the need for binding motives among the constituents go against such a broadening – a strong public spirit sets rather narrow boundaries on democratic communities. It is argued that it has to be checked continuously whether territorial arrangements are capable of aligning the spatial definition of self-determining collectives with the in principle contingent yet historically affected territorial function of generating identity. The collision of democratic norms observed by political science thereby becomes a necessary subject of research in political geography.

In the last chapter of the thesis selected socio-scientific debates are picked up in order to point out the analytical value of using democratic theory in examining territorial changes. Using the example of securitization and riskification debates in political geography, it can be shown how the advancing de-coupling of trans-territorially active executive authorities and territorially limited sovereigns is intensifying the democratic dilemma. The increase in external political factors thwarts the self-determined decision-making process of the constituents. As a solution for such problems of incongruence cosmopolitan models of democracy have been developed – but these models are doomed to fail due to a missing democratic public spirit on a global scale. Recently increasing claims for secession bear in mind how important the consideration of political identities is. Therefore it is argued that precisely those concepts of democratic-spatial development are most likely to alleviate the democratic dilemma which try to do justice to both border-crossing interdependencies and regional constructs of identity by applying new network structures or flexible territorialities.

Literaturverzeichnis

ADAMS, Paul C. (2009): Geographies of media and communication. A critical introduction. Chichester. (Critical introductions to geography).

AGNEW, John A. (1994): The territorial trap. The geographical assumptions of international relations theory. In: Review of International Political Economy. Band 1. S. 53-80.

AGNEW, John A. (2000a): Territoriality. In: Johnston, Ronald J.; Gregory, Derek; Pratt, Geraldine; Watts, Michael J. (Hrsg.): The Dictionary of Human Geography. Oxford. S. 823-824.

AGNEW, John A. (2000b): Territory. In: Johnston, Ronald J.; Gregory, Derek; Pratt, Geraldine; Watts, Michael J. (Hrsg.): The Dictionary of Human Geography. Oxford. S. 824.

AGNEW, John A. (2003): Territoriality and political identity in Europe. In: Berezin, Mabel; Schain, Martin (Hrsg.): Europe without borders. Remapping territory, citizenship, and identity in a transnational age. Balitmore.

AGNEW, John A. (2009a): Territoriality. In: Gregory, Derek; Johnston, Ronald J.; Pratt, Geraldine; Watts, Michael J.; Whatmore, Sarah (Hrsg.): The Dictionary of Human Geography. Chichester. S. 744-745.

AGNEW, John A. (2009b): Territory. In: Gregory, Derek; Johnston, Ronald J.; Pratt, Geraldine; Watts, Michael J.; Whatmore, Sarah (Hrsg.): The Dictionary of Human Geography. Chichester. S. 746-747.

AGNEW, John A. (2009c): Territorialization. In: Gregory, Derek; Johnston, Ronald J.; Pratt, Geraldine; Watts, Michael J.; Whatmore, Sarah (Hrsg.): The Dictionary of Human Geography. Chichester. S. 745-746.

ALTVATER, Elmar; MAHNKOPF, Birgit (1997): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.

ANDERSON, Benedict (1983): Imagined Communities. Reflections on the origin and spread of nationalism. London.

ANDERSON, James; O'DOWD, Liam (1999): Borders, border regions and territoriality. Contradictory meanings, changing significance. In: Regional Studies. Band 33. S. 593-604.

ARENDT, Hannah (1979): The Origins of Totalitarianism. New York.

ARENDT, Hannah (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. München.

ARISTOTELES (1989): Politik. Schriften zur Staatstheorie. Ditzingen.

ARISTOTELES (1990): Staat der Athener. Darmstadt.

BARBER, Benjamin R. (1984): Strong democracy. Participatory politics for a new age. Berkeley.

BARBER, Benjamin R. (2013a): If mayors ruled the world. Dysfunctional nations, rising cities. New Haven.

BARBER, Benjamin R. (2013b): Städte sind die Lösung. Interview. In: Der Spiegel. Ausgabe 40. S. 86.

BARBER, Benjamin R. (2013c) The mayors shall inherit the earth. In: Politico. http://www.politico.com/magazine/story/2013/11/the-mayors-shall-inherit-the-earth-100127.html#.VViZ40bthG0; Stand: 17. Mai 2015.

BECK, Ulrich (2001): Der kosmopolitische Staat. Staatenbildung neu denken – eine realistische Utopie. In: Der Spiegel. Ausgabe 42.

BECK, Ulrich (2002): Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie. Frankfurt a.M.

BENHABIB, Seyla (1998): Democracy and identity. Dilemmas of citizenship in contemporary Europe. In: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen. S. 225-247.

BLATTER, Joachim (2008): Dual citizenship and democracy. In: http://www.unilu.ch/files/Dual-Citizenship-and-Democracy-wp01.pdf; Stand: 20.06.2017. (Working paper series „Glocal governance and democracy". Nr. 1).

BLOTEVOGEL, Hans H.; HEINRITZ, Günter; POPP, Herbert (1986): Regionalbewußtsein. Bemerkungen zum Leitbegriff einer Tagung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde. Band 60. S. 103-114.

BLOTEVOGEL, Hans H.; HEINRITZ, Günter; POPP, Herbert (1989): „Regionalbewußtsein". Zum Stand der Diskussion um einen Stein des Anstoßes. In: Geographische Zeitschrift. Band 77. S. 65-88.

BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang (1995): Die Nation. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 30. September 1995.

BORTZ, Jürgen; DÖRING, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin.

BRUBAKER, Rogers (1992): Citizenship and nationhood in France and Germany. Cambridge.

BRZOSKA, Michael (2009): The securitization of climate change and the power of conceptions of security. In: Sicherheit und Frieden. Band 27. S. 137-208.

BÜRKLIN, Wilhelm P. (1980): Was leistet die Wahlgeographie? In: Geographische Rundschau. Band 32. S. 396-403.

BUZAN, Barry; WÆVER, Ole; DE WILDE, Jaap (1998): Security. A new framework for analysis. London.

CASTELLS, Manuel (2001): Das Informationszeitalter. Band 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen.

CHAKRABARTI, Vishaan (2013): A country of cities. A manifesto for an urban America. New York.

CLARK, Audrey N. (2003): The Penguin Dictionary of Geography. London.

CONNIFF, Richard (2013) Dysfunctional nations, rising cities. In: Conservation. http://conservationmagazine.org/2013/09/if-mayors-ruled-the-world/; Stand: 15. Januar 2018.

CORRY, Olaf (2012): Securitisation and 'Riskification'. Second-order Security and the Politics of Climate Change. In: Millennium. Journal of International Studies. Band 40. S. 235-258.

CRICK, Bernard (2002): Democracy. A very short introduction. Oxford.

CRONIN, Ciaran (2003): Democracy and collective identity. In defence of constitutional patriotism. In: European Journal of Philosophy. Band 11. S. 1-28.

DAHL, Robert A. (1989): Democracy and its critics. New Haven.

DAKE, Björn (2017): Mehr Überwachung an Grenzübergängen. Dänemark verschärft Kontrollen. In: www.tagesschau.de/ausland/grenzkontrollen-daenemark-103.html; Stand: 02. Januar 2018.

DENEEN, Patrick J. (2002): Barber, Benjamin R. In: Utter, Glenn H.; Lockhart, Charles (Hrsg.): American political scientists. A dictionary. Westport. S. 17-20.

DEPARTMENT OF JUSTICE (2017): The USA PATRIOT Act. Preserving life and liberty. In: https://www.justice.gov/archive/II/highlitghts.htm; Stand: 29. Dezember 2017.

DEUTSCHE PRESSE-AGENTUR (2017): Dänemark verschärft Kontrollen. In: www.zdf.de/nachrichten/heute/an-grenze-zu-deutschland-daenemark-verschaerft-kontrollen-100.html; Stand: 02. Januar 2018.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2010): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Berlin.

DITCHEV, Ivaylo (2016): Flüchtige Staatsbürgerschaft. Utopie der Freiheit oder Realität der Unterwerfung? In: Eurotopics. http://archiv.eurotopics.net/de/home/presseschau/archiv/magazin/politik-verteilerseite/festung_europa_2007_08/eurozine_ditchev/5; Stand: 25. März 2016.

DRÖGE, Kai; NECKEL, Sighard (2002): Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft. In: HONNETH, AXEL (Hrsg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt a.M. S. 93-116.

DRUWE, Ulrich (1995): Politische Theorie. 2. Auflage. Neuried.

ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2016a): Democracy index 2016. In: https://eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2016; Stand: 15. Januar 2018.

ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2016b): The Economist Intelligence Unit's democracy index. In: https://infographics.economist.com/2017/DemocracyIndex/; Stand: 15. Januar 2018.

EVERT, Klaus-Jürgen (Hrsg.) (2001): Lexikon Landschafts- und Stadtplanung. Heidelberg.

FAIST, Thomas (2001): Doppelte Staatsbürgerschaft als überlappende Mitgliedschaft. In: Politische Vierteljahresschrift. Bd. 42. S. 247-264.

FORNDRAN, Erhard (2002): Demokratie und demokratischer Staat in der Krise? Eine Frage an Theorie und Praxis zu ihren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsgrenzen. Baden-Baden.

FRANK, Andrea I. (2005): Sense of place. In: Caves, Roger W. (Hrsg.): Encyclopedia of the city. Abingdon. S. 402-403.

FREITAG, Klaus (2007): Überlegungen zur Konstruktion von Grenzen im antiken Griechenland. In: Albertz, Rainer; Blöbaum, Anke; Funke, Peter (Hrsg.): Räume und Grenzen. Topologische Konzepte in den antiken Kulturen des östlichen Mittelmeerraums. München. S. 49-70.

FREVEL, Bernhard (2009): Demokratie. Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung. 2. Auflage. Wiesbaden.

FUCHS, Dieter (2007): Demokratie. In: Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart. S. 38-43.

FUKUYAMA, Francis (1992): The end of history and the last man. London.

FUNKE, Peter (2009): Was ist der Griechen Vaterland? Einige Überlegungen zum Verhältnis von Raum und politischer Identität im antiken Griechenland. In: Geographia Antiqua. Band 18. S. 123-131.

GEBHARDT, Hans; REUBER, Paul; WOLKERSDORFER, Günter (2003): Kulturgeographie – Leitlinien und Perspektiven. In: Gebhardt, Hans; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Berlin.

GERHARDS, Jürgen; SCHÄFER, Mike S. (2014): International terrorism, domestic coverage? How terrorist attacks are presented in the news of CNN, Al Jazeera, the BBC, and ARD. In: International Communication Gazette. Band 76. S. 3-26.

GLASZE, Georg (2013): Politische Räume. Die diskursive Konstitution eines „geokulturellen Raums" – die Frankophonie. Bielefeld.

GLOBAL PARLIAMENT OF MAYORS (2018a): About us. In: https://globalparliamentofmayors.org/about-us/; Stand: 05. Januar 2017.

GLOBAL PARLIAMENT OF MAYORS (2018b): Global Parliament of Mayors established during conference in The Hague, The Netherlands. In: https://globalparliamentofmayors.org/inaugural-meeting-of-gpm-the-hague-the-netherlands/; Stand: 05. Januar 2017.

GLOBAL PARLIAMENT OF MAYORS (2018c): In memory of Dr. Benjamin Barber, founder of the Global Parliament of Mayors. In: https://globalparliamentofmayors.org/memory-dr-benjamin-barber-founder-global-parliament-mayors/; Stand: 05. Januar 2017.

GRANDE, Edgar (2000): Anmerkungen zur reflexiven Modernisierung der Staatlichkeit. Unveröffentlichtes Manuskript. München.

GREINER, Bernd (2011): 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen. München.

GREVEN, Michael Th. (1998): Einführungsvortrag: Demokratie – Eine Kultur des Westens? In: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen. S. 19-35.

GREVEN, Michael Th. (2000): Output-Legitimation „Der Zweck heiligt die Mittel“ – in der Demokratie nicht. In: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft. Opladen. S. 191-202. (Studien zur politischen Gesellschaft).

GREVEN, Michael Th. (2010): Polities need borders - especially democratic ones. In: Eliaeson, Sven; Georgieva, Nadezhda (Hrsg.): New Europe. Growth to limits? Oxford. S. 177-195.

HABERMAS, Jürgen (1996a): Der europäische Nationalstaat – zur Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft. In: Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a.M. S. 128-153.

HABERMAS, Jürgen (1996b): Inklusion – Einbeziehen oder Einschließen? Zum Verhältnis von Nation, Rechtsstaat und Demokratie. In: Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a.M. S. 154-184.

HABERMAS, Jürgen (1996c): Versöhnung durch öffentlichen Vernunftgebrauch. In: Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a.M. S. 65-94.

HAGMANN, Jonas (2010): Räume der Unsicherheit: Konstruktion, Emanzipation und Exklusion durch Sicherheitspolitik. In: Geographice Helvetica. Band 65. S. 167-171.

HAMPL, Franz (1939): Poleis ohne Territorium. In: Klio. Band 32. S. 1-60.

HARD, Gerhard (1987): „Bewusstseinsräume“. Interpretationen zu geographischen Versuchen, regionales Bewusstsein zu erforschen. In: Geographische Zeitschrift. Band 75. S. 127-148.

HELD, David (1995): Democracy and the new international order. In: Archibugi, Daniele; Held, David (Hrsg.): Cosmopolitan democracy. An agenda for a new world order. Cambridge. S. 96-120.

HIRST, Paul (2005): Space and power. Politics, war and architecture. Cambridge.

HONNETH, Axel (1991): Universalismus und kulturelle Differenz. Zu Michael Walzers Modell der Gesellschaftskritik. In: Merkur. Band 45. S. 1049-1055.

JACOBS, Jane (1961): The Death and Life of Great American Cities. New York.

JELLINEK, Georg (1914): Allgemeine Staatslehre. Berlin.

JESSOP, Bob (2008): State power. A strategic-relational approach. Cambridge.

JOHNSTON, Ronald J.; SHELLEY, Fred M.; TAYLOR, Peter J. (1990): Developments in electoral geography. London.

JONAS, Andrew (1994): The scale politics of spatiality. In: Environment and Planning D: Society and Space. Band 12. S. 257-264.

JÜRß, Fritz; EHLERS, Dietrich (1989): Aristoteles. 3. Auflage. Leipzig. (Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner. Band 60.)

KANT, Immanuel (1983): Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Werke in zehn Bänden/ Immanuel Kant. Band 9: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik Teil 1. Darmstadt. S. 33-50.

KANT, Immanuel (2004): Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1. Frankfurt a.M.

KARSCHNIK, Ruben (2017): Grenzsicherung (symbolisch). In: www.zeit.de/politik/2017-01/deutsch-daenische-genze-daenemark-grenzkontrollen-folgen-fluechtlinge; Stand: 02. Januar 2018.

KATZ, Bruce; BRADLEY, Jennifer (2013): The metropolitan revolution. How cities and metros are fixing our broken politics and fragile economy. Washington D.C.

KHANNA, Parag (2012): Could mayors rule the world? In: LSE IDEAS. http://blogs.lse.ac.uk/ideas/2012/01/could-mayors-rule-the-world/; Stand: 09. Januar 2018.

KIELMANNSEGG, Peter Graf von (1996): Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen. S. 47-72

KIESELBACH, Janne A. (2010): Demokratie und Territorialität. Zur theoretisch-normativen Bedeutung räumlicher Kategorien für demokratische Herrschaftssysteme. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Geographie der Universität Hamburg.

KIESELBACH, Janne A. (2017): Benjamin R. Barber. If mayors ruled the world. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden. S. 15-29.

KLEE, Lukas (2015): International construction contract law. Chichester.

KNOX, Paul L.; MARSTON, Sallie A. (2010): Human geography. Places and regions in global context. Upper Saddle River.

KORF, Benedikt; OßENBRÜGGE, Jürgen (2010): Geographie der (Un-)Sicherheit – Einführung zum Themenheft. In: Geographice Helvetica. Band 65. S. 167-171.

LÜBBE, Hermann (1994): Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben. Berlin.

LUHMANN, Niklas (1987): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt.

MACINTYRE, Alasdair (1987): Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart. Frankfurt a.M. (Theorie und Gesellschaft.)

MAHNKOPF, Birgit (1998): Probleme der Demokratie unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung und ökologischer Restriktion. In: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen. S. 55-79.

MALOWITZ, Klaudia (2007): Freiheit in Gemeinschaft. Selbstverwirklichung und Selbstregierung in der politischen Philosophie des Kommunitarismus. Münster.

MANTHE, Ulrich (Hrsg.) (2015): Gaius Institutiones. Die Institutionen des Gaius. Darmstadt.

MARSHALL, Thomas H. (1964): Class, citizenship and social development. Garden City.

MAUS, Ingeborg (1994): „Volk“ und „Nation“ im Denken der Aufklärung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Band 5. S. 602-612.

MESSNER, Dirk (1995): Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung. Köln. (Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Band 108).

MONTESQUIEU, Charles-Louis de Secondat, Baron de La Brède et de (1965): Vom Geist der Gesetze. Stuttgart.

MOUFFE, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. London.

MÜLLER, Harald (2009): Staatlichkeit ohne Staat – ein Irrtum aus der europäischen Provinz? Limitierende Bedingungen von Global Governance in einer fragmentierten Welt. In: Deitelhoff, Nicole; Steffek, Jens (Hrsg.): Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter. Frankfurt a.M. S. 221-258.

NÜNNING, Ansgar (2008, Hrsg.): Metzler Lexikon Kultur Literatur- und Kulturtheorie. Stuttgart.

O'BRIEN, Richard (1992): Global financial integration: The end of geography. London. (Chatham House Papers).

OFFE, Claus (2000a): Demokratie und Vertrauen. In: Offe, Claus: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt a.M. S. 227-238.

OFFE, Claus (2000b): The democratic welfare state in an integrating Europe. In: Greven, Michael Th.; Pauly, Louis W. (Hrsg.): Democracy beyond the state? The European dilemma and the emerging global order. Lanham. S. 63-89.

OHMAE, Kenichi (1995): The end of the nation state. The rise of regional economies. New York.

OTTMANN, Henning (2006): Liberale, republikanische, deliberative Demokratie. In: Synthesis Philosophica. Band 21. S. 315-325.

OßENBRÜGGE, Jürgen (1997): Die Bedeutung des Territorialstaates im Prozeß der Globalisierung. Geoökonomie oder interregionale Verflechtungen. In: Ehlers, Eckart (Hrsg.): Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte. (Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag). Bonn. S. 247-263. (Colloquium Geographicum. Bd. 24).

OßENBRÜGGE, Jürgen (2007): Globalisierung und Fragmentierung als Pole der gesellschaftlichräumlichen Differenzierung im neuen Jahrtausend. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg. S. 832-842.

PAASI, Anssi (2001): „A borderless world" – is it only rhetoric or will boundaries disappear in the globalizing world? In: Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg. S. 133-145.

PAINTER, Joe; JEFFREY, Alex (2009): Political geography. London.

PIAGET, Jean; INHELDER, Bärbel (1971): Die Entwicklung des räumlichen Denkens beim Kinde. Stuttgart.

POTT, Andreas (2007): Identität und Raum. Perspektiven nach dem Cultural Turn. In: Berndt, Christian; Pütz, Robert (Hrsg.): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn. Bielefeld.

PREUß, Ulrich K. (2010): Zur Mehrdeutigkeit kollektiver Identität. In: Powision, Magazin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig. Ausgabe 9. S. 7-9.

RATZEL, Friedrich (1897): Politische Geographie. Oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges. München.

RAWLS, John (1971): A theory of justice. Cambridge.

RAZ, Joseph (1994): Multiculturalism: A liberal perspective. In: Dissent. Ausgabe 41. S. 67-79.

REUBER, Paul; WOLKERSDORFER, Günter (2007): Politische Geographie. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg. S. 750-770.

ROBERTS, Sam (2013): Their honors. In: The New York Times, 24.11.2013. S. BR29.

ROGERS, Ben (2013): If mayors ruled the world: Dysfunctional nations, rising cities. Review by Ben Rogers. In: Financial Times. http://www.ft.com/cms/s/2/f586be20-4570-11e3-b98b-00144feabdc0.html#axzz2kKQQUfi5; Stand: 17. Mai 2015.

ROHLEDER, Meinolf (1978): Sozialgeographie, Wahlen und Wahlverhalten. Eine Einführung in theoretische Konzeptionen, methodologische und empirische Fragestellungen der Wahlgeographie. Bochum.

ROKKAN, Stein (1974): Foreword. In: Cox, Kevin R.; Reynolds, David R.; Rokkan, Stein (Hrsg.): Locational approaches to power and conflict. New York. S. 9-11.

RONGE, Frank (1998): Legitimität durch Subsidiarität. Der Beitrag des Subsidiaritätsprinzips zur Legitimation einer überstaatlichen politischen Ordnung in Europa. Baden-Baden.

ROUSSEAU, Jean-Jacques (1977): Vom Gesellschaftsvertrag. Oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart.

SACK, Robert D. (1986): Human territoriality. Its theory and history. Cambridge.

SACK, Robert D. (2010): Geography as a tool for developing the mind. A theory of place-making. Lewiston.

SASSEN, Saskia (2008): Neither global nor national. Novel assemblages of territory, authority and rights. In: Ethics & Global Politics. Band 1. S. 61-79.

SCHÄFER, Mike S.; IVANOVA, Ana; SCHMIDT, Andreas (2011): Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit? Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in 23 Ländern. In: Studies in Communication/Media. Band 0. S. 131-148.

SCHARPF, Fritz (1993): Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen. In Böhret, Carl; Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regieren im 20. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Opladen. S. 165-185.

SCHMIDT, Manfred G. (2006): Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen.

SCHMITT, Carl (1983): Verfassungslehre. Berlin.

SCHMITT, Carl (1985): The crisis of parliamentary democracy. Cambridge.

SCHÜTRUMPF, Eckart (1980): Die Analyse der Polis durch Aristoteles. Amsterdam.

SIEGELBERG, Jens (2000): Staat und internationales System – ein strukturgeschichtlicher Überblick. In: Siegelberg, Jens; Schlichte, Klaus (Hrsg.): Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden. Wiesbaden. S. 11-56.

SIMMEL, Georg (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 1. Auflage. Berlin.

SMITH, Anthony (2006): Ethnicity and nationalism. In: Delanty, G.; Kumar. K. (Hrsg.): The Sage handbook of nations and nationalism. S. 169-182. London.

SOJA, Edward W. (1971): The political organization of space. Washington D.C.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen. Fachserie 1. Reihe 2.1. Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2017) Doppelstaatler: Mikrozensus und Zensus zeigen unterschiedliche Ergebnisse. In: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Bevoelkerung/Doppelstaatler.html; Stand: 01. Dezember 2017.

STOREY, David (2001): Territory. The claiming of space. Harlow. (Insights in human geography.)

STRÜVER, Anke (2002): Territorialität. In: Brunotte, Ernst; Gebhardt, Hans; Meurer, Manfred; Meusburger, Peter; Nipper, Josef (Hrsg.): Lexikon der Geographie. Band 3. Heidelberg. S. 339.

SZTOMPKA, Piotr (2010): Does democracy need trust, or distrust, or both? In: Jansen, Stephan A.; Schröter, Eckhard; Stehr, Nico (Hrsg.): Transparenz. Multidisziplinäre Durchsichten durch Phänomene und Theorien des Undurchsichtigen. Wiesbaden. S. 284-291.

TAYLOR, Peter J. (1978): Political geography. In: Progress in Human Geography. Band 2. S. 153-162.

TAYLOR, Peter J. (2002): Relocating the demos? In Anderson, James (Hrsg.): Transnational democracy. Political spaces and border crossings. London. S. 236-244.

TAYLOR, Peter J.; FLINT, Colin (2000): Political geography. World-economy, nation-state and locality. Harlow.

TAYLOR, Peter J.; JOHNSTON, Ronald J. (1979): Geography of elections. London.

TUAN, Yi-Fu (1977): Space and place. The perspective of experience. Minneapolis.

TUAN, Yi-Fu (1979): Landscapes of fear. Oxford.

WÆVER, Ole (1995): Securitization and de-securitization. In: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): On security. New York. S. 46-86.

WALZER, Michael (1983): Spheres of justice. New York.

WALZER, Michael (1990): Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik. Berlin.

WALZER, Michael (1992): Constitutional rights and the shape of civil society. In: Walzer, Michael: What it means to be an American. New York. S. 105-124.

WALZER, Michael (1996): Liberalismus und die Kunst der Trennung. In: Walzer, Michael: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Frankfurt a.M. S. 38-63.

WEBER, Florian (2012): Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie (Benjamin Barber, Ingeborg Maus). In: Lembcke, Oliver; Ritzi, Claudia; Schaal Gary S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden. S. 223-254.

WEBER, Max (2006): Wirtschaft und Gesellschaft. Paderborn. (Hauptwerke der großen Denker).

WEHLER, Hans-Ulrich (1995): Nationalismus und Nation in der deutschen Geschichte. In: Berding, Helmut (Hrsg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Frankfurt a.M. S. 163-175.

WESSLER, Hartmut; PETERS, Bernhard; BRÜGGEMANN, Michael; KLEINEN-V.KÖNIGSLÖW, Katharina; SIFFT, Stefanie (2008): Transnationalization of public spheres. Basingstoke.

WODAK, Ruth (2006): Discourse-analytic and socio-linguistic approaches to the study of nation(alism). In: Delanty, G.; Kumar. K. (Hrsg.): The Sage handbook of nations and nationalism. S. 104-118. London.

ZÜRN, Michael (1996): Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenenprozess. In: Politische Vierteljahresschrift. Band 37. S. 27-55.

Liste der aus der Dissertation hervorgegangenen Vorveröffentlichungen

Während des Promotionsstudiums hat der Verfasser folgende Beiträge veröffentlicht, die in einen inhaltlichen Zusammenhang mit der vorliegenden Dissertation gestellt werden können:

KIESELBACH, Janne A. (2017): Benjamin R. Barber: If Mayors Ruled the World. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden. S. 15-29.

KIESELBACH, Janne A. (2016): Rezension. Marshall, T. (2015): Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS). Band 9, Heft 3. S. 439-441.

KIESELBACH, Janne A. (2011): Spinnen die Finnen? – Eine Vorzeigedemokratie wird zum Problemfall. In: Powision. Magazin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig. Ausgabe 11. S. 20-21.